

BESCHÄFTIGUNGSQUOTE:

Die Lücken der Arbeitslosenstatistik

- VON BRITTA BEEGER, PHILIP PLICKERT, LONDON, WINAND VON PETERSDORFF, WASHINGTON
- -AKTUALISIERT AM 26.09.2020-20:46



Viel mehr Menschen, als es die offizielle Quote zeigt, haben derzeit nichts zu tun. Das gilt auch für Deutschland, wo viele Menschen in Kurzarbeit gehen mussten.

Kann das wirklich sein? Die Wirtschaft stürzt wegen Corona in die tiefste Rezession seit langem – doch die offiziell erfasste Arbeitslosigkeit steigt nur wenig, fast wie im Schneckentempo? In der Eurozone lag die Arbeitslosenquote laut dem Statistikamt Eurostat im März bei 7,2 Prozent, inzwischen soll sie den jüngsten Zahlen für Juli zufolge auf 7,9 Prozent zugelegt haben. Laut dieser Statistik stehen seit März bislang nur rund eine Million mehr Menschen, insgesamt 12,8 Millionen, auf der Straße. Diese Zahlen zeigen aber nur einen Teil der Wahrheit. Gleichzeitig haben Millionen Menschen ihren Job gezwungenermaßen auf Kurzarbeit reduziert; andere haben ihre Beschäftigung verloren, tauchen aber nicht als arbeitslos in der offiziellen Statistik auf.

Ökonomen der Schweizer Großbank UBS haben daher eine Berechnung der „Schattenarbeitslosigkeit“ durchgeführt. Ihr Ergebnis: Im Frühjahrsquartal lag die tatsächliche Arbeitslosigkeit in der Eurozone bei 20 Prozent und jetzt, im dritten Quartal, beträgt sie wohl 15 Prozent. Das ist doppelt so viel wie im Eurostat-Zahlenwerk. In Spanien vermutet die UBS-Ökonomin Anna Titareva trotz des jüngsten Rückgangs der Kurzarbeit noch immer deutlich mehr als 20 Prozent Nichtarbeitende, in Italien fast 20 Prozent, in Frankreich etwa 13 Prozent und in Deutschland etwa 12 Prozent.

Besonders stark scheint das Missverhältnis zwischen offizieller Arbeitslosenstatistik und tatsächlicher Arbeitsmarktlage derzeit in Großbritannien. Vor Corona genoss das Land praktisch Vollbeschäftigung. Jetzt ist – trotz schwerster Rezession und vielerorts angekündigter Massenentlassungen – die amtlich gemeldete Arbeitslosenquote bisher nur minimal auf 4 Prozent gestiegen. Wie hoch die Schattenarbeitslosigkeit liegt, kann man nur schätzen. „Wenn wir es mit Daten aus den Vereinigten Staaten vergleichen und den Rückgang der geleisteten Arbeitsstunden einbeziehen, so deutet einiges darauf hin, dass in der Spitze bis zu 10 Prozentpunkte mehr tatsächlich arbeitslos waren“, sagt Cyrille Lenoel vom National Institute of Economic and Social Research (NIESR). Der Staat hat seit Beginn der Corona-Krise rund 10 Millionen „beurlaubten“ Beschäftigten zeitweilig einen 80-Prozent-Lohnersatz gezahlt und dafür 39 Milliarden Pfund ausgegeben. Auf dem Höhepunkt waren fast ein Drittel aller Beschäftigten beurlaubt, jetzt sind es noch etwa ein Zehntel der Arbeitsbevölkerung, rund 3 Millionen.

„Dass wir noch keine substantiellen Rückgänge sehen, bereitet mir Sorgen“

Wenn das Unterstützungsprogramm für „Beurlaubte“ Ende Oktober ausläuft, befürchten viele Ökonomen einen deutlichen Anstieg der Arbeitslosenzahlen. Finanzminister Rishi Sunak hat jetzt als Anschlussprogramm eine Unterstützung in der Art des deutschen Kurzarbeitergeldes angekündigt. „Ich kann nicht jeden Job erhalten“, sagt er. Zugleich will er keine „Zombie-Jobs“ subventionieren. Viele Firmen, die

ums Überleben kämpfen, werden um Entlassungen nicht herumkommen. Die NIESR-Ökonomen erwarten bis Ende des Jahres einen Anstieg der offiziellen Arbeitslosenquote auf fast 10 Prozent.

In den Vereinigten Staaten wiederum klafft traditionell zwischen Arbeitslosenstatistik und Realität eine gewisse Lücke. Die offizielle Arbeitslosenquote ist im April, nach dem ersten Corona-Schock, auf mehr als 14 Prozent geschneit, seitdem aber wieder gefallen. Im August ist sie auf 8,4 Prozent gesunken. Doch es gibt gute Gründe für die Annahme, dass diese Zahl ein übertrieben optimistisches Bild zeichnet. Ein wichtiger Faktor sind Probleme in der Datenerhebung. Viele freigestellte Arbeitnehmer werden als beschäftigt gezählt, obwohl sie in Wahrheit zumindest vorübergehend arbeitslos sind. Hinzu kommt, dass ein Teil der gefeuerten Arbeitnehmer nicht als arbeitslos gerechnet wird, weil sie nicht aktiv nach neuer Beschäftigung suchen. Viele sind entmutigt angesichts der tristen Lage. Im Februar, als Amerikas Wirtschaft noch brummte und es praktisch Vollbeschäftigung gab, zählte die Verwaltung 164 Millionen Menschen, die beschäftigt waren oder nach einer Stelle suchten. Heute registriert die Behörde nur noch 160 Millionen. Etwa 4 Millionen haben sich also vom Arbeitsmarkt verabschiedet. Ökonomen schätzen, dass die wahre Arbeitslosigkeit bei 11 Prozent liegt.

Und Deutschland? Hierzulande hat der Arbeitsmarkt eine bemerkenswerte Entwicklung hingelegt. So ist die Zahl der Arbeitslosen zwar sprunghaft angestiegen und beläuft sich aktuell auf 2,955 Millionen, 636.000 mehr als vor einem Jahr. Doch im Juli und August ist die Arbeitslosenzahl nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) saisonbereinigt gesunken. Die Quote der offiziell Erwerbslosen ist noch immer bemerkenswert niedrig: Laut BA beträgt sie aktuell 6,4 Prozent.

Wie in anderen Ländern auch, hat in Deutschland die Kurzarbeit bisher das Schlimmste abgefedert – dabei jedoch nie gekannte Dimensionen erreicht: In der Spitze im April waren fast 6 Millionen Beschäftigte in Deutschland von ihren Unternehmen in Kurzarbeit geschickt worden. Da die Kurzarbeitenden durchschnittlich fast 40 Prozent weniger arbeiten, entsprach dies im Sommer rund 2 Millionen Beschäftigungsäquivalenten. Die UBS geht zudem davon aus, dass auch in Deutschland Menschen in der Corona-Krise ihre Arbeit verloren, sich aber nicht offiziell arbeitslos gemeldet haben.

Rechnet man in die offiziell ausgewiesene Unterbeschäftigung, die neben den Arbeitslosen auch jene erfasst, die in Fördermaßnahmen oder arbeitsunfähig sind, nun die Kurzarbeitenden mit ein, kommt man auf eine Quote von 12,4 Prozent – fast doppelt so viel wie die offizielle Arbeitslosenquote. Forscher wie Enzo Weber vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung weisen allerdings darauf hin, dass nicht alle Betroffenen ohne Kurzarbeit automatisch arbeitslos wären, zumal es von Seiten der Unternehmen große Mitnahmeeffekte geben dürfte.

Aus Sicht von Holger Schäfer, Arbeitsmarktökonom am Institut der deutschen Wirtschaft in Köln, zeichnen Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung durchaus ein realistisches Bild der Lage. Allerdings: „Je länger die Pandemie dauert, desto eher muss damit gerechnet werden, dass auch Kurzarbeiter ihre Stellen verlieren“, sagt Schäfer. Auffällig sei, dass der Abbau der Kurzarbeit nur langsam vorankomme. „Dass wir noch keine substantiellen Rückgänge sehen, bereitet mir Sorgen.“

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) zu Kurzarbeitergeld-Missbrauch

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) hat den Missbrauch von Kurzarbeitergeld in der Corona-Krise verurteilt. „Jede Form von Leistungsmissbrauch ist natürlich eine Sauerei, um das mal klar zu sagen, weil es unsolidarisch ist gegenüber denen, die die Hilfe brauchen“, sagte Heil dem Bayerischen Rundfunk am Freitag. Nach Angaben der Bundesregierung ist durch Leistungsmissbrauch von Kurzarbeitergeld in diesem Jahr bisher ein Schaden von mehr als 6 Millionen Euro entstanden. Man könne nicht von einem massenhaften Missbrauch sprechen, sagte Heil. Hinweisen der Bundesagentur für Arbeit zufolge gebe es bei rund 2100 Unternehmen einen Verdacht auf Missbrauch. „Wenn man aber dagegenstellt, dass wir insgesamt 6,3 Millionen Menschen insgesamt in Kurzarbeit haben, ist das ein relativ kleiner Prozentsatz“, sagte Heil. Er liege ungefähr bei 0,3 Prozent. Jeder Fall sei aber zu viel. (dpa)

À quoi sert le Sénat, «chambre des territoires» renouvelée à moitié ce dimanche?

FOCUS - Visé par des critiques répétées, l'hémicycle à majorité de droite affine l'écriture de la loi et peut verrouiller une réforme de la Constitution.

Par **Loris Boichot**

Publié le 22 mars 2019 à 19:18, mis à jour le 25 septembre 2020 à 18:20



L'hémicycle du Sénat. *François BOUCHON/Le Figaro*

Il a fini par rappeler son rôle de contre-pouvoir. Déterminant dans l'affaire Benalla déclenchée à l'été 2018, par son travail d'enquête et la transmission à la justice les cas de trois proches d'Emmanuel Macron, le Sénat a opéré ces dernières années un retour en grâce aux allures de renaissance. Mais cette «chambre des collectivités locales», renouvelée à moitié ce dimanche 27 septembre, reste méconnue des Français. *Le Figaro* revient sur ses attributions et les critiques qui le visent.

● **Le Sénat représente les territoires**

Deuxième chambre du Parlement et du pouvoir législatif avec l'Assemblée nationale, le Sénat n'est toutefois pas son exacte jumelle. Les 577 députés sont élus tous les cinq ans, lors d'un scrutin à destination des 46 millions d'électeurs français: ils incarnent la Nation. Les 348 sénateurs, pour leur part, sont renouvelés par moitié tous les six ans, par un collège de quelque 160.000 «grands électeurs» au total - des élus locaux, à 95% municipaux, auxquels s'ajoutent les députés...et les sénateurs eux-mêmes: les élus de la chambre haute représentent donc les collectivités territoriales. La chambre est détenue par la droite depuis 1958 et dirigée par Gérard Larcher (Les Républicains) depuis 2008 ; seule l'éphémère présidence socialiste (2011-2014) a interrompu cette durable assise.

● **Il affine l'écriture de la loi**

Le rôle premier des sénateurs reste l'écriture de la loi. Au cours de ses allers-retours entre l'Assemblée nationale et le Sénat («la navette parlementaire»), un texte de loi peut faire l'objet d'un accord entre les deux chambres. Si ce n'est pas le cas - 10% des textes entre 2012 et 2017 -, les députés ont le dernier mot.

«*Pendant la navette, le Sénat décèle les failles des textes transmis par l'Assemblée*», explique un habitué des couloirs du Palais du Luxembourg, «*ce qui permet ainsi l'amélioration de la qualité de la loi*». Symbole de ces négociations souvent courtoises et de ces compromis permanents: sous la Ve République, les députés d'une majorité différente des sénateurs reprennent environ un amendement sénatorial sur deux. Souvent vu comme une cause d'atermoiements législatifs, ce temps consacré aux allers-retours permet aussi de rendre publiques les tensions autour d'un projet. Et laisse à la société le temps de se saisir d'un débat.

● **Il peut verrouiller une réforme de la Constitution**

Contrairement à l'Assemblée nationale, le Sénat ne peut pas destituer un gouvernement, mais il peut s'ériger en garde-fou. «*Il dilue le pouvoir*», résume un administrateur de l'institution. Il se révèle tantôt conservateur, lorsqu'il refuse d'examiner le droit de vote des femmes en 1919, 1925, 1932 et 1935. Il adoucit parfois les lois, lorsqu'il supprime, en 2007, un amendement au projet de loi Hortefeux permettant des tests ADN pour les candidats au regroupement familial. Poussant alors le gouvernement à abandonner cette proposition pour ne pas crisper le Sénat, avant la révision constitutionnelle de 2008.

Les sénateurs ont en effet le pouvoir de verrouiller une réforme constitutionnelle, qui doit être adoptée par les deux chambres en termes identiques: le «dernier mot» de l'Assemblée n'existe pas dans cette situation. Cette contrainte explique les négociations ardues entre les deux chambres sur la réforme des institutions, promise par Emmanuel Macron et interrompue lors de la paralysie du Parlement après l'affaire Benalla, à l'été 2018.

● **Il est régulièrement attaqué**

«*Anomalie parmi les démocraties*», selon le socialiste Lionel Jospin, en 1998, «*anachronisme démocratique*» pour Ségolène Royal, en 2005... Sous la Ve République, des voix ont réclamé la transformation du Sénat, voire sa suppression, comme l'anticapitaliste Philippe Poutou, qui y voit une «*assemblée de notables*». Mais l'inflexibilité des sénateurs de la commission des Lois, pendant l'affaire Benalla, a séduit les partis d'opposition. Et irrité la majorité La République en marche (LREM), pour laquelle le Sénat «*s'érige une nouvelle fois en tribunal politique*», en transmettant à la justice les cas de trois proches d'Emmanuel Macron

Ces attaques contre l'institution ne sont pas nouvelles. En 1969, le président de Gaulle voulait faire voter par référendum un affaiblissement du Sénat, qu'il voulait transformer en «super-Conseil économique et social»: la chambre aurait perdu l'initiative de la loi et son droit de vote sur les textes. Les Français lui ont répondu «non» à 52,58%, le général a démissionné.

LE EZB-JUDGEMENT ET SES CONSEQUENCES :

Le moment était venu

05-18-2020 Traduit par DeepL

PAR DIETER GRIMM

De 1987 à 1999, Dieter Grimm a été juge à la Cour constitutionnelle fédérale au sein du premier Sénat, qui n'est pas compétent en droit européen.

La Cour constitutionnelle fédérale a fait preuve de retenue à l'égard de la Cour de justice européenne aussi longtemps qu'elle a pu. Mais à un moment donné, Karlsruhe a dû remettre Luxembourg à sa place. C'est maintenant chose faite.

Si vous lisez les commentaires, surtout étrangers, sur le jugement que la Cour constitutionnelle fédérale a rendu le 5 mai sur les achats d'obligations de la Banque centrale européenne, vous avez l'impression que quelque chose d'inimaginable s'est produit. Le tribunal allemand, dit-on, refuse de suivre le tribunal européen, plaçant ainsi une "bombe sous l'ordre juridique européen" ("Financial Times").

Cependant, le risque de conflit entre les deux tribunaux est ancien. La Cour de justice européenne l'a provoqué elle-même lorsqu'elle a implicitement supposé en 1963, et explicitement déclaré en 1964, que le droit européen prime le droit national, même le droit constitutionnel national. Les alternatives ne manquaient pas, car dans les traités de Rome, la primauté du droit communautaire ne figure nulle part. Les États membres qui ont pris part au conflit à l'époque ont nié avoir convenu d'une telle chose dans les traités. Même l'avocat général de la CJCE n'a pu voir aucun fondement dans les traités pour la primauté du droit européen. La CJCE l'a dérivé de l'objectif de la Communauté économique. Il ne peut y avoir de marché commun si chaque État membre applique et interprète le droit européen comme il l'entend.

L'argument ne peut être écarté d'emblée. La Cour constitutionnelle fédérale a donc reconnu la primauté du droit communautaire en principe, elle était d'ailleurs la première cour suprême nationale à le faire. Toutefois, contrairement à la CJCE, elle insiste sur le fait que le droit communautaire ne possède pas ce statut de lui-même, mais uniquement parce que le législateur allemand a ordonné sa suprématie en Allemagne dans l'acte d'approbation des traités (par le Bundestag).

Seule la Cour constitutionnelle fédérale peut en juger

Cela ressemble à une dispute théorique, mais a des conséquences pratiques. La primauté du droit communautaire ne s'étend alors que dans la mesure où la République fédérale d'Allemagne a effectivement transféré des compétences à l'Union européenne. Les actes juridiques européens sans compétence n'ont aucun effet contraignant. La question de savoir si l'Allemagne a effectivement transféré des compétences est déterminée par le droit constitutionnel allemand, et cela ne peut être jugé que par la Cour constitutionnelle fédérale, et non par une Cour de justice européenne.

Le fait que tout acte juridique européen doit être fondé sur une compétence transférée pour être juridiquement efficace n'est bien sûr pas non plus contesté par la Cour de justice européenne. Toutefois, partant du principe que le droit européen s'est émancipé de la volonté des États membres et s'applique désormais indépendamment de ceux-ci, elle insiste sur le fait qu'elle est la seule à devoir juger si l'UE est compétente et si un acte juridique européen relève de cette compétence. En revanche, la Cour constitutionnelle fédérale part du principe que le pouvoir de contrôle est partagé.

La Cour de justice européenne examine la conformité des actes juridiques européens avec le traité avec effet pour l'ensemble de l'UE. La Cour constitutionnelle fédérale examine au nom de la République fédérale si un

transfert de compétence autorisé a eu lieu. Si l'on parvient à la conclusion qu'un acte juridique européen est contraire à la compétence, il ne peut être appliqué en République fédérale.

Sur la base des traités

La Cour constitutionnelle fédérale n'est pas la seule à partager cette opinion. La plupart des cours constitutionnelles des États membres l'ont suivie. Certains ont même déclaré le droit européen inapplicable dans leur État devant la Cour constitutionnelle fédérale. La décision de Karlsruhe sur le programme PSPP n'est donc pas nouvelle. Elle n'attire que davantage l'attention, en partie parce qu'il s'agit de la Cour constitutionnelle allemande, sans doute la plus influente de l'UE, et en partie parce qu'il s'agit d'une affaire spectaculaire qui risque d'avoir des conséquences économiques considérables ; peut-être aussi parce que la décision intervient à un moment de crise dramatique, dont la gestion nécessite d'énormes dépenses financières, même si l'arrêt n'a rien à voir avec les mesures d'aide de Covid 19.

Pour évaluer la situation, il est nécessaire de regarder derrière le conflit actuel. Pourquoi la Cour constitutionnelle fédérale tient-elle tant à son pouvoir de contrôle ? La réponse commune (parce qu'elle veut maintenir sa position de pouvoir), elle hâte et sous-estime la gravité du problème. Le point central de la Cour constitutionnelle fédérale est que l'Union européenne est une association d'États qui sont restés souverains, qui est soutenue par ces États et dont l'identité, telle qu'elle s'exprime avant tout dans les constitutions nationales, doit être respectée. Cette caractéristique de l'UE est sauvegardée par (art. 5, par. 1 du Traité CE). Selon ce principe, l'UE ne dispose que des compétences qui lui sont attribuées par les États membres. Inversement, elle ne peut pas prendre aux États membres les compétences qu'elle souhaiterait avoir. Et même en interprétant le traité, seules les compétences transférées peuvent être intes le principe de de l'attribution de compétences limitées rprétées ; de nouvelles compétences ne peuvent être fondées.

Le verdict de la Cour constitutionnelle fédérale est donc pleinement conforme aux traités. C'est exactement comme cela que tout y est réglementé. La Cour de justice européenne ne veut pas non plus le contester ; elle attache de l'importance à s'y conformer dans sa jurisprudence. Mais la Cour constitutionnelle fédérale n'en est pas si sûre. Elle précise que les violations de la répartition des compétences peuvent émaner non seulement du Conseil et de la Commission ou du Parlement européen, mais aussi de la gardienne des traités, la CJCE elle-même. C'est théoriquement tout à fait indéniable, sans qu'il y ait le moindre soupçon d'infraction délibérée à la loi derrière. Mais dans la pratique, la CJCE a donné beaucoup de matière à réflexion à cette préoccupation. Dans une interprétation extrêmement extensive des traités, elle a considérablement amputé de sa force le principe de de l'attribution de compétences limitées, principe sur lequel repose l'ensemble de l'édifice européen ; elle a profondément transformé les systèmes juridiques des États membres, la plupart du temps dans l'intérêt des quatre libertés économiques fondamentales, autrement dit avec une tendance à la libéralisation.

Des décisions sur un mode apolitique

C'est sur cette base que la Cour constitutionnelle fédérale a déclaré dans son arrêt de Lisbonne de 2009 que les organes de l'UE, y compris les organes judiciaires, montrent "une tendance à leur auto-renforcement politique". Cependant, étant donné que l'importance de la constitution nationale diminue avec chaque usurpation de compétence de la part de l'UE, les États membres de l'UE doivent résister à l'UE et l'empêcher "d'usurper la compétence de s'arroger des compétences" ou de violer "l'identité constitutionnelle" des États membres. La Cour de justice européenne a elle-même joué un rôle moteur dans l'érosion rampante des compétences (des États nationaux) - de sorte qu'à cet égard, seules les cours constitutionnelles nationales demeurent un contrepoids. La Cour constitutionnelle fédérale, comme l'indique l'arrêt Lisbonne, doit donc avoir la possibilité de sauvegarder l'ordre contractuel des compétences et l'identité de la constitution nationale. "Sinon, les structures politiques et constitutionnelles fondamentales des États membres souverains reconnues par l'article 4, paragraphe 2, première phrase, du traité UE-Lisbonne ne peuvent être maintenues au fur et à mesure que l'intégration progresse".

Cependant, la préoccupation de Karlsruhe ne peut être pleinement comprise que si elle est considérée à la lumière de la problématique de la légitimité démocratique du projet européen. L'UE tire sa légitimité démocratique principalement des États membres, qui sont à leur tour organisés démocratiquement et qui

occupent la position centrale dans la structure institutionnelle européenne au sein du Conseil européen et du Conseil des ministres. En revanche, la légitimité propre de l'UE par l'élection du Parlement européen est relativement faible, tout d'abord parce que les pouvoirs du Parlement sont inférieurs à ceux des parlements nationaux, mais surtout parce que la participation des citoyens de l'UE aux élections européennes est faible et qu'il y a peu de possibilités d'influencer la politique européenne lors de ces élections. Cela est dû au fait que seuls les partis nationaux peuvent être élus aux élections européennes, mais qu'ils ne jouent pas un rôle indépendant au Parlement. Au contraire, les groupes politiques européens, qui ne se présentent pas aux élections, ne sont ancrés dans aucune des différentes sociétés européennes et ne s'engagent dans un programme qu'après l'élection, agissent en tant qu'acteurs.

Le problème de la légitimité démocratique est aggravé par le fait, souvent négligé, que le niveau de légitimité de l'UE est affaibli précisément par l'influence que la CJCE a acquise pour elle-même en déclarant la primauté du droit européen. L'UE a depuis longtemps dépassé l'objectif initial d'une communauté économique et est devenue une union politique sans les structures décisionnelles qui lui correspondent. Le niveau d'intégration atteint ne résulte qu'en partie des décisions prises par les organes démocratiquement légitimes et responsables des États membres et de l'UE, mais dans une large mesure, il est le résultat de la jurisprudence de la CJCE. De cette manière, les décisions du plus haut poids politique sont prises dans l'UE selon un mode non politique qui exclut de la participation tant les organes démocratiquement légitimés et responsables que les citoyens.

Manque de légitimité de l'UE

Cette priorité a donné aux traités l'effet d'une constitution. Ce qui est réglementé au niveau constitutionnel est ainsi soustrait au processus démocratique. Il constitue la base des décisions politiques, mais n'est plus l'objet de décisions politiques. C'est cette mise à disposition de bases pour des décisions qui n'ont plus besoin d'être décidées qui est l'objet des constitutions. C'est pour cela qu'ils sont là. En raison de cet effet, elles se limitent toutefois à quelques principes de base de l'ordre politique et social et à la définition des organes de la communauté, de leurs compétences et de leurs procédures. Ils réglementent la production des décisions politiques, mais laissent ces décisions elles-mêmes au processus démocratique. La situation est différente dans l'UE car, contrairement aux constitutions des États, les traités sont remplis de règles qui seraient de droit commun dans n'importe quel État et sont donc ouverts aux changements démocratiques à tout moment.

Toutes ces dispositions politiques des traités participent cependant à la suprématie des traités, c'est-à-dire à leurs effets constitutionnels. Ils sont écartés du processus démocratique. Les élections restent à cet égard sans conséquences. La Cour de justice européenne peut intervenir librement. En ce qui concerne les traités, non seulement les organes démocratiquement légitimés et responsables ne sont pas impliqués dans les décisions, mais ils ne peuvent pas non plus les modifier. La constitutionnalisation des traités, qui n'avaient pas vocation à être une constitution, conduit par conséquent à une dépolitisation de l'UE. Les institutions issues directement ou indirectement des élections et qui doivent donc tenir compte de l'opinion publique n'ont pas droit au chapitre dans les domaines couverts par les traités. La Cour de justice, qui, elle, a droit au chapitre, est ainsi immunisée contre les résultats des élections et l'opinion publique. De cette manière, l'intégration européenne a pu avancer à pas feutrés et atteindre un niveau derrière lequel il n'y a pas de volonté démocratique articulée. C'est là le véritable problème démocratique de l'UE, et ce problème est directement lié à la jurisprudence de la Cour de justice européenne.

Il ne fait guère de doute que la légitimité démocratique des différents États est considérablement plus grande que celle de l'UE, sans parler des institutions supranationales au niveau mondial. Comme beaucoup le pensent, le manque de légitimité de l'UE ne peut pas non plus être comblé par des réformes institutionnelles, notamment la transformation de l'Union en un système parlementaire basé sur un modèle d'État. C'est pourquoi l'UE restera longtemps dépendante de la légitimité des États membres. Elle ne peut pas simplement détourner les ressources de légitimité de l'État vers elle-même en étendant encore ses pouvoirs. Au contraire, dans son propre intérêt, elle devrait s'efforcer d'obtenir une démocratie forte dans les États membres au lieu de l'épuiser constamment. Le principe de subsidiarité, qui a été introduit dans les traités en 1992 pour éviter l'émaciation, n'a eu aucun effet.

Aucun contrôle effectif de la BCE

La discussion sur le dernier arrêt de la Cour constitutionnelle fédérale ne repose pas sur ces conditions générales. Elle est donc insuffisante. Il y a de bonnes raisons pour le pouvoir de contrôle étroitement limité que la Cour constitutionnelle fédérale exerce sur les actes juridiques européens, et sa nécessité est confirmée par la nature trop fortement judiciaire du processus d'intégration et ses conséquences affaiblissant la démocratie. Bien sûr, on peut se demander s'il a été judicieux que la Cour de Karlsruhe ait tenu à exercer son pouvoir de contrôle, réaffirmé à plusieurs reprises, précisément à ce sujet et précisément à ce moment pour la première fois. Elle aurait eu l'occasion d'exprimer ses réserves de manière plus convaincante bien avant, notamment dans le cadre du litige OMT concernant l'annonce faite par le président de la BCE, Mario Draghi, que son institution ferait "tout ce qu'il faut" pour sauver l'euro.

Le deuxième Sénat de la Cour constitutionnelle fédérale a rendu son verdict à ce propos le 21 juin 2016. Toutefois, ici aussi, il faut faire un peu d'histoire. L'affaire OMT a été la première dans laquelle la Cour constitutionnelle fédérale a soumis à la CJCE la question de savoir si un acte juridique de l'UE est fondé sur une compétence transférée par les États membres et a été mis en œuvre conformément au traité. La CJCE attendait depuis longtemps une proposition de Karlsruhe. Maintenant qu'elle était là, le "dialogue des tribunaux" tant vanté aurait pu commencer. Mais la volonté d'engager le dialogue était assez faible de la part de la CJCE. À la lecture de sa réponse au projet de Karlsruhe, on n'a pas l'impression d'un examen sérieux des préoccupations de la Cour constitutionnelle fédérale. La CJCE a froidement déclaré à Karlsruhe que ses inquiétudes n'étaient pas fondées.

La Cour constitutionnelle fédérale ne s'est pas sentie rassurée par la réponse du Luxembourg. Néanmoins, elle a cédé parce qu'au moins la décision de la CJCE avait montré à ses yeux que la BCE ne pouvait opérer dans un vide juridique, mais devait respecter des frontières juridiques. Dans la procédure actuelle du PSPP, il y a eu un nouveau mémoire motivé détaillé, et là encore, on ne peut pas dire que la CJCE l'ait traité d'une manière qui correspondrait à un dialogue. La Cour constitutionnelle fédérale en a conclu que la CJCE avait de facto renoncé au contrôle effectif de la BCE et avait permis à celle-ci de déterminer librement l'étendue et la portée de son mandat.

Un changement structurel de poids

Néanmoins, l'objection de Karlsruhe a été prudente sur le fond, et elle ouvre des solutions possibles. La Cour constitutionnelle fédérale n'a pas porté un grand coup, accusant la BCE de dépasser les limites entre la politique monétaire (qui est sa mission) et la politique économique (qui lui est refusée). Un contournement évident de cette interdiction n'a pas pu être établi. Toutefois, selon la Cour constitutionnelle fédérale, la BCE a exercé ses compétences sans examiner la proportionnalité de son programme d'achat, comme l'exige l'article 5 du traité UE. Karlsruhe a donné à la BCE la possibilité de rattraper cet examen et, selon le résultat, de se justifier ou de se corriger. Cela ne remet pas en cause l'indépendance de la BCE. L'arrêt de Karlsruhe n'est pas une injonction, comme on le lit souvent. La BCE n'est pas soumise à la Loi fondamentale.

Par rapport à la CJCE, cependant, l'arrêt de Karlsruhe est moins modéré. Elle n'est pas épargnée par l'accusation d'avoir agi "ultra vires", au-delà de ses compétences, en assouplissant les limites du mandat juridique de la BCE à un point tel que la Banque est désormais libre de poursuivre sa propre politique économique et donc d'intervenir dans la sphère de compétence des États membres. L'arrêt contient de bonnes raisons pour cela. Entre autres, la Cour constitutionnelle fédérale fournit des preuves minutieuses que la CJCE, en ce qui concerne la BCE, s'est écartée de ses propres normes sur l'application du principe de proportionnalité. Que la Cour constitutionnelle fédérale eût été modérée dans la forme vis-à-vis de ses collègues luxembourgeois est encore moins vrai. Aucun tribunal n'aime qu'on lui reproche que son jugement n'est "tout simplement plus compréhensible" et, de ce fait, "objectivement arbitraire". La conclusion s'ensuit alors inévitablement : "Puisque la réponse de la CJCE à la Cour de Karlsruhe présente constitue un acte ultra vires, elle n'a aucun effet contraignant à cet égard ».

Mais là encore, il faut en chercher les raisons. Il apparaît alors que la Cour constitutionnelle fédérale s'est prise au piège de ses propres intentions favorables à l'Europe. Dans une décision de 2010, elle a précisé son intention, répétée maintes fois, de ne refuser de se conformer à un arrêt de la Cour de justice européenne que

dans des cas extrêmement exceptionnels, et ce faisant, elle s'est fixé des obstacles extrêmement élevés. Premièrement, elle ne prendrait une telle décision qu'après avoir obtenu l'avis juridique de la CJCE ; deuxièmement, des divergences d'opinion sur l'interprétation correcte des traités ne seraient pas suffisantes ; le point de vue de la CJCE devrait s'avérer intenable et, à cet égard, arbitraire ; troisièmement, en conséquence d'un tel arrêt de la CJCE, il devrait y avoir un transfert structurel de poids des États membres vers l'UE. A un moment donné, la Cour fédérale n'avait plus d'autre choix que de tourner ces principes, destinés à protéger la CJCE, contre celle-ci. Le moment était venu.

L'absence de hiérarchie oblige à la considération

Le conflit peut-il être résolu ? La question requiert deux réponses, l'une de principe sur la relation entre les deux tribunaux, et l'autre sur les conséquences pour le programme de la BCE. En ce qui concerne la question de principe, le droit touche ici à ses limites. Comme les deux tribunaux argumentent logiquement à partir de leurs prémisses respectives, une solution n'est pas en vue. Dans une même affaire, il y a actuellement deux verdicts contradictoires, et comme l'UE n'est pas un État avec une hiérarchie fermée, aucun tribunal ne peut annuler le jugement de l'autre. Il appartient alors aux politiciens de trancher. Les juristes y voient même un côté positif : L'absence de hiérarchie oblige les tribunaux à être attentifs les uns aux autres. Dans le passé, la Cour constitutionnelle fédérale a fait preuve de cette considération, en avalant moult couleuvres, jusqu'au 5 mai 2020. La CJCE ne l'a jamais récompensé pour cette retenue. Ce serait un progrès si à l'avenir il y avait davantage de considération mutuelle.

Quant à l'affaire du programme d'achat d'obligations de la BCE, une déclaration de celle-ci expliquant en quoi son programme répond aux exigences du principe de proportionnalité suffit, peu importe sa forme. Dans ce cas, la Deutsche Bundesbank peut continuer à participer à ce programme. Le principal dommage qui subsisterait alors serait l'effet encourageant que l'arrêt pourrait avoir sur les États membres de l'UE qui s'éloignent de plus en plus de l'État de droit. Presque toutes les critiques le soulignent, et on peut considérer comme certain que la Hongrie et la Pologne feront référence au modèle allemand dans leur différend avec la Commission, même si Karlsruhe a souligné très fortement le caractère exceptionnel de sa décision. Mais devrions-nous attendre des juges, qui après tout doivent ne se préoccuper que du droit, qu'ils s'abstiennent de prendre, après mûre réflexion, une décision légalement requise seulement parce qu'elle pourrait être abusée par d'autres ?

MIGRATIONSPOLITIK:

Franzosen denken anders über Flüchtlinge als Deutsche

- VON MICHAELA WIEGEL, PARIS
- -AKTUALISIERT AM 27.09.2020-14:03

In Frankreich herrscht angesichts der Bilder aus griechischen Flüchtlingslagern eine vollkommen andere Stimmung als in Deutschland. Aufrufe, mehr Menschen aufzunehmen, verhallen ungehört. Eine Mehrheit fordert die Abschottung.

Das Schicksal der Menschen in Moria bewegt die französische Öffentlichkeit weit weniger als die deutsche. Als Demonstranten mit „Wir haben Platz“-Spruchbändern für die Aufnahme der Migranten durch deutsche Städte zogen, probte in Frankreich gerade die Gelbwesten-Bewegung ein Comeback. Stimmen wie die des grünen EU-Abgeordneten Damien Carême, dass die französische Regierung bei der Aufnahme abermals versage, verhallen ungehört. „Wieder einmal ist es Angela Merkel, die Europa eine Lehrstunde in Sachen Menschlichkeit erteilt“, sagte Carême.

Der Grüne war als Bürgermeister in Grande-Synthe (2001–2019) an der Ärmelkanalküste mit seinem Vorhaben gescheitert, sich gegen den Kurs der Regierung in Calais aufzulehnen und ein „humanes“ Aufnahmelager aus Blockhütten in seiner Stadt zu schaffen. Das mit hohem finanziellen Aufwand für die Stadt gefertigte Lager fiel 2017 einem vorsätzlichen Brand zum Opfer, der auf einen Streit zwischen verfeindeten Migrantengruppen zurückging. Es wurde nicht wieder aufgebaut. Vorfälle wie diese nähren in Frankreich das Misstrauen. Eine Mehrheit toleriert nicht nur die restriktive Aufnahmepolitik, sie fordert sie.

Das Credo der Regierung lautet, keine Anreize zu schaffen

Die Botschaft „Wir haben keinen Platz“ hat dabei seit Jahren den französischen Regierungen als Ersatz für eine Flüchtlingspolitik hergehalten. Mit dem zynischen Slogan wurden die menschenunwürdigen Zustände im „Dschungel“ genannten Flüchtlingslager in Calais geduldet, bis der internationale Druck zu groß wurde. Auch in Paris werden bis heute lieber wilde Lager toleriert, die in regelmäßigen Abständen von der Polizei geräumt werden, als ausreichend Aufnahmeplätze zur Verfügung zu stellen. Das Credo der Regierung lautet, keine Anreize zu schaffen. Ein Großteil der Franzosen ist laut Umfragen damit einverstanden. Insbesondere in den unteren Einkommenschichten, der Stammwählerschaft Marine Le Pens, werden Asylsuchende als Bedrohung gesehen. Siebzig Prozent dieser Gruppe gaben in einer Umfrage des Instituts Elabe an, die Aufnahmepolitik sei „zu lasch“.

Vor dem Rathaus in Paris zelteten Anfang September Asylbewerber, um auf ihre prekäre Lage aufmerksam zu machen. Nur die Hälfte aller Asylbewerber in Frankreich finden in öffentlichen Heimen eine Unterkunft, der Rest muss sich auf der Straße durchschlagen. Das wiederum führt zu Konflikten mit den Anwohnern und beschleunigt das Abgleiten in Kriminalität und Rauschgiftkonsum. Besonders prekär ist die Lage unbegleiteter Minderjähriger, die sich selbst überlassen werden.



Ein Zeltlager von Flüchtlingen in Calais im September 2020 :Bild: dpa

Das Versprechen Präsident [Emmanuel Macrons](#) zu seinem Amtsantritt, die Bearbeitungszeiten für Asylanträge auf maximal sechs Monate zu verkürzen, wurde nie erfüllt, wie die Hilfsorganisation „Forum réfugiés-Cosi“ in ihrem kürzlich veröffentlichten Jahresbericht feststellt. Der frühere Leiter der französische Asylbehörde Ofpra, Pascal Brice, bezeichnete kurze Bearbeitungszeiten als „Grundrecht“, das den Antragstellern in Frankreich verweigert werde. Die Prüfungszeiten der Asylanträge haben sich im Vergleich zu 2018 sogar verlängert. Im Durchschnitt müssen Flüchtlinge 325 Tage auf eine Antwort warten. Oftmals müssen Antragssteller 13 Monate ausharren, bis sich die Asylbehörde meldet. „Frankreich hat eine Dauerkrise in der Aufnahmepolitik organisiert“, meint der Forscher Matthieu Tardis vom Think Tank Ifri.

Die Terrorwelle hat das Vertrauen in die Integrationsfähigkeit zerstört

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat Frankreich wiederholt für seine Verfehlungen in der Asylpolitik verurteilt. Frankreich trage die Verantwortung für die Bedingungen der Antragsteller, „die monatelang ohne Ressourcen und ohne Zugang zu Sanitäreinrichtungen auf der Straße und in ständiger Angst vor Übergriffen und Diebstählen leben müssen“, heißt es im jüngsten, im Juli veröffentlichten Urteil.

Die geringe Bereitschaft vieler Franzosen, neue Flüchtlinge aufzunehmen, hängt mit dem Regierungsversagen in der Asylpolitik eng zusammen. Die Terrorwelle seit 2015 hat zudem das Misstrauen vieler in die Integrationsfähigkeiten der eigenen Gesellschaft erhöht. Die meisten Terroristen waren in Frankreich aufgewachsen und in staatlichen Klassenzimmern ausgebildet worden, sie waren „Kinder der Republik“, wie der Philosoph Alain Finkielkraut betonte. Die Angst vor dem Scheitern der Integration und neuen Sicherheitsbedrohungen prägt weiterhin die Gesellschaft. Präsident Macron ringt noch immer mit sich, wie er auf die Herausforderung durch den radikalen Islamismus reagieren soll. Eine bereits angekündigte Rede gegen „islamischen Separatismus“ wurde verschoben. Unter den Bürgermeistern hat sich bereits auf dem Höhepunkt der Flüchtlingswelle die Mehrheit dagegen gesträubt, Hilfesuchende aufzunehmen. Mehrere Bürgermeister sagten damals, sie seien nur bereit, Flüchtlinge christlichen Glaubens Platz zu bieten.

Das Misstrauen gegen muslimische Neuankömmlinge ist seither nicht geringer geworden. Den Ton gibt der Vorsitzende der Vereinigung der Bürgermeister, der Republikaner François Baroin an, der Frankreichs Aufnahmekapazität als erschöpft bezeichnet. Eine Ausnahme bildet die neue grüne Bürgermeisterin von Marseille, Michèle Rubirola. Sie kündigte an, dass der Hafen ihrer Stadt für das Flüchtlingsschiff „Alan Kurdi“ offenstehe. „Das entspricht unseren Werten“, sagte sie. Doch die Regierung in Paris hat der Bürgermeisterin widersprochen und Italien angewiesen, das Flüchtlingsschiff zu übernehmen.

SPRACHLEITFADEN FÜR DIVERSITÄT:

Angeschwärzt

- EIN KOMMENTAR VON HANNAH BETHKE
- -AKTUALISIERT AM 27.09.2020-19:14



Wo kein Rassismus ist, wird er eben erfunden: Was der neue Sprachleitfaden der Berliner Justizverwaltung über das „Schwarzfahren“ verrät.

Wer glaubt, die dekolonialistische Umwertung der Werte erstreckte sich auf Denkmäler, Straßennamen und Lehrbücher, irrt: Nun haben auch die Farben ihre Unschuld verloren. Da sehen Sie schwarz? Aufgepasst: Das könnte auf einen latenten Rassismus deuten. So viel Diversitätssensibilisierung will gelernt sein, und deshalb geht die Berliner Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung mit schwindelerregend gut gemeintem Beispiel voran und händigt ihren Landesbediensteten einen Sprachleitfaden aus, der ihr politisch korrektes Bewusstsein schärfen soll.

Da geht es nicht bloß um die üblichen kontaminierten Wörter wie „Ausländer“ (zu ersetzen mit: „Einwohnende ohne deutsche Staatsbürgerschaft“), „geistige Behinderung“ (abgelöst durch „Menschen mit Lernschwierigkeiten“) oder „Geschlechtsumwandlung“ (des normierten Wandels zu viel und daher als „Geschlechtsangleichung“ zu bezeichnen). Nein, wir erhalten hier ganz neue Einblicke in eine politische Farbenlehre: Demnach soll man nicht mehr „schwarz fahren“ sagen, sondern „fahren ohne gültigen Fahrschein“. Auch „anschwärzen“ steht unter Diskriminierungsverdacht „und ähnliches“ – also offenbar alle Ausdrücke, in denen das Wort „schwarz“ in einem negativen Kontext auftaucht.

Man könnte sich glatt schwarzärgern, liefe man damit nicht Gefahr, rassistische Denkstrukturen fortzuschreiben. Dabei dürfte das mit den Empfehlungen der Senatsverwaltung gar nicht passieren, weil sie der antirassistischen Praxis folgt, das Adjektiv „schwarz“ großzuschreiben, wenn es sich dabei um eine ethnische Zuschreibung handelt. Müsste dann aber die Schreibweise „Schwarzfahren“ nicht doch erlaubt sein, wo schließlich das große „S“ die potentielle Rassismuserfahrung kenntlich macht und so vor jeglichem Verdacht fehlender Diversitätssensibilität gefeit ist? Doch man muss die Bürokratie nicht einmal mit ihren eigenen Mitteln schlagen, um die Abwege ihrer – pardon! – Schwarzmalerei zu erkennen. Denn die Wendung „schwarzfahren“ hat sprachgeschichtlich überhaupt keinen ethnischen Gehalt, sondern bezieht sich auf das Schwarze der Nacht, den Schmuggel, illegale Aktivitäten; manche führen den Ausdruck auch auf das jiddische Wort „shvarts“ für Armut zurück, das hier jenen gilt, die sich keinen Fahrschein leisten können.

Nicht auszudenken, vor welchen Sprachbarrieren wir stünden, weiteten wir die Farbpalette vermeintlicher Rassismen noch aus. Gelb vor Neid? Erinnert allzu sehr an die koloniale Praxis, Asiaten als „gelb“ einzustufen. Die Rote Karte zeigen? Man denke an die Hexenverbrennung. Weiß wie Schnee? Markiert die vielbeschworene Überlegenheit der weißen Rasse. So zeigt die kolorierte Hypermoral der Senatsverwaltung vor allem eines: wie man sich selbst handlungsunfähig macht. Den Opfern von Rassismus ist damit am wenigsten geholfen.

Die Reichen zahlen schon den Großteil der Steuern

Stand: 18:51 Uhr | Lesedauer: 4 Minuten

Von **Karl-Heinz Paqué**

Starke Schultern sollten mehr belastet werden? Das ist heute schon so. Eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes bringt finanziell wenig. Viel wichtiger wäre es, dem Einzelnen mehr Chancen auf Wohlstand zu geben.

Eigentum verpflichtet, daran erinnerte Ralf Fücks vor einigen Tagen in dieser Zeitung. Dem kann man nur zustimmen. Wer mit seinem Eigentum unverantwortlich umgeht, der bringt die Soziale Marktwirtschaft in Verruf. Was allerdings „unverantwortlich“ genau heißt, das muss strikt rechtsstaatlich geprüft und entschieden werden.

Das gilt in jedem freiheitlichen Gemeinwesen – und es gilt mit besonderem moralischem Gewicht in einer Nation wie der deutschen, die mit dem Nationalsozialismus eine grausame Vergangenheit der grundlosen Enteignung von Juden hinter sich hat.

Jeder politische Feldzug gegen Reiche und Wohlhabende ist auch vor diesem Hintergrund zu sehen. Er darf nicht auf Missgunst und Neid beruhen – und schon gar nicht auf Klassen- oder Rassenhass. Das Gemeinwohl als letzte Rechtfertigung für die Enteignung muss so eng gefasst werden, dass es niemals zum Einfallstor für blinde Wut und Ressentiments wird.

Völlig legitim ist es dagegen, sich über die Verteilung des Wohlstands in unserer Gesellschaft ernsthafte Sorgen zu machen. Sind Einkommen und Vermögen zu ungleich verteilt? Welcher Maßstab zählt? Und vor allem: Was können wir tun? Ralf Fücks hat recht: Nach 30 Jahren Globalisierung ist es sicherlich an der Zeit, die Lage neu zu prüfen und zu diskutieren – im Aufgalopp zu einer Bundestagswahl, die große Bedeutung hat für die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft.

Tatsächlich ist das Vermögen ungleich verteilt: Laut DIW gehören fünf Prozent der Bevölkerung 55 Prozent des Gesamtvermögens, die obersten ein Prozent kommen allein auf rund ein Drittel. Muss man da nicht hart eingreifen und umverteilen?

Die Antwort lautet: Man tut es bereits, und zwar vor allem über die Einkommensteuer. Ein Prozent aller Einkommensteuerpflichtigen, die absoluten Topverdiener, finanzierten zuletzt 21,5 Prozent, die reichsten zehn Prozent 55 Prozent und die reichsten 25 Prozent fast 77 Prozent des gesamten Aufkommens der wichtigsten Steuer in Deutschland, die dem Staat inzwischen in normalen Jahren rund 300 Milliarden Euro an Einnahmen einbringt.

Sie tun dies, weil ab etwa 270.000 Euro Jahreseinkommen jeder zusätzliche Euro zu 45 Prozent versteuert wird, ab 57.000 Euro (bis 270.000 Euro) sind es 42 Prozent.

Zum Schluss kommt die Erbschaftsteuer

Dies geschieht Jahr für Jahr – als eine Art „Abschlagszahlung“ auf die Vermögensakkumulation im Laufe eines Lebens, und am Schluss kommt dann noch eine Erbschaftsteuer dazu, die je nach Verwandtschaftsgrad und Höhe des Vermögens variiert, aber ab einem Vermögen von 26 Millionen Euro sich immerhin auf 30 bis 50 Prozent beläuft.

Es stellt sich mithin die konkrete Frage: Wollen wir wirklich in Deutschland die Wohlhabenden noch stärker besteuern, als wir dies ohnehin schon tun? Soll der Grenzsteuersatz auf Einkommen und Erbschaft wirklich bei weit über 50 oder gar 75 Prozent liegen, damit die Umverteilungsmasse nochmals drastisch anwächst? Klar ist nämlich: Eine nur leichte Erhöhung um ein paar Prozentpunkte bringt fiskalisch nur wenig und lässt die Einkommens- und Vermögensverteilung weitgehend unverändert.

Es ist merkwürdig: Die öffentliche Klage über die gesellschaftliche Ungleichheit bewegt sich wie bei Ralf Fücks auf moralphilosophisch hohem Niveau, begibt sich aber nicht in die Niederungen der steuerpolitischen Wirklichkeit. Dies gilt vor allem für jene, die von grüner, sozialdemokratischer und sozialistischer Seite mit moralischem Gestus mehr Umverteilung und Steuerprogression fordern, aber sich hüten, ihre Vorstellungen in konkrete Zahlenwerke zu gießen.

Diese Zahlen braucht man aber dringend, wenn mit politischer Vernunft über unterschiedliche Umverteilungsprojekte diskutiert werden soll. Sonst bleibt alles nebulös. Die Diskussion muss dabei umfassend geführt werden – auch mit Blick auf die Folgen der Besteuerung für die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschland im internationalen Wettbewerb.

Die liberale Gegenposition ist dagegen einfach und klar: Wir haben bereits ein stark progressives Steuersystem. Und wenn wir die Einkommens- und Vermögensverteilung in unserer Gesellschaft nachhaltig verändern wollen, dann müssen wir dies anders machen: durch Angriff auf die Ursachen, nicht durch Kurieren am Symptom.

Vor allem brauchen wir mehr Chancengerechtigkeit. Dafür muss der Staat die Rahmenbedingungen schaffen: mit besseren Bildungschancen für ärmere Familien, besseren Möglichkeiten der Finanzierung von Eigenheimen, besseren Chancen der betrieblichen Kapitalbeteiligung von Arbeitnehmern, besseren Möglichkeiten der Vorsorge für das Alter.

Und vor allem: Vollbeschäftigung mit steigenden Löhnen, denn nur dann besteht die Aussicht, dass die Wachstumsrate von Einkommen der breiten Masse die Vermögensrenditen der Wohlhabenden wieder übertrifft – so wie in den Jahrzehnten der Nachkriegszeit, die heute gerne (und zu Recht!) als paradiesische Epoche der Gleichheit beschworen werden.

Die demografische Entwicklung gibt uns durchaus die Chance, dem wieder näherzukommen. Aber eben nicht durch mehr Besteuerung der Reichen, sondern durch Chancengleichheit für die Armen.

Karl-Heinz Paqué ist Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und Professor für Volkswirtschaftslehre.

Wer es zu Reichtum gebracht hat, sollte eine gewisse Demut empfinden

Stand: 22.09.2020 | Lesedauer: 7 Minuten

Von Ralf Fücks



Schloss in Frankreich: "Gerade die Verfechter des Privateigentums sollten sich über die wachsende Konzentration von Vermögen in der Hand der Oberschicht sorgen"

Die zunehmende Konzentration privater Vermögen gefährdet die Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft. Reichtum bedeutet heute mehr als früher auch Verantwortung für eine gute Zukunft unserer Gesellschaft und unseres Planeten.

„Die Mähre ist mein Eigentum – ich kann mit ihr machen, was ich will!“, ruft ein betrunkenen Bauer in Dostojewskis „Schuld und Sühne“, während er unter johlender Zustimmung der Menge auf seine alte Stute einprügelt, bis sie tot umfällt. Seine Saufkumpane beteiligen sich nach Kräften an diesem sadistischen Schauspiel. Nur ein kleiner Junge, der zufällig mit seinem Vater vorbeikommt, hat Mitleid mit der geschundenen Kreatur und will sie schützen.

Eine solche Szene würde heute allgemeine Empörung auslösen und mit einer Verurteilung wegen Tierquälerei enden. Das Eigentum an einer Sache – und erst recht an einem Lebewesen – ist in einer zivilisierten Gesellschaft kein Freibrief, „mit ihr zu machen, was ich will“.

„Eigentum verpflichtet“ ist eine der am meisten zitierten Maximen unseres Grundgesetzes. Genauer lautet der Artikel 14: (1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt. – Die Eigentumsgarantie gilt also nicht absolut, sie kann eingeschränkt werden. (2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. – Der Gebrauch des Privateigentums soll nicht nur privaten Nutzen stiften, sondern das allgemeine Wohl

vermehrten – ein schillernder Begriff, der dem Wandel der Zeit unterliegt und politisch ausgehandelt werden muss.

(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. – Damit zieht das Grundgesetz einen klaren Trennungsstrich gegenüber sozialistischen Ideen, die das Eigentum als beliebige Dispositionsmasse der Staatsgewalt oder des Mehrheitswillens betrachten. Eingriffe in das Privateigentum sind an enge Voraussetzungen gebunden und müssen kompensiert werden. Man ist versucht, den Berliner Senat an diesen Passus zu erinnern.

Staatlicher Raubzug des Nationalsozialismus

Die drei Absätze des Artikels 14 bilden eine ziemlich ausbalancierte Trias. Sie grenzt sich sowohl gegenüber einer schranken- und rücksichtslosen Verabsolutierung des Privateigentums ab wie gegenüber dem ungezügelter Zugriff der Politik, der typisch für totalitäre Herrschaftsverhältnisse ist.

Das Grundgesetz antwortet damit auch auf die Erfahrung des Nationalsozialismus, der das Privateigentum der Willkür der Staatsgewalt auslieferte – am extremsten in Gestalt der Enteignung der jüdischen Bevölkerung, die einem staatlichen Raubzug gleichkam. Das Bekenntnis unserer Verfassung zum Privateigentum fällt allerdings deutlich gedämpfter aus als in den klassischen Dokumenten der bürgerlichen Revolutionen im ausgehenden 18. Jahrhundert.

So heißt es in der Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 – dem berühmten Manifest der Französischen Revolution – gleich im Artikel zwei: „Der Zweck jeder politischen Vereinigung ist die Erhaltung der natürlichen und unantastbaren Menschenrechte. Diese sind das Recht auf Freiheit, das Recht auf Eigentum, das Recht auf Sicherheit und das Recht auf Widerstand gegen Unterdrückung.“

Wer ist heute noch so kühn, das Recht auf Eigentum zu den unveräußerlichen Menschenrechten zu zählen und in einem Atemzug mit dem Recht auf Freiheit zu nennen? Vermutlich würde man sich damit den Vorwurf einer neoliberalen Verirrung einhandeln.

Für die großen Vordenker der modernen Demokratie – Locke, Montesquieu, Adam Smith – war dieser Zusammenhang evident. Für sie gibt es keine bürgerliche Freiheit ohne das Recht auf Eigentum. Eigentum ist die materielle Basis für die Selbstverantwortung und Autonomie der Bürger. Seine Garantie setzt dem Zugriff des Staates ebenso Grenzen wie der Willkür der Reichen und Mächtigen, die sich nicht einfach nehmen können, was ihnen gefällt. Eigentum ermöglicht Selbst-Sorge, also die eigenverantwortliche Daseinsgestaltung der Einzelnen; es ist eine Prämie auf beruflichen Erfolg und stärkt damit das Leistungsprinzip.

Gleichzeitig sind der Erwerb und die Vermehrung von privatem Eigentum offenkundig an gesellschaftliche Voraussetzungen gebunden, die erst die freie Entfaltung der Einzelnen ermöglichen. An erster Stelle ist das der Rechtsstaat. Ohne Herrschaft des Rechts gibt es keine Sicherheit des Eigentums.

Auch eine leistungsfähige öffentliche Infrastruktur – Verkehrswege, Kommunikation, Bildung und Wissenschaft – bildet ein Fundament für private Eigentumsbildung. Kurzum: Der Erfolg privater Wirtschaftstätigkeit hängt neben der Eigeninitiative und Tüchtigkeit des Individuums auch von öffentlichen Gütern ab. Schon daraus lässt sich der Zusammenhang zwischen Eigentum und Verantwortung gegenüber dem öffentlichen Wohl begründen.

Schließlich kann Eigentum auf Dauer nur gedeihen, wenn sozialer Friede herrscht. Seine gesellschaftliche Akzeptanz ist daran gebunden, dass es einigermaßen gerecht zugeht. Krasse Gegensätze zwischen Arm und Reich untergraben die Legitimation des Eigentums. Es darf kein Privileg einer kleinen Klasse von Reichen bleiben (oder werden). Insofern sollten sich gerade die Verfechter des Privateigentums über die wachsende Konzentration von Vermögen in der Hand der Oberschicht sorgen.

Nach einer neuen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung verfügen fünf Prozent der Bevölkerung über 55 Prozent des Gesamtvermögens. Das Prozent an der Spitze kommt auf gut ein Drittel, die obersten 0,1 Prozent kommen auf stattliche 20 Prozent des Volksvermögens. Das schafft eine strukturelle Unwucht von Chancen und Macht, die mit der sozialen Marktwirtschaft nicht vereinbar ist.

„Wer reich stirbt, stirbt in Schande“

Wer es zu Reichtum gebracht hat, sollte eine gewisse Demut und Dankbarkeit empfinden. Er verdankt seinen Erfolg nicht nur der eigenen Intelligenz und Tatkraft. Ja, in gewissem Grade ist „jeder seines Glückes Schmied“. Aber der unternehmerische Erfolg und der berufliche Aufstieg brauchen auch Fortune und günstige Gelegenheit, gute Mitarbeiter und Förderer. „Wer reich stirbt, stirbt in Schande“ – das schrieb nicht Karl Marx, sondern der amerikanische Stahlmagnat Andrew Carnegie in seinem 1889 veröffentlichten Essay „Das Evangelium des Reichtums“. Konsequenterweise investierte er sein Vermögen in zahlreiche Stiftungen, die bis heute aktiv sind.

Die ungleiche Akkumulation von Vermögen hat sich seit Beginn der Globalisierung und der digitalen Revolution verschärft. Seither ging die Schere zwischen Kapitaleinkommen und Arbeitseinkommen sowie zwischen niedrigen und hohen Gehaltsgruppen wieder auseinander. Gleichzeitig ist die soziale Aufwärtsmobilität in den meisten westlichen Gesellschaften rückläufig. Soziale Herkunft entscheidet wieder stärker als in den 60er- und 70er-Jahren über Bildungserfolg und berufliche Karriere. Eigentum an Unternehmen und Immobilien ist der entscheidende Faktor für die Vermögensbildung, noch vor einer guten Ausbildung und erfolgreichen Berufslaufbahn.

Wer die liberale Eigentumsordnung verteidigen will, muss die Maxime „Eigentum für alle“ verfolgen. Es geht um mehr als die Umwidmung großer Vermögen in gemeinnützige Stiftungen. Soziale Marktwirtschaft baut auf einer breiten Streuung des Eigentums auf. Die deutsche Sozialpolitik ist groß in immer neuen Transferleistungen. Dagegen ist die Förderung von Unternehmertum immer noch ein Randthema, und die steuerlichen Freibeträge für Vermögensanlagen von Arbeitnehmer/innen sind im internationalen Vergleich kümmerlich.

Auch Unternehmen und Gewerkschaften könnten mehr tun, um die Beteiligung von Mitarbeitern am Betriebskapital zu fördern. Hier liegt ein noch kaum ausgeschöpftes Potenzial, um die Kapitalbasis mittelständischer Unternehmen zu verbessern und talentierte Mitarbeiter/innen zu binden.

Ein weiterer Faktor kommt hinzu, der unternehmerisches Eigentum zunehmend unter Legitimationsdruck setzt: Unsere Gesellschaft, vor allem die jüngere, gut ausgebildete Generation, ist moralisch empfindsamer geworden. Fragen globaler Gerechtigkeit, Menschenrechte, faire Arbeitsbedingungen gewinnen an Bedeutung.

Es reicht deshalb nicht aus, wenn Unternehmer einen Teil ihrer Gewinne sozialen oder kulturellen Zwecken widmen. Ihr Geschäftsmodell selbst kommt auf den Prüfstand: Wieweit hält es humanitären und ökologischen Maßstäben stand? Mit dem klassischen Mäzenatentum ist kein Blumentopf mehr zu gewinnen, wenn es als bloße Ablasszahlung für unternehmerische Skrupellosigkeit erscheint (Beispiel Zigarettenindustrie, industrielle Massentierhaltung, Kohleindustrie).

Der Klimawandel verschärft diesen Trend noch. Verantwortlicher Umgang mit Eigentum muss sich daran messen lassen, ob und welchen Beitrag Unternehmen für Klimaschutz und Biodiversität leisten. Daran hängt die künftige Akzeptanz der Marktwirtschaft. Das ist kein Abgesang auf freies Unternehmertum, im Gegenteil: Es kommt darauf an, Unternehmergeist, Risikobereitschaft und Erfindungsreichtum bei der ökologischen Transformation der Industriegesellschaft zu beweisen.

Private Stiftungen können eine wichtige Rolle als Pioniere für soziale und ökologische Innovationen spielen. Entscheidend ist aber, dass die Unternehmen selbst sich wandeln. Sie müssen mehr Verantwortung für eine gute Zukunft unserer Gesellschaft und unseres Planeten übernehmen. Nur dann werden wir auch unsere freiheitliche Wirtschaftsordnung bewahren können.

Ralf Fücks ist geschäftsführender Gesellschafter des Zentrums Liberale Moderne, einer Berliner Denkwerkstatt und Diskussionsplattform. Zuvor war er Vorstand der Grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung.

SCHNELLER SCHLAU

Wenn die Eltern nicht studiert haben

Von STEFANIE DIEMAND, Grafiken: JOHANNES THIELEN · 28. September 2020

Unter hunderttausenden Studienanfängern werden auch in diesem Jahr wieder nur wenige Arbeiterkinder sein. Sozialer Aufstieg ist in Deutschland schwerer als in anderen europäischen Ländern.

Vor mehr als zehn Jahren rief Kanzlerin Angela Merkel die „Bildungsrepublik Deutschland“ aus. Auf einem Bildungsgipfel in Dresden 2008 machte die Kanzlerin eine große Ansage nach der nächsten. Am Ende blieb ein großes Ziel: „Wohlstand für alle heißt heute und morgen: Bildung für alle.“ Noch immer aber hat gerade eine Gruppe von Kindern einen Nachteil im deutschen Bildungssystem: Solche, deren Eltern nicht auf einer Universität waren.

Natürlich sind nicht alle Arbeiterkinder gleich oder haben immer dieselben Erfahrungen in und außerhalb ihrer Familien gemacht. „Die Wirklichkeit ist sehr viel komplexer“, sagt Evamarie König, Sprecherin des Netzwerks Arbeiterkind.de. Aber: Viele Kinder aus Arbeiterfamilien sähen sich schon in der Schule mit vielen Vorurteilen konfrontiert. „Ihre Begabung wird eher bei praktischen Tätigkeiten gesehen. Manche haben auch die Vorstellung, dass alle Arbeiterkinder arm und ungebildet seien.“

Die unterschiedlichen Bildungschancen sind in der Statistik ablesbar. Kinder aus nicht nicht-akademischen Haushalten studieren nicht nur seltener, sie erreichen auch seltener die nächste Bildungsstufe. Von hundert Grundschulkindern aus Arbeiterfamilien gehen nur durchschnittlich 21 auf eine Hochschule. „Das Studium wird häufig nicht als Möglichkeit in Betracht gezogen, da es keine Vorbilder in der eigenen Familie gibt, die Wege aufzeigen und unterstützen können“, sagt König. 30 Prozent der Arbeiterkinder brechen das Bachelor-Studium zudem vorzeitig ab. Von allen Studienabbrechern, die finanzielle Gründe als Abbruchgrund angeben, kommen rund 72 Prozent aus Arbeiterfamilien.

Für Kinder aus Akademiker-Haushalten sieht die Lage anders aus: Von 100 Grundschulkindern, die mindestens ein Elternteil mit Hochschulabschluss haben, beginnen durchschnittlich 74 ein Studium an einer Hochschule – eine mehr als dreimal so hohe Quote. Auch beenden nur gerade einmal 15 Prozent von ihnen ihr Studium ohne Abschluss. Brechen sie doch einmal ab, liegt das meist an privaten Motiven oder anderen beruflichen Alternativen, nicht an finanziellen Gründen. Einen Dokortitel erreichen Arbeiterkinder dann zehn Mal so selten wie Akademikerkinder. Von unseren hundert Grundschulkindern aus Arbeiterfamilien schafft es im Schnitt gerade einmal ein einziges auf diese akademische Ebene. Da eine Promotion für viele Berufe in der akademischen Lehre Voraussetzung ist, folgt daraus zum Beispiel auch, dass Professoren nur selten aus Arbeiterfamilien kommen.

Wenn in den nächsten Wochen ein neuer Jahrgang an den deutschen Universitäten beginnt, verwundert es angesichts dieser Zahlen nicht, dass die meisten Erstsemester aus akademischen Haushalten kommen. Sie machen mehr als die Hälfte aller Studienanfänger aus. Wer aus einem Elternhaus kommt, in beide Eltern weder eine akademische noch eine berufliche Ausbildung haben, geht am seltensten an eine Hochschule. Klar: Nicht jeder muss an einer Hochschule studieren. „Ärgerlich ist es aber, wenn Nicht-Akademikerkinder automatisch in eine Ausbildung geschoben werden, obwohl das Potential, die Neigungen und Interessen vielleicht ganz woanders liegen“, sagt König.

Der Wunsch, möglichst bald Geld zu verdienen, hält Abiturienten laut einer Umfrage am häufigsten von einem Studium ab. Denn wer eine Ausbildung absolviert, erhält direkt ein Einkommen, während das Studium erstmal Kosten verursacht. Diese spielen für 36,5 Prozent der Befragten eine Rolle – sie glauben nicht, die finanziellen Mittel für ein Studium zu besitzen. Unter denjenigen mit dieser Sorge sind vor allem Arbeiterkinder: Während nur rund 27 Prozent der Befragten aus Akademiker-Haushalten angibt, sich ein Studium nicht leisten zu können, sind es unter ihnen rund 42 Prozent.

Dabei lohnt sich das Studium finanziell. Das zeigt das sogenannte Lebenseinkommen, die Summe aller Jahresgehälter, die ein Mensch in seiner beruflichen Karriere verdient. Schon mit einem Bachelorstudium liegt das Lebenseinkommen im Durchschnitt deutlich höher als ohne Studium. Rund 2,6 Millionen Euro verdienen Absolventen dieses niedrigsten akademischen Grades, Masterstudenten kommen sogar auf rund 2,9 Millionen Euro. Nicht-Akademiker verdienen mit durchschnittlich 1,8 Millionen Euro über ihr Berufsleben rund eine Million Euro weniger.

Generell gelingt es in Deutschland nur wenigen, einen höheren Bildungsabschluss oder ein höheres Einkommen als die eigenen Eltern zu erzielen. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zeigt in einer Studie, dass es in Deutschland sechs Generationen braucht, um von der untersten Einkommensschicht in die Mitte der Gesellschaft zu kommen. Theoretisch würde das 180 Jahre dauern, Deutschland befindet sich damit auf einem Niveau mit Argentinien. Grund dafür sei die mangelnde soziale Mobilität in der Bundesrepublik.

„Viele Menschen in Deutschland haben das Gefühl, dass ihre persönlichen und beruflichen Chancen entscheidend vom Elternhaus abhängen“, schreiben die Fachleute der OECD. In anderen Staaten gelingt der Aufstieg leichter: In Dänemark werden nur zwei Generationen benötigt, in Norwegen, Finnland und Schweden sind es jeweils drei. Schlechter als Deutschland schneidet Brasilien ab: Dort braucht es 9 Generationen, bis die Nachkommen einer armen Familie beim Durchschnittseinkommen angekommen sind. Schlüssel zu mehr sozialer Mobilität sind laut OECD etwa ein besseres Bildungssystem oder gute Kinderbetreuung. Jedoch gibt es auch Kritik an der OECD-Studie: [Autoren des ifo-Instituts \(Institut für Wirtschaftsforschung\) untersuchten die Studie](#) und kritisierten das methodische Vorgehen der Wissenschaftler. Ihrer Meinung nach dauert es nur zwei bis vier Generationen, bis eine Person aus der untersten Einkommensklasse ein Durchschnittseinkommen erzielt.

Für die Arbeiterkinder, die sich trotz der Widrigkeiten eingeschrieben haben und im Oktober ihr Studium an einer der Universitäten in Deutschland beginnen, hat Arbeiterkind.de-Sprecherin König eine Botschaft. Sie rät ihnen, umfassend von allen Informationsangeboten Gebrauch zu machen. Und sagt: „Fasst mehr Mut, den eigenen Bildungsweg zu gehen.“

176,21

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/die-pro-sieben-doku-rechts-deutsch-radikal-und-ihre-folgen-16976567.html>

PRO-SIEBEN-DOKU ÜBER RECHTE:

Das ist kein „Vogelschiss“

- VON MICHAEL HANFELD
- -AKTUALISIERT AM 29.09.2020-06:03



Auf die Pro-Sieben-Doku „Rechts. Deutsch. Radikal“ reagiert die AfD schnell. Den einstigen Sprecher Christian Lüth, der meinte, man könne Migranten „erschließen“ oder „vergasen“, setzt sie vor die Tür. Der Reporter Thilo Mischke hat aber nicht nur deshalb Großes geleistet.

Dem Reporter Thilo Mischke von Pro Sieben ist mit seiner Dokumentation „Rechts. Deutsch. Radikal“ ein Coup gelungen. Denn in ihr zeigt er, in der offenen Art, in der er auf Leute zugeht, seinem Geschick, sie zum Reden zu bringen und einer verdeckten Aktion zweierlei: Wie junge Leute rechtsextremen Rattenfängern auf den Leim gehen, wie diese Rattenfänger junge Leute abholen und – was wirklich in der **AfD** steckt, in der „Alternative für Deutschland“, die so gerne und ausdauernd behauptet, sie sei „konservativ“, dabei aber ihrer Verfasstheit und ihrem Personal nach den verlängerten Arm des organisierten Rechtsextremismus in diesem Land darstellt.

Das drückt sich aus einem heimlich mitgeschnittenen Dialog zwischen einer rechten Youtuberin, die sich „Lisa Licentia“ nennt und inzwischen an einem Aussteigerprogramm teilnimmt, und dem früheren AfD-Sprecher und ehemaligen Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Christian Lüth, der seine führenden Posten vor einiger Zeit verloren hat, aus der Partei ausgetreten ist, aber erst am Montag aus seinem Arbeitsverhältnis als Mitarbeiter der Fraktion fristlos entlassen wurde.

Der Dialog, der am Montagabend bei [Pro Sieben](#) zu hören war, lautet wie folgt:

Lisa Licentia: „Worum geht es?“

Christian Lüth: „Es geht erstmal um den Erhalt der Partei. AfD ist wichtig.“

Lisa Licentia: „Ja.“

Christian Lüth: „Je schlechter es Deutschland geht, desto besser für die AfD. Das ist natürlich scheiße, auch für unsere Kinder. Aber wahrscheinlich erhält uns das. Wenn jetzt alles gut laufen würde, dann wäre die AfD bei drei Prozent. Deshalb müssen wir uns eine Taktik überlegen zwischen. Wie schlimm kann es Deutschland gehen? Und: Wieviel können wir provozieren? Und dazwischen müssen wir kommunizieren. Sehr schwierig.“

Lisa Licentia: „Vor allem klingt das so, als ob es in deinem Interesse wäre, dass noch mehr Migranten kommen.“

Christian Lüth: „Ja, weil dann geht es der AfD besser. Wir können nachher immer noch alle erschließen. Das ist überhaupt kein Thema. Oder vergasen, oder wie du willst. Mir egal! Aber jetzt, wo die Grenzen immer

noch offen sind müssen wir dafür sorgen, solange die AfD noch ein bisschen instabil ist und ein paar Idioten da antisemitisch rumlaufen, müssen wir dafür sorgen, dass es Deutschland schlecht geht.“

Das ist das Kalkül, das sich nahtlos an die Reden all der anderen Rechtsextremen, die bei Thilo Mischke zu Wort kommen, anschließt. Und das ist auch der Rahmen des Narrativs, das Alexander Gauland und andere anstimmen. Aufgenommen wurde das Gespräch mit Lüth am Abend der Bürgerschaftswahl in Hamburg, dem 23. Februar dieses Jahres. Während Lüth davon sprach, man könne Migranten immer noch „erschießen“ oder „vergasen“ und sagte, die AfD müsse jetzt wieder die Opferrolle spielen und gegen die vermeintlich linksversifftete Presse polemisieren, bekam er Nachrichten von Alexander Gauland. Und eben dieser Gauland sprach direkt nach der Wahl in Hamburg von der vermeintlichen Hetze, der seine Partei ausgesetzt sei, ganz so, wie es Lüth seiner Gesprächspartnerin erläutert hatte. Das passt.



Reporter Thilo Mischke bei einer Pegida-Demonstration in Dresden. :Bild: Pro Sieben

Wie genau das passt, hat die AfD schnell erkannt und angesichts von Lüths Vernichtungsphantasien darauf verzichtet, den üblichen Angriff auf die Presse, also hier Pro Sieben, zu unternehmen. Sie hat sich von Lüth distanziert. Allerdings tut die Partei so, als habe Lüth seit langem nichts mehr mit der AfD zu tun. Er sei „seit drei Jahren nicht mehr für die Partei tätig“, hieß es, insofern habe er im Februar dieses Jahres auch „nicht für uns als Partei sprechen“ können. Freigestellt als Leiter der Pressestelle der AfD-Bundestagsfraktion wurde er freilich erst am 24. April dieses Jahres, fristlos entlassen wurde er – gestern.

Wer seine Sinne beisammen hat, sieht also, welche Eiertänze die AfD vollführt. Meinte diese Partei es ernst mit einer Distanzierung von den Rechtsextremen, müsste sie sich nicht nur von Christian Lüth trennen. Da gibt es noch reichlich andere, von Andreas Kalbitz bis Björn Höcke. Was bleibt da von der AfD eigentlich übrig? Deren Ehrenvorsitzender Gauland, dessen Relativierung des NS-Regimes – die selbstverständlich, wie Gauland später zu seiner Verteidigung sagte, das Gegenteil sein sollte -, wir noch im Ohr haben: „Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in über tausend Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte.“

Das sind die Fragen, die der Reporter Thilo Mischke bei Pro Sieben aufwirft. Sie werden nicht zum ersten Mal gestellt, Mischke legt sie seinen Zuschauern allerdings auf denkbar direkte, unpräzise und direkte Art vor. Wir sehen, wie er anderthalb Jahre durch den Kosmos der Rechtsextremen in diesem Land streift, mit ihnen ins Gespräch kommt, sie konfrontiert und an den Punkt führt, an dem sie um ihre amoralische und menschenverachtende Ideologie herumdrucksen, etwa wie der siebzehn, inzwischen achtzehn Jahre alte Sanny Kujath, der als Hoffnungsträger der extremen Rechten gilt. Da kapiert jeder, worum es hier geht.

Dass es auch darum gehen muss, gerade die jungen Leute aus dieser Szene herauszuholen, machte Thilo Mischke gestern Abend nach seiner Dokumentation im Gespräch mit Klaas Heufer-Umlauf in dessen Show „Late Night Berlin“ klar.

Dabei kommt es darauf an, mit denjenigen, die vielleicht raus wollen oder ins Nachdenken kommen, das Gespräch zu suchen, in der Familie, im sozialen Umfeld, in der Gesellschaft. Wenn jemand wie der Chef des thüringischen Verfassungsschutzes, Stephan J. Kramer, sagt, er mache sich ernsthaft Sorgen um die Demokratie in diesem Land, ist es dafür höchste Zeit.

„Dieses ‚Pro Sieben Spezial‘ ist die wichtigste Dokumentation der letzten Jahre auf Pro Sieben“, sagte der Senderchef Daniel Rosemann. Da wird ihm niemand widersprechen.

Le Figaro (site web)

mardi 29 septembre 2020 - 06:00 UTC +02:00 825 mots

Actualité ; Sciences & Environnement

La mémoire collective influence nos souvenirs personnels

PSYCHOLOGIE - Dans notre cerveau, expérience personnelle et récit collectif sont bien plus intimement liés qu'on ne l'imaginait.

Y aurait-il d'un côté, la mémoire individuelle (avec ses fonctions d'enregistrement et de stockage des souvenirs personnels) et de l'autre, la mémoire collective, constituée de la manière dont des événements ont été perçus et sont racontés au sein d'un groupe ? La réponse est non, nous apprennent les neurosciences. Car ces deux mémoires interagissent fortement entre elles, dans l'objectif notamment de «réactualiser» nos propres souvenirs.

La région cérébrale qui permet cette intégration des données a été identifiée : elle se situe dans le cortex préfrontal médian qui est connecté à l'hippocampe par un important réseau, c'est-à-dire à la zone où sont encodés les événements pour y être mémorisés. La nouveauté, c'est que des chercheurs ont montré pour la première fois que cette zone du cortex préfrontal médian était aussi dédiée à la mémoire collective. Les liens entre mémoire individuelle et mémoire collective ne peuvent donc plus être ignorés.

« *C'est comme si on avait dans notre cerveau, une représentation de ce que pense la société de façon collective* », explique le Dr Pierre Gagnepain, chercheur Inserm dans l'Unité dirigée par Francis Eustache à l'Université de Caen et qui participe au projet «MATRICE» (voir ci-dessous). « *Ainsi, quand on se souvient, non seulement on réactive nos propres pensées, mais aussi ce que les autres en pensent et ce que ce souvenir signifie pour la société* ». Ce qui enrichit d'une certaine façon nos souvenirs et leur donne du sens...

Influence sociale

« *Pendant longtemps, la mémoire a été étudiée de façon isolée, sans prendre en compte l'influence sociale alors que c'est une fonction importante de la mémoire que de communiquer avec les autres* », poursuit le Dr Gagnepain. « *Nous avons voulu vérifier de façon très expérimentale, si la mémoire collective influençait la mémoire individuelle, permettant la transmission des connaissances et l'harmonisation des souvenirs de chacun, facilitant la communication entre les individus* ».

Pour mener à bien cette expérience, la première étape a été d'identifier les groupes de mots le plus souvent utilisés pour décrire la Seconde Guerre mondiale durant trente années de journaux télévisés : des mots-clés ont ainsi été répertoriés, comme par exemple, «débarquement», «allié», «Normandie», etc. Ils permettent de se faire une idée précise des représentations collectives de cette période.

La seconde étape a été de recruter 24 volontaires ayant grandi au cours de ces trente années de journaux télévisés, mais n'ayant pas vécu la guerre. Ces volontaires ont été invités à visiter le Mémorial de Caen retraçant l'histoire de la bataille de Normandie et le débarquement. Le lendemain de leur visite au Mémorial, les volontaires ont passé une IRM fonctionnelle tout en se remémorant les images vues, la veille. Résultat : lorsque le souvenir de ces photos était associé à une thématique de mémoire collective (par exemple, une photo montrant le débarquement), une activité du cortex préfrontal était décelée (bien plus que le hasard ne l'aurait voulu). Ce n'était pas le cas pour les autres photos.

La mémoire collective serait donc bien en lien avec nos souvenirs personnels. Il reste à comprendre pourquoi. «*Intégrer ses souvenirs individuels négatifs à un schéma collectif évite-t-il que ces souvenirs deviennent traumatisants ? C'est mon sentiment, mais il nous faudra le prouver* », conclut le Dr Gagnepain.

«La mémoire collective n'est pas figée»

La plateforme MATRICE étudie l'articulation entre mémoire individuelle et mémoire collective. C'est une première mondiale par son ampleur et le nombre de disciplines associées. Explications de son responsable scientifique, Denis Peschanski, historien au CNRS, co-auteur de « *La mémoire, entre sciences et société* » aux éditions Le Pommier.

LE FIGARO .- La mémoire individuelle est influencée par la mémoire collective, mais l'inverse est-il vrai ?

Denis PESCHANSKI.- En tant qu'historien, je suis souvent face à des individus qui ont leur propre histoire et ce qui m'intéresse est de voir comment ils construisent un récit cohérent entre ce qu'ils ont vécu et ce que la mémoire collective leur apporte.

Qu'est-ce qu'il en ressort ?

Leurs témoignages évoluent dans le temps, car ils s'approprient une partie du récit qui n'est pas le leur et qui le devient. De même, la mémoire de nos sociétés n'est pas figée, mais plastique : des événements qui perdent de leur signification à un moment donné tendent à s'effacer tandis que d'autres, au second plan, sont réactivés à la faveur d'un nouvel événement et donc de nouveaux témoignages.

La mémoire individuelle est-elle encore soumise à d'autres interférences ?

Pendant longtemps, la mémoire interpersonnelle s'est nourrie des discussions entre proches (famille, amis, etc.), mais les réseaux sociaux ont changé la donne. Ils sont une porte ouverte à l'autorisation de parler de tout et n'importe quoi, sans savoir ! Nous avons prévu d'étudier leur impact sur les mémoires collective et individuelle des attentats du 13 novembre 2015, le programme «13 Novembre» étant une composante de Matrice.

Lesbos, symbole de l'échec de la politique migratoire européenne

Par Delphine Papin , Francesca Fattori , Mélina Zerbib et Camille Bressange

Publié le 27 septembre 2020

DÉCRYPTAGES

Début septembre, plus de 14 500 migrants étaient bloqués à Lesbos, dans le camp de Moria. La destruction du site dans un incendie a remis en lumière le manque de solidarité entre Etats européens sur la question migratoire.

Les 8 et 9 septembre, deux incendies ont ravagé le camp de migrants de Moria, sur l'île de Lesbos, en Grèce.

Le feu a détruit les structures du camp « officiel », et les tentes installées au fil du temps dans les territoires environnants.

12 000 demandeurs d'asile étaient entassés à Moria, dans une grande insalubrité, dont 4 000 enfants. La destruction du camp les a laissés sans abri et sans ressources...

... coincés sur une île devenue le symbole de l'échec d'une politique migratoire que l'Europe doit réformer.

Ouvert par les autorités grecques en 2013 comme centre de premier accueil pour migrants, le camp de Moria détruit les 8 et 9 septembre était depuis 2015 l'un des « hotspots » de l'Union européenne (UE). A l'époque, au plus fort de la crise migratoire, il s'agissait d'accueillir et d'identifier les migrants dans ces structures, situées en bordure de l'UE, afin de déterminer si leur demande d'asile était recevable et d'organiser, le cas échéant, leur renvoi.

Conçu pour accueillir moins de 3 000 personnes, le camp de Moria s'est vite étendu de façon incontrôlée, sous la pression conjointe des nouvelles arrivées sur l'île, depuis les côtes turques toutes proches, et de la lenteur du traitement des demandes d'asile. Aux conteneurs mis en place par les autorités grecques, s'ajoutent progressivement, dans les oliveraies environnantes, des tentes et des abris de fortune installés par les migrants venus du Proche-Orient, d'Afghanistan ou d'Afrique subsaharienne. Le 7 septembre 2020, veille des incendies, le site de Moria hébergeait selon les autorités grecques 12 589 personnes.

Une « situation inhumaine » aggravée par le confinement

L'histoire de Moria a été émaillée d'incidents et de violences lié au surpeuplement du camp : files interminables pour accéder à la nourriture et aux services de base, sanitaires insuffisants, rixes, saleté, départs de feu causés par les chauffages de fortune, tentatives de suicide, cas d'automutilation chez les enfants... Les ONG dénonçaient régulièrement les conditions de vie « inhumaines » de Moria.

Plus récemment, l'épidémie de Covid-19 a aggravé l'enfermement et le désespoir des migrants. Les mesures de confinement imposées depuis le mois de mars ont été durcies début septembre, à la suite de la découverte d'un cas positif. Les incendies début septembre auraient été provoqués, selon les autorités grecques, par des résidents du camp eux-mêmes, pour protester contre la dureté de l'enfermement. Aucune campagne de tests n'avait auparavant pas été organisée par Athènes dans les camps situés sur les îles de la mer Egée, malgré la promiscuité et l'insalubrité qui les caractérisent.

Lesbos, un cul-de-sac pour les migrants

Début septembre, plus de 14 500 migrants étaient bloqués à Lesbos, dans le camp de Moria, et dans les structures alternatives mises en place au fil des années par la municipalité et les résidents de l'île, à Kara

Tepe et Pikpa, ou encore par le Haut-commissariat des Nations unies pour les réfugiés (HCR). Les migrants ayant le droit de se déplacer en Grèce continentale pendant l'étude de leur demande d'asile restaient bloqués sur l'île, faute de mesures prévues pour leur transfert, et les relocalisations vers le continent organisées ponctuellement par les autorités ont toujours été insuffisantes pour désengorger les structures d'accueil de l'île.

Au pouvoir depuis un an, le gouvernement conservateur de Kyriakos Mitsotakis a durci sa politique migratoire et a annoncé la construction d'un camp fermé sur Lesbos, malgré l'opposition de la population et des migrants.

A la suite de l'incendie, Athènes a placé l'île de Lesbos en état d'urgence, et les autorités grecques ont installé à la hâte, près du port de Mytilène, un camp provisoire pour héberger les milliers de migrants restés sans abri après l'incendie, en attendant la construction d'une nouvelle structure destinée au traitement des demandes d'asile. Selon le ministre de la Protection du citoyen, Michalis Chryssohoïdis, « la moitié » des migrants bloqués à Lesbos pourraient quitter l'île « d'ici à Noël » et « les autres d'ici à Pâques ».



Infographie Le Monde

Les îles grecques, sas entre la Turquie et l'UE

La saturation de Lesbos et des îles grecques est emblématique des décisions prises en Europe en matière migratoire, depuis la « crise des migrants » de 2015.



Géographiquement, la Grèce est un point d'entrée pour les migrants qui souhaitent rejoindre l'espace européen, via la Turquie.

En 2012, pour arrêter les migrants, une clôture était installée à la frontière terrestre entre les deux pays, côté grec.

Les exilés, fuyant les conflits en Syrie, en Irak ou en Afghanistan, se reportent alors vers les îles grecques. En 2015, plus de 865 700 personnes arrivent en Europe en empruntant cette route.

Ils remontent ensuite vers l'Europe occidentale, via la « route des Balkans », qui se ferme au cours de l'année 2015 sous la pression des Etats européens situés plus au nord.

Les pays de première arrivée des migrants sont sommés par leurs partenaires européens de contrôler leurs frontières, de gérer sur leur territoire les demandes d'asile et de refouler les migrants économiques. La Grèce, comme l'Italie, demande l'aide de l'UE pour gérer un phénomène qui les dépasse.

L'UE crée alors les « hotspots » pour aider les pays de première arrivée à « trier » les réfugiés potentiels des migrants économiques à renvoyer. En Grèce, cinq îles sont concernées, dont Lesbos.

En contrepartie, les Etats européens s'engagent à accueillir sur leur territoire une partie des migrants arrivés en Grèce en Italie, pour alléger la pression sur les pays de première arrivée. Après d'âpres négociations, le chiffre de 66 400 personnes à relocaliser est fixé. Cinq ans après, à peine la moitié de cet objectif avait été atteinte.

En mars 2016, l'UE et la Turquie signent un accord controversé pour « fermer la frontière maritime ». En échange d'une aide de 6 milliards d'euros, la Turquie, « pays tiers sûr », accepte le renvoi des migrants dont la demande d'asile est rejetée par la Grèce.

Mais dans les quatre ans qui ont suivi l'application de l'accord, seuls 2 100 personnes ont été de fait renvoyées en Turquie depuis les îles grecques. Maintenus dans les « hotspots » le temps de traiter de leur demande d'asile, pour faciliter leur renvoi éventuel vers la Turquie en cas de refus, les migrants se retrouvent bloqués pendant des mois voire des années.

Transformées en salles d'attente géantes, les îles égéennes accueillait fin août plus de 27 000 personnes, dans des structures à la capacité quatre fois moindre.

La politique migratoire de l'UE et la destruction de Moria

Confrontés aux images des incendies de Lesbos, et au dénuement des sans-abri de Moria, plusieurs Etats européens ont proposé d'accueillir une partie des migrants, notamment les mineurs non accompagnés. 150 d'entre eux se rendront en France et 150 en Allemagne, qui a promis d'accueillir 1 500 migrants supplémentaires. Finlande, Belgique, Luxembourg, Slovénie, Croatie et Portugal ont aussi répondu présent.

Malgré cet engagement de circonstance, les événements de Moria ont relancé le débat sur le manque de solidarité européenne en matière de migrations, et accéléré le débat sur la réforme de la politique migratoire. Le 16 septembre, prononçant devant le Parlement européen le discours sur l'Etat de l'UE, la présidente de la Commission, Ursula von der Leyen, a déclaré vouloir « abolir » le règlement dit « de Dublin ».

En vigueur depuis 2013, ce texte attribue la responsabilité de l'examen de la demande d'asile d'un exilé au premier pays d'entrée en Europe. Ce système est régulièrement décrié par les associations d'aide aux migrants et par les Etats de première arrivée, Italie et Grèce en tête, qui dénoncent la charge disproportionnée reposant sur leurs territoires.

Mercredi 23 septembre, la Commission a proposé une série de mesures pour « gérer la solidarité » et pour réduire le poids de la gestion des réfugiés sur les pays de première entrée. Selon ce nouveau « pacte pour la migration », chaque pays de l'UE devrait participer à l'effort de répartition des nouveaux arrivants, de traitement des requêtes, ou encore des renvois vers les pays d'origine ou de départ. Des dispositions qui vont être maintenant négociées entre des Etats membres aux objectifs et contraintes bien différents.

Trente ans après la Réunification, une autre Allemagne se lève à l'Est

Par [Thomas Wieder](#)

Publié le 25 septembre 2020 à 15h17

REPORTAGE

Ils n'ont pour la plupart pas connu la RDA. Mais souffrent des clichés persistants qui entourent les nouveaux Länder. Ces jeunes Allemands défendent une identité plus nuancée et plus ouverte. Comme un antidote à la montée de l'extrême droite.

Ce sont deux photos d'une même maison située au centre de Görlitz. Celle de gauche, en noir et blanc, a été prise dans les années 1980, à l'époque où cette ville à la frontière avec la Pologne, se trouvait en République démocratique allemande (RDA). Le bâtiment est dans un état misérable, sa façade part en lambeaux, il manque des carreaux aux fenêtres. La photo de droite, en couleurs, montre la maison telle qu'elle est aujourd'hui, fraîchement repeinte et impeccablement rénovée, autant dire méconnaissable.

C'est ce photomontage que le gouvernement d'Angela Merkel a choisi pour illustrer la couverture de son dernier *Rapport annuel sur l'état de l'unité allemande*. Publié chaque année en amont de la fête nationale du 3 octobre, date anniversaire de la réunification des deux Allemagne, en 1990, ce document bourré de chiffres et de graphiques brosse un tableau précis de la situation démographique, économique et sociale des « nouveaux Länder », l'expression encore officiellement en usage, trente ans après, pour désigner la partie du territoire allemand qui appartenait jadis à la RDA.

Ce choix iconographique en témoigne : le gouvernement actuel considère que la promesse faite par Helmut Kohl en juillet 1990 a été tenue. A l'époque, le chancelier ouest-allemand, sur le point de devenir celui du pays réunifié, avait assuré que la RDA disparue laisserait la place à des « paysages florissants ». « *Les choses ont souvent pris plus de temps que prévu. Mais, dans la plupart des domaines, nous pouvons dire : unité retrouvée, unité réalisée, unité accomplie !* », s'est félicité Marco Wanderwitz, le délégué du gouvernement fédéral chargé des nouveaux Länder, lors de la présentation à la presse du fameux rapport, le 16 septembre.

L'émergence de nouveaux visages

Avec ses villas pimpantes, ses belles plages de sable et ses jolies forêts, l'île d'Usedom pourrait être un de ces « paysages florissants » jadis évoqués par Helmut Kohl. Haut lieu de villégiature à l'époque de la RDA, la « perle de la Baltique » est aujourd'hui l'une des zones les plus dynamiques du Land de Mecklembourg-Poméranie-Occidentale, au nord-est de l'Allemagne. C'est aussi là que se trouve la petite station balnéaire d'Heringsdorf, où a été élue, en mai 2019, l'une des plus jeunes maires du pays, Laura Isabelle Marisken, alors âgée de 31 ans.

Cette victoire, totalement inattendue, a valu à cette juriste de figurer en tête des « 100 jeunes Allemands de l'Est les plus importants », une liste publiée par *Die Zeit* en novembre 2019, à l'occasion des trente ans de la chute du mur de Berlin. A travers ce palmarès mêlant élus, entrepreneurs, artistes et sportifs, tous âgés de moins de 40 ans, le grand hebdomadaire d'Hambourg entendait répondre à un reproche souvent fait aux journaux « de l'Ouest » : leur tendance à parler des nouveaux Länder en des termes essentiellement négatifs, comme des territoires vieillissants, peu innovants et gangrenés par l'extrême droite.

Par son succès remarqué, Laura Isabelle Marisken a rappelé que les choses étaient plus compliquées. Au départ, la jeune femme cumulait tous les handicaps : née à Berlin-Ouest et travaillant à l'université de Greifswald, à une soixantaine de kilomètres d'Heringsdorf, elle était totalement inconnue des électeurs de la circonscription. Célibataire, sans enfants, membre d'aucun parti politique mais soutenue par les sociaux-démocrates et les écologistes, elle avait peu de chances de l'emporter dans ce bastion conservateur dont les élus sont en quasi-totalité des hommes de plus de 50 ans.

« Je me sens allemande et européenne, mais pas est-allemande »

Si elle tire une fierté légitime d'avoir été couronnée par *Die Zeit*, la jeune femme n'en reconnaît pas moins qu'elle a « *un certain mal* » à s'identifier comme « *Allemande de l'Est* ». Assise dans son bureau de maire, elle raconte : « *J'avais 1 an quand le Mur est tombé. J'allais à l'école dans l'ancien Berlin-Ouest, plus tard mon université était dans l'ancien Berlin-Est. Mais, pour moi, ces différences n'ont jamais compté. Je me sens allemande et européenne, mais pas est-allemande, même si la commune dont je suis aujourd'hui maire se trouvait autrefois en RDA.* » Ce n'est que pendant la campagne électorale que Laura Isabelle Marisken a compris que ce qui était une évidence pour elle ne l'était pas pour tout le monde. « *Lors de mes tournées de porte à porte, je ne peux pas vous dire combien de fois les gens m'ont parlé des problèmes qu'ils avaient eus après la réunification : le chômage, les anciens diplômés pas reconnus, l'impression que tout est allé trop vite.* »

« La réunification nous a transformés. Notre initiative a pour but de rendre visible les gens qui habitent en Allemagne de l'Est ou qui en viennent et qui veulent marquer l'avenir positivement. » Le manifeste du réseau Wir sind der Osten

Au cours de ces échanges, la jeune femme découvre aussi des traumatismes liés plus particulièrement à l'histoire de cette région. « *Dans les années 1950, beaucoup d'hôtels et de restaurants situés ici, sur les bords de la Baltique, ont été nationalisés par le régime est-allemand. C'est ce qu'on a appelé l' "Action rose". Après la réunification, beaucoup d'anciens propriétaires ou leurs héritiers ont voulu récupérer leurs biens. Ça n'a pas toujours été facile. Trente ans plus tard, ça a laissé des traces dans les familles. Ce sont des blessures qui restent.* »

Depuis qu'elle est maire, Laura Isabelle Marisken prend également conscience de la relation complexe qu'entretiennent ses administrés avec cette RDA qu'elle-même n'a pas connue. « *Je n'ai jamais entendu quelqu'un me dire qu'il voulait le retour de ce régime. En revanche, je mesure à quel point il y a aujourd'hui un attachement pour le patrimoine de cette période.* » Comme exemples, la jeune maire cite la récente restauration d'une mosaïque dans une école de la commune, le succès improbable qu'ont encore les tubes de Karat et Rockhaus, célèbres groupes de rock est-allemands fondés dans les années 1970, ou encore la pratique toujours très développée du naturisme, la Freikörperkultur (FKK), particulièrement populaire en RDA. « *Tout ça n'a rien de politique. C'est culturel, sentimental. Ce passé fait partie de l'identité des gens. Peut-être qu'on s'en rend davantage compte aujourd'hui qu'il y a dix ou quinze ans* », explique-t-elle.

Des territoires défavorisés et oubliés

Ce sentiment d'appartenance à une Allemagne de l'Est qui ne se confond pas avec le régime disparu en 1990, Torsten Menzel le comprend parfaitement. Né en 1986 dans la petite ville de Meissen, près de Dresde, lui non plus n'a « *aucun souvenir direct* » de la RDA. Et pourtant, l'effondrement de celle-ci l'a durablement marqué. « *J'appartiens à une génération qui a vu ses parents perdre du jour au lendemain leur boulot parce que leur entreprise avait fermé. Ce sentiment d'insécurité est un des points communs de cette génération. Avec le recul, je pense que ça nous donne une certaine force : on sait qu'une dictature peut tomber d'un jour à l'autre, donc qu'une démocratie peut subir le même sort. Tout ça nous rend peut-être plus flexibles, plus pragmatiques...* »

Le jeune homme vit aujourd'hui à Berlin après avoir étudié notamment en France et en Angleterre. Aujourd'hui, il est responsable pour le Land de Saxe de l'ONG Teach First Deutschland, qui recrute des profils hautement qualifiés pour les envoyer enseigner pendant deux ans dans des établissements

défavorisés. Il raconte avoir éprouvé le besoin de « *faire quelque chose d'utile* » pour cette Allemagne de l'Est dont il n'a pas de peine à comprendre pourquoi 42 % des habitants se sentent encore considérés comme des « *citoyens de seconde classe* » (contre 27 % des habitants des « anciens Länder »), selon un récent sondage de l'institut Infratest dimap.

Ce sentiment de déconsidération ne vient pas seulement de faits statistiques qui, par exemple, rappellent que le chômage est toujours plus élevé à l'Est (7,3 % contre 5,5 %) , que le salaire moyen y reste plus bas (2 690 euros contre 3 330 euros) ou que seules 37 des 500 grandes entreprises allemandes ont leur siège social dans un des nouveaux Länder. « *Les inégalités sont une chose, mais il y a le reste, cette impression qu'ont souvent les Allemands de l'Est de ne pas compter autant que ceux de l'Ouest* », explique Torsten Menzel, qui cite un souvenir récent : « *J'étais dans le train. Je me connecte au Wi-Fi. Et là, sur mon écran, apparaît une publicité pour les 20 plus beaux chemins de randonnée en Allemagne. Eh bien, vous savez quoi ? Un seul d'entre eux était à l'Est...* »

Faire entendre une autre voix

Son cas n'est pas isolé. Depuis quelques années, de plus en plus de jeunes Allemands n'hésitent plus à se dire « *Ostdeutsche* », non parce qu'ils seraient guidés par la moindre nostalgie pour un pays que beaucoup n'ont jamais connu, mais pour faire entendre une voix singulière, celle d'une génération pour qui il n'a pas toujours été facile de se faire une place dans une Allemagne réunifiée où ceux de l'Ouest se sont vus comme les gagnants de l'histoire.

« Merkel, c'est bien, mais ça ne suffit pas. Ce qu'il faut, ce sont des success stories à côté de chez soi, pas seulement à Berlin mais aussi dans des villes moyennes. » Janine Koska

C'est pour se donner une telle visibilité que de jeunes trentenaires nés entre le milieu des années 1970 et celui des années 1980 ont fondé, en 2009, le réseau Dritte Generation Ost, ces Allemands de l'Est de la « troisième génération », venue après celle de leurs grands-parents, nés sous la République de Weimar ou le IIIe Reich, et celle de leurs parents, née dans les premières années de la RDA. Créé lors du vingtième anniversaire de la chute du mur de Berlin, ce collectif, toujours actif, a servi de modèle à d'autres, qui attirent davantage la génération suivante, née autour de la réunification.

C'est le cas du réseau Wir sind der Osten (« nous sommes l'Est »), fondé en 2019 et dont le manifeste affirme : « *La réunification nous a transformés. Maintenant, c'est à nous de transformer la société. Notre initiative a pour but de rendre visible les gens qui habitent en Allemagne de l'Est ou qui en viennent et qui veulent marquer l'avenir positivement. Elle met en valeur des gens qui agissent et se serrent les coudes.* »

Une expérience de l'altérité

Agée de 37 ans, Janine Koska entre parfaitement dans cette catégorie. Elle reçoit dans les jolis bureaux de l'agence de relations publiques et de marketing qu'elle a créée il y a une dizaine d'années à Magdebourg, capitale du Land de Saxe-Anhalt, à l'ouest de Berlin. Elle aussi a connu les années difficiles de l'après-réunification, quand sa mère a mis quatre ou cinq ans à retrouver du travail après la fermeture, en 1990, de la brasserie où elle travaillait.

Elle aussi a pris conscience, en se confrontant aux Allemands de l'Ouest, qu'elle n'était pas tout à fait comme eux. Le souvenir remonte à 2007. Elle a alors 25 ans et travaille dans une banque à Hanovre. Là, elle entend parler d'assurances-retraite, de jeunes femmes de son âge pour qui il ne va pas de soi de continuer à travailler quand on a eu un enfant. « *Il n'y avait pas d'arrogance particulière à mon égard, mais j'ai compris que j'avais été marquée par d'autres façons de voir les choses. Sur la place de la femme, par exemple. A l'Est, les femmes ont toujours travaillé et mis les enfants à la crèche. Ça m'a toujours paru normal et je pense que c'est quelque chose dont nous pouvons être fières* », explique-t-elle.

Cette expérience de l'altérité dans son propre pays est l'une des raisons pour lesquelles elle a finalement décidé de revenir à Magdebourg. Elle reconnaît que ce qu'elle a appris « à l'Ouest » – le goût d'entreprendre – l'a profondément enrichie et lui a donné « *une culture* » qu'elle n'aurait sans doute pas eue en restant « à

l'Est ». Elle le confie d'ailleurs sans détour : « *Ici, au début, pas mal de gens me regardaient bizarrement et beaucoup de boîtes ne comprenaient pas vraiment l'intérêt du marketing. Il y a encore dix ans, toutes ces choses-là étaient encore assez étranges dans une ancienne ville d'Allemagne de l'Est.* »

La menace de l'extrême droite

Trente ans après la réunification, Janine Koska se considère elle-même comme trop « *hybride* » pour s'affirmer « *de l'Est* » ou « *de l'Ouest* », des identités trop « *figées* » à ses yeux, dit-elle. Mais cela ne l'empêche pas de soutenir des initiatives comme Dritte Generation Ost ou Wir sind der Osten, car « *ce manque de visibilité des Allemands de l'Est* » est, pour elle, l'une des causes majeures d'un « *ressentiment* » dont l'un des canaux d'expression est le vote en faveur du parti d'extrême droite Alternative pour l'Allemagne (AfD), qui a dépassé les 20 % dans les nouveaux Länder aux législatives de 2017 (deux fois plus qu'à l'Ouest).

Un parti qui, comme il l'a montré aux dernières élections régionales en Saxe, dans le Brandebourg et en Thuringe, n'hésite pas à se présenter comme le porte-voix des « *perdants* » de la réunification en promettant de terminer la « *Wende* », nom donné, en Allemagne, au « *tournant* » pris entre la « *révolution pacifique* » qui a provoqué la chute du mur de Berlin, le 9 novembre 1989, l'effondrement du régime communiste de RDA et la réunification des deux Allemagne, le 3 octobre 1990.

A neuf mois des élections régionales en Saxe-Anhalt, où l'AfD est crédité d'environ 20 % des voix, Janine Koska estime qu'« *il y a urgence à ce qu'on montre qu'il y a aussi des gens qui réussissent à l'Est* ». Et ce bien au-delà d'Angela Merkel. Au sein du gouvernement fédéral, la chancelière est d'ailleurs la seule, avec la ministre de la famille, Franziska Giffey, à avoir grandi en RDA. « *Merkel, c'est bien, mais ça ne suffit pas. Ce qu'il faut, ce sont des success stories à côté de chez soi, pas seulement à Berlin mais aussi dans des villes moyennes, pour que les gens d'ici comprennent que la réussite est aussi à leur portée. Si les choses ne bougent pas maintenant, on en sera toujours au même point dans trente ans.* »

Faire oublier la caricature du « Ossi »

Faire évoluer les mentalités, en finir une fois pour toutes avec les clichés... S'il y a bien un sentiment qui unit cette génération de jeunes Allemands nés à l'Est autour de 1990, c'est celui-là. A discuter avec eux, il est d'ailleurs frappant de constater combien les mêmes exemples reviennent toujours dans leur mémoire. Comme cette « *une* » du *Spiegel* parue fin août 2019. On y voit un bob aux couleurs du drapeau allemand accompagné de ce titre : « *Voilà comment il est, le Ossi [le type de l'Est] : ce qu'il a dans la tête et pourquoi il vote autrement* ». Sur les réseaux sociaux, la « *une* » a provoqué à l'époque une avalanche de commentaires outrés, notamment de la part de jeunes Allemands de l'Est exaspérés de se sentir ainsi stigmatisés.

« En classe, on nous a appris l'histoire de l'Allemagne de l'Ouest, Adenauer, le miracle économique, Willy Brandt, etc. Mais, sur la RDA, rien du tout. Une page vide. » Johannes Nichelmann

C'est en réaction à ce « *discours dominant* » que Stefan Krabbes a lancé, fin 2018, le hashtag #derandereosten (« *l'autre Est* »). Né à Dessau, entre Berlin et Leipzig, en 1987, cet ancien étudiant en science politique vit aujourd'hui à Bruxelles, où il est assistant parlementaire d'une eurodéputée écologiste. En 2018, les grandes manifestations organisées par l'extrême droite à Chemnitz après la mort d'un jeune Allemand tué lors d'une rixe avec des demandeurs d'asile ont provoqué chez lui un « *déclat* ». Partout, dans la presse allemande et internationale, les violences de Chemnitz sont alors décrites comme le symptôme d'une Allemagne de l'Est qui, près de trente ans après la réunification, aurait toujours « *un problème structurel avec la démocratie* ». Le jeune homme est révolté par cette « *vision caricaturale* ».

Avec le hashtag qu'il lance sur Twitter, il enjoint les habitants des « *nouveaux Länder* » à « *prendre la parole* » pour « *faire entendre les 75 % qui ne votent pas pour l'AfD* ». Le succès est immédiat. Des initiatives, peu relayées dans les grands médias, trouvent ici un écho qu'elles n'avaient pas jusque-là. Deux ans plus tard, Stefan Krabbes continue d'être « *étonné par le succès* » de ce hashtag. Pour lui, son

appropriation, y compris par des Allemands de l'Ouest, est le signe d'un « *vrai besoin de dialogue dans ce pays, à la fois entre gens de l'Est et de l'Ouest et entre générations* ».

Une histoire qui n'a pas été transmise

Ce manque de communication est le fil rouge du très beau livre qu'a récemment publié Johannes Nichelmann sous le titre *Nachwendekinder* (« les enfants de l'après-réunification. La RDA, nos parents et le grand silence », éd. Ullstein Fünf, 2019, non traduit). Né à Berlin-Est juste avant la chute du Mur, ce journaliste indépendant y mêle son témoignage à ceux d'autres jeunes gens de son âge. Au-delà de la diversité des regards, il en ressort le portrait d'une génération orpheline d'un passé qui, souvent, ne lui a été transmis que par bribes.

« *La RDA, pour moi, s'est pendant longtemps réduite à des bouts d'anecdotes familiales ou à des reconstitutions du style du film Good Bye, Lenin ! [dans lequel un jeune Allemand cache à sa grand-mère la chute de la RDA pour lui éviter un choc émotionnel]. En classe, on nous a appris l'histoire de l'Allemagne de l'Ouest, Adenauer, le miracle économique, Willy Brandt, etc. Mais, sur la RDA, rien du tout. Une page vide. Comme si ça n'avait jamais existé* », raconte Johannes Nichelmann. Non transmise par l'école il y a encore quelques années, cette histoire ne l'a pas non plus été dans nombre de familles. La crainte, pour les parents, d'être mal compris. Un sentiment de honte parfois difficile à verbaliser. La peur d'être confrontés à des questions dérangeantes.

La difficulté, enfin, de se heurter à un discours dominant, celui des années 1990 et 2000 : « *Quasiment à chaque fois qu'on parlait de la RDA à la télévision, c'était pour dire que les seuls héros étaient ceux qui avaient fui à l'Ouest, que rien dans ce pays n'avait réussi, et que c'était en définitive une vaste prison dont la moitié des gens travaillaient pour la Stasi* », résume Johannes Nichelmann. Difficile, dans ces conditions, de « *transmettre à ses enfants une histoire en nuances de gris quand on vous impose une vision en noir et blanc* ». Le journaliste s'en est rendu compte, à l'âge de 7 ans, quand il a trouvé dans la cave de l'appartement familial l'uniforme que son père avait porté quand il était soldat en RDA. Ce dernier s'est mis violemment en colère et a ensuite longtemps refusé de répondre à la moindre question sur sa vie à l'époque.

Trente ans après la chute du mur de Berlin, tout le monde en convient : s'il reste des inégalités à corriger, l'enjeu n'est plus, aujourd'hui, d'effacer les traces de l'Est dans une « *Allemagne où l'Ouest est la norme* », pour reprendre l'expression de Johannes Nichelmann. Mais bien davantage d'assumer ces héritages différents et pluriels. Bref, de briser cet autre mur, celui du silence et de l'incompréhension, à la fois entre l'Est et l'Ouest mais aussi entre les générations, condition essentielle pour que l'Allemagne se sente enfin vraiment réunifiée.

<https://www.welt.de/kultur/kunst/plus216670860/Bilderstuermerie-ist-geisteskrank-Neo-Rauch-kritisiert-den-Zeitgeist.html>

MALERSTAR NEO RAUCH

„Bilderstürmerie ist geisteskrank“

Stand: 28.09.2020 | Lesedauer: 7 Minuten

Von Boris Pofalla

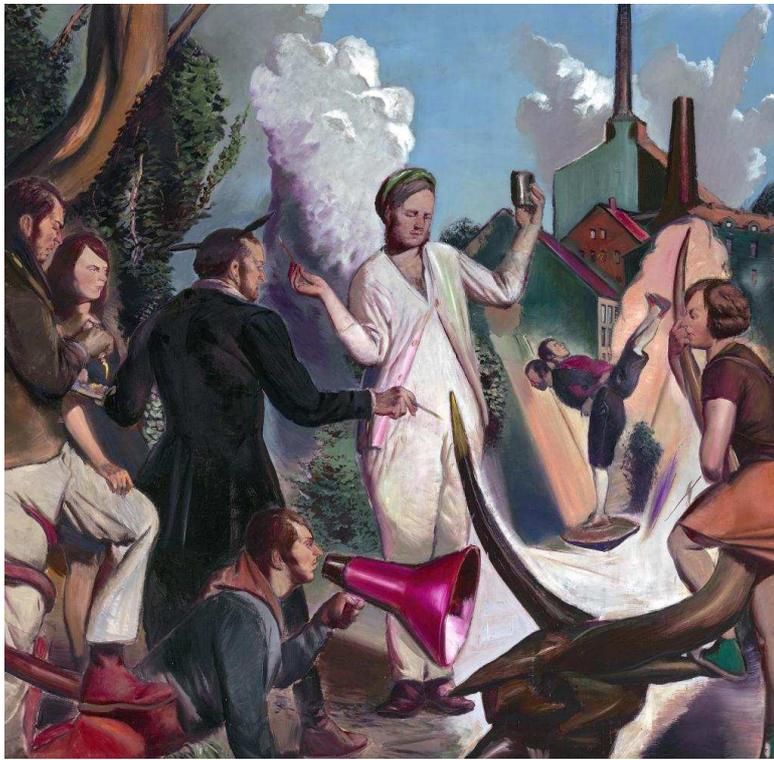


„Wahre Kunst“ findet er in „Selbstumrundung“: Neo Rauch

Quelle: picture alliance/dpa

Neo Rauch hält nichts von Gleichmacherei. Auch mit seinen neuen Werken verteidigt der Maler die Autonomie der „großen Göttin Kunst“ gegen den aktivistischen Zeitgeist. Ein Gespräch über das Selbstverständnis des Künstlergenies und den Graben zwischen Ost und West.

Das Atelier von Neo Rauch ist ein hoher Raum, in den das Licht von Osten einfällt. Auf der Staffelei steht einsam ein unvollendetes Gemälde, die übrige Produktion der letzten Monate ist in der Galerie Eigen+Art aufgehängt, die nur Schritte entfernt liegt. „Handlauf“ heißt die Ausstellung, die gerade eröffnet hat, sechzehn Bilder sind zu sehen. Es ist eine Kunst, die wie gemacht erscheint für diese unsichere, vor sich hin taumelnde Zeit. Der Maler selbst wirkt umso fokussierter. Mitten im Raum hängt ein Boxsack und weiter hinten noch ein kleiner, für die schnellen, harten Schläge. Auf der Tür klebt ein Hemingway-Zitat: „Never answer a critic“. Neo Rauch, in Leipzig verwurzelt, international bekannt und gesammelt, ist im April sechzig Jahre alt geworden. Angestoßen wird mit Wodka aus dem Gefrierfach.



Aufgabe des Künstlers sei die Herstellung des Gleichgewichts: Neo Rauchs neues Gemälde „Die Wurzel“, 2020

Quelle: Uwe Walter, Berlin VG Bild-Kunst, Bonn 2020

WELT: Herr Rauch, Sie zeigen sechzehn neue Werke, alle aus dem katastrophalen Jahr 2020. Wie gut konnten Sie und Ihre Frau, die Malerin Rosa Loy, in der Corona-Zeit arbeiten?

Neo Rauch: Eigentlich eher konzentrierter, da es einen begrüßenswerten Mangel an Ablenkung gab. Unser Kalender war freigefegt von Verpflichtungen und Terminen und die Zeit stand merkwürdig still. Es war eine Ruhe um uns, die der Kontemplation und dem Vorantreiben des Werkes sehr zuträglich war.

WELT: Erleben wir gerade eine historische Zäsur, wie sie der Mauerfall war?

Rauch: Es ist zwar eine weltumspannende Seuche, aber die Wende veränderte unsere Lebensumstände weitaus gravierender. Es hat sich ja für uns nichts wirklich Substanzielles verändert. Wir tragen Masken in der Öffentlichkeit. Das haben wir vor der Wende natürlich auch getan. Wir haben Masken getragen von unsichtbarer Natur.

WELT: Viele Ihrer Figuren scheinen ihr Gleichgewicht nur mühsam halten zu können. Balance sei entscheidend und das Gegenteil von Haltung, sagten Sie mit Blick auf Ihre neuen Werke. Was ist denn so falsch an der richtigen Haltung?

Rauch: Ich bin ein Maler, und als Maler ist mir ein Haltungsfetischist grundsätzlich suspekt. Jemand, der ganz genau weiß, was richtig und was falsch ist, ist für mich eine schwer zu handhabende Person. Wenn ich ein Bild male, dann mache ich das in dem Bestreben, einen Zustand von höherer Harmonie zu erreichen. Ich muss die Gewichte austarieren, die auf mich einwirken, auf der Leinwand ebenso wie im wirklichen Leben, muss die ganze Fülle der Wirklichkeit auf mich einwirken lassen und ihr den jeweiligen Platz zuweisen.



Neo Rauchs Gemälde sind fast alle monumental groß, wie die drei Meter hohe „Die Loge“ von 2020
Quelle: Uwe Walter, Berlin VG Bild-Kunst, Bonn 2020

WELT: Der Maler, der alles ausbalanciert?

Rauch: Ich weise niemandem und nichts die Türe, sondern ich nehme alles so, wie es ist, und versuche, es in einen koloristischen Zusammenhang zu bringen, der für mich Farbigkeit heißt und nicht etwa Buntheit, denn Buntheit ist die Farbigkeit der Narren. Buntheit ist ein heilloses Durcheinander. Es geht um Farbigkeit, um Harmonie.

WELT: Nun gibt es im Kulturbetrieb zunehmend viele, die finden, man muss angesichts der Zustände in der Welt auch Partei ergreifen, man muss sich engagieren. Ist das für Sie legitim?

Rauch: Das sind alles kunstferne Aktivitäten, das hat mit Kunst nichts zu tun. Ich kann nur darauf beharren, dass es die Aufgabe des Künstlers ist – wenn er denn einer ist nach meinem Verständnis –, das Gleichgewicht herzustellen: zwischen den Extremen, zwischen den Polen, zwischen oben und unten, links und rechts, vorn und hinten. Da liegt das Geheimnis, da liegt die Mitte, da liegt die wahre Kunst: im Zentrieren.

WELT: Wie erreicht man das?

Rauch: Durch Selbstbefragung und Selbstumrundung. Dadurch, dass ich meine eigene Schwerkraft entwickle, an der sich dann auch andere ausrichten, unter Umständen. Wenn ich dagegen Haltung zeige, dann bin ich ein Pfahl. Ein sprödes Element, das der Wirkung der Gezeiten nicht besonders widerstandskräftig ausgesetzt ist.

WELT: Jemand, der schwankt.

Rauch: Nein, jemand, der bricht. Weil sich natürlich alles von heute auf morgen ändern kann. Und ich muss wissen und ich habe es ja auch erfahren, dass Haltungen sich auch ändern. Ein Zuwachs an Lebenserfahrung ist einer guten Haltungsnote eher abträglich.

WELT: Es gibt zunehmend Zweifel daran, dass Kunst autonom ist oder sein sollte. Das seien nur Privilegien weniger, heißt es.

Rauch: Was sollte Kunst denn sonst sein, wenn nicht der Ausdruck einer unverwechselbaren Persönlichkeit? Wenn ich sie auf ein Ziel einschleife, wenn ich ihr eine Wirksamkeit innerhalb gesellschaftlicher Zusammenhänge zuweise, dann nehme ich ihr alles, was sie tatsächlich wirksam macht.

WELT: Sie haben exakt die Hälfte Ihres Lebens im wiedervereinten Deutschland verbracht. Woran merken Sie, dass Sie in der DDR groß geworden sind?

Rauch: Das ist eine gute Frage. Woran merke ich das... Ich merke es an meinem mentalen Zuschnitt. Er ist von ebenjener Tapsigkeit und Verhaltenheit gekennzeichnet, die für Ostdeutsche generell typisch zu sein scheint. Dieses „Entschuldigen Sie, dass ich existiere“-Verhalten, „Entschuldigen Sie, dass ich Ihnen jetzt gerade im Weg stehe“. Also nicht dieses großspurige, dieses ultraselbstsichere Auftreten von Leuten, die in den alten Bundesländern sozialisiert wurden.



Gemeinsam stark? Neo Rauchs Gemälde „Handlauf“ von 2020

Quelle: Uwe Walter, Berlin VG Bild-Kunst, Bonn 2020

WELT: Ihr Kritiker Wolfgang Ullrich, den sie 2019 in einem Gemälde als „Der Anbräuner“ verewigt haben, wollte in Ihren Äußerungen rechte Tendenzen erkannt haben. In einem neuen Buch erkennt er, der Westdeutsche, nun die unterschiedlichen Mentalitäten von Ost und West als Mitauslöser des Zwists.

Rauch: Wenn das das Destillat dieses brisanten Prozesses ist, dann soll es mir recht sein. Dann hat er offenbar etwas begriffen.

WELT: Ullrich meint weiterhin, das Freiheitsprivileg der Kunst gerate zusehends in die Nähe rechten Denkens.

Rauch: Das meinen nur die, die diese Erfahrung noch nie gemacht haben: Wenn etwas durch sie hindurch sprach. Das sind die, die utilitaristisch an die Kunst herangehen, die sie gemein machen wollen, die sie

herabwürdigen wollen zu einem schlichten Propagandainstrument, zu einem Megafon. Das hat nichts mit ihr zu tun, mit der großen Göttin Kunst. Ich rede hier deswegen so weihevoll, weil ich meine, diese Position sei unbedingt verteidigungswürdig. Weil, wenn es das nicht mehr gibt, gibt es nichts mehr, wovor man Ehrfurcht haben könnte.

WELT: Wovor soll man Ehrfurcht haben?

Rauch: Es macht doch einen Unterschied, ob jemand begabt ist. Auf dem Gebiet der Musik ebenso wie auf dem Gebiet der bildenden Kunst. Und ich rede jetzt wirklich fast mit weihevoll zitternder Stimme von dem Phänomen der Begabung. Das ist doch eine Gabe, die von irgendwoher kommt. Jemand kann etwas, was andere nicht können.

WELT: Aber das ist ja ungerecht.

Rauch: Das ist zutiefst ungerecht. Ich fühle mich ja auch überreich privilegiert durch eine Macht, für die ich keine Begriffe habe, die mich mit dem ausgestattet hat, was man landläufig Begabung nennt. Und daraus versuche ich, das Beste zu machen. Und ich habe auch das Glück, eine Resonanz zu erfahren, die überwiegend positiv ist. Negative Resonanz erfahre ich aus dem Lager der Unbegabten und der Aktivisten, die meinen, es sei nun an der Zeit, endlich Schluss zu machen mit der Herrschaft der privilegierten Egozentriker.

WELT: In den letzten Monaten gab es viele Versuche, Symbole der Vergangenheit zu ersetzen oder zu verändern, Denkmäler zu stürzen. Ist es nicht erstaunlich, dass der Aktivismus dem Symbolischen so viel zutraut? Ist die neue Bilderstürmerei nicht ein großes Kompliment für die Kunst?

Rauch: Als schöpferisch tätiger Mensch sollte man sich fast geschmeichelt fühlen. Aber wir haben es beim Ikonoklasmus ja mit einer Geisteskrankheit zu tun. Wer sich an einem Bild versündigt, wer ein Bild zerstört, der ist ein Schwachsinniger. Das ist durch nichts zu rechtfertigen. Man will die kollektive Erinnerung zurechtbiegen, etwas säubern und neu besetzen.

WELT: Man könnte entgegenhalten: Der öffentliche Raum gehört allen, man kann auch mal etwas herausnehmen und Neues hinstellen.

Rauch: Es ist die Entscheidung des Bewohners dieses Raumes, wie er sich möblieren will. Es gibt Menschen, die richten sich alle zehn Jahre komplett neu ein. Ich halte das zum Beispiel ganz anders: Ich kann mich von nichts trennen. Da steht alles nebeneinander, und alles wirkt aufeinander ein und spielt mir eine Melodie vor, die letzten Endes die meines Lebens ist. In diesem Konzert fühle ich mich wohl, auch wenn die Misstöne mitunter durch solche von höherer Harmonie aufgewogen werden müssen. Aber so ist nun mal das Leben, und das muss man akzeptieren.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/studie-der-muenchener-sicherheitskonferenz-schwache-aussenpolitik-16979146.html?premium>

STUDIE ZUR AUSSENPOLITI:

Immer noch zu wenig deutscher Einsatz

- VON JOHANNES LEITHÄUSER, BERLIN
- -AKTUALISIERT AM 01.10.2020-00:29

Eine Studie der Münchener Sicherheitskonferenz beklagt fehlendes Engagement der deutschen Außenpolitik. Das Gegenargument einer pazifistischen Grundeinstellung lässt sie nicht gelten.

Sechs Jahre nach dem Versprechen der politischen Führung Deutschlands, sich außenpolitisch stärker zu engagieren, sieht eine Untersuchung der Münchener Sicherheitskonferenz zwar anerkennenswerte Bemühungen in diese Richtung, hält jedoch die Anstrengungen in der gewandelten Welt für nicht zufriedenstellend. Der damalige Bundespräsident Joachim Gauck, der damalige Außenminister Frank-Walter Steinmeier und die damalige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen hatten 2014 auf der Münchener Jahrestagung die Einsicht vorgetragen, Deutschland müsse aktiver werden. Gauck hatte dies in den Satz gefasst, Deutschland solle „früher, entschiedener, substantieller“ agieren. Er stellt jetzt im Vorwort der Studie fest, „in vielerlei Hinsicht“ sei dies auch geschehen, und nennt die Neuausrichtung der Nato als Beispiel oder die Bemühungen, die Corona-Pandemie in Europa gemeinsam zu meistern. Auf anderen außenpolitischen Feldern bleibe das deutsche Engagement hinter den Anforderungen zurück, so dass der damalige Appell heute eher noch dringlicher zu formulieren sei.

Die Studie kommt zu einem ähnlichen Fazit. Das maßgeblich vom Forschungsdirektor der Sicherheitskonferenz, Tobias Bunde, verfasste Papier bescheinigt der Bundesregierung zwar, dass sie heute mehr Geld für außen- und sicherheitspolitische Zwecke einsetzt als vor sechs Jahren, dass sich die Publikumswerbung der Politiker für außenpolitische Ziele seither jedoch ebenso wenig verbessert hat wie die Absprache über diese Ziele und ihre Mittel innerhalb der Bundesregierung.

Unterschiede entlang politischer Auffassungen

Das Argument, die Deutschen seien außenpolitisch nicht interessiert und lehnten mit einer pazifistischen Grundeinstellung Militäreinsätze instinktiv ab, lässt die Studie nicht gelten. Die Sicherheitskonferenz gab selbst eine umfangreiche Befragung bei dem Umfrageinstitut Forsa in Auftrag.

Da zeigen sich allerdings deutliche Unterschiede entlang der politischen Auffassungen: Während jeweils deutlich über 60 Prozent der Anhänger von Grünen, SPD und Linkspartei der Ansicht sind, Deutschland habe „durch seine Geschichte eine größere Verantwortung als andere Länder, sich für den Frieden in der Welt einzusetzen“, meinen mehr als 50 Prozent der Unionsanhänger, mehr als 60 Prozent der FDP-Anhänger und 74 Prozent der AfD-Anhänger, dies sei nicht der Fall. Andererseits antworteten Jüngere und die Anhänger von Linkspartei, Grünen und SPD mit Mehrheiten von bis zu 60 Prozent, Deutschland müsse eine aktivere außenpolitische Rolle spielen. Allerdings gebe es dabei eine Präferenz für den Einsatz diplomatischer und ziviler Mittel.

Bei der Begutachtung der finanziellen Ressourcen der deutschen Außenpolitik hebt die Studie hervor, der Etat für das Auswärtige Amt habe sich im vergangenen Jahrzehnt auf ein Volumen von sechs Milliarden Euro beinahe verdoppelt. Doch sei ein Großteil der zusätzlichen Mittel als humanitäre Hilfe an UN-Organisationen wie den Hohen Flüchtlingskommissar oder das Welternährungsprogramm weitergereicht worden. Die Steigerungsraten im Wehretat seien in den vergangenen drei Jahren zwar gleichfalls „beachtlich“ gewesen, doch reichten sie erstens „angesichts der massiven Veränderungen des sicherheitspolitischen Umfelds“ kaum aus; zweitens würden die Steigerungsraten hin zum Nato-Ziel eines Zwei-Prozent-Anteils am Bruttosozialprodukt angesichts widersprüchlicher Planungsdaten und Politikeraussagen nicht als verlässlich angesehen.

Die Studie warnt, es bleibe „für viele im Ausland der Eindruck zurück, dass es Deutschland mit seiner Bündnissolidarität nicht allzu genau nimmt“. Der Report der Sicherheitskonferenz greift einen Vorschlag des MSC-Vorsitzenden Wolfgang Ischinger auf, die Ausgaben für klassische Außenpolitik, äußere Sicherheit und Entwicklungshilfe in einer Gesamtquote zu vereinigen, die mit drei Prozent des Inlandsprodukts veranschlagt werden soll; damit könne neben dem Militäretat die Bedeutung anderer Ausgaben gehoben werden.

Mangelnde Koordinierung

Auch den außenpolitischen Eliten in Deutschland stellt die Studie kein gutes Zeugnis aus. Politische Führungsstärke könne gegen öffentliche Ablehnung etwa von Waffenlieferungen oder eines Militäreinsatzes argumentieren und Mehrheiten schaffen; so sei es etwa 2014 bei der militärischen Unterstützung für die irakischen Kurden in ihrem Kampf gegen den „Islamischen Staat“ gewesen. Vor der Entscheidung hätten nur 27 Prozent der Bevölkerung dies gutgeheißen, ein halbes Jahr später seien es 43 Prozent gewesen. Daran schließt sich die Aufforderung an, Bevölkerung, Politik und Gesellschaft müssten in Deutschland „noch regelmäßiger, intensiver und ehrlicher über Außen- und Sicherheitspolitik diskutieren“.

In ihrem letzten Aspekt widmet sich der Report der mangelnden Koordinierung außenpolitischer Angelegenheiten. Es wird erinnert an den vier Jahre alten Vorschlag des strategischen Weißbuches der Regierung, den Bundessicherheitsrat – einen Kabinettsausschuss aller außenpolitisch relevanten Ministerien – aus seinem Dornröschenschlaf zu wecken und zum zentralen Koordinierungsinstrument zu machen. Bislang trifft das Gremium vor allem die Entscheidung über den Export von Rüstungsgütern.

Das außenpolitische Dilemma Deutschlands wird am Ende in den Feststellungen beschrieben, es gebe kaum ein anderes Land auf der Welt, das sich politisch, gesellschaftlich und militärisch so gut in der von Amerika garantierten Nachkriegsordnung eingerichtet habe; es gebe aber neben Deutschland nur wenige Länder, denen jetzt „eine maßgebliche Rolle bei der Bewältigung der weltpolitischen Herausforderungen zugemessen wird“.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/duisburg-marxloh-wie-anforderungen-an-brennpunktschulen-steigen-16979589.html?premium>

DUISBURG-MARXLOH:

Schule in herausfordernder Lage

- VON TIMO STEPPAT, DUISBURG
- -AKTUALISIERT AM 01.10.2020-06:30



Die Anforderungen für Brennpunktschulen sind in den vergangenen Jahren dramatisch gewachsen. Waren es früher zwei bis drei Kinder eines Jahrgangs, die kaum oder schlecht Deutsch sprachen, sind es heute nahezu alle.

Alles sieht aus wie in einer normalen, freundlichen Grundschule. Pippi Langstrumpf, Pettersson und das Sams sind an die Wand im Treppenhaus gemalt, das Schreien spielender Kinder dringt vom Schulhof in das Büro von Schulleiterin Regina Balthaus-Küper. Aber eine normale Grundschule dürfe man nicht erwarten, sagt sie. „Unsere Schule ist anders.“ Sie lacht freundlich. Viele verstünden nicht, wie sie funktioniere. Die Andersartigkeit der Schule hat etwas mit dem Stadtteil zu tun, in dem sie liegt: In Marxloh gibt es besonders viele Transfergeldbezieher, viele, deren Muttersprache nicht Deutsch ist. Bildungspolitiker nennen das eine „herausfordernde Lage“.

Vor zehn Jahren, sagt Balthaus-Küper, sei ihre Devise gewesen, dass es kein Problem sei, wenn zwei bis drei Kinder nicht die Sprache beherrschten, sie seien mitgezogen worden, hätten in den Mitschülern Sprachvorbilder gefunden. Inzwischen aber hat sich das Verhältnis umgekehrt. Von den 56 Kindern, die dieses Jahr angemeldet wurden, erfüllte nur eine Handvoll die Grundanforderungen. Das heißt, sie konnten in einem Stuhlkreis sitzen, eine Schere oder einen Stift halten – all das, was man in einem Kindergarten lernt. Die wenigsten waren aber im Kindergarten, die wenigsten sprechen Deutsch. Wieso? Die Eltern, oftmals Roma aus Südosteuropa oder Flüchtlinge aus Syrien, wüssten nicht, sagt Balthaus-Küper, wie man die Kinder im Kindergarten anmeldet, in den meisten Fällen bekämen sie keine Unterstützung, und selbst wenn sie es versuchten, gebe es in Duisburg zu wenig Kindergartenplätze.

Die Lehrpläne helfen nicht

Balthaus-Küper stand also auch in diesem Sommer vor der Entscheidung, wie sie die 56 Kinder auf zwei Klassen verteilt. Die Kinder mit Vorkenntnissen aufzuteilen würde sie wohl schwächen. Es gibt deshalb eine Klasse, in der manche Deutsch sprechen. Und eine Klasse mit 28 Schülern, die keine Kita besucht und keine Deutschkenntnisse haben. „Auf diese Weise können wir die große Heterogenität etwas reduzieren und stellen uns von unserer Unterrichtsgestaltung auf die Unterschiedlichkeit dieser Lerngruppen ein“, sagt Balthaus-Küper. Die Klassen sind mit 28 Schülern eigentlich viel zu groß, um die Schüler intensiv zu fördern. Obwohl es längst mehr Lehrerstellen gibt, fehlen immer noch Lehrkräfte. Der Unterrichtsalltag ist natürlich auch ganz anders als an normalen Grundschulen. „Es gibt kein einziges Schulbuch, mit dem wir arbeiten können“, sagt Balthaus-Küper. Das Lernen müsse in kleineren Schritten erfolgen, die Lernwege individualisierter und handlungsorientierter sein, als es die Bücher vorsehen.

Normalerweise funktioniert Schule so, dass es einen ungefähr gleichen Leistungsstand gibt und die Kinder mit Hilfe der Lehrer definierte Kompetenzen erlernen. Aber die Vorgaben orientieren sich, wie mehrere Schulleiter sagen, an der „bürgerlichen Mitte“. Insofern ist der Lehrplan des Landes Nordrhein-Westfalen für Balthaus-Küper und ihre Kollegen nicht sonderlich hilfreich und eher eine „Zielrichtung“, wie sie sagt. In Marxloh müssen die Lehrer früher ansetzen und den Kindern helfen, grundlegende Fertigkeiten aufzubauen, die sonst in der Kita oder dem Kindergarten erlernt worden wären. Auf dem Weg dahin haben die Lehrer eine Art Fahrplan im Kopf, sagt Balthaus-Küper, der auf jahrelangen Erfahrungen basiert. Wenn, wie in diesem Schuljahr geschehen, zwei neue Kolleginnen an die Schule kommen, die eine erste Klasse übernehmen, sind sie vollkommen überfordert.

Viele Kinder aus der Henriettenstraße kommen anschließend auf die Herbert-Grillo-Gesamtschule. Es sind 500 Meter Fußweg bis dahin. Auf dem Weg sieht man manche in die Jahre gekommene Häuser, große Autos, düster dreinblickende Männer mit Gebetsketten. Manchmal ist Marxloh dem eigenen Klischee ganz nah. Auf der Straße sind vor allem viele Kinder. Der Stadtteil hat sich durch den Zuzug der vergangenen Jahre massiv verjüngt. Obwohl seit 2010 viele aus Marxloh weggezogen sind, ist der Zuzug so massiv, dass der Stadtteil um 17 Prozent gewachsen ist, während es in ganz Duisburg nur drei Prozent sind. Die Zahl der Kinder zwischen drei und sechs Jahren ist um 50 Prozent gestiegen. Jedes zweite Kind im Stadtteil hat laut eines Berichts der Stadt Duisburg eine ausländische Staatsbürgerschaft. 90 Prozent haben einen Migrationshintergrund.

In den vergangenen Jahren hat auch Thomas Zander, Leiter der Grillo-Gesamtschule, eine Veränderung in der Schülerschaft festgestellt. Bis vor fünf Jahren stammten die meisten aus Familien, die eine türkische Einwanderungsgeschichte haben, ein Arbeitermilieu, das sich eher um die Kinder bemüht. Inzwischen sind mehr geflüchtete Kinder an der Gesamtschule und solche, die mit ihren Eltern aus Südosteuropa eingewandert sind. Die meisten kämen nun aus den Armenhäusern der ganzen Welt, so Zander. Mit all den Problemen, die damit einhergehen. Wie viele an der Gesamtschule also eine Einwanderungsgeschichte haben? „Sie müssen eher fragen, wie viele keine haben. Das sind etwa zehn Prozent.“

Die Lehrer haben ein „Ankommensjahr“ entwickelt

Wie viele Kinder bei ihrem Übertritt auf die Grillo-Gesamtschule Lerndefizite aufweisen, darüber gibt es keine offizielle Zahl. Aber Zander hat ein Beispiel: „In einer fünften Klasse mit 25 Schülern haben im Schnitt 18 von ihnen erhebliche Defizite. Sie haben in der Grundschule nicht gelernt, in einem Stuhlkreis zu sitzen, viele haben den Stand eines Zweit- oder Drittklässlers“, sagt er. Zanders Kollegen haben deshalb das „Ankommensjahr“ entwickelt: Jeden Morgen setzt sich der Klassenlehrer zum Beispiel mit den Schülern in einen Stuhlkreis. Er identifiziert, wo die Schwierigkeiten der Schüler liegen, versucht, individuell mit den Kollegen zu fördern. „Dabei können die Kinder leicht das Gefühl entwickeln, dass sie nur Defizite haben. Deshalb haben wir nun im dritten Jahr einmal pro Woche einen Projekttag.“ Der reguläre Fachunterricht ist ausgesetzt, die Schüler können sich mit ihren „Begabungen und Fähigkeiten mit einem Thema auf ihre ganz persönliche Art und Weise auseinandersetzen“. So erleben sie, dass sie etwas können, ihr Selbstvertrauen wächst.

Auch wenn das meiste, was Zander zur Ausgangslage seiner Schule berichtet, niederschmetternd klingt, hat er eine positive Bilanz vorzuweisen. Die Anzahl derer, die die Schule abbrechen, ist gering. Ein Drittel macht Hauptschulabschluss, ein Drittel schafft die Fachoberschulreife, ein weiteres Drittel die Qualifikation für die gymnasiale Oberstufe. Wer besondere Begabungen hat, soll auch im Brennpunkt gefördert werden. Das ist Zander wichtig. Die Grillo-Schule kooperiert zum Beispiel mit dem Klavierfestival Ruhr. Am Ende des Projekts treten die musizierenden Kinder im Landschaftspark Nord auf.

„Unsere Schüler, unsere Schule hat keine Lobby“

In schnellen Schritten geht Zander über den Schulhof. Er zeigt nach oben. Die hinfälligen Holzfenster ärgern ihn. Seit 2016 gebe es das Geld, das der Bund für Schulsanierungen bereitgestellt habe. Bislang ist es jedoch nicht durch die letzten Duisburger Verwaltungsebenen gesickert. „Um jedes Fenster und jeden Raum muss ich kämpfen“, sagt Zander. Seine Schule ist Ausdruck dessen, dass Zander viel gekämpft hat. Es sieht gut aus, das ist das eine, aber es gibt vor allem viele vielversprechende Projekte. Im Eingangsbereich der Mensa

zum Beispiel können sich morgens von 7.15 Uhr an alle Kinder melden, die zu Hause kein Frühstück bekommen. Die Schule arbeitet mit einem Verein in katholischer Trägerschaft zusammen, die verarbeiteten Produkte spendet eine Supermarktkette. Dadurch zahlen die Kinder nichts. Bald soll ein Campusgebäude entstehen, das die Schule mit der Stadtbibliothek und vielen anderen Institutionen und Vereinen nutzen kann. Deshalb will sich Zander auch nicht ausschließlich über die Stadt beklagen. Aber da ist zum Beispiel die Internetverbindung: Zu Hause hat Zander wie viele Menschen eine Verbindung, die 50000 Mbit pro Sekunde überträgt, die 700 Schüler und 70 Lehrer teilen sich hingegen eine 8000-Mbit-Leitung. Da stürzt das System regelmäßig ab.

„Unsere Schüler, unsere Schule hat keine Lobby“, sagt Zander. „Es gibt keine Eltern, die im Zweifel einen Brief an den Schuldezernenten oder den Oberbürgermeister schreiben.“ Zu manchen Elternabenden kommen fünf Elternteile, manchmal sind es sogar zehn von 25, manchmal kommt aber auch keiner, wenn die Klassenlehrerin einlädt. Bittet die Schulleitung aber um Unterstützung, beteiligen sich zumindest die Elternpflegschaftsvertreter. Zum Beispiel als Zanders Schule Anfang des Jahres vor dem Duisburger Rathaus demonstrierte: „Auch Marxloh gibt es noch, und wir brauchen gerade an diesem Standort die besten Lehrer und die beste Ausstattung“, darum ging es ihm.

Vor zwei Jahren hatten sich die Marxloher Schulen bereits zum ersten Mal zusammengeschlossen. Statt eines Brandbriefes entwickelten sie ein pädagogisches Konzept. Wofür sollen die Schulen in Marxloh stehen? Das Papier fand seinen Weg ins Bildungsministerium, und die Ministerin Yvonne Gebauer (FDP) kam mit ihrer Entourage nach Duisburg. Einen halben Tag lang hörten sie und ihre Mitarbeiter sich die Probleme in der Grundschule Henriettenstraße an. Am Ende stand eine gemeinsame Vereinbarung von Stadt und Land, um die Marxloher Schulen mehr zu unterstützen. Das Signal war wichtig, findet Balthaus-Küper. Das andere Problem ist, dass die Kinder so schwer in das bestehende System passen. „Die Lernverzögerung, die sich aus der fehlenden Förderung als Kleinkind, dem oft fehlenden Besuch eines Kindergartens, ergibt, können wir nicht immer bis zum Eintritt zur weiterführenden Schule ausgleichen.“ Mehr Ganztagsunterricht empfehlen manche Bildungsforscher besonders für Brennpunkte – den Kindern ein warmes Essen geben, ihnen bei den Hausaufgaben helfen. Letztlich meint es: den problematischen Einfluss mancher Elternhäuser minimieren. In der Henriettenstraße ist nur eine Handvoll Kinder in der Nachmittagsbetreuung. Die allermeisten der 225 Schüler gehen mittags nach Hause.

Viele Bewerber sind abgeschreckt

Das andere Problem, das auch nach der Zusage für mehr Lehrkräfte durch das Land bleibt, ist für Zander und Balthaus-Küper, die Stellen auch mit qualifizierten Kräften zu besetzen. „Jedem, der sich hier bewirbt, sage ich: Schauen Sie sich erst mal die Schule und die Gegend an. Das ist eine herausfordernde und anstrengende Arbeit“, sagt Zander. Sind die Lehrer einmal Teil des Kollegiums, bleiben sie lange. Die Fluktuation sei gering, sagt Zander. In Steuergruppen, Jahrgangsteams und multiprofessionalen Gruppen können sich die Lehrer organisieren.

Auch wenn gerne die Rede davon ist, dass die besten Lehrer in die schwierigen Viertel müssten, landen besonders oft Quer- und Seiteneinsteiger in Brennpunkten. Zu diesem Ergebnis kam eine Studie der Bertelsmann Stiftung. Insofern kann Zander ganz zufrieden sein, dass sich auf eine ausgeschriebene Stelle, für die er nächste Woche Vorstellungsgespräche führt, drei grundständig ausgebildete Lehrer und sieben Seiteneinsteiger gemeldet haben.

Es wäre ein großes Missverständnis, zu glauben, dass es Brennpunktschulen nur in Duisburg oder anderen Ruhrgebietsstädten gäbe. Betrachtet man den Sozialindex des Landes Nordrhein-Westfalen, liegt Marxloh durchaus am unteren Ende. Schulen in herausfordernder Lage findet man jedoch auch in Bonn, Düsseldorf oder Köln ebenso wie in allen anderen Bundesländern. Während es in Hessen und Nordrhein-Westfalen einen Sozialindex gibt, der bestimmt, was eine herausfordernde Lage ist, verzichten andere Länder ganz auf die Qualifizierung. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Wübben Stiftung, die in dieser Woche erscheint und bundesweit Maßnahmen für Brennpunktschulen vergleicht. Mit dem Hinweis, eine Stigmatisierung zu verhindern, wird die Klassifizierung vermieden. Die Studienautoren verweisen jedoch darauf, dass die Schulen dann nicht die notwendige Unterstützung bekommen. Obwohl die Probleme der Brennpunktschulen spätestens seit zehn Jahren bekannt sind, gibt es noch immer Bundesländer, die keinerlei

eigene Programme haben. Das trifft auf Bayern, Baden-Württemberg und alle ostdeutschen Bundesländer zu, so die Studie. Nur Thüringen und Sachsen-Anhalt fördern mit Hilfe des Europäischen Sozialfonds.

Viele Kinder, die jetzt durch die Gänge der Grundschule Henriettenstraße rennen, haben bis zu den Sommerferien keine Schule von innen gesehen. Der „Ferieneffekt“, den Lehrer sonst nur nach den sechs Wochen im Sommer erleben, schlug besonders hart zu, sagen Schulleiter. Viele Kinder in Brennpunkten konnten während der Corona-Zeit nicht richtig lernen, ihnen fehlten technische Geräte. Auch wenn die Dimensionen noch immer unklar sind, gehen Forscher davon aus, dass die Kinder die Lücke nicht mehr aufholen können. Ihre schlechten Startchancen haben sich weiter verschlechtert.

Kinder beurteilten nicht nach Äußerlichkeiten

Wie sehr sich ihre Schule von anderen unterscheidet, das weiß Balhaus-Küper aus der Zeit, bevor sie nach Marxloh kam. Sie unterrichtete einige Jahre in einer Kleinstadt am Niederrhein. Die Kinder brachten dort wesentlich mehr Bildungserfahrungen mit, erinnert sie sich. Manchmal hat sich Balhaus-Küper schon gewünscht, man könne beide Welten zusammenbringen, die Kleinstadt und den Brennpunkt. „Beide können voneinander lernen“, sagt sie. „Die Kinder hier brauchen andere Vorbilder für die deutsche Sprache als nur ihre Lehrer.“ Von den Marxloher Kindern könne man aber lernen, wie man mit Andersartigkeit und Vielfalt umgeht. „Hier spielt keine Rolle, wo man herkommt, welche Nationalität oder Religion man hat“, sagt sie. Die Kinder beurteilten nicht nach Äußerlichkeiten. Das ist das große Potential ihrer Schule.

Es ist Balhaus-Küper wichtig, dass ihre Kinder, jedes von ihnen, Potential haben und gefördert werden, so gut es geht. Und es gibt die Kinder, die ihren Weg auch aufs Gymnasium finden werden, ist Balhaus-Küper überzeugt. Ein kleiner Junge, der aus Afghanistan geflohen war und inzwischen gut Deutsch gelernt hat, hielt bei der Weihnachtsfeier im vergangenen Jahr Reden im Treppenhaus. Erst waren die Schulleiterin und ihre Kollegen erstaunt, dann stolz auf ihn. Die Lehrer in Marxloh brennen für ihre Schüler. Sie stecken viel Zeit und Arbeit in Konzepte, bewerben sich wie Zander auf Programme wie die „Talentschule“, wodurch er mehr Lehrerstellen bekommen soll. Wie er die besetzt, das ist eine ganz andere Frage. Letztlich versuchen die Lehrer über eine gesamte Schullaufbahn auszugleichen, was an frühkindlicher Förderung fehlte. Der Erfolg von Marxloh ist immer relativ, aber die Ausgangslage ist so herausfordernd wie an kaum einem anderen Ort in Deutschland.

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eu-wirtschaftspolitik-streit-um-offene-marktwirtschaft-16979691.html?premium>

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK:

Endspiel um die offene Marktwirtschaft

- VON HENDRIK KAFSACK, BRÜSSEL
- -AKTUALISIERT AM 01.10.2020-07:50



Gegensätzliche Vorstellungen: Emmanuel Macron (links) will mehr Protektionismus, der Niederländer Mark Rutte hält dagegen. Bild: Imago

Vor dem EU-Gipfel tobt hinter den Kulissen ein Richtungsstreit, ob die Union sich stärker abschotten soll oder nicht. Und Berlin ist das Zünglein an der Waage.

Es ist nur ein kurzer Satz am Ende des Einladungsschreibens von Ratspräsident Charles Michel für den an diesem Donnerstag und Freitag stattfindenden EU-Gipfel. Und er kommt auf den ersten Blick unspektakulär daher. „Vor allen Dingen aber möchte ich darüber diskutieren, wie wir die strategische Autonomie der EU neben der offenen und wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft stärken können“, heißt es dort zur Bewältigung der Corona-Krise. Das klingt wie eine Plattitüde. Ähnliche Formulierungen hat man seit dem Ausbruch der Krise immer wieder gehört. Und dennoch haben die Vertreter der Mitgliedstaaten über keine andere Formulierung in den vergangenen Wochen derart gestritten wie diese. Schließlich soll sie am Ende auch in die gemeinsamen Schlussfolgerungen der Staats- und Regierungschefs vom Gipfel eingehen.

Soll es am Ende in den gemeinsamen Schlussfolgerungen des Gipfeltreffens heißen: „Die Erreichung strategischer Autonomie bei gleichzeitiger Wahrung einer offenen Wirtschaft ist ein Hauptziel der Union“, oder „Ein zentrales Ziel der Union besteht darin, strategische Autonomie parallel zu einer offenen Wirtschaft zu erreichen“, oder sollte es einen klaren Verweis auf einzelne Sektoren geben, um die Wirkung des Begriffs „strategische Autonomie“ weiter einzuschränken?

In der Debatte nicht ausdrücklich positioniert

Hinter dem vermeintlich harmlosen Streit um Worte steht nicht weniger als eine Richtungsentscheidung: Hält die Europäische Union an ihrem bisherigen Bekenntnis zu offenen Märkten fest, oder schottet auch sie sich angesichts der Corona-Krise, insbesondere aber im Wettbewerb mit den Vereinigten Staaten und China, stärker ab. Diese Sorge zumindest haben die traditionell liberalen Staaten, die Niederlande, Irland, die Skandinavier und auch die Balten. Immer wieder haben sie in den vergangenen Wochen davor gewarnt, den berechtigten Schutz der europäischen Industrie vor unfairer Wettbewerb mit Protektionismus zu verwechseln. Bei diversen Vorbereitungstreffen von der Ebene der EU-Botschafter bis zu den Europaministern haben die acht Mitgliedstaaten darauf gedrungen, die richtige Balance zwischen „strategischer Autonomie“ und „offener Volkswirtschaft“ zu finden.

Das zeigen interne Protokolle, die der F.A.Z. vorliegen. Strategische Autonomie dürfe kein Ziel an sich sein, heißt es dort. Sie ergebe als strategisches Ziel und Lehre aus der Pandemie-Krise vor allem dann Sinn, wenn damit gezielt auf wenige, strategisch wichtige Industriefelder abgestellt werde wie den Pharma- oder

Medizinsektor und strategische Lieferketten geschützt würden. Es bestehe die große Gefahr, dass einzelne Mitgliedstaaten unter dem Vorwand der „strategischen Autonomie“ versuchten, den Handel einzuschränken, warnen Diplomaten.

Auf der anderen Seite stehen die Befürworter des Ziels der „strategischen Autonomie“. Sie geben sich angesichts des Widerstands überrascht. Treibende Kraft ist wie so oft momentan in Brüssel der französische Präsident Emmanuel Macron, aber auch ansonsten so unterschiedliche Länder wie Italien, Ungarn oder Rumänien treten dafür ein. Sie betonen, strategische Autonomie und eine offene Volkswirtschaft seien kein Gegensatz, sondern zwei Seiten der gleichen Medaille. Auch Ratspräsident [Michel](#), der selbst zu den Anhängern gehört, stellte in einer Rede vor der Brüsseler Denkfabrik Bruegel am Montag klar: „Autonomie ist kein Protektionismus!“ Was bei manchem Kritiker wiederum erst recht die Alarmglocken schrillen ließ, ganz nach dem Motto „Wenn er es schon so sehr betont, muss etwas dran sein“. Tatsächlich bestätigte Michel die Vorbehalte im weiteren Verlauf der Rede: „Wir dürfen den Zugang zu unserem Markt nicht verschleiern“, betonte der Belgier. Reziprozität und gleiche Wettbewerbsbedingungen seien dafür Voraussetzung.

Auch in der Europäischen Kommission ist das Ziel der „strategischen Autonomie“ – maßgeblich mit vorangetrieben vom französischen Binnenmarktkommissar [Thierry Breton](#) – etabliert. Als Breton und Kommissionsvize Maroš Šefčovič am Dienstag in Brüssel die neue Rohstoffallianz vorstellten, mit der die EU ihre Rohstoffversorgung sichern will, beriefen sie sich auf die „strategische Autonomie“. Es gehe dabei um Vermeidung von Marktversagen und fehlende Rohstoffe, betonte Šefčovič auch in den Treffen zur Vorbereitung des Gipfels in dieser Woche. Auch gelte es, wettbewerbsverzerrende Effekte ausländischer Subventionen abzuwehren – was auf China gemünzt war. Hierin dürfte sich auch Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier wiederfinden, der gemeinsam mit seinem französischen Amtskollegen Bruno Le Maire seit langem auf eine Neuausrichtung der europäischen Industriepolitik dringt und Deutschland und die EU gegenüber China stärker abschotten will.

Die [Bundesregierung](#) hat sich in der Debatte über die Formulierung zur „autonomen Strategie“ nicht ausdrücklich positioniert. Das würde ihrer vermittelnden Rolle als amtierender Ratspräsidentschaft, in der sie noch bis Dezember die Geschäfte in der Runde der Mitgliedstaaten führt, auch nicht gerecht. Mittelfristig dürfte es aber stark von ihr abhängen, ob das Bekenntnis zur „strategischen Autonomie“ tatsächlich die andere Seite der „offenen Marktwirtschaft“ ist oder ein Schritt Richtung Abschottung für die Europäische Union. Ohne deutsche Unterstützung stehen die „Nordeuropäer“ auf verlorenem Posten, ganz unabhängig davon, welche Worte Ratspräsident Michel am Freitag zum Gipfelende in den Schlussfolgerungen wählt.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/duzen-tekkal-und-jens-spahn-fuer-weltoffenen-patriotismus-16979407.html>

DEBATTE UM IDENTITÄT:

Die CDU ist die Volkspartei der vielfältigen Nation

- VON DÜZEN TEKKAL UND JENS SPAHN
- -AKTUALISIERT AM 01.10.2020-05:55



Halten wir als Gesellschaft zusammen oder zerfallen wir in immer kleinere Gruppen, die sich voneinander abgrenzen? Ein weltoffener Patriotismus, der Einwanderung als Erfolgsgeschichten von Migranten erzählt, ist die Antwort. Ein Gastbeitrag.

Deutschland ist in den vergangenen Jahrzehnten vielfältiger geworden. Doch eine überzeugende politische Antwort darauf fehlt bislang. Links und rechts wird nach Unterschieden gesucht und Abgrenzung betrieben. Die **CDU** als Volkspartei der Mitte kann diese Lücke im Bündnis mit der Zivilgesellschaft füllen. Mit einer Erzählung von Gemeinsamkeiten für die vielfältige Nation des 21. Jahrhunderts: einem weltoffenen Patriotismus.

Die **Corona**-Krise hat den Wert eines Wir-Gefühls gezeigt. Deutschland hat sie bislang vor allem deshalb gut bewältigt, weil die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger zusammenhält und aufeinander achtgibt. Weil es am besten gemeinsam geht.

Dasselbe gilt für viele Bereiche unserer Gesellschaft. Solidarität kann nur dort entstehen und wird dort gelebt, wo Menschen sich füreinander verantwortlich fühlen. Der Nationalstaat ist der Anker für unsere liberale **Demokratie**. Es gibt absehbar keinen Ersatz für ihn. Nur die Nation kann verlässlich Wohlstand, Sicherheit und Freiheitsrechte garantieren, nicht zuletzt für die Schwächsten.

Die Frage zu Beginn der zwanziger Jahre ist: Halten wir als Gesellschaft zusammen, oder zerfallen wir in immer kleinere Gruppen, die sich voneinander abgrenzen und erbittert ihre Einzelinteressen vertreten?

Wir sind überzeugt: Eine Gesellschaft, die ihre Bürgerinnen und Bürger nach Alter, Geschlecht, Sexualität, Herkunft, Hautfarbe oder Religion, kurzum: nach Identitäten unterteilt, wird im 21. Jahrhundert erfolglos sein. Gerade weil unser Land vielfältig ist, müssen wir dieses Denken in Schablonen überwinden. Die Antwort auf Vielfalt sollten nicht mehr Geschichten über die Unterschiede, sondern mehr Geschichten über das Gemeinsame sein. Kein multikulturelles Neben- und Gegeneinander, sondern ein Miteinander mit klaren Angeboten und Regeln.

Ein weltoffener Patriotismus grenzt nicht aus, sondern lädt zum Mitmachen ein. Wer mit anpackt, ist willkommen. Wir wollen Einwanderung zuerst als Erfolgs- und Aufstiegsgeschichten erzählen und nicht als permanente identitäre Klage über die Defizite. Denn den vielen erfolgreichen Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationsgeschichte werden diese Klagen nicht gerecht.

Der weltoffene Patriotismus nimmt uns alle in die Pflicht, sowohl diejenigen, deren Wurzeln seit Generationen in Deutschland sind, als auch all jene, für die unser Land eine neue Heimat geworden ist. Wir müssen eine Kultur der Wertschätzung entwickeln, besonders gegenüber jenen, die mitmachen und sich anstrengen, die Deutsch zu ihrer zweiten Muttersprache machen und sich beruflich etwas aufbauen. Diese Leistungen anzuerkennen ist wichtig. Weil wir so das Potential von Zugewanderten für unser Land gewinnen. Weil sie sich einbringen und mitgestalten, mit anderen Perspektiven, Fähigkeiten und Erfahrungen. Schon allein die Fähigkeit, mehrere Sprachen zu sprechen, ist in der globalisierten Welt viel wert. Diese Vielfalt ist ein Gewinn für unser Land. Weil sie Deutschland innovations- und zukunftsfähiger machen kann.

Wir haben gute Voraussetzungen dafür: Viele Menschen mit Migrationshintergrund – gerade die Jungen – dürsten nach einer Erzählung, in der sie sich wiederfinden. Das ist die Erfahrung, die die Bildungsinitiative German Dream macht. In unzähligen Gesprächen mit jungen Menschen mit Migrationsgeschichte zeigt sich: Das Bedürfnis nach einer wertebasierten Gemeinsamkeit ist da. Doch die Botschaft, dass unser Grundgesetz genau das bietet, dringt zu selten durch. Weil eine Erzählung der Gemeinsamkeit fehlt. Liefern wir diese verbindende Erzählung, sonst werden es andere tun.

Unsere Nation ist auch euer Zuhause

Ein weltoffener Patriotismus sagt: Ihr gehört dazu! Unsere Nation ist auch euer Zuhause. Wer einen deutschen Pass hat, soll als deutsch akzeptiert werden – und sich auch deutsch fühlen. Wer in Deutschland geboren wird, muss sich eben nicht zwischen jüdisch, christlich, muslimisch, jesidisch oder deutsch entscheiden – weil beides zu sein kein Widerspruch ist. Im Gegenteil: Es ist wichtig, zu wissen, woher man kommt. Je besser man weiß, was einen geprägt hat und ausmacht, desto offener wird man für Neues. Das gilt für uns alle.

Wer jedoch Gewalt predigt, die Demokratie verächtlich macht, die Gleichberechtigung von Mann und Frau oder die religiöse Neutralität des Staates nicht akzeptiert, ist unser Gegner. Wer Ausgrenzung betreibt, Ressentiments und Hass schürt, ist unser Gegner. Wenn es um den Respekt vor demokratischen Grundwerten und Regeln geht, gibt es keinen Rabatt.

Ein weltoffener Patriotismus ist ein Gegenentwurf zu ausgrenzenden Identitätsideologien jeder Couleur. Für den politischen Alltag bedeutet das: Wir können heikle Themen so behandeln, dass sie weniger polarisieren, indem wir Gruppeninteressen nicht gegeneinanderstellen, sondern uns auf die gemeinsamen Interessen fokussieren. Es geht darum, Auseinandersetzungen inhaltlich und offen zu führen und um Kompromisse und Verständnis zu ringen. Es lohnt sich! Denn auch aus diesem Ringen entsteht Verständnis und Zusammenhalt. In der Pandemie haben wir gezeigt, wie es geht. Auch wer jung und gesund ist, bleibt zu Hause, trägt Maske und hält Abstand. Weil es neben der eigenen Freiheit eben auch um Verantwortung für andere geht.

Die Idee von Einheit in Vielfalt ist in der CDU als Volkspartei seit ihrer Gründung angelegt. Der weltoffene Patriotismus als Haltung und Erzählung kann das Land wie auch die CDU ins 21. Jahrhundert führen. Weil gerade eine vielfältige Nation in Zukunft eine starke Volkspartei der Mitte braucht.

Düzen Tekkal ist Filmregisseurin, Journalistin, Autorin und Mitglied der CDU.

Jens Spahn ist Bundesgesundheitsminister und Mitglied des CDU-Präsidiums.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/umfrage-zwei-drittel-der-deutschen-halten-wiedervereinigung-fuer-unvollendet-16980394.html>

UMFRAGE:

Zwei Drittel der Deutschen halten Wiedervereinigung für unvollendet

• AKTUALISIERT AM 01.10.2020-07:16



64 Prozent der Befragten halten den Unterschied der Lebensverhältnisse noch für zu groß. In den ehemaligen DDR-Gebieten halten sogar 83 Prozent die Wiedervereinigung noch nicht für abgeschlossen.

30 Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands halten knapp zwei Drittel der Deutschen das Zusammenwachsen von Ost und West noch nicht für abgeschlossen. In einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov im Auftrag der Deutschen Presse-Agentur sagten 64 Prozent, dass dafür der Unterschied der Lebensverhältnisse noch zu groß sei. Nur 24 Prozent meinten dagegen, die Einheit sei vollendet. 12 Prozent machen keine Angaben.

In den Gebieten, die früher zur DDR gehörten, halten sogar 83 Prozent die Wiedervereinigung für unvollendet. In Westdeutschland sind es dagegen nur 59 Prozent. An diesem Samstag jährt sich die Vereinigung der westdeutschen Bundesrepublik Deutschland und der ostdeutschen Deutschen Demokratischen Republik zum 30. Mal.

Erfolgsgeschichte oder nicht?

60 Prozent halten die deutsche Einheit für eine Erfolgsgeschichte, fast jeder Dritte (29 Prozent) sieht das nicht so. Zwischen Ost und West gibt es hier kaum einen Unterschied. Im Westen würden 60 Prozent sagen, dass die Wiedervereinigung eher ein Erfolg war, im Osten sind es 61 Prozent.

Unter denjenigen, die zur Wendezeit noch nicht geboren waren, ist die positive Sicht auf die Einheit am weitesten verbreitet. Von den 18- bis 24-Jährigen sehen 65 Prozent die Einheit als Erfolgsgeschichte und nur 15 Prozent nicht.

PAUL NOLTE

„Widerwille und Trotz werden zunehmen“ – Corona als Gefahr für die Demokratie?

Gefährdet die Corona-Krise unsere Demokratie? Warum ist die Zivilgesellschaft verstummt? Müssen wir Freiheitsrechte dem Dogma des Gesundheitsschutzes opfern? Bascha Mika im Gespräch mit dem Historiker Paul Nolte.

Paul Nolte, Jahrgang 1963, lehrt seit 2005 Neuere Geschichte und Zeitgeschichte an der Freien Universität Berlin. Der Schüler Hans-Ulrich Wehlers hat in Bielefeld studiert und promoviert und dort gelernt, dass Historiker auch kritische Zeitgenossen sein sollten. Längere Forschungs- aufenthalte und Gastprofessuren führten ihn nach Harvard, Chapel Hill, München und Oxford.

Zu seinen Forschungsgebieten gehören Liberalismus, Radikalismus und soziale Bewegungen seit dem 18. Jahrhundert, die Geschichte von Wissenschaftlern und Intellektuellen im 20. Jahrhundert und die Geschichte und aktuelle Entwicklung der Demokratie. 2012 erschien „Was ist Demokratie?“; 2015 „Demokratie – die 101 wichtigsten Fragen“. Ehrenamtlich engagiert sich Paul Nolte in der evangelischen Kirche, etwa als Präsident der Evangelischen Akademie zu Berlin.

Wie geht es Ihnen im Stubenarrest, Herr Professor Nolte?

Merkwürdig, so wie wahrscheinlich vielen anderen Menschen. Man ertappt sich dabei, die Freiräume zu genießen, [die Entschleunigung](#), den entschlackten Kalender. Gleichzeitig aber ist es ein beklemmendes Gefühl. Denn die Frage ist doch, was mit unserer Gesellschaft in dieser Situation passiert.

Kontaktverbote, Ausgangsbeschränkungen, Polizeikontrollen, Strafbefehle – Freiheiten werden abgebaut, Rechte gebeugt, und wir wehren uns nicht. Sind wir eine gehorsame Gesellschaft?

Noch ist der Abbau von demokratischen Rechten nicht so dramatisch wie in manch anderen Ländern. Wir sind aber an einem Punkt, an dem wir sehr aufpassen müssen, was die Rechtfertigung und die Befristung von Maßnahmen angeht, die unsere Freiheit einschränken.

Als 1968 die Notstandsgesetze verabschiedet wurden, gab es massive Proteste. Und heute?

Auch ich fühle mich an einen Kalten-Kriegs-Zustand erinnert. Als vor über 50 Jahren eine Notstandsverfassung beschlossen wurde, ist dieser Schritt öffentlich sehr kritisch begleitet worden. Jetzt ist kein Notstand verkündet, es gibt auch keinen Verteidigungsfall, aber faktisch befinden wir uns in einer ähnlichen Lage. Das ist schon eine sehr prekäre und bedrohliche Situation.

Corona-Krise: „Verhältnis zwischen Bedrohung, Angst und dem Sicherheitsversprechen des Staates ist heikel.“

Da geht es um die Erweiterung der Kompetenzen des Bundes, um Gesetzesvorlagen, die ohne oder nur mit einem Notausschuss des Parlamentes durchgepeitscht werden ...

Der Verteidigungsfall gegen das Virus hat uns so kalt erwischt, dass wir auch in einem juristischen Dilemma sind. Die ehemalige Verfassungsrichterin Gertrude Lübke-Wolff hat darauf hingewiesen, dass die

rechtlichen Grundlagen, auf die wir uns zur Zeit berufen – zum Beispiel das Infektionsschutzgesetz – nach Ansicht vieler Juristen nicht taugen, um die derzeitigen Einschränkungen zu begründen.

Thomas Hobbes, Staatstheoretiker im 17. Jahrhundert, würde sagen: Wenn der Bürger vom Staat geschützt werden will, ist er ihm eben Gefolgsamkeit schuldig.

Aber wir leben nicht mehr im 17. Jahrhundert und haben seit Hobbes viel dazugelernt – nicht nur durch unsere deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert. Das Verhältnis zwischen Bedrohung, Angst und dem Sicherheitsversprechen des Staates ist heikel. Vor allem dann, wenn die Bedrohungsdiagnose auch politisch befördert wird.

Der Staat selbst erzeugt das Bedrohungsgefühl, das er anschließend bekämpft?

Kulturwissenschaftlich betrachtet geht es um ein Bedrohungsnarrativ. Dieser Befund wird den Virologen gar nicht in den Kram passen, aber wir dürfen uns von einer kritischen Analyse dessen, was gerade passiert, ja nicht einfach verabschieden. Da wird ein Bedrohungsnarrativ erzeugt, mit dem sich solche Sicherheitsmaßnahmen rechtfertigen lassen. Das heißt um Himmels willen nicht, dass es keine reale Bedrohung durch das Virus gibt.

Und die Zivilgesellschaft ist stumm.

In dieser Hinsicht erlebe ich einen irritierenden Konformismus. Wie viele Prominente, Intellektuelle und Kirchenführer stellen sich hin und sagen: ‚Liebe Leute, haltet euch an Maßnahmen, die die Bundeskanzlerin verkündet hat.‘ Wir brauchen aber auch in einer solchen Situation eine lebendige und kritische Zivilgesellschaft. Wir brauchen streitbare Intellektuelle, die der Politik widersprechen, andere Szenarien entwickeln. Wo ist eigentlich die Linke, die müsste diese Diskurse doch jetzt führen?

Corona-Pandemie: Auseinandersetzung über Freiheitsbeschränkungen anders führen

Vielleicht bricht in der Angst plötzlich doch Autoritätshörigkeit durch, obwohl wir seit Jahrzehnten versuchen, sie abzustreifen.

Es geht sicher nicht mehr um den sprichwörtlichen autoritären Charakter deutscher Prägung. Aber natürlich um die Frage, wie wir mit den ambivalenten, freiheitsregulierenden Dimensionen des Staates umgehen. Und jetzt ist der Punkt, wo wir aus dem Tal heraustreten, uns auf den Hügel stellen und warnend den Zeigefinger erheben müssen.

Den Feldherrenhügel besteigen, um sich einen Überblick zu verschaffen?

Nein, nur den Maulwurfshügel der Intellektuellen. Aber von dort aus: die gesellschaftlichen Kosten kalkulieren. Das haben wir bisher nicht getan, das müssen wir nachholen. Intellektuelle sind schließlich auch dazu da, gegen Schienbein zu treten. Die Politik hat sich zu schnell auf das Muster eingelassen: Da ist eine Bedrohung, und wir versprechen Sicherheit.

Sie stehen also auf dem Hügel und schauen sich unsere Gesellschaft am Tag X nach Ausbruch der Krise an. Was sehen Sie?

Disziplin. Politik und Gesellschaft können sich auf die Schultern klopfen und zu ihrer Diszipliniertheit gratulieren. Das passiert ja auch zu einem guten, solidarischen Zweck. Aber wir dürfen dieses Argument nicht überdehnen. Wir können unsere Freiheitsrechte nicht dem Dogma der Achtsamkeit opfern. Beim Begriff Disziplin schwingt ja auch die negative Bedeutung mit – von Untertänigkeit und Obrigkeitstreue.

Die sich unter anderem in der harschen Kritik an den Unverbesserlichen zeigte, die weiter gefeiert und im Café und Biergarten gegessen haben. Wie asozial!

Ich denke, wir müssen die Auseinandersetzung über die Freiheitsbeschränkungen anders führen. Nicht als Don Quichotte, der gegen die Windmühlen kämpft, indem er Corona-Partys macht; nicht als Michael Kohlhaas, der sich sein Recht auf eigene Faust verschafft, sondern indem wir eine Debatte führen.

Historiker Paul Nolte über Corona-Krise: „Wir brauchen keinen Bundeskanzler Christian Drost.“

Öffentliche Auseinandersetzung statt Trotzreaktion ...

Ja, und wir brauchen die Expertise anderer Disziplinen – von Juristen, Soziologen, Psychologen, Historikern. Die Demokratie ist auch durch eine einseitige Expertenherrschaft bedroht. Es gibt eine historische Sehnsucht danach: Das Volk ist mit einer technisch-wissenschaftlichen Welt überfordert, deshalb müssen wir uns von Experten regieren lassen. Im Moment haben wir uns zu stark in die Abhängigkeit von naturwissenschaftlichem Expertenwissen begeben.

Wir könnten jetzt wahrscheinlich beide die Namen von drei Virologen herunterbeten. Die Männer der Stunde, wie sie gern genannt werden. Obwohl sie weder gewählt sind noch ein öffentliches Mandat haben.

Wir brauchen keinen Bundeskanzler [Christian Drost](#). Politische Entscheidungen lassen sich nicht aus medizinischem Wissen generieren oder aus physikalischem. Diese Wissenschaftler sind wichtige Ratgeber, aber es müssen auch andere Erkenntnisse einbezogen werden. Sozialwissenschaftliche zum Beispiel. Die Auswirkungen für unser soziales Miteinander sind so gravierend, der Eingriff in die offene Gesellschaft so groß, dass man das nicht als Randphänomen abtun kann. Nach dem Motto: Aber wir facetimen doch mit Oma! Besonders Kinder und Alte werden traumatisiert durch das, was jetzt geschieht.

Wir verspüren einen massiven Kontrollverlust. Auch weil wir gar nicht überprüfen können, ob uns die Experten die Wahrheit sagen. Wir können nur glauben.

In einer ausdifferenzierten, hochkomplexen Gesellschaft müssen wir uns darauf verlassen, dass jeder in seiner Rolle das Richtige tut. Weder dem Klimaforscher noch der Theologin oder der Künstlerin können wir in ihrem Bereich die Kompetenz absprechen. Wir bewegen uns da auf sehr dünnem Eis, und darunter wabert der große Morast der Verschwörungstheorien: Corona als Hoax – noch mal, nein, um Himmels willen!



Paul Nolte.

Weil es in der Regel zu fast jeder Expertise eine Gegenexpertise gibt, und die fehlt zur Zeit fast völlig. Es gibt nur graduelle Unterschiede.

Das ist eben für Laien schwer zu beurteilen: Herrscht ein hegemonialer Diskurs? Sind die Dinge so eindeutig, oder werden sie eindeutig gemacht? Gibt es Mechanismen, abweichende Stimmen nicht zu Wort kommen zu lassen? Das zu entscheiden wird nur im Nachhinein möglich sein. Deshalb ist es in diesem Dilemma so wichtig, hilfsweise andere kritische Geister zu hören, die Nichtmediziner sind. Und von den Medizinern würde ich mir wünschen, dass sie mehr Zweifel äußern und auch mal ‚Einerseits – andererseits‘ sagen. Es geht um Ambiguitätstoleranz, darum, Mehrdeutigkeit zu ertragen.

Stattdessen werden Werte gegeneinandergestellt: Freiheit versus Gesundheit. Offene Gesellschaft versus Gemeinwohl. Ist diese Alternativdiskussion ethisch vertretbar?

Wir müssen diese Alternativen diskutieren, aber wir dürfen uns nicht von ihnen überwältigen lassen. Das wäre falsches Denken. Es gibt ethische und andere Dilemmata, doch bei dieser Diagnose dürfen wir nicht stehen bleiben, sondern müssen das Problem kleinarbeiten. Worin genau besteht der Konflikt? Wie kann man angemessene und pragmatische Regeln formulieren? Daran zeigt sich, dass wir nicht nur die virologische, sondern auch die ethische Kompetenz in der Krise brauchen.

Die Zivilgesellschaft, aber auch die politische Opposition – Grüne, Linke, FDP – hält derzeit still oder ist voll des Lobes für die Regierung. Aus Angst, als vaterlandslose Gesellen dazustehen?

Worin besteht denn die Verantwortungslosigkeit? Stillhalten bedeutet ja auch, sich aus der Verantwortung zu stehlen. Allerdings sind die Regierenden in der besseren Position, weil sie handeln können.

Was Markus Söder ein ungeahntes Hoch in Umfragen verschafft.

Das muss nicht wundern, Demokratie braucht Führung, gerade auch in der Krise. Doch die Verlockung ist groß, aus dieser Situation Kapital zu schlagen.

Nehmen denn die Medien ihre Aufgabe als Kritik- und Kontrollorgan ausreichend wahr? Oder sind sie ebenfalls in das konzertierte Narrativ verstrickt?

Sicher geht es nicht um ein Komplott, aber es sind bestimmte Mechanismen am Werk. Wenn die Bundeskanzlerin Regelungen verkündet, die unser aller Alltagsleben extrem betreffen, wird dafür das Programm unterbrochen – was ja selbstverständlich ist. Aber es darf nicht in einen Verlautbarungsmodus übergehen, die kritische Analyse muss sofort folgen.

Kritik war nach der Rede der Kanzlerin fast gar nicht zu hören, die meisten Kommentatoren lobten, dass sie sich überhaupt äußert ...

... ja, einige Großjournalisten üben sich doch sehr in einer staatstragenden Rolle. Ich würde mir wünschen, dass die Medien wieder mehr gegen den Stachel löcken.

Wohlstand, Arbeit, Sicherheit – alles bedroht. In der Geschichte haben solche Konstellationen häufig radikale Kräfte befördert.

Im Moment sehen wir eher, dass die Mitte gestärkt wird. Bei uns sind die Populisten die Verlierer der Stunde. Möglicherweise ist das ein bleibender Effekt: dass es nicht so kommt, wie die historischen Muster nahelegen, sondern die Krise mit einem Abstieg des Populismus einhergeht. Vielleicht liegt die Bedrohung für die Demokratie mittel- und langfristig tatsächlich eher im gesellschaftlichen Konformismus, der allgemeinen Einigkeit.

Corona-Krise: „Immerhin definieren Demokratien den Ausnahmezustand, während dies in Diktaturen ja gar nicht passiert.“

Noch ist das Vertrauen in die Politik, die Institutionen und das Gesundheitssystem ziemlich hoch. Wie lange noch?

Wenn sich das Virus exponentiell stark ausbreitet, die Todesraten steigen und Patienten auf den Intensivstationen nicht mehr beatmet werden können – wenn das passiert, wäre das Vertrauen in das Gesundheitssystem und die Politik schnell angeschlagen. Schwieriger ist die Frage, wie lange dieser merkwürdige Zustand des Eingefrorenenseins und des Gehorsams aufrechtzuerhalten ist.

Alle hoffen auf die Zeit nach Ostern, offenbar lebt der Gedanke der Auferstehung noch immer im kollektiven Gedächtnis. Doch wenn es nach Ostern mit der Isolation weitergeht?

Wir leben ja nicht in einem Land, in dem sofort soziale Unruhen drohen. Aber das Unbehagen, der Widerwillen und der Trotz werden zunehmen. Auch die Nerven von Menschen, die ihren Alltag zwischen Job und Kinderbetreuung ohne Hilfe von außen meistern müssen, sind irgendwann zerrüttet. Die Isolation ist nicht lange auszuhalten, das geht an die Substanz der Gesellschaft. Deshalb brauchen wir vernünftige Exit-Strategien – ich sag's mal dramatisch: um die Gesellschaft zu retten.

Wie lange kann eine Demokratie so einem Druck standhalten? Ist das System überhaupt tauglich für den Ausnahmezustand, in dem die öffentliche Kontroverse, der Widerspruch und die Aushandlungsprozesse fehlen?

Immerhin definieren Demokratien den Ausnahmezustand, während dies in Diktaturen ja gar nicht passiert. Die befinden sich in einem permanenten Ausnahmezustand. Deshalb ist es wichtig, mit dieser Unterscheidung zu operieren, und auch die Politik sollte mehr Mut haben, die Dinge zu benennen. Nicht nur: Halten Sie zwei Meter Abstand. Sondern: Wir sind in einem Notstand.

Dann muss man aber auch sagen, wie lange er dauert und welche Regeln für ihn gelten.

Genau, sonst ist es demokratiegefährdend. Auch die Verschiebung von Wahlen ...

... ist hochproblematisch. Vor diesem Konflikt stehen wir zum Glück nicht. Stellen Sie sich vor, wir hätten im September Bundestagswahlen und würden Debatten darüber führen, ob die Legislaturperiode ausnahmsweise um ein Jahr verlängert wird. Das wäre ein ganz erheblicher Eingriff in die Rechte des Souveräns, des Volkes.

Ihr Kollege Herfried Münkler sieht die Demokratie hierzulande grundsätzlich nicht gefährdet.

Ich stimme ihm zu, dass sie nicht substanziell in Gefahr ist. Aber es gibt bereits Wunden, die aufbrechen. Demokratie besteht eben auch darin, dass es eine lebendige und kritische Zivilgesellschaft gibt, die nicht in Gehorsam erstarrt und nicht konformistisch wird.

Werden wir in Zukunft von der Epochenwende 2020 sprechen?

Da bin ich ganz sicher: Es ist eine historische Zäsur. Die Folgen werden dramatischer sein, als wir sie uns ausmalen können. Es wird natürlich viele Bereiche geben, in denen sich alles wieder zurechtruckelt. In anderen werden sich Trends verstärken. Aufpassen müssen wir dort, wo wir als Gesellschaft aus der Spur zu springen drohen. Denn im Moment ist noch gar nicht absehbar, was mit unserem inneren Gefüge passiert. Krisen sind auch immer traumatische Erfahrungen.

Interview: Bascha Mika

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/franzoesische-regierung-will-islamismus-zurueckdraengen-16981796.html?premium>

REGIERUNG IN PARIS ALARMIERT:

Von Islamisten unterwandert

- VON MICHAELA WIEGEL, PARIS
- -AKTUALISIERT AM 01.10.2020-19:44

Der Islamismus breitet sich in der französischen Gesellschaft immer weiter aus und dominiert mittlerweile ganze Stadtviertel. Die Regierung in Paris will ihn mit schärferen Gesetzen zurückdrängen.

Islamisten erobern schleichend französische Problemviertel, indem sie die schulische Betreuung der Kinder organisieren, eine „alternative“ medizinische Versorgung anbieten und fast alle Lebensbereiche, von der Hausaufgabenhilfe bis zur Autovermietung, unterwandern. So lautet der alarmierende Befund im Elysée-Palast vor der Rede Präsident Emmanuel Macrons zum „Kampf gegen Separatismen“ an diesem Freitag. Der Staatschef hat lange mit sich gerungen, im neuen Kulturkampf Stellung zu beziehen.

Zunächst wollte er nach Lunel in die Nähe von Montpellier reisen. In der Kleinstadt war die Propaganda der Dschihadisten besonders erfolgreich. Mehr als 20 junge Franzosen machten sich von Lunel aus in den „Heiligen Krieg“ nach Syrien auf. Doch dann war es dem Präsidenten angesichts des laufenden „Charlie Hebdo“-Prozesses offenbar zu brenzlig, den Schwerpunkt auf den Terrorismus zu legen. Offiziell sagte er aus Terminschwierigkeiten ab.

23.000 potentielle Gefährder

Dabei nagt die islamistische Bedrohung weiter an der Gesellschaft. Die französische Datei „zur Prävention der Radikalisierung mit terroristischem Hintergrund“ (FSPRT) umfasst 23.000 Namen von potentiellen Gefährdern. In den Haftanstalten sitzen 500 verurteilte Terroristen ein. Die Personalakten von 1000 anderen, wegen anderer krimineller Handlungen verurteilten Häftlingen enthalten den Vermerk der Radikalisierung. Durchschnittlich jeden Monat wird laut Innenministerium ein Terroranschlag vereitelt.

Nun stellt Macron seinen Plan in Les Mureaux im Nordwesten der Hauptstadt vor. Auch die Wortwahl wurde abgeschwächt. Aus „islamischen Separatismus“ sind „Separatismen“ geworden. In die Sozialbausiedlungen in Les Mureaux waren in den siebziger Jahren Arbeiter aus Nordafrika eingezogen, die an den Fließbändern der Renault-Autofabrik im benachbarten Flins benötigt wurden. Der Einwanderungsstrom ist seither nicht versiegt, aber die meisten Neuankömmlinge wie auch viele Franzosen der zweiten Einwanderergeneration finden keinen Arbeitsplatz.

In einigen Vierteln der 32.000-Einwohner-Kommune lag die Arbeitslosenquote schon vor der Corona-Krise bei mehr als 50 Prozent. Die soziale Misere bildet den Nährboden, auf dem der radikale Islam prosperiert, hat Macron oft betont. Les Mureaux zählt zu den 15 Kommunen in der Banlieue, in denen seit 2019 mit einer verstärkten Polizeipräsenz „experimentiert“ wird. 133 Cafés und andere Gaststätten, 13 Gebetsräume, neun Vereine und vier Islamschulen wurden im Rahmen dieses Polizeiprojekts geschlossen. Beamte hatten nachweisen können, dass dort islamistische Propaganda verbreitet wurde.



Sozialer Brennpunkt: die Pariser Banlieue Chanteloup-les-Vignes :Bild: Frank Röth

Die Zwischenbilanz des Pilotprojekts stellte der damalige Innenminister Christophe Castaner bei einem Besuch in Les Mureaux im vergangenen November vor. Besonders stolz war Castaner darauf, die Eröffnung einer neuen Koranschule in Les Mureaux verhindert zu haben. Im Elysée-Palast weist man auf die bedenkliche Entwicklung hin, dass viele Einwandererfamilien ihre Kinder nicht mehr in die öffentlichen Schulen schicken wollen. Noch sei es eine Minderheit, aber man beobachte den Trend mit Sorge.

Ein Präsidentenberater schildert den Fall einer „Untergrundschule“ in einem sanierungsbedürftigen Gebäude in Aulnay-sous-Bois, auf die Passanten aufmerksam wurden, weil dort stets um dieselbe Zeit bärtige Männer und voll verschleierte Frauen ihre Kinder abholten. 70 Kinder seien dort „unterrichtet“ worden, ohne dass die Schulbehörden Kenntnis vom Lehrprogramm gehabt hätten. Die illegale Schule sei inzwischen geschlossen worden, sei aber kein Einzelfall.

In Frankreich ist häuslicher Unterricht erlaubt. Ihren Ursprung hat die Tradition in der Monarchie; aber nicht nur im Adel, auch im Bürgertum, besonders im ländlichen Gebiet mit weiten Entfernungen zur Schule, lebte die Praxis des Hausunterrichts fort. Fundamentalistische islamische Vereine haben sich seit einigen Jahren dieser Freiheit bemächtigt. Vordergründig muss das Kopftuchverbot in den staatlichen Klassenräumen, aber auch die Erziehung zur Gleichberechtigung für diese Bemühungen erhalten. Die Versuche, schon Kinder in alternativen Klassenzimmern zu unterrichten, seien dabei keinesfalls auf die Banlieues der Großstädte begrenzt, heißt es im Elysée. So wird der Fall einer Villa im Département Hérault im Südwesten des Landes erwähnt, in der wochenlang Kinder von zweifelhaften muslimischen Predigern unterwiesen wurden. Auch die Hausaufgabenhilfe werde oftmals von islamischen Vereinen missbraucht, um Einfluss auf die Kinder und deren Familien zu nehmen.

Abkehr von öffentlichen Schulen

Die Schulschließungen während des Lockdowns im Frühjahr haben offenbar die Abkehr von den öffentlichen Schulen in bestimmten Brennpunktvierteln beschleunigt. So meldete das Bildungsministerium, dass sich zu Schulbeginn nach den Sommerferien im September allein im Département Seine-Saint-Denis 4000 Schüler nicht zurückgemeldet hätten. Auch in Les Mureaux soll sich die Zahl der „verlorenen“ Schüler versechsfacht haben.

Die Rede des Präsidenten soll in ein Gesetzesvorhaben münden, „an dem noch gearbeitet wird“, wie es im Elysée heißt. Innenminister Gérald Darmanin, selbst Nachfahre eines algerischen Hilfssoldaten, hat bereits Gesetzesverschärfungen angekündigt. So will er beispielsweise Ärzte strenger ahnden, die Jungfräulichkeitszertifikate ausstellen oder Hymen wiederherstellen, damit die muslimische Braut nicht zurückgewiesen wird.

Die Rechtspopulistin [Marine Le Pen](#) höhnte daraufhin, die Gesetzespläne bewiesen ja, dass sich die von ihr angeprangerte Praxis der Jungfräulichkeitszertifikate ausbreite. Eine Gruppe von Ärzten veröffentlichte einen offenen Brief, in dem es anmahnte, die Verantwortung nicht auf die Ärzte abzuschieben. Es sei nicht Aufgabe der Mediziner, gegen Entwicklungen in der Gesellschaft zu kämpfen, hieß es in dem Brief.

„Tonnen von Geld für die Banlieue“

„Wie konnte es so weit kommen?“ lautete die Frage in der Redaktionskonferenz der Satirezeitung „Charlie Hebdo“ wenige Minuten vor dem Terroranschlag. Die Zeichner und Journalisten debattierten über den just erschienenen Roman „Unterwerfung“ [Michel Houellebecqs](#). „Wie konnten wir ganze Bevölkerungsschichten auf diese Weise abdriften lassen“, protokolliert der Journalist Philippe Lançon in seinem Buch „Der Fetzen“ die Debatte. Lançon dokumentiert die Worte des Ökonomen Bernard Maris, der von den Terroristen erschossen wurde: „Nein! Das kann man nicht dem Staat anlasten! Es wurden doch Tonnen von Geld über der Banlieue ausgeschüttet. Wir haben alles versucht, wirklich alles, und nichts hat funktioniert.“

Die Gegenposition vertrat der Zeichner Tignous, der ebenfalls ermordet wurde. „Was haben wir für sie getan, damit sie eine Chance haben? Nichts! Absolut nichts. Und auch für ihre Nachfolger tun wir nichts, für all die Typen, die weder einen Job noch sonst irgendetwas haben, die in den Hochhaussiedlungen rumhängen und zwangsläufig das werden, was man aus ihnen macht – Islamisten, Verrückte –, und sag mir bloß nicht, dass der Staat alles für sie getan hat.“ In diese Diskussion waren die Journalisten und Zeichner vertieft, als Chérif und Saïd Kouachi schwerbewaffnet in den Redaktionsraum stürmten.

Lançon hat für sich entschieden, nicht vor Gericht Zeugnis abzulegen. In seinem Buch habe er alles gesagt, ließ er mitteilen. Seit Anfang September müssen sich 14 Helfer und Komplizen der Terroristen Amédy Coulibaly und Saïd und Chérif Kouachi vor Gericht verantworten. Der Prozess und der Messerangriff eines Islamisten aus Pakistan vor dem früheren Redaktionsgebäude in der Rue Nicolas-Appert in Paris vor einigen Tagen hat die schlecht verheilten Wunden aufgerissen, die der Terroranschlag im kollektiven Gedächtnis hinterlassen hat.

Überlebende und Hinterbliebene der Terroropfer haben im Gerichtssaal ihre Wut darüber bekundet, wie resigniert die Mehrheit auf die islamistische Bedrohung reagiere. „Wir wollen frei sein und uns nicht dem Obskurantismus der Fanatiker unterwerfen“, sagte der „Charlie Hebdo“-Journalist Fabrice Nicolino als Zeuge. „Edelfedern verfassen flammende Leitartikel, um die Freiheit in Belarus zu verteidigen, aber ihnen ist es egal, dass eine Zeitung in Paris im Belagerungszustand lebt“, entrüstete er sich. Eine bestimmte „Intelligenzija“ habe das Terrain für die Attentate vorbereitet, sagte Nicolino. Die Mohammed-Karikaturen seien nicht besonders gut gewesen, aber „wir wollten zeigen, dass wir das Recht haben, sie abzdrukken“.

Damals hätten viele linke Journalisten der Redaktion von „Charlie Hebdo“ billige Provokation vorgehalten und ihr rassistische Motive unterstellt. Nicolino erwähnte vor Gericht den Gründer der Internetzeitung „Mediapart“, Edwy Plenel, die Monatszeitung „Le Monde diplomatique“ sowie den Journalisten Olivier Cyran, der eine Petition gegen den „Rassismus“ der „Charlie Hebdo“-Journalisten verfasste. „Wir wollten nur die Meinungsfreiheit am Leben erhalten“, sagte Redaktionsleiter Laurent Sourisseau, bekannt unter dem Namen „Riss“, vor Gericht.

Der Nachdruck der Mohammed-Karikaturen zum Prozessauftakt habe zum Ziel gehabt, sich nicht geschlagen zu geben. Die Personalchefin der Satirezeitung, Marika Bret, beklagte im Radio „den Verrat der Linken am Ideal der Meinungsfreiheit“. Die Rücksichtnahme auf die muslimische Minderheit führe dazu, dass eine bestimmte Linke den Kampf für die Laizität aufgegeben habe. Bret musste ihre Wohnung unter Polizeischutz verlassen, weil es ernstzunehmende Terrordrohungen gegeben hatte. „Ich hatte nur eine Viertelstunde Zeit, um eilends meine Sachen zu packen“, sagte sie. „Was ist nur mit unserer Gesellschaft los, dass es so weit kommen musste?“

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/30-jahre-einheit-die-flucht-aus-unserer-geschichte-16974291.html?premium>

30 JAHRE DEUTSCHE EINHEIT:

Die Flucht aus unserer Geschichte

- VON INES GEIPEL
- -AKTUALISIERT AM 01.10.2020-16:32



Die Gewaltmaschine der Ost-Diktatur wurde aus der öffentlichen Erinnerung verdrängt, aber auch die Westdeutschen haben ihre blinden Flecken. Ein Gastbeitrag über das ungleiche kollektive Gedächtnis der Deutschen.

Die Proben zu [Heiner Müllers](#) „Hamlet“-Inszenierung am Deutschen Theater begannen am 29. August 1989. Die Premiere fand erst am 24. März 1990 statt. Der Grund: eine neue Welt. Was endlos aus den Fugen war, schien sich binnen kurzem aufzulösen wie Schmierseife und rückte zurück ins Lot. Es waren auch die sieben Monate, in denen die zweite Diktatur der Deutschen verschwand.

Woche für Woche hatten die Hamlet-Akteure auf dem Weg zu ihren Proben den Akteuren der Straße in der Berliner U-Bahn direkt gegenüber gesessen. Ein Zustand, der bei den Schauspielern zwangsläufig zu der Frage führte: „Soll ich jetzt Hamlet spielen? Es ist so albern.“ Dem Drama, das ansonsten in der Lage war, die Welt zusammenzuhalten, hatte es wie dem Jetzt den Boden ent schlagen. Das Ausnahmestück über den Ausnahmezustand der Welt traf auf die Ausnahmerealität der Welt. Als liefen Kunst und Leben Hand in Hand durch eine hyperpolitische Spiegelszene. Wie so spielen?

Auf die Frage nach dem Sinn des Ganzen gab Heiner Müller seiner Spielcrew die denkbar knappe Anweisung: „Sagt es einfach!“ Seine Sätze auf das, was sich außerhalb des Theaters als die glücklichste Revolution der Deutschen ereignete, fielen nicht weniger eindeutig aus: „Der Schritt, der jetzt getan wird, mehrheitlich, ist der Schritt von einer Knechtschaft in die nächste.“ Darüber hinaus interessierte sich der Theaterguru, wofür er sich immer interessierte – für den Geist, natürlich. „Wer ist der Geist? Das reduziert sich dann auf Stalin und die Deutsche Bank“, erklärte er auf einer Wahlveranstaltung der „Vereinigten Linken“ am 11. März 1990 in Berlin.

Wie steht es mit der Infrastruktur der Seelen?

Dramatikersätze sind Dramatikersätze. Noch dazu wurde im Herbst 1989 so allerlei gesagt, was im Trichter der Geschichte geräuschlos verschwand. Der Müller-Epistel aber war ein erstaunlich langes Leben vergönnt. Bei Lichte besehen kam sie aus ihrer Dauer-Renaissance gar nicht mehr heraus. Lag das an ihrer bösen Programmatik, die Revolution und Knechtschaft kurzerhand zusammenfügte? Bei Müller ging es ums Nichtankommen, um Verunmöglichung. Null Bock auf Demokratie, kein zähes Abschütteln der Diktatur,

keine Aufarbeitung, kein innerdeutsches Aufbauprogramm. 30 Jahre später lesen sich seine Sätze wie der Urtext einer großangelegten Umbaumaßnahme.

Städte lassen sich sanieren, Straßen bauen, Renten und Gehälter angleichen. Was diese Fragen angeht, sagen die notorisch erscheinenden Einheitsberichte, dass es nach 1989 erstaunlich gut gelaufen sei. Die Deutsche Einheit? Eine einzige Erfolgsgeschichte, bei der der Osten in vielem mittlerweile um Längen besser dasteht als der Westen. Aber wie ist es mit dem anderen – der Infrastruktur der Seelen, den alten Denkfolien und neuen Gefühlslandschaften, den deutsch-deutschen Echokammern, den aufgelassenen Geistern der endlos langen Teilung? Wo befinden wir uns mit alldem?



Ines Geipel, geboren 1960 in Dresden, ist Schriftstellerin und Professorin für Verssprache an der Berliner Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“. Die ehemalige Spitzensportlerin floh im Sommer 1989 nach Westdeutschland. Zuletzt veröffentlichte sie „Umkämpfte Zone. Mein Bruder, der Osten und der Hass“. :Bild: Picture-Alliance

Der Historiker Gerd Koenen hatte die Spaltung Deutschlands am 13. August 1961 als den „Hauptmodus der Vergangenheitsbewältigung“ bezeichnet. Ohne das Zerreißen des Landes wäre das psychische Erbe des Nationalsozialismus nicht zu bewältigen gewesen. 16 Jahre nach Kriegsende wurde also endgültig halbiert, auch, um das nicht Integrierbare nun komplett auf die andere Seite auslagern zu können. Was aber sollte aus dem Land werden, wenn es irgendwann wieder einmal ein ganzes Gedächtnis haben durfte?

Zum erhofften Einheitsgedächtnis gehörte mit dem 3. Oktober 1990 eine so rasche wie eingängige Einheitserzählung. Die Spaltung war überwunden, man gehörte wieder zusammen. Wo war das Problem? Die alten Hoffnungstexte von [Helmut Kohl](#), von Hans-Dietrich Genscher kurz nach der Einheit. Die Freude, der Stolz, die Patina der gediegenen Glücksreden, die von vornherein ausblendeten, was hätte von Anfang an irritieren müssen.

Denn außerhalb der Reden fanden fast gleichzeitig die Pogrome von Hoyerswerda, von Rostock-Lichtenhagen statt. Orte der Gewalt und eine verstörte Öffentlichkeit, die zu sehen bekam, was die Mauer blickdicht verdeckt hatte: das Innen und das Außen, der Deutsche und der Fremde, das Gute und das Böse, das System der Größenselbste und die Entschlossenheit zur Zerstörung.

Eine Gesellschaft zerfällt in Jäger und Gejagte

Im neuen Deutschland der Flüchtling-Komplex in seiner ersten Runde. Die Bilder offenbarten, was mit Treibjagd, Archaik, Leere, mit äußerster Brutalität zu tun hatte. Eine Gesellschaft, machten sie klar, konnte auch auseinanderfallen, in Jäger und Gejagte. Das Pogrom-Klima expandierte kurz darauf in den Westen. Saarlouis, Mölln, Solingen. Rassistische Mordanschläge, jetzt auch mit Toten. Die Politik sprach von Staatsnotstand. Im Mai 1993 wurde ein restriktiveres Asylrecht verabschiedet. Es war eines der letzten Gesetze in Bonn.

Die neue Berliner Republik und ihr erster Kanzler [Gerhard Schröder](#). Der hatte die Wiedervereinigung noch Ende September 1989 als „reaktionär und hochgradig gefährlich“ bezeichnet. Unter seiner Ägide hätte er die

Ossis nun liebend gern nach Polen weitergereicht. Vielleicht könnte man der Einfachheit halber sagen: Die Einheit war nicht sein Projekt. Unter dem rötlichen Kanzler schrumpfte die ostdeutsche Wirtschaft wieder, wurde die politische Bildung harsch zurechtgestutzt, wanderte DDR-Geschichte aus den Universitäten in diverse Sonderinstitute ab, gab es sein „Basta!“, das wohl vor allem auf paternalistische Selbstanerkennung zielte, um der alten Bundesrepublik die Sicherheit zu geben, die sie für den Einigungsprozess nötig hatte. Die Berliner Republik begann wie die Bonner Republik begonnen hatte: mit Verdrängung. Laisser-faire und China versus Trauma und Verunsicherung. Nicht von ungefähr sollte der 3. Oktober unter Schröder aus wirtschaftlichen Gründen gleich wieder abgeschafft, genauer gesagt auf den je ersten Oktobersonntag verlegt werden. Über das Land legte sich ein merkwürdiger Mehltau, eine fast physisch greifbare, betäubende Stille, mit scheinbar untergründigen Symptomen. Dabei war alles da.

Die Kontinuitäten gewannen die Oberhand zurück

Die Schröder-Zeit als die bleierne Zeit des Ostens. Der Diktatur war die Spitze gekappt, doch in ihrer Binnenlogik funktionierte die DDR letztlich weiter: in der politischen Arbeit der Landesparlamente, im öffentlichen Dienst, in den Medien, in der Literatur, im Sport. Regional gab es Unterschiede. Die konnten sogar gravierend sein. So wurden in Sachsen alle Lehrer entlassen, die ausschließlich Staatsbürgerkunde unterrichtet hatten. Dennoch gewannen die Kontinuitäten die Oberhand zurück.

Kein einziges Land trennte sich von mehr als der Hälfte enttarnter Stasi-Zuträger im öffentlichen Dienst. Der Geheimdienst in den sächsischen Polizeistuben, beim [MDR](#), im Brandenburger Landtag. Einem gut ausgebildeten, so pragmatischen wie belasteten Teil der Ost-Elite – egal, ob in Wirtschaft, öffentlichem Dienst, Politik oder Medien – wurde die Einheit leichtgemacht. Bis zum 3. Oktober 2000, dem Ende der juristischen DDR-Aufarbeitung, wussten sie zu schweigen, dann strategisch Stellen zu besetzen, an den eigenen Karrieren zu basteln und konnten sich ganz sicher dabei sein, mit dieser Strategie alsbald unkündbar zu sein. Sie nutzten die Vorzüge einer Gesellschaft, die sie bis 1989 hartnäckig bekämpft hatten.

Das Eruptive gehörte den Ostdeutschen

Schröders Nullerjahre. Neben Sanierung, Neukonsolidierung und Bauboom waren das laut Statistik für die Post-Diktatur im Osten vor allem Jahre drastischer Gewalt, zunehmender Kinderarmut, einer dreifach höheren Zahl innerfamiliärer Tötungsdelikte als im Westen oder dem um vier Jahre früher liegenden Drogeneinstiegsalter bei Jugendlichen. Ab dem Jahr 2000 mordete sich der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) durchs Land. Dem Trauma des Ostens bis 1989 folgte nach der Revolution ein Kampf innerhalb des Traumas.

Wie war es denn? Das Land war geeint, aber das Eruptive gehörte den Ostdeutschen, wo inmitten einer komplett deregulierten Welt mehr als 50 Jahre Diktatur bewältigt werden mussten. Eine Wucht, die den Ostdeutschen anfangs nur ein haptisches Verhältnis zur Geschichte möglich machte. Sie standen einem unsortierten und mehrfach verstellten Geschichtsklumpen gegenüber, in dem sie herumsuchten, den sie seismographisch erspürten, der aber zwangsläufig zu Abspaltungen und Verdrängungen führen musste.

Historische Tiefenlagerungen, vielfaches Unrecht, Zuchthaus, durchherrschtes Leben, irreparable Beschädigungen. Vielleicht wäre es ein Schritt, wenn sich Ost und West heute zugestehen könnten, dass man es nicht besser wusste, dass man diese Dimensionen nicht im Blick hatte, dass man es sich schlicht einfacher vorgestellt hatte. Einfach war es nie.

Die Opfer des DDR-Unrechts. In den Unterlagen der nach 1989 installierten Stasi-Landesbeauftragten in den neuen Ländern kam der Opferbegriff anfangs nicht vor. Er existierte nicht. Schwerpunkt der Arbeit war nach der Revolution insbesondere das Tun des DDR-Geheimdienstes. Ohne Frage ist das heute sehr anders. Dennoch stößt die Erzählung der Opfer noch immer auf immense Widerstände. Ihr Status bleibt kontinuierlich fragil. Wer darf sich als solches bezeichnen? Muss das Opfer nicht eine reine, lineare Erzählung vorweisen? Könnte es nicht genauso gut Täter gewesen sein?

Die historische Mainstreamforschung ist seit Jahren auf die Grautöne der DDR fixiert. Grautöne sind nötig. Millionen Menschen haben millionenfache Erfahrungen gemacht. Aber in den Erfahrungen der Opfer hockt

das Extrem. Es verweist aufs Grauen, nicht aufs Grau. Bleibt das Extrem unkenntlich, entkernt es das Wesen des Systems.

Die Liste der Opfer ist endlos

Die Opfer der Diktatur im Osten. Wer ist eigentlich damit gemeint? Zahlen sind immer schwierig, aber die UOKG, die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft, spricht aktuell von mindestens drei Millionen. Menschen, die in den Zuchthäusern saßen, in NKWD-Lagern, im sowjetischen Gulag. Die aus dem Westen in den Osten verschleppt, in Moskau erschossen, im Zuge der SED-Zwangsvereinigung als SPD-ler verfolgt und umgebracht wurden, Hunderttausende, denen in Kinderheimen, Spezialheimen und Jugendwerkhöfen die Kindheit zerstört wurde, es sind die Mauertoten und an der Grenze Verletzten, die ermordeten Volksaufständler vom 17. Juni 1953, die zahllosen verfemten Künstler und Literaten, die Opfer medizinischen Missbrauchs, die Zwangsgedopten, die Opfer juristischer Willkür, die wegen ihres christlichen Glaubens Verfolgten, die Psychiatrieopfer, die Opfer von Zersetzung oder Überwachung. Dazu die nicht Zählbaren, die in keine Kategorie gehören, deren Pein in keiner Akte steht, die ad hoc Malträtierten, weil eine Gewaltherrschaft es halt möglich machte. Die Liste ist endlos. Wo sind sie?

Das ist wesentlich davon abhängig, wer gerade spricht. Dieter Dombrowski, Vorsitzender der UOKG, sagte Anfang September: „Bei den Feierlichkeiten zu 30 Jahren Deutscher Einheit kommen Hunderttausende Opfer der SED-Diktatur leider nicht vor. Es gibt keine einzige Veranstaltung, die irgendwas mit dem SED-Unrecht zu tun hat.“ Die Reaktion kam prompt, vom Ostbeauftragten der Bundesregierung [Marco Wanderwitz](#) (CDU): „Wir haben als Koalition da ganz gut geliefert.“ Hat man, hat man nicht? Warum die gesellschaftliche Auskehr der endlosen Opfer des DDR-Unrechts Tatsache ist, dürfte auch mit der mehrstöckig bewohnten Opferlandschaft im Osten zu tun haben. Es gibt heillosen Streit. Die Szene – eine einzige Wunde. „Die Geschichte qualmt noch“, hätte der Schriftsteller Erich Loest wohl dazu gesagt.

Im hochnervösen Feld der Gedächtnisarbeit

Mit 1989 hatte der Westen den Holocaust als zentralen Identitätsbezug, als europäische Tatsache des Grauens, aber auch des Leids gleichsam unbesprochen auf den Osten übertragen. Er wurde zum inneren Kern der Staatsräson des neu vereinten Deutschlands. Die alte Bundesrepublik hatte sich Schritt für Schritt aus der Normalität einer Tätergesellschaft zu einer kollektiven Politik des Erinnerns durchdebattiert, die das Gedenken an die Opfer letztlich für unverbrüchlich erklärte.

So zäh dieser Weg auch war, gab er zusehends Identität, Kern, politische Kontur. Am Ende hatte sich fast synchron zum Mauerfall ein kompliziertes, sehr ausdifferenziertes Konstrukt zwischen seriöser Erinnerungsarbeit, Routine, gewollter Verstörung und Moralistik geformt, das Karl-Heinz Bohrer „die zweite Haut des bundesrepublikanischen Bewusstseins“ nannte. Sie stand unter der Prämisse: „Das Gute hat sich durchgesetzt, das Böse ist gebannt.“

Über diese Entscheidungskategorie hat der Westen mit dem Osten nie gesprochen, nicht sprechen wollen, vermutlich auch nicht können. Mit dem Einheitstag war diese sakrosankt und zur nötigen Orientierung auf der Reise hin zur selbstbewussten Nation gemacht worden. Ein Status quo und eine kolossale Überforderung des Ostens. Denn der war im hochnervösen Feld der Gedächtnisarbeit ohne jeden Vorlauf.



Tag der deutschen Vereinigung, Berlin 3. Oktober 1990. Kohl, seine Frau Hannelore, Hans-Dietrich Genscher und Willy Brandt (v.r.n.l.) :Bild: Barbara Klemm

Mittels Buchenwald-Doktrin hatte die Staatspartei die Ostdeutschen per se entlastet und zur reinen Opfer-Gesellschaft, zu einem Mythenstaat der Besseren gemacht. In der DDR galt der Faschismus als ausgerottet, waren die Hauptkriegsverbrecher bestraft und die Restnazis unisono im Westen untergekröhen, die Institutionen entnazifiziert, war das Kapital vergesellschaftet, der Adel enteignet. Im Osten die homogenisierende Entlastungserzählung, im Westen ein zähes, auch ermüdendes Ringen hin zur politischen Verantwortung. Abermals das Prinzip der Ungleichzeitigkeit, das zwangsläufig in einen immateriellen Existentialneid münden musste, der nach 1989 womöglich schwerer ins Gewicht fiel als alles Monetäre. Hätte man es anders machen können? Wer hätte es anders machen können?

Schmerz hat seine eigene Zeit

In dieses enorme Spannungsfeld schob sich nach 1989 das Opfernarrativ der zweiten Diktatur. Schmerz hat seine eigene Zeit. Die Gewaltmaschine der Ost-Diktatur? Wurde in den vergangenen 30 Jahren zusehends aus der Öffentlichkeit hinauskomplimentiert, weggeblinzelt im medialen Beliebigkeits-Sprech und dem ungestillten Bedürfnis der Konsenskultur Ost nach Verdrängung. Dabei gibt es noch einen weiteren Aspekt, warum es den DDR-Opfern so schwer gemacht wird, aus ihrem historischen Geschlucktsein herauszutreten. Der fällt in die dritte Kanzlerschaft nach der Revolution, in die von Angela Merkel. Das Jahr 2015 und noch einmal der große Flüchtlingssommer, noch einmal die Neusortierung der deutsch-deutschen Konfliktlinien. Als lebten wir über Nacht in einem anderen Land. Erzählt ist das zur Genüge: Pegida und die erstarkte AfD, der markante Rechtsruck. Traumatologen sagen, dass nach 25 Jahren in einer Gesellschaft aufbricht, was bis dahin nicht bearbeitet wurde. Man könne fast den Wecker danach stellen.

Doch was trat denn zutage? Selbst darüber hält der Streit an. Wir haben es hier nicht mit einem fertigen Text zu tun. Wir sind nicht durch. Die Demütigungen vor 1989? Die Demütigungen nach 1989? Neu aufgeladen, neu amalgamiert, neu inszeniert wurde mit 2015 insbesondere das Ost-Idiom: die Besseren, Solidarischeren, Gütigeren. Die alten Politmythen schienen mehr denn je nötig, um seine internalisierte Opferexistenz zu stabilisieren. Die Realität der Doppeldiktatur? Musste einmal mehr außen vor bleiben. Knüppelhartes Brot für die mehr als drei Millionen, die in vierzig Jahren in den Mahlstrom des Systems geraten waren. Eine Art radikaler Beseitigung, vielleicht um Platz zu schaffen für die neuen Erzählungen.

Hier der Osten als Superopfer, dort der ewige Schuldwesten

Was das im Jahr der Corona-Einheit bedeutet? Das aufgelassene Erbe des Ostens findet keinen Ort, keinen Konsens-Punkt. Es bleibt ein schwarzes Loch. Was fehlt, ist noch immer die historische Sortierung. Was fehlt, ist eine öffentliche Delegitimierung der ostdeutschen Diktatur in der Breite der Gesellschaft. Opfer? Täter? Stasi? – Bloß nicht. Uraltkram. Debattenfetische. Uninteressant, hatten wir alles schon, nicht differenziert genug. Unter dieser Abwehr scheint alles sagbar, alles denkbar, alles möglich. Es herrscht ein nahezu heilloses Tohuwabohu.

Das Virtuelle, die postfaktischen Zeiten, das gärende Wir, unsere verwaisten Erfahrungen. Ein Geschichtskontainer, der nach 1989 noch dazu mit allerlei Achtlosigkeiten bestückt wurde. Nun ein Amalgam, das sich seit 2015 zu einem denkwürdigen Konstrukt aufbaute, zu einer bequemen Denkblase: da der Osten als Superopfer, dort der – egal wie – ewige Schuldwesten. In dieser Blase sind die Ostdeutschen zu Abgehängten, Verlierern, zu Bürgern zweiter Klasse geworden. Die Rede ist von Kolonisierung, von Migrations-Ostdeutschen, von Übernahme. Was in dem Sinne auch schon wieder Schnee von gestern ist.

Der Begriff „Unrechtsstaat“ induziert Scham

Jetzt gelte es, sich zu „dekolonisieren“, um das Land zu befreien, „von seiner normativen Westsicht . . . und seiner unseligen Bemühung, eine lineare Geschichte zu konstruieren“, schreibt Thomas Oberender, 1966 in Jena geboren und Intendant der „Berliner Festspiele“, in seinem jüngsten Buch „Empowerment Ost“.

Das Zitat ist ein Stellvertreter für die immer breiter werdende Phalanx der gedächtnispolitischen Ost-Umbauer. Die Bücher häufen sich, die Forschung zieht an, die Medien bedienen, es soll alles ganz neu tönen. Wollten die Ostdeutschen vor 30 Jahren nicht eine Diktatur loswerden? Endlich Teil der Welt sein, frei und vereint mit den anderen Deutschen? „Bis heute wird im offiziellen, westdeutsch geprägten Sprachgebrauch von der DDR vornehmlich als Unrechtsstaat gesprochen, was bei allen, die dort lebten, Scham induziert und ein Gefühl der Illegitimität ihrer damaligen Lebenswirklichkeit“, führt Oberender aus. Das Polare, das Hüben und Drüben, Ost und West, das große Nein und die Müller-Epistel von der inszenierten Knechtschaft. Im Raum dazwischen das zarte Wort Scham. Es steht da, als sei es eiskalt überrumpelt worden. Überhaupt die Wörter. Wie sich in der Sprache die Verbrechen auflösen wie Brausetabletten.

Eine Flucht aus der Geschichte. Eine gedächtnispolitische Wendung, die versucht, den Osten wie ein weißes Blatt aussehen zu lassen. Ein neues Ost-Bewusstsein? Ja, sicher, aber doch bitte nicht über die kategorische Verweigerung seines wüsten Erfahrungsraums und die Abkopplung von seiner langen Diktaturgeschichte. Die Achtundsechziger des Westens kamen zu ihrer Identität, indem sie die gemordeten europäischen Juden im Sinne einer Gegenidentifizierung zu ihren Eltern als Opfer anerkannten und ihre Rehabilitierung durchsetzten. Die drei jungen Generationen in Ostdeutschland, mittlerweile ohne Diktaturerfahrung sozialisiert, imaginieren sich paradoxerweise ein Land ohne Geschichte, ohne Schuld, ohne Kontinuitäten. Das gelobte Land heißt Osten, gemeint ist die DDR. Bei den ostdeutschen Landtagswahlen 2019 waren sie es, die die starken Wahlerfolge der AfD ermöglichten. Studien belegen ihren Populismus und ihre Gewaltaffinität. Was ist die innere Geschichte dieser drei Generationen? Ist es die Überidentifikation mit ihren Eltern, von der sie sich nicht emanzipieren können? Worüber erzählt das? Was gilt es zu verstehen, was aufzulösen, damit sie sich ohne Schuld fühlen können? Sie haben keine. Wo sind die Bücher über ihre Suche, ihren Schmerz, über das, was tatsächlich mit ihnen geschehen ist?

Gedächtnis, Erinnerung und Identität gehören zum Generalbass der Berliner Republik. Für diese Beharrlichkeit erfährt Deutschland in aller Welt hohe Wertschätzung. Es ist diese Beharrlichkeit, die zu einem hart abgerungenen, aber zeitgenössischen Markenzeichen Deutschlands geworden ist. Dabei ist es völlig richtig, das geeinte Land an die enormen Anpassungsleistungen der Ostdeutschen zu erinnern, die sie in ihrem Spagat hin zur Freiheit in den vergangenen 30 Jahren vollbracht haben. Wenn der Anspruch an eine intakte Erinnerungskultur jedoch verbindlich sein soll, müssten den Westdeutschen die Gulag-Opfer im Osten längst genauso am Herzen liegen, wie den Ostdeutschen die Geschichte des Holocaust. Da sind wir nicht.

Das Mehrheitsbewusstsein der Ostdeutschen verbleibt im Bann des Alten, der ihr die Welt verweigert. Das Mehrheitsbewusstsein der Westdeutschen scheint sich noch immer zurückzusehnen in die Zeiten des guten alten Willy Brandt, wo man sich vorsichtig, aber beständig in jenen Typ des freundlichen Deutschen umgebaut hat, vor dem die Welt nicht mehr Angst zu haben brauchte. Die Sehnsucht nach Gefühlssicherheiten ist verständlich. Nur leben wir längst in einem anderen Land.

Natürlich ist eine Gesellschaft viel mehr als der Opfer-Täter-Diskurs. Menschen sitzen auch in einer Diktatur auf der Wiese, lieben und trinken ihr Bier. Es gibt Freiräume, die Lust an der Revolte, den Staatsadel oder auch Inselexistenzen. Das gehört erzählt und erforscht wie bei jedem genaueren Blick auf die Diktatur. Aber ohne Klarheit darüber, was einem System im Extrem möglich ist, entsteht ein falsches Endbild, das den so nötigen inneren Konsens des Landes verhindert. Noch immer stehen wir vor der Unwucht unseres kollektiven Gedächtnisses. Dabei darf es gegenüber dem Holocaust keinerlei Relativierung, aber auch keine Kategorisierung der Opfer geben. Warum soll es uns nicht gelingen, dass wir ohne Wenn und Aber die Millionen Opfer des Holocaust in Ost und West, aber auch das DDR-Unrecht in unserem Doppelgedächtnis verankern?

https://www.faz.net/aktuell/30-jahre-deutsche-einheit/joachim-gauck-zur-ddr-eine-kaum-erklaerbare-traurigkeit-16980082.html?printPagedArticle=true#pageIndex_4

JOACHIM GAUCK IM INTERVIEW:

Eine kaum erklärbare Traurigkeit

- VON REINHARD MÜLLER
- -AKTUALISIERT AM 02.10.2020-07:26



Sogar für den einstigen Bürgerrechtler Joachim Gauck ist das Ende der DDR ein Verlust. Er trauert nicht dem Staat nach, aber den Notgemeinschaften gegen ihn.

Herr Präsident Gauck, was ist das größte Versäumnis der Wiedervereinigung?

(seufzt) Ich habe darüber lange nachgedacht. Mir fällt da nur wenig ein. Sicher gibt es Gruppen, denen mehr Gerechtigkeit hätte widerfahren können, wenn es etwa um Renten geht. Bei mehr Zeit hätte man anders, mit mehr Kontrolle gestalten können, etwa beim wirtschaftlichen Übergang. Aber diese Zeit gab es nicht.

Gibt es Fehler, die man heute noch reparieren könnte? Gibt es eine Systemverdrossenheit, der man mit der damals aus guten Gründen nicht vollzogenen Verfassungsneuschöpfung heute begegnen könnte?

Der ostdeutschen Demokratiebewegung war das wichtig, und idealerweise wäre eine neue Verfassung der Weg gewesen. Aber eine Verfassungsdebatte ist nicht in einem halben Jahr zu bewältigen. Es war damals bewegend, zu sehen, wie die Menschen darangingen, eine eigene Verfassung zu schaffen. Es ist ein generelles Manko dieser schnellen Vereinigung, dass die Ermächtigung der Akteure, die aus der Ohnmacht heraus plötzlich begriffen haben: „Mensch, wir sind ja das Volk, und wir werden die Verantwortlichen sein“, dass diese Phase so schnell zu Ende ging. Es hat etwas Tragisches, dass dieser glückhafte Moment des Aufbruchs und des Erkennens der eigenen Potentiale durch die zu Hilfe kommenden Spezialisten aus dem Westen, die wir übrigens brauchten und denen wir dankbar sind, dazu geführt hat, dass ein Teil der neu Aktivierte sich zurücklehnte und sagte, ach die können das ja besser. Dann lässt man sich nur noch verwalten. Daraus erwächst später eine Frustbewegung, die so tut, als wären die Westdeutschen über uns gekommen. Dabei war es der Wille der Ostdeutschen, der diese schnelle Einigung gewünscht herbeigeführt hat. Deswegen ist es völlig verfehlt, von „Übernahme“ zu sprechen. Aber zweifellos haben viele durch diese Art des Übergangs auch an Handlungsmacht verloren.

Fehlt dieser basisdemokratische Moment auch heute noch?

Was fehlt, ist ein breites, gewachsenes demokratisches Selbstverständnis. Auch im Westen konnten sich die Deutschen erst langsam in einem Raum der Freiheit zu Citoyens entwickeln. Deshalb haben wir in jedem Land, das sich in einem Transformationsprozess aus einem totalitären Staat befindet, diesen Rückstand an Zivilgesellschaft. Dieses Abschütteln der Ohnmacht ist eben nicht zu verordnen, das muss gelernt sein. Meines Erachtens ist nicht der Unterschied Ossi/Wessi, sondern Ossi/Ossi am bemerkbarsten. Freiheit ist

doch im Kern Verantwortung. Nur die muss eingeübt werden. Bis heute ist in Ostdeutschland jenes Netz von zivilgesellschaftlichen Initiativen, auf die Politik im Westen bauen kann, dünner. Deshalb sind hier Populisten und speziell Rechtsradikale auch erfolgreicher.

Sie sprechen von eingeübt, könnte man auch festgefahren sagen, im Westen?

So würde ich es nicht beschreiben. Aber in allen Gesellschaften haben Sie Kräfte, die den Wandel positiv bewerten und die sich vor ihm fürchten.

Wandel muss nicht immer positiv sein ...

Aus der Diktatur kommend, schon. Aber das Komplizierte ist, dass die Probleme des Einigungsprozesses vermischt sind mit dem weltweiten Wandel aufgrund von Digitalisierung, Globalisierung, Klimawandel und Migration. Die alten Gewissheiten sind verschwunden. Noch ist längst nicht überall ausgemacht, wie der Wandel positiv zu gestalten ist.

Gut war das, was die Führung der DDR nicht wollte. Es war gut, dass Menschen sich auf eine Weise verbündet haben, wie sie es in freien Gesellschaften nicht nötig haben. Dass sie einander materiell, aber vor allen Dingen ideell beistehen mussten, dass so etwas wie eine Gegenkultur der Unterdrückten gewachsen ist. Das haben wir gespürt in unseren Kirchgemeinden, in alternativen Jugend- und Musikgruppen, in Freundeskreisen oder parteifernen Nachbarschaftszirkeln. All das war nicht DDR-Sozialismus, all das war das Ringen um Autonomie, um geistige Freiheit, um den Erhalt der Würde der einzelnen Unterdrückten.

Wenn wir darüber hinaus fragen, was hätten wir mitnehmen sollen, dann sind den Leuten nur wenige Dinge eingefallen, etwa die Polikliniken oder die Kindergärten. Aber auch da wird der genaue Blick auf diese Einrichtungen sofort wieder Skepsis erzeugen, wenn wir den Mangel in der einen Einrichtung und die Indoktrination in der anderen anschauen. Also mir fällt da nichts ein. Aber das eigentlich Merkwürdige oder Anrührende ist, dass selbst bei Menschen wie mir, der ich der DDR keine Träne nachweine, mitunter ein ganz unpolitisches Gefühl des Abschieds oder einer irgendwie kaum erklärbaren Traurigkeit entsteht. Ich habe mich gefragt, das passt doch gar nicht zu deinem politischen Denken. Kann ich denn vermissen, was mich unterdrückt hat? Nein, das kann ich nicht. Aber in dieser Zeit der Unterdrückung haben Menschen ihre kleinen Gegenwelten zur Unterdrückung gesucht und gebaut, und dann ist vielfach eine Wärme und eine Intensität des Miteinanders entstanden, die die Kälte der Diktatur erträglich machten. Diese Nähe und Intensität gab es dann später so nicht mehr.

Ist diese Gemeinschaft zerbrochen mit dem Ende der DDR?

Ja, so etwas endet jedenfalls. Eine Notgemeinschaft ist außerhalb der Not nicht mehr wichtig. Ganz merkwürdige Dinge geschehen dann: Du gehst in ein Konzert oder in einen Gottesdienst in einem frei gewordenen Land, und plötzlich ist die alte Intensität der Verbundenheit gar nicht mehr da. Eben war es noch ganz tief gefühlt: Wir gegen die da, und wir bleiben bei unserer Wahrheit, und wir stehen dazu, und etwas in uns, ganz Zentrales ist in Bewegung, ist wachgeküsst, es muss sich behaupten. Und nun in der Freiheit bist du plötzlich in diesem großen weiten Raum, wo alles möglich ist – ja wo ist denn diese Intensität? Viele von uns Ostdeutschen haben das Gefühl, dass wir genau wissen, was wir verwerfen, und gleichwohl das Gefühl haben, etwas verloren zu haben. Vielleicht mag das nicht jeder verstehen, aber ich habe versucht, durch den Blick in mein eigenes Innenleben ein Verstehen zu ermöglichen.

Was können wir von den Menschen lernen, die die DDR-Zeit erlebt haben?

Dass Werte, auch wenn sie nicht unterdrückt werden, dennoch geschützt und am Leben gehalten werden müssen.

Haben Sie eine gewisse Sympathie für den Gründungsgedanken der DDR, also nicht für ihre Verbrechen, sondern für die Idee eines Neuanfangs, auch wenn sie von Moskau kam?

Ich antworte in zwei Richtungen: Einmal betrachte ich die Staatsgründung und zum anderen das Denken von Menschen, die daran beteiligt waren. Ich fange mit dem Letzteren an: Deutschland als Nation war 1945 am Ende, wir waren moralisch und in jeder Hinsicht delegitimiert. Es brauchte eine Neubesinnung. Und wenn man sich vorstellt, dass Sozialdemokraten und Kommunisten gegen Hitler und die Diktatur gekämpft und geträumt haben von einer gerechten Gesellschaft, dann muss ich davon ausgehen, dass dieser Glaube an eine Erneuerung aus dem Geist der sozialistischen Ideen heraus auch viele Linke angetrieben hat. Gleichzeitig war die Herstellung eines Staatssystems so vom Stalinismus und vom Herrschaftskommunismus geprägt, dass diese Ideale in der Realität nicht verwirklicht wurden. Es war evident, dass die DDR eine Diktatur werden würde. Das heißt aber nicht, dass alle, die daran mitgewirkt haben, ohne emanzipatorischen Anspruch und willentlich Unterstützer einer Diktatur waren.

Wirkt das Erbe der DDR heute noch im Verhältnis zu Russland nach? Auch im Westen gibt es eine Nähe zu Russland?

In Bezug auf Russland und die „russische Seele“ gibt es eine altdeutsche Romantik, die immer mal wieder neue Gesichter bekommt. Da gibt es eine unpolitische Betrachtungsweise, die eine Nähe des deutschen Gemüts zum russischen auszumachen imstande ist. Das halte ich für politischen Kitsch. Und die tatsächliche Brutalität von Unterdrückung, wie durch das Putin-Regime, kann man natürlich auch dadurch mindern. Dazu kommt, dass dort, wo die liberale, demokratische Kultur weniger weit entwickelt ist, die Sehnsucht nach einfachen Lösungen und autoritärer Führung existiert. Das zeigt sich im ostdeutschen Wahlverhalten, egal, ob Parteien am linken oder rechten Rand gewählt werden.

Das wird erleichtert, wenn man einen Trump im Weißen Haus hat.

Ja, das kommt dazu, dass es traditionelle Amerika-Feindschaft nicht nur auf der Linken gibt, sondern auch in Teilen des konservativen Milieus. Es fällt mir schwer, letztlich zu sagen, warum Putin und sein Regime immer wieder entschuldigt werden. Ist es die Angst der lange Unterdrückten oder eine Art Stockholm-Syndrom? Wie kann man vergessen, dass ohne die Sowjet-Panzer wir schon 1953 auf dem Weg zu Demokratie und Einheit waren? Gott sei Dank sind nicht alle Ostdeutschen geschichtsblind.

Was heißt es demnach, Deutschland müsse mehr Verantwortung übernehmen?

Angesichts neuer Bedrohungen alter und aufstrebender Mächte sind wir gut beraten, unsere Bündnisse, die wir geschaffen haben, einst, um uns gegen die immer weitere Ausdehnung eines Imperiums zu wehren, ernst zu nehmen und am Leben zu halten. Wir müssen uns dafür einsetzen, was uns als Westen konstituiert: die Menschenrechte, die liberale Demokratie und die multilaterale Zusammenarbeit. Wir müssen verteidigen, was uns am Herzen liegt.

Wenn Sie einen Wunsch hätten angesichts der aktuellen Entwicklung, welcher wäre das?

Es gibt vielfältige Einladungen zum Defätismus. Das Allerwesentlichste, was ich in meinem 80-jährigen Leben erfahren habe, ist, dass man ein Verharren in Angst und Ohnmacht, so menschlich beide Gefühle sind, niemals akzeptieren darf, sondern dass man sich zutrauen muss, Inferiorität und Ohnmacht zu verwandeln in verantwortungsvolles Handeln. Und dass man der Angst entgegenzutreten muss mit der Überzeugung: Wir haben in unserer Geschichte total versagt, aber wir haben in unserer Geschichte auch konstruktiv gestalten können und uns neben einem Wirtschaftswunder ein veritables Demokratiewunder geschaffen. Der Rückblick auf das, was uns gelungen ist, kann uns elementar ermutigen. Eine aus der Erfahrung gespeiste Zuversicht ist das, was dieses Land braucht.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/helmut-kohls-verdienst-unaufhaltsam-zur-einheit-16981553.html?premium>

HELMUT KOHLS VERDIENST:

Unaufhaltsam zur deutschen Einheit

- VON GEORG PAUL HEFTY
- -AKTUALISIERT AM 02.10.2020-06:13



Auf dem Weg zur deutschen Einheit: Helmut Kohl am 15. Juli 1990 zu Besuch bei Michail Gorbatschow in Archiz in Russland. Bild: AP

Nur Helmut Kohl konnte (sich) das leisten. Der damalige Bundeskanzler ergriff die historische Chance und einte das getrennte Deutschland. Doch der Weg dahin begann schon früher.

Helmut Kohls Weg zur deutschen Einheit begann nicht mit dem **Mauerfall** am 9. November 1989, sondern mit seinem Amtseid als Bundeskanzler am 1. Oktober 1982. Er hielt dabei die Originalausgabe des Grundgesetzes in der Hand, in dessen Präambel solche Sätze zu lesen waren: „... von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren“ habe das „Deutsche Volk“ in den westdeutschen Bundesländern „auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“

Diese Sätze hatten unter den vorausgegangenen Bundeskanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt nicht mehr als ganz zeitgemäß gegolten; eine völkerrechtliche Abwendung von dem hergebrachten Grundsatz wurde in den siebziger Jahren auf Antrag Bayerns vom Bundesverfassungsgericht mit seinem Grundlagenvertragsurteil gerade noch korrigiert. Kohl setzte nun deutliche Zeichen, dass er sich sowohl in die Tradition des ersten Bundeskanzlers Adenauer stellen als auch das inzwischen Erreichte nutzen wollte; er berief Rainer Barzel, der dieses – damals anders benannte – Amt schon 1962 innegehabt hatte, von neuem zum Minister für innerdeutsche Fragen und legte die Beziehungen zur Ost-Berliner Führung in die Hände seines in den Oppositionszeiten wichtigsten politischen Mitarbeiters Philipp Jenninger.

Kohl verfolgte seine Politik als Kanzler, wie er sie seit fast einem Jahrzehnt als CDU-Vorsitzender betrieben hatte. An den Vorstellungen der Allensbacher Demoskopin Elisabeth Noelle-Neumann geschult, baute er auf die „schweigende Mehrheit“ und suchte die zwar tonangebende, doch seiner Überzeugung nach rechnerische Minderheit links liegenzulassen. Das erlaubte ihm, den Nato-Nachrüstungsbeschluss gegen hunderttausendfachen Protest durchzudrücken und zugleich auf Wahlsieg zu setzen. Das sicherte ihm auf Dauer den Dank und das Vertrauen des seit 1981 amtierenden amerikanischen Präsidenten Reagan und dessen Vizepräsidenten Bush, der 1989 selbst Präsident wurde.

Beziehungen zu Moskau

Vertrackter als die Politik gegenüber Washington waren die sichtbaren Beziehungen zu Moskau. Die Sowjetunion, der Gegner im Kalten Krieg, der Garant der deutschen Teilung, die militärische und ideologische Vormacht in Osteuropa, das Zentrum des kommunistischen Weltmachtanspruchs – und

dennoch oder gerade deswegen ein Bezugspunkt linker und liberaler, durchaus bürgerlicher Kreise. In der Bundesrepublik hatte es in den siebziger Jahren geradezu eine Breschnew-Mania gegeben, obwohl dieser den Prager Frühling niedergeschlagen, den Einmarsch in Afghanistan befohlen und die nach ihm benannte Unterwerfungsdoktrin verkündet hatte.

Dennoch nahm an Breschnews Beerdigung der deutsche Bundespräsident Carstens teil. Kohl selbst reiste zu den Trauerfeiern für die kommunistischen Generalsekretäre Juri Andropow und Konstantin Tschernenko nach Moskau. Dabei muss ihm aufgefallen sein, wie schwach die Sowjetunion inzwischen geworden war. Denn hätte er den Eindruck einer starken Weltmacht gewonnen, er hätte sich – eineinhalb Jahre nach dem Machtantritt des neuen Generalsekretärs – lieber auf die Zunge gebissen, als amerikanischen Journalisten gegenüber Gorbatschow mit dem Chefpropagandisten der Nazis zu vergleichen. „Es war dumm von mir, Gorbatschow und Goebbels in einem Atemzug genannt zu haben“, bekannte er in seinen Erinnerungen und bekräftigte auch in ungezählten Gesprächen, dass dies ein „Fehler“ gewesen sei. Doch vielleicht war es gar kein Ausrutscher; anders als die westdeutsche Publizistik scheint Gorbatschow darüber nachgedacht zu haben, ob Worthülsen ausreichen, denn er schob der Parole „Glasnost“ mit einiger Verspätung die Losung von der „Perestrojka“ nach – das heute als Begriffspaar gehandelte Reformpaket war ursprünglich also unvollständig gewesen.

Es blieb Kohls Geheimnis, wie er wirklich kalkuliert hatte. „Er (Gorbatschow) war zwar mit vierundfünfzig Jahren der bis dahin jüngste Generalsekretär, aber sein Alter allein bot keine Garantie für eine Änderung des totalitären kommunistischen Systems“, gesteht Kohl in den „Erinnerungen“ seine Vorbehalte ein. Jedenfalls hatten beide Staatslenker infolge von Vorwurf, Entschuldigung und Verzeihen ein ungewöhnlich ausgeprägtes Verhältnis zu einander, als sie sich im Herbst 1988 zum ersten Mal trafen.

Kohl hatte für die Terminabsprache nicht Genscher, sondern den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth eingesetzt, um zu zeigen, dass er in Moskau nicht der Fürsprache des geachteten Außenministers bedürfe, aber auch, um den einzig möglichen Hoffnungsträger seiner westdeutschen Kritiker zu Botendiensten heranzuziehen.

Was Kohl beim Besuch Erich Honeckers im September 1987 in die Worte fasste „Das Bewusstsein für die Einheit der Nation ist wach wie eh und je, und ungebrochen ist der Wille, sie zu bewahren“, bekräftigte er im Juli 1989 am Rheinufer beim Besuch Gorbatschows in eindringlicher Bildsprache: „So sicher wie der Rhein zum Meer fließt, so sicher wird die deutsche Einheit kommen – und auch die europäische Einheit.“ Und fügte die Frage hinzu: „Machen wir es in unserer Generation, oder warten wir weiter?“ Kohl hielt an der Formulierung fest, der Schlüssel für die Tür zur deutschen Einheit liege in Moskau. Da der Rahmen dieser Tür bereits augenfällig auseinanderfiel und der Schlüssel sich so bald erübrigen würde, diente die Formulierung dem Bundeskanzler dazu, Gorbatschow Gewicht zu geben, obwohl mit Händen zu greifen war, dass weder Glasnost noch Perestrojka der Sowjetunion Festigkeit geben konnten.

Nur die deutsche Linke gefiel sich in ihrer Gorbimanie darin, Glasnost und Perestrojka den sich längst verselbständigenden Polen und Ungarn als Vorbild empfehlen zu müssen. Kohls Kalkül war verwegen: Washingtons grundsätzliche Unterstützung für die allfällige Wiedervereinigung war ihm gewiss; würde er Moskaus Widerstand aufweichen können, dann müssten sogar die erwartbaren Vorbehalte der Viermächtepolitiker in Paris und London zwischen beiden Supermächten ins Leere laufen.

Doch zugleich verlor Kohl an Rückhalt in der westdeutschen Öffentlichkeit. Die medialen Rufe nach Abberufung wurden so laut, dass diese Zeitung ungewöhnlicherweise seinen 59. Geburtstag zum Anlass einer Leitglosse nahm, die mit den Worten endete: „und niemand wüsste einen zu nennen, der mehr Glück verspräche“. Doch das wollten gerade die nicht eingestehen, die in Kohls Gefolge Karriere gemacht hatten. Was haben sie sich dabei gedacht, dass sie den Kanzler ausgerechnet dann stürzen wollten, als sich in Europa einschneidende Änderungen abzeichneten? Hätte Ungarn nicht termingerecht seine Westgrenze für die DDR-Flüchtlinge geöffnet, wer weiß, ob die CDU auf ihrem Parteitag in Bremen nicht doch einen neuen Vorsitzenden gewählt und damit Kohl vor die Alternative gestellt hätte, geschwächt als Kanzler weiter zu amtieren oder das Staatsamt aufzugeben.

Maueröffnung wäre auch ohne Schabowski gekommen

Es lohnt sich, kurz darüber nachzudenken, wie ein lediglich geschäftsführender oder ein erst wenige Wochen amtierender Kanzler auf den Fall der Mauer reagiert hätte. Denn der Fall der Mauer wäre unter allen Umständen gekommen. Wer vom 9. November 1989 nicht allein das Grenzöffnungsversprechen des Politbüromitglieds Günter Schabowski zur Kenntnis nimmt, sondern auch das Protokoll der 10. Sitzung des Zentralkomitees vom selben Tage, gewinnt aus Aussagen wie „Es war Selbstbetrug“, „Ich habe keine Schuld daran“ oder „Mein Leben ist zerstört!“ den Eindruck, dass die SED-Führung die Lage der DDR als aussichtslos ansah – mit einem untereinander erstmals eingestandenem jährlichen Subventionsbedarf in der „gigantischen Größe von 58 Milliarden“.

Das Zentralkomitee hatte jedenfalls kein Interesse daran, die Aufgabe selbst und von der schwächelnden Sowjetunion alleingelassen zu schultern. Die Grenzöffnung ließ sofort die Hoffnungen auf eine baldige Wiedervereinigung sprießen. Die folgenden Winkelzüge der SED sollten nur das nicht mehr aufzuhaltende Abwickeln des Staatssozialismus verschleiern, nachdem das Wort Willy Brandts „Es wächst zusammen, was zusammengehört“ der ostdeutschen Bevölkerung verkündet hatte, dass sie in gute Hände kommen werde.

Die Herausforderung für Kohl bestand im Gegensatz zu den Honecker-Jahren überraschend nunmehr nicht darin, die Führung und die Bürger der DDR, aber auch viele Westdeutsche für die Einheit der Nation und die Vereinigung der beiden Staaten zu gewinnen, sondern darin, diesen innerdeutsch unaufhaltbaren Vorgang dem benachbarten und fernerem, jedenfalls erschreckten und misstrauischen Ausland verständlich und annehmbar zu machen. Als Sternstunde des Bundeskanzlers Kohl gilt der Vortrag des Zehn-Punkte-Programms am 28. November 1989. Mit diesem Programm hat er Freund und Feind überrascht. „Hätte ich die zehn Punkte innerhalb der Koalition oder gar mit unseren Verbündeten abgestimmt, wären sie am Ende völlig zerredet worden,“ rechtfertigte es das Vorgehen.

Wie aber wäre das im Falle eines neuen Bundeskanzlers gewesen? Hätte dieser sich das gegenüber seinen Koalitionspartnern herausnehmen können, und für wie „großdeutsch“ hätten die Nato-Partner dies gehalten, erst recht die Warschauer-Pakt-Mitglieder Polen und Tschechoslowakei, die Sowjetunion ohnehin? Ein neuer Kanzler aus der CDU, der nicht sechs vertrauensbildende Jahre absolviert hatte, hätte tatsächlich „Konsultationen“ aller Art vorschalten müssen – mit unabsehbarem Ergebnis, wenn man sich die Haltung der britischen Regierungschefin Thatcher, des französischen Präsidenten Mitterrand, des Niederländers Lubbers und des italienischen Ministerpräsidenten Andreotti vor Augen hält. Und ob ihm Präsident Bush von vornherein hätte öffentlich „vertrauen“ dürfen, ohne als unvorsichtig zu gelten, bleibt auch dahingestellt. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hatten sich alle medial so beliebten Unionspolitiker, die 75 Tage zuvor Kohl hatten stürzen wollen, als kurzsichtig erwiesen.

Modrows Offenbarungseid

Während Kohl alles in Bewegung setzte, um ein wiedervereinigtes Deutschland international zu ermöglichen, aber auch, um in diesem künftigen Land gegenüber allen linken Vorprägungen und Vorlieben parteipolitisch die Oberhand zu gewinnen, leistete der amtierende Ministerpräsident Modrow, das letzte Aufgebot der alten DDR-Politikerelite, dann doch den Offenbarungseid, den der Generalsekretär Krenz am 9. November noch verschleierte hatte. Am 3. Februar 1990 legte er laut Teltschiks Bericht dem Bundeskanzler dar: „Das Zusammenwachsen beider Staaten sei unumgänglich ... Er wolle der Verantwortung nicht davonlaufen, sondern handle aus Patriotismus ... Hilfe aus der Bundesrepublik sei dringend notwendig. Um über den März hinwegzukommen, brauche er die fünfzehn Milliarden D-Mark.“

Eine Woche danach verhandelte Kohl mit Gorbatschow in Moskau, Teltschik notierte: „Wieder eine Sensation“. Der Kanzler verkündet danach der Presse: „Ich habe heute Abend an alle Deutschen eine einzige Botschaft zu übermitteln. Generalsekretär Gorbatschow und ich stimmen darin überein, dass es das alleinige Recht des deutschen Volkes ist, die Entscheidung zu treffen, ob es in einem Staat zusammenleben will.“ Und Kohl schloss mit den Worten: „Dies ist ein guter Tag für Deutschland und ein glücklicher Tag für mich persönlich.“

Das vermeintliche Verhandlungsergebnis fußte allerdings auf einer Vorentscheidung, die im Kreml am 26. Januar gefallen war: Die Sowjetunion hatte die DDR endgültig abgeschrieben – natürlich mit vielfältigen Hinweisen auf Unzulänglichkeiten und Unzuverlässigkeiten in ihrem ostdeutschen Vorfeld, jedoch ohne das

Eingeständnis, dass der angeblichen Weltmacht selbst die Kraft ausgegangen war, die DDR in ihrem Block zu halten und gar am Leben zu erhalten. Dies hatte das SED-Zentralkomitee allerdings schon im November geahnt. Daher gehen alle Gedankenspiele – auch die späten von Helmut Kohl – fehl, Gorbatschow hätte irgendwann Militäreinheiten zur Aufrechterhaltung der DDR einsetzen können oder es sei großzügig von ihm gewesen, dies nicht zu tun. Der sowjetische Generalsekretär hatte die Breschnew-Doktrin nicht deswegen für ungültig erklärt, weil er deren frühere Durchsetzung moralisch verwarf, sondern weil sie nach dem Wegbrechen Polens, Ungarns, Rumäniens und nicht zuletzt der Honecker-DDR aus der ideologischen Phalanx kein Drohpotential mehr besaß. Warum aber hätte Gorbatschow nun für eine unwirksame Drohung auch noch eine europaweite Blamage in Kauf nehmen sollen?

Wie es mit der deutschen Einheit weiterging, ist in den Schulbüchern zu lesen.

https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/grosse-sehnsucht-nach-vater-staat-folgen-des-sed-regimes-16980048.html?printPagedArticle=true#pageIndex_3

AUTORITÄRE SED-REGIERUNG:

Große Sehnsucht nach Vater Staat

- VON STEFAN LOCKE
- -AKTUALISIERT AM 02.10.2020-13:50



Egal ob wirtschaftlich, politisch oder ganz alltäglich: Für Probleme wurde in der DDR stets der Staat verantwortlich gemacht. Die Folgen der SED-Herrschaft machen sich bis heute bemerkbar.

Der ältere Mann beim „Bürgerdialog mit Michael Kretschmer“ in Ostsachsen ist sichtlich aufgebracht. Jahrelang und durch alle Instanzen habe er gegen die hohen Beiträge gekämpft, die ihm der Abwasserzweckverband seiner Meinung nach „völlig ungerechtfertigt abknöpft“ wollte. Doch alle Mühe sei letztlich vergebens gewesen, er habe verloren. Unerhört sei das, rief er, und überhaupt: „Das ist doch keine Demokratie!“ Großes Gejohle im Saal. „Genau! Dafür sind wir '89 nicht auf die Straße gegangen!“, ruft eine ebenfalls ältere Frau. Sachsens Ministerpräsident wartet einen Moment, bis sich die Aufregung gelegt hat, und beginnt dann zu erläutern, dass eine freie Gerichtsbarkeit ein Wesensmerkmal einer funktionierenden Demokratie sei, dass man vor Gericht auch verlieren könne und das dann eben – auch wenn's schmerzt – aushalten müsse.

Die Ansicht, dass „Demokratie ist, wenn ich recht bekomme“, erlebt nicht nur Kretschmer immer wieder, wenn er im Lande unterwegs ist. Sie beruht auf einem fundamentalen Missverständnis, das es besonders in Ostdeutschland seit der Wiedervereinigung gibt und das sich in den Dialog- und Gesprächsformaten, die seit dem Aufkommen von Pegida und **AfD** allorten veranstaltet werden, und erst recht auf Demonstrationen nun auch häufig öffentlich Bahn bricht. Für den Historiker Stefan Wolle, einen exzellenten Kenner der DDR-Geschichte und wissenschaftlichen Leiter des DDR-Museums in Berlin, ist das nicht überraschend. „Nach wie vor haben vor allem ältere Menschen im Osten ein grundsätzlich anderes Politikverständnis“, sagt er. „Sie verwechseln häufig Verfassungsfragen mit politischen Entscheidungen oder ihrer persönlichen Situation.“

Der große Frust gegen die Entscheider

Eine Erklärung dafür sieht Wolle in den Erfahrungen in der DDR, wo der Staat und die **SED** als Staatspartei quasi eins waren. Sie beanspruchten nicht nur, alle Belange des öffentlichen Lebens zu regeln, sondern wurden von den Bürgern auch dafür verantwortlich gemacht. Ob es in den Läden an Obst, Gemüse oder Spülmittel fehlte, ob es in der Apotheke nicht das benötigte Medikament gab, man monatelang auf einen Termin beim Handwerker oder vergeblich auf die Sanierung einer Straße wartete – schuld waren stets „die da oben“, gern verbunden mit dem allgegenwärtigen, aber eben auch wahren sozialistischen Alltagsseufzer: „Man kann ja nichts machen.“ Der Satz diente zugleich als Ventil gegen unhaltbare Zustände, aber auch als Entlastung der eigenen Person: Verantwortlich waren die anderen.

Der SED, der jede Eigeninitiative von vornherein suspekt vorkam, war das zwar ganz recht, allerdings weckte sie damit auch eine überbordende Erwartungshaltung an sich und den Staat, die sie zu erfüllen niemals in der Lage war. Am Ende war die Enttäuschung darüber so groß, dass das Volk die Partei hinwegfegte, in seiner Mehrheit dann aber nicht das Schicksal in die eigenen Hände nahm, sondern sich erwartungsvoll dem vermeintlich reichen Onkel aus dem Westen zuwandte. Der – so manchen Teilnehmern allerdings auch sehr peinliche – Spruch auf einem damaligen Demo-Transparent „Helmut, nimm uns an die Hand, führ uns ins Wirtschaftswunderland“ war beredter Ausdruck der Hoffnung, nun endlich alle Wünsche „von oben“ erfüllt zu bekommen. Und [Helmut Kohl](#) bediente diese Erwartung nach Kräften.

Die Enttäuschung folgte auf dem Fuße. Im Mai 1991, gerade mal ein halbes Jahr nach der Wiedervereinigung, wurde Kohl bei einem Besuch in Halle mit Eiern beworfen. Im Osten herrschte Massenarbeitslosigkeit, in manchen Gegenden lag sie bei 50 Prozent. „Und das soll Demokratie sein?“, hörte man nun die Leute fragen. Den Gang zum Arbeits- oder Sozialamt, etwas, was es in der DDR nicht gegeben hatte, war für viele Menschen extrem demütigend. Und nur wenige wussten sich zu wehren. Verwaltungsgerichte etwa, an denen man gegen staatliches Handeln klagen konnte, waren in der DDR unbekannt. Überhaupt vermied man, wenn es irgend ging, mit der sozialistischen Gerichtsbarkeit in Berührung zu kommen.

Der Wunsch nach einem Staat, der die Verantwortung trägt

Ein gängiges Mittel, sich in der DDR gegen den Staat zu wehren oder seine Gunst zu erlangen, war vielmehr die „Eingabe“, die, meist vor bedeutenden Jahrestagen oder Wahlen, gern direkt an [Erich Honecker](#) nach Berlin geschickt wurde. Dahinter steckte häufig auch der Glaube, die Führung sei über die wahren Zustände im Lande nicht im Bilde. Oft ging es bei Eingaben um persönliche Alltagsschwierigkeiten – sei es die verzweifelte Suche nach einer Wohnung, die Wartezeit auf einen Urlaubsplatz oder die zum x-ten Mal verschobene Sanierung einer Straße. Und nicht selten gewährte die Partei dann Zugeständnisse. Es war eine Art willkürliches Gnadenrecht, das eher an Feudalismus denn an Sozialismus erinnerte, aber den Urheber im Erfolgsfall stolz und zufrieden machen konnte.

In Sachsen knüpfte Ministerpräsident Kurt Biedenkopf an diese Tradition an, in- dem er in der Staatskanzlei ein Büro einrichtete, das sich um Anliegen und Beschwerden der Bürger direkt kümmerte. Mit der Leitung betraute er seine Frau Ingrid, die für jene Sachsen, die sich im Gestrüpp der neuen Institutionen nicht zurechtfinden oder das auch gar nicht wollten, das „bewährte“ Eingabewesen aus DDR-Zeiten erfolgreich fortsetzte. Das trug zwar zu Biedenkopfs Popularität bei, bediente aber perfekt die Sehnsucht nach Autorität und Gunst von oben. „Da steckt auch viel Bequemlichkeit drin“, sagt Stefan Wolle. Der Wunsch nach einem paternalistischen Staat, der die Dinge regelt, sei im Osten durchaus ausgeprägter.

AfD bedient die gleiche Zielgruppe

Eine Folge ist der in den östlichen Bundesländern zum Teil deutlich größere Erfolg der AfD. „Viele sehnen sich nach Autorität, auch um die eigene Mittelmäßigkeit und Erfolglosigkeit anderen in die Schuhe schieben zu können“, kritisiert Wolle. Das gebe es freilich auch im Westen, aber: „Die AfD bedient die in der DDR allgegenwärtig gewesene Meckerstimmung nach Kräften und verbindet sie mit Kritik an der Demokratie.“ Da ist sie wieder, die gelernte Verbindung von Systemfrage und persönlicher Situation. Mit Slogans wie „Vollende die Wende“ oder „Wende 2.0“ knüpfte die AfD in billigster Weise daran, sagte Wolle. „Das ist nun wirklich die größte Unverschämtheit. Diese Partei bedient die Illusion, das heutige ‚System‘ müsse wie 1989 weggemeckert oder wegemonstriert werden.“

Ob sich der Konflikt zwischen der erwarteten Allzuständigkeit des Staates und persönlicher Eigenverantwortung mit der Zeit auflösen wird, vermag auch Wolle nicht zu prognostizieren. „Tendenziell ja“, sagt er. Andererseits erlebe er immer wieder auch verklärende Ansichten bei jungen Leuten, die die DDR gar nicht mehr aus eigener Anschauung kennen. „Die DDR wird mit jedem Jahr des Abstands immer schöner“, sagt Wolle. Dieses Leben, in dem sich viele auch bequem eingerichtet hatten, geriet nach 1989 aus den Fugen, und die Folgen sind bis heute spürbar.

<https://www.faz.net/aktuell/30-jahre-deutsche-einheit/demographie-studie-zur-einheit-einsame-ost-maenner-16983387.html>

DEMOGRAPHIE-STUDIE ZUR EINHEIT:

Einsame Ost-Männer

- VON SWAANTJE MARTEN, BERLIN
- -AKTUALISIERT AM 02.10.2020-18:42

Wie hat sich die Wiedervereinigung auf den Lebensverlauf der Menschen in Ostdeutschland ausgewirkt? Eine Generation hatte mit den Veränderungen besonders zu kämpfen, zeigt eine Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung.

Im Durchschnitt haben sich Ost und West einander in den vergangenen 30 Jahren in vielerlei Hinsicht angeglichen. Nicht nur der Osten an den Westen, sondern auch der Westen an den Osten. Während der Osten dem Westen lange wirtschaftlich hinterherhinkte, hatte der Westen beispielsweise in Sachen Geschlechtergleichstellung oder betrieblicher Kinderbetreuung aufzuholen. Doch von mancher Annäherung hat nicht jede Bevölkerungsgruppe gleichermaßen profitiert.

Die Auswirkungen variieren je nachdem, in welchem Lebensabschnitt sich eine Person zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung befand. Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) hat die ostdeutsche Bevölkerung in einer neuen Studie zum 30. Jubiläum der Deutschen Einheit in vier Generationen aufgeteilt und untersucht, wie sich die Wiedervereinigung auf deren Lebensverlauf ausgewirkt hat.

Besonders profitieren konnten laut der Studie diejenigen, die bei der Wende bereits im Ruhestand waren, da die Renten im Vergleich zum DDR-Satz deutlich anstiegen. Auch die Einführung des westdeutschen Gesundheitssystems kam den älteren Bürgern zugute. Starben DDR-Bürger zuvor durchschnittlich drei bis vier Jahre früher als die Westdeutschen, gewannen sie nach der Wende, gerade im siebten und achten Lebensjahrzehnt, im Durchschnitt um die zwei Jahre an Lebenszeit hinzu. Deutlich schwerer hatten es diejenigen, die zwar schon im fortgeschrittenen Alter, aber noch berufstätig waren. Viele von ihnen wurden nach der Wende arbeitslos, da es ihnen schwerfiel, sich auf die neuen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt einzustellen.

Am stärksten trafen die Veränderungen, die die Wiedervereinigung mit sich brachte, jedoch die Generation, die in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren geboren worden war. Sie war in den Umbruchsjahren im jungen Erwachsenenalter, einem Alter in dem die Weichen für das weitere Familien- und Berufsleben gestellt werden. Viele konnten von den neu gewonnen Freiheiten und Möglichkeiten profitieren, aber nicht alle. Personen, die in der DDR ausgebildet worden waren, sich nun aber in der Bundesrepublik im Arbeitsmarkt etablieren sollten, hatten oft keinen Erfolg.

So erreichte die Arbeitslosenquote der 15 bis 19 Jahre alten Männer im Osten im Jahr 2005 einen Höchstwert von 22 Prozent. Im Westen lag sie nur bei 13 Prozent. Der resultierende Stress und die Verunsicherung wirkten sich auch auf den Lebenswandel dieser Männer aus. Einer Studie des Robert-Koch-Instituts von 2015 zufolge haben Nikotin- und Alkoholkonsum in den Nachwendejahren stark zugenommen. Während die Lebenserwartung der Ostdeutschen seit der Wende insgesamt gestiegen ist, weisen ostdeutsche Männer im Alter zwischen 40 und 60 Jahren eine um 20 Prozent erhöhte Sterblichkeit auf.

Auch leben überproportional viele Ost-Männer allein. Ein Grund dafür das Geschlechterverhältnis sein. In den Jahren 1991 bis 2006 wanderten mehr Frauen als Männer in den Westen ab. Das führt dazu, dass in manchen ostdeutschen Regionen heute 120 Männer auf 100 Frauen kommen.

Die Binnenwanderung von Ost nach West hat sich inzwischen umgekehrt. Seit 2018 ziehen erstmals seit 1948 wieder mehr Menschen von West nach Ost als andersherum. Die populärsten Zuwanderungsgegenden sind dabei die Gebiete um Berlin und Potsdam.

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/rezensionen/sachbuch/toby-ords-buch-ueber-risiken-die-die-menschheit-bedrohen-16947296-p2.html>

RISIKEN FÜR DIE MENSCHHEIT:

Die nahe Zukunft als russisches Roulette

- VON FRIEDEMANN BIEBER
- -AKTUALISIERT AM 02.10.2020-21:12



Toby Ord denkt über existentielle Gefahren für die Menschheit nach. Interstellare Außenposten sind offenbar nicht das Mittel, um Asteroiden, nuklearem Winter und Pandemien zu entkommen.

Die Menschheit, so schreibt der Oxforder Philosoph Toby Ord, ähnele einem Halbwüchsigen: Während die physischen Kräfte rasant zunehmen, mangelt es noch an Weisheit, Selbstbeherrschung und einer Reflexion des eigenen Handelns. „The Precipice“ („Der Abgrund“) hat das Ziel, der Menschheit den Weg ins Erwachsenenalter zu weisen. Das ist nicht eben ein bescheidener Anspruch, doch Ord denkt – und darin liegt die Wucht dieses Buchs – nicht in Jahren, sondern in Zeitaltern, nicht aus der Perspektive des Einzelnen, sondern der Spezies.

Aus diesem Blickwinkel sieht er uns am Anfang einer noch kaum absehbaren Reise. Nur 200.000 Jahre hat Homo sapiens gebraucht, um eine den Planeten umspannende Zivilisation aufzubauen, mit Konzerthäusern, einer Raumstation und einer universalen Menschenrechtserklärung. Das Universum dürfte noch 150 Milliarden Jahre existieren; 20 Milliarden Galaxien, so schätzt Ord, könnten wir theoretisch erreichen. Seine Sorge ist, dass wir diese vielleicht einmalige Zukunft intelligenten Lebens verspielen.

„The Precipice“ ist das Destillat aus Ords langjähriger Arbeit am Future of Humanity Institute der [Universität Oxford](#), wo er die Forschung zu existentiellen Risiken mit angestoßen hat. Zuvor hatte Ord sich als Begründer des effektiven Altruismus einen Namen gemacht – einer Bewegung, die danach strebt, möglichst wirkungsvoll Gutes zu tun. Unterstützer verpflichten sich, zehn Prozent ihres Einkommens an die effektivsten Wohlfahrtsorganisationen zu spenden, wobei Effektivität in gewonnenen Lebensjahren pro Dollar gemessen wird. Der effektive Altruismus und die Sorge um existentielle Risiken stehen in einem direkten Bezug, denn für Ord ist ein Risiko dann existentiell, wenn es das „menschliche Potential“ auf lange Sicht bedroht. Eine existentielle Katastrophe müsste zwar nicht das Ende der Menschheit, aber eine so tiefe Zäsur bedeuten, dass es praktisch keine Hoffnung gäbe, auf das Niveau unserer heutigen Zivilisation zurückzukehren – und folglich auch keine Chance, darüber hinauszugelangen. Der existentielle Risikofall bedroht damit zugleich jene Menschenleben, die in einer glücklicheren Zukunft noch möglich wären.

Drei Kategorien der existentiellen Risiken

Ord unterteilt die existentiellen Risiken in drei Kategorien. Die „natürlichen Risiken“ begleiten uns schon lange. Der Einschlag eines Asteroiden, der Ausbruch eines Supervulkans oder eine extrem tödliche Pandemie hatten seit jeher das Potential, die Menschheit auszulöschen. Dazu kommen exotischere Gefahren wie die einer Sternexplosion, des Vakuumzerfalls oder eines Angriffs von Aliens. Diese Szenarien dominieren Hollywood, Ord machen sie weniger Sorgen: Fossile Funde und physikalische Erkenntnisse erlauben vergleichsweise belastbare Prognosen, und Ord schätzt ihr kombiniertes Risiko für die nächsten hundert Jahre auf 1 zu 10.000.

Für weitaus gewichtiger hält er die „anthropogenen Risiken“, die wir Menschen selbst erzeugen. In diese Kategorie fällt die Gefahr eines nuklearen Winters, der zu einer jähen Eiszeit und dem Kollaps aller staatlichen Strukturen führen würde, aber auch ein sich beschleunigender Klimawandel und eine massive Umweltzerstörung. Noch größere Sorgen bereiten Ord „zukünftige Risiken“, die sich aus dem technologischen Fortschritt erst ergeben werden. Gefahren sieht er dabei vor allem in der Entwicklung unkontrollierbarer Künstlicher Intelligenz und den Möglichkeiten der synthetischen Biologie, etwa zur gezielten Auslösung von Pandemien. Zudem dürfte es Risiken geben, die wir noch gar nicht absehen können: Leo Szilard dachte an eine nukleare Kettenreaktion erst 1933, also zwölf Jahre vor Abwurf der ersten Atombombe.

Das kumulative existentielle Risiko für die nächsten hundert Jahre schätzt Ord auf 1 zu 6, die Menschheit spiele mit ihrer eigenen Zukunft russisches Roulette. Die Abschätzung wirkt insgesamt gut begründet. Ords langfristige Prognose dagegen ist überraschend optimistisch. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Menschheit auf lange Sicht überleben und ihr „kosmisches Potential“ entfalten werde, beziffert er auf immerhin fünfzig Prozent. Dass sich folglich ein Drittel des existentiellen Risikos auf die kommenden hundert Jahre konzentrierte, begründet Ord mit seiner Zuversicht, dass die Menschheit in dieser Zeit schlagkräftige globale Institutionen errichten wird, die unser Handeln fortan koordinieren. Und sollte das nicht gelingen, werde unsere Zivilisation ohnehin eher früher als später ein Ende finden – denn ein so risikoreicher Zustand wie der heutige lasse sich nicht lange aufrechterhalten.

Alle Außenposten wären bedroht

In Science-Fiction-Filmen gelingt es oft kleinen Außenposten, Katastrophen zu überstehen, und auch Ord hält eine Besiedelung anderer Planeten schon allein deswegen für sinnvoll, weil wir uns so vor lokalen Gefahren schützen können. Doch wie er selbst bemerkt, böte selbst eine interstellare Ausbreitung nur begrenzten Schutz. Denn sollten wir einst auf eine Technologie stoßen, die unsere Zivilisation destabilisiert, so würde die Entdeckung gleichermaßen alle Niederlassungen bedrohen. Langfristig aber dürfte die größte Gefahr von unentdeckten Technologien ausgehen. Ließe sich eine Atombombe etwa mit Materialien aus dem Baumarkt fertigen, könnte die Menschheit auch mit den robustesten Institutionen nicht lange überdauern.

In Anbetracht der Weite und Unwägbarkeit einer Zukunft, die sich über Milliarden Jahre erstrecken könnte, drängt sich daher die Frage auf, ob Ord seine Leser durch die optimistische Prognose für die Zukunft vielleicht auch motivieren möchte. Denn: Je besser die langfristige Aussicht, desto höher die Klippe, von der wir heute in den Abgrund schauen, und desto tragischer wäre es, wenn wir jetzt alles verspielen.

„The Precipice“ ist ein Buch, das verblüfft, weil es eine eigentlich naheliegende Frage wissenschaftlich fundiert angeht: Welche Gefahren bedrohen unsere Spezies, und wie können wir ihnen wirksam begegnen? Ord greift auf fundierte Kenntnisse vieler Fächer zurück, von den Geowissenschaften über die Informatik und Epidemiologie bis zur Astrophysik, die es ihm erst erlauben, existentielle Risiken kompetent zu diskutieren. Doch er tut dies aus einer dezidiert philosophischen Perspektive: Er strukturiert Fragen und Probleme, entwickelt Begriffe und Unterscheidungen, kennzeichnet normative und epistemische Unsicherheiten. Dabei richtet er sich an die breitere Öffentlichkeit, technische Details verbannt er in den Appendix und auf hundertdreißig Seiten Endnoten.

Dass Ord sein Buch nicht nur uns und unseren Ahnen widmet, sondern auch jenen Billionen Menschen „um deren Existenz es geht“, ist unnötiges Pathos. Allgemein aber schreibt er nüchtern, mit beeindruckender analytischer Schärfe und einem Blick fürs große Ganze. Auch wer Ords Einschätzungen anzweifelt oder seine konsequentialistische Grundhaltung ablehnt, wird anerkennen müssen: Für eine Spezies, die hundertmal mehr Geld für Eiscreme ausgibt als für die Erforschung und Prävention existentieller Risiken, ist sein Vergleich mit einem pubertierenden Jugendlichen nachgerade großmütig.

Toby Ord: „The Precipice“. Existential Risk and the Future of Humanity. Bloomsbury Publishing, London, 2020. 480 S., geb., 27,- €

https://www.lemonde.fr/international/article/2020/10/03/trente-ans-apres-la-reunification-n-a-rien-change-a-la-vie-des-allemands-de-l-ouest-pour-ceux-de-l-est-elle-a-tout-change_6054622_3210.html

Trente ans après, « la réunification n’a rien changé à la vie des Allemands de l’Ouest ; pour ceux de l’Est, elle a tout changé »

Pour l’historien Ilko-Sascha Kowalczyk, le développement économique n’a pas empêché la montée des inquiétudes identitaires et culturelles dans les nouveaux Länder.

Propos recueillis par [Thomas Wieder](#) Publié le 3/10

Né en 1967 à Berlin-Est, l’historien Ilko-Sascha Kowalczyk est l’auteur de plusieurs ouvrages de référence sur la République démocratique allemande (RDA) et la réunification, parmi lesquels *Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik Wurde* (« L’acquisition. Comment l’Allemagne de l’Est est devenue une partie de la République fédérale », C.H. Beck, 2019, non traduit). Il fait partie de la vingtaine de personnalités membres de la « Commission du 30^e anniversaire de la révolution pacifique et de l’unité allemande », instituée en avril 2019 par le gouvernement allemand.

Ce samedi 3 octobre, l’Allemagne célèbre le 30^e anniversaire de sa réunification. Que commémore-t-on exactement ?

Le 3 octobre 1990 est le jour où la République démocratique allemande (RDA) est officiellement « entrée » dans la République fédérale d’Allemagne (RFA). C’est la date qui figure dans le traité d’unification signé entre la RFA et la RDA, le 31 août 1990. Depuis, c’est ce jour-là qu’on commémore la fête nationale, baptisée Journée de l’unité allemande. Mais un autre choix aurait été possible. A l’époque, beaucoup de gens auraient d’ailleurs préféré qu’on choisisse pour la fête nationale une date ayant une réelle signification historique et non pas une simple dimension juridique ou institutionnelle.

Quelle autre date aurait pu être choisie ?

On aurait pu, par exemple, garder le 17 juin. Depuis 1954, c’est ce jour-là que la RFA célébrait la Journée de l’unité allemande, en souvenir du soulèvement populaire qui avait eu lieu en RDA, le 17 juin 1953. On aurait également pu choisir le 9 novembre, jour de la chute du mur de Berlin, en 1989. Le problème est que cette date est aussi celle de la tentative de putsch d’Hitler, en 1923, et du grand pogrom antisémite de 1938 [*connu sous le nom de Nuit de cristal*], annonciateur de la Shoah.

Le 9 novembre étant trop compliqué, certains ont pensé au 9 octobre, en souvenir de l’immense manifestation qui avait rassemblé plus de 70 000 personnes à Leipzig, en 1989, un événement considéré comme un moment de bascule de la « révolution pacifique », un mois avant la chute du Mur. Enfin, certains – dont je faisais partie – plaidaient pour le 18 mars, jour des premières élections libres et pluralistes de l’histoire de la RDA, en 1990, mais aussi une des dates importantes, en Allemagne, des révolutions européennes de 1848.

Comment définiriez-vous le climat mémoriel dans lequel est aujourd’hui célébré le 30^e anniversaire de la réunification ? Le regard porté sur cet événement était-il différent il y a dix ou vingt ans ?

Oui. Les choses ont beaucoup évolué. Jusque dans les années 2010-2015, le discours critique sur le processus de transformation qui a accompagné la réunification allemande était presque exclusivement porté

par la gauche « postcommuniste ». Cela rendait toute discussion pratiquement impossible. Aujourd'hui, on peut porter un jugement nuancé sur ce qui s'est passé à l'époque sans être automatiquement rangé dans la catégorie des nostalgiques de la RDA.

L'autre raison pour laquelle notre regard sur cette période a évolué est liée à l'actualité. Jusque dans les années 2000, on regardait les choses sous un angle essentiellement économique. En gros, on se disait qu'une fois que les « nouveaux Länder » auraient rattrapé leur « retard » sur les « anciens », tous les problèmes seraient réglés. Et puis, on a réalisé que les choses étaient beaucoup plus complexes. Par exemple, on a dû admettre que la baisse du chômage en Allemagne de l'Est – même s'il reste aujourd'hui un peu plus élevé qu'à l'Ouest – n'avait pas empêché la montée des inquiétudes identitaires et culturelles, lesquelles se sont traduites sur le plan politique par la création de Pegida [*mouvement islamophobe fondé à Dresde, en 2014*] ou le succès du parti Alternative pour l'Allemagne (AfD), particulièrement fort dans les « nouveaux Länder ». Tout cela nous conduit aujourd'hui à penser l'histoire de la réunification différemment, notamment en nous demandant : que s'est-il passé à l'époque pour que nous en soyons arrivés là aujourd'hui ?

Et quelle est votre réponse à cette question ?

Il y a un point fondamental. La RDA était une « société du travail ». Toute la vie sociale, y compris les loisirs, était organisée autour de l'entreprise. Dès lors que des millions d'Allemands de l'Est ont perdu leur emploi parce que leurs entreprises ont été restructurées quand elles n'ont pas carrément fermé, toute leur existence s'est trouvée bouleversée du jour au lendemain. C'est quelque chose qu'il ne faut jamais oublier : pour les Allemands de l'Ouest, la réunification n'a rien changé à leur vie ; pour ceux de l'Est, elle a tout changé.

Dans votre livre, vous vous intéressez particulièrement à la question des élites. En quoi est-ce un sujet central ?

Après 1990, la plupart des postes à responsabilités en Allemagne de l'Est ont été confiés à des Allemands de l'Ouest, que ce soit dans la fonction publique, dans le monde économique ou à l'université. Le problème est que, trente ans plus tard, c'est encore bien souvent le cas. Sur plus de 100 universités et établissements d'enseignement supérieur que compte l'Allemagne, un seul est présidé par une Allemande de l'Est. Dans les entreprises cotées au DAX [*l'indice boursier de référence en Allemagne*], seuls 2 % des postes de direction sont occupés par des gens nés dans les « nouveaux Länder », alors qu'ils représentent 17 % de la population du pays.

Dans les médias, également, les Allemands de l'Est restent largement sous-représentés...

Oui, et ce à deux niveaux. Quand vous regardez qui sont les rédacteurs en chef des journaux publiés dans les « nouveaux Länder », ce sont presque exclusivement des gens nés à l'Ouest. Inversement, il n'y a pratiquement aucun Allemand de l'Est occupant un poste de responsabilité dans les rédactions des journaux qui ont un rayonnement national et qui sont tous basés à l'ouest, comme les quotidiens *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (Francfort) et *Süddeutsche Zeitung* (Munich) ou les hebdomadaires *Der Spiegel* et *Die Zeit* (Hambourg). D'où un sentiment de dépossession ou d'étrangeté souvent éprouvé par les Allemands qui sont nés ou qui vivent dans les Länder de l'Est, et qui ont l'impression qu'on parle d'eux de l'extérieur, comme s'ils étaient une sorte de catégorie à part habitant dans une contrée exotique.

Vous avez intitulé votre livre « Die Übernahme », un mot que l'on peut traduire en français par « acquisition » ou « rachat ». Est-ce à dire que vous êtes d'accord avec ceux pour qui la réunification a consisté en une « annexion » de la RFA par la RDA, comme l'a par exemple affirmé Jean-Luc Mélenchon, en novembre 2019 ?

Après 1990, le terme d'« acquisition » convient pour décrire ce qui s'est passé en Allemagne de l'Est. Mais si je republiais le livre aujourd'hui, je le titrerais plutôt *Die Übergabe* (« rétrocession »). Parler d'annexion

voudrait dire en effet qu'il s'est agi d'une pure et simple prédation. Or, ce n'est pas ce qui s'est passé. Les Allemands de l'Est ont voulu la réunification. Aux élections du 18 mars 1990, ils ont voté à une large majorité pour des partis souhaitant réaliser l'union monétaire le plus vite possible, ce qui a été réalisé trois mois plus tard avec le principe 1 mark (de l'Est) = 1 deutschemark (de l'Ouest). Quant à la référence au « colonialisme », je la rejette totalement car elle renvoie à un phénomène historique qui a fait des millions de morts et à un système d'oppression et de violence qui n'a strictement rien à voir avec la révolution pacifique de 1989-1990.

Le 16 septembre, lors de la présentation à la presse du rapport annuel sur l'état de l'unité allemande, Marco Wanderwitz, le délégué du gouvernement fédéral chargé des nouveaux Länder, a déclaré : « Les choses ont souvent pris plus de temps que prévu. Mais, dans la plupart des domaines, nous pouvons dire : unité retrouvée, unité réalisée, unité accomplie ! » En tant qu'historien, qu'en pensez-vous ?

Quand vous demandez aux habitants des « nouveaux Länder » s'ils vont bien, ils répondent « oui » à 80 %. Quand vous leur demandez si ça va bien en Allemagne de l'Est, ils répondent « non » à 80 %. Il y a un énorme décalage entre le discours et la réalité. Cela vient du fait que la plupart des Allemands de l'Est n'étaient pas préparés au « choc » de la réunification et qu'ils n'imaginaient pas le temps que cela allait prendre ni les efforts que cela allait impliquer.

En juillet 1990, au moment de l'union monétaire, le chancelier Helmut Kohl avait promis que la réunification allait transformer l'ancienne RDA en « paysages florissants ». L'année suivante, il avait même précisé que cela allait prendre « trois ou quatre ans »...

Oui, voilà. Ce genre de déclarations a fait naître de grands espoirs avant de générer de douloureuses désillusions. Trente ans plus tard, le chemin parcouru est considérable, même s'il reste des écarts significatifs entre l'Est et l'Ouest. Savez-vous par exemple que, sur les quelque 200 milliards d'euros qui sont transmis sous forme d'héritage chaque année en Allemagne, moins de 2 % le sont dans des familles installées dans les « nouveaux Länder » ? Trente ans après la réunification, la quasi-totalité du capital du pays est toujours à l'Ouest !

Chaque année, à l'approche de l'anniversaire de la réunification, les médias allemands font un relevé méticuleux des différences qui continuent d'exister entre l'Est et l'Ouest du pays. Quel regard portez-vous sur cette profusion récurrente d'articles et d'émissions ?

Cela peut paraître surprenant de la part d'un historien spécialiste de cette période, mais je trouve que ces débats occupent une place trop importante car cela donne l'impression que le problème majeur de l'Allemagne d'aujourd'hui est précisément la fracture Est-Ouest. Or, je ne partage pas du tout cet avis. D'abord, parce que la notion même d'Allemagne de l'Est est une construction. Elle donne l'illusion d'une homogénéité qui n'a jamais existé sous la RDA et qui existe encore moins aujourd'hui. Ensuite, parce que je pense que l'Allemagne et l'Europe font face à des défis beaucoup plus importants, que ce soit ceux de la mondialisation, de la révolution numérique, du réchauffement climatique, du racisme, du sexisme. Tout cela me semble bien plus fondamental que de continuer à ressasser les mêmes vieux débats sur l'Est et l'Ouest.

<https://france3-regions.francetvinfo.fr/auvergne-rhone-alpes/isere/grenoble/covid-19-grenoble-devrait-passer-alerte-maximale-court-moyen-terme-infectiologue-olivier-epaulard-1879720.html>

Covid-19 : Grenoble devrait passer en alerte maximale "à court ou moyen terme" selon l'infectiologue Olivier Epaulard

Pour l'infectiologue du CHU Grenoble-Alpes, la métropole grenobloise risque de voir le nombre de cas graves augmenter si de nouvelles mesures ne sont pas prises, même s'il est encore trop tôt pour juger de l'efficacité des décisions préfectorales de vendredi 25 septembre.

Publié le 01/10/2020 à 16h14

La métropole grenobloise n'est encore que classée rouge, en alerte renforcée, mais les indicateurs s'affolent. Sur trois critères à cocher pour passer en zone d'alerte maximale, elle en a déjà dépassé deux - **un taux d'incidence supérieur à 250 et un taux d'incidence chez les plus de 65 ans de plus de 100.**

Quant au dernier critère (30% de lits de réanimation occupés par des patients Covid-19), "*je ne vois pas ce qui va empêcher de le passer à court ou moyen terme*", a estimé sur le plateau de France 3 Alpes Olivier Epaulard, infectiologue au CHU Grenoble-Alpes. Un classement en zone d'alerte maximale ouvrirait alors la porte à un nouveau tour de vis sanitaire dans l'agglomération.

Doit-on forcément en arriver là ? Pour Olivier Epaulard, il serait déjà bon de "*voir si [les mesures prises par le préfet la semaine dernière](#) portent leur fruit*".

De plus en plus de cas "*si on ne fait pas mieux*"

Le 25 septembre, le préfet de l'Isère avait notamment annoncé la fermeture des bars grenoblois à 22h, l'interdiction des rassemblements de plus de 10 personnes sur la voie publique, ainsi que le port du masque généralisé sur l'ensemble des cinq communes de Grenoble, Saint-Martin-d'Hères, Fontaine, Echirolles et Eybens. (...)

Des mesures qui risquent de devenir indispensables. A Grenoble, "*actuellement, l'épidémie est génératrice de cas graves. Si on ne fait pas mieux, ça va monter*", prédit l'infectiologue. Et il sera alors "*légitime de passer à des mesures proches de celles appliquées à Marseille*". (...)

Mais cette meilleure prise en charge améliorée ne fera que retarder la saturation du système hospitalier si les chaînes de contamination ne sont pas brisées en amont. A Grenoble, les patients hospitalisés pour cause de Covid-19 sont plus nombreux chaque jour.

176,80

<https://www.faz.net/aktuell/finanzen/den-wachsenden-reichtum-verdanken-viele-auch-der-ezb-16973378.html>

GELDPOLITIK:

Reicher dank der EZB

- EIN KOMMENTAR VON DANIEL MOHR
- -AKTUALISIERT AM 03.10.2020-19:44

Schimpfen auf die Europäische Zentralbank ist in Deutschland Volkssport. Dabei verdanken viele ihr wachsendes Vermögen auch der Geldpolitik.

In Deutschland ist die **Europäische Zentralbank** ja eigentlich an allem schuld. Ständig wird alles teurer. Wegen diesem Teuro. Zinsen bekommen wir auch keine mehr. Weil die EZB das Geld alles nach Italien schafft. Und jetzt immer mehr Negativzinsen. Eine fiese Enteignung.

Die Liste der Vorwürfe und Beschimpfungen lässt sich lange fortsetzen. Da ist es ganz sinnvoll, einmal im Jahr in den Weltreichtumsbericht der **Allianz** zu schauen. Das Ergebnis ist fast immer dasselbe: Wir werden immer reicher. 2019 war der Anstieg sogar so stark wie nie in den vergangenen 20 Jahren. Und 2020 ging der Anstieg trotz Corona weiter.

In die Röhre gucken die Zinssparer

Passiert das nun trotz der EZB? Oder wegen ihr? Das lässt sich nicht seriös auseinanderdividieren. Viel zu viele Annahmen wären nötig und wären mindestens teilweise beliebig. Doch was die Forscher eindeutig feststellen: Die Vermögensgewinne bei Immobilien und Aktien sind zweifelsohne auch auf die **Geldpolitik** zurückzuführen. Und sie überwiegen die Zinsverluste deutlich. Das trifft nicht auf jeden zu. Wer sein Leben lang nie einen Kredit aufnimmt und immer nur auf dem Sparbuch spart, der wird kein Gewinner der Geldpolitik sein. Wer aber ein Haus zu Niedrigzinsen finanziert hat und mit dem Verkaufsgewinn Aktien und Gold erworben hat, der ist ein großer Gewinner.

Unterm Strich, so schätzt es Allianz-Forscher Arne Holzhausen für 2019, haben allein die Wertpapiergewinne (ohne Immobilien) die Deutschen im Schnitt um 2170 Euro reicher gemacht und die negativen Realzinsen im Schnitt 430 Euro gekostet. Gewinn: 1740 Euro.

Bekommt die EZB dafür Dank? Davon ist nichts zu hören. Es ist hypothetisch zu überlegen, ob die Wertpapiergewinne bei einer anderen Geldpolitik höher oder niedriger gewesen wären und was das mit den Realzinsen gemacht hätte. Letztlich steigt aber das Geldvermögen hierzulande seit Jahren, auch real, weil die EZB die Inflation so niedrig gehalten hat, wie es sich die Bundesbank früher kaum hätte erträumen können.

Kauft Aktien, Immobilien und Gold!

Es lohnt sich, das einmal aus zwei unterschiedlichen Perspektiven zu betrachten. Erstens: Aus Anlegersicht kann die Lösung nur sein, sich an die alte Weisheit zu halten, nie gegen die Notenbank zu spekulieren. Also: Aktien, Immobilien und Gold kaufen. Sparkonten meiden. Das fällt vielen Deutschen nicht leicht, dürfte aber angesichts auf lange Sicht extrem niedriger Zinsen die beste Lösung sein.

Seit Corona pumpen die Notenbank rund um die Welt – die EZB ist kein Einzelfall – noch mehr Geld in den Kreislauf als vorher. Sie kaufen vor allem Staatsanleihen und finanzieren so die Konjunkturprogramme. Damit verdrängen sie zusehends private Käufer aus Staatsanleihen. Die haben das Geld nun für anderes übrig. An den Finanzmärkten ist von rekordhoher Überschussliquidität die Rede. Ein Problem, das viele Privatleute gerne hätten. Und was tun die Investoren damit? Sie kaufen eben Aktien, Immobilien, Gold und Unternehmensanleihen und lassen so die Preise steigen. Von Vermögenspreisinflation ist die Rede.

Im zweiten Quartal sind trotz Corona-Lockdown und Einbruch des Bruttoinlandsprodukts um zehn Prozent die Immobilienpreise hierzulande weiter gestiegen. Und zwar flächendeckend, von den boomenden Großstädten bis hin zu den dünn besiedelten Landkreisen.

Der wachsende Reichtum der Reichsten wird begünstigt

Ein zweiter Aspekt der Geldpolitik sollte aber nicht unter den Tisch fallen: Die Verteilungswirkungen sind höchst umstritten. Die Geldschwemme nutzt denen, die sich Aktien, Immobilien und Gold leisten können. Kleiner Hinweis: Das geht schon mit wenigen tausend Euro und sollte nicht den „Reichen“ überlassen werden. Letztlich profitieren aber vor allem die ohnehin schon Wohlhabenderen. Der Anteil des reichsten Prozents der Bevölkerung am Weltvermögen ist auf 44 Prozent gestiegen. Die oberen zehn Prozent haben 84 Prozent des Geldvermögens. Der EZB kann zugutegehalten werden, dass ihre Geldpolitik womöglich Arbeitsplätze auch für weniger Vermögende rettet und die Staatsfinanzierung Konjunkturprogramme und Sozialleistungen ermöglicht. Aber der Vorwurf, dass durch die Geldpolitik überproportional die Vermögenden reicher werden, bleibt.

Deutschland einig Krippenland?

- VON FRANK PERGANDE, BERLIN
- -AKTUALISIERT AM 03.10.2020-20:16



Gesellschaft im „Sanitätsbereich“: Kinder in der DDR mussten schnell erwachsen werden. Bild: Werner Bachmeier / VISUM

Die DDR mit ihren flächendeckenden Krippen und Kindergärten diente auch der Bundesrepublik als Vorbild. Doch mit Erziehung oder Emanzipation hatte das wenig zu tun.

Sind Kinderkrippen und Kindergärten etwas, was der Westen vom Osten übernommen hat? So wie den grünen Pfeil oder das Ampelmännchen? Auf den ersten Blick scheint es so. In den vergangenen dreißig Jahren hat sich die Kita-Landschaft in den alten Bundesländern nach dem Vorbild der neuen enorm entwickelt. Einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz gab es zwar schon seit den neunziger Jahren – aber es fehlten die Plätze. Seit 2013 haben Eltern ein Recht auf einen Betreuungsplatz auch für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr.

Viel wurde gerade in den Städten und Gemeinden für die ganz Kleinen getan, aber immer noch hinkt der Westen dem Osten hinterher. Im Westen geht nur ein Drittel aller Kinder bis zu zwei Jahren in die Kita, im Osten deutlich mehr als die Hälfte. Im Alter von drei bis fünf sind es in den alten Ländern immerhin 92,7 Prozent, in den neuen 94,2 Prozent, hier ist fast Gleichheit erreicht. Kitas gut zu finden gilt längst als gesellschaftlicher Konsens. Die erste 24-Stunden-Kita wiederum wurde vor ein paar Jahren im Osten eröffnet, in Schwerin. Insgesamt besuchen mehr als drei Millionen Kinder die Kita.

Aber halt, wer meint, es habe in der DDR, anders als in der alten Bundesrepublik, die große soziale Errungenschaft der umfassenden Kita-Betreuung gegeben, die vor allem den Frauen geholfen hätte, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen, gleichberechtigter und damit selbstbewusster zu werden, der sollte doch etwas genauer hinschauen. Und Frauen aus der DDR befragen. [Johanna Wanka](#) zum Beispiel. Sie bekam es mit den Einrichtungen zweimal zu tun, mit ihrem Sohn, der Mitte der siebziger Jahre in die Krippe kam, und ihrer Tochter, der das 1982 widerfuhr. Wanka hatte eigentlich Germanistik studieren wollen, sah für sich als Parteilose aber keine Chance. So wählte sie die Mathematik.



Kinderpflegerinnen in einer Kinderkrippe in der sozialistischen Wohnstadt Hoyerswerda :Bild: Picture-Alliance

Solche Lebensläufe waren nicht ungewöhnlich, bei der Bundeskanzlerin mit ihrem Physikstudium war es ähnlich. Wanka, die sich bewusst abseits vom politischen DDR-Betrieb hielt, hätte aber auch keine Möglichkeit bekommen, an einer der großen Universitäten zu arbeiten. Ihr blieb, zusammen mit ihrem Mann, die Technische Hochschule Leuna-Merseburg, also eher die Nische. Aber auch dort konnte sie erst 1993 Professorin werden – und kurze Zeit später auch Rektorin. Sie war zum Ende der DDR beim Neuen Forum und gelangte so in die Politik. Sie wurde für die [CDU](#) Ministerin, zuerst in Brandenburg, später in Niedersachsen. Und schließlich war sie Bundesbildungsministerin bis zur Bundestagswahl 2017.

Wanka: „Keine wirkliche Gleichberechtigung“

Ihre Kita-Erfahrung als Mutter fasst sie so zusammen: „Eine soziale Leistung, mit der Zwang ausgeübt wird, ist keine Errungenschaft, wirklich sozial kann nur sein, was in Freiheit geschieht.“ Zwar habe es durchaus einen positiven Effekt gegeben: Die Frauen konnten arbeiten, verdienten ihr eigenes Geld, waren deshalb selbstbewusst und anerkannt. „Aber das war keine wirkliche Gleichberechtigung“, schränkt Wanka ein. „Den Frauen blieb dennoch die Doppelbelastung, hier die Familie, da die Berufstätigkeit, das überkommene Rollenbild wurde überhaupt nicht angetastet.“ Haushalt war Frauensache, die DDR eine Gesellschaft, die von Männern bestimmt wurde. „Das war doch schon im eigentlichen Machtzentrum zu sehen, dem Politbüro und dem ZK der SED.“

Wanka verweist auf den von ihr geschätzten DDR-Forscher Klaus Schroeder, der in seinem Buch „Der SED-Staat“ feststellte: „Gleichberechtigung war in der DDR mitnichten ein gesellschaftlicher Konsens, sondern eine ungebrochenem paternalistischem Denken entspringende und in der Realität nicht eingelöste Proklamation der SED.“ Hätten Frauen eigenständig ihre Interessen artikuliert, hätte „dies dem totalitären Politik- und Gesellschaftsverständnis der SED widersprochen“.

Immerhin stand Frauen in jedem Monat ein freier Tag zu, der sogenannte Haushaltstag. Für Männer war so etwas nicht vorgesehen. Wenn Frauen in Teilzeit arbeiten wollten, hatten sie schlechte Karten – trotz entsprechender Regelungen. Nicht die Frauen konnten selbst entscheiden, wie sie arbeiten wollten, der Staat entschied. Weniger Arbeitszeit wurde gewährt abhängig von der Zahl der Kinder und ihrem Alter. Etwa dreißig Prozent der Frauen arbeiteten in den achtziger Jahren in Teilzeit, Tendenz zum DDR-Ende hin schon wieder leicht fallend.

Starke Kritik am Umgang mit den Kindern

Es gab zu wenig Kinder. In den siebziger Jahren stiegen die Zahlen wieder, aber schon in den achtziger Jahren war der Effekt verpufft. „Da wurde dann eingeführt, dass die Mütter nach der Geburt ein Jahr lang zu Haus bleiben können – bei voller Bezahlung“, erzählt Wanka. Ihr Mann und sie entschlossen sich, nach der Geburt der Tochter die Zeit für das Kind zu teilen, ein halbes Jahr sie, ein halbes Jahr er – also ungefähr so,

wie das heute Bedingung für das Elterngeld ist. „Als wir das sagten, guckten die uns alle groß an: Wie, der Mann soll zu Haus bleiben?“

Es ging dann doch, aber nur unter einer Bedingung: Für den Mann gab es kein Geld. Wanka ging es wie den meisten Müttern: Sie gaben ihre Kinder nicht aus Überzeugung in die Einrichtungen, es war eher etwas Lebenspraktisches. Die Kinder schon kurz nach der Geburt in die Krippe zu geben galt in der DDR als normal. Und wie ist es den Kindern dabei ergangen? „Ein großer Schock damals war für uns, dass den Kindern keinerlei Eingewöhnungszeit zugestanden war. Sie wurden am ersten Tag gebracht und mussten auch gleich das volle Programm mitmachen. Da sind viele Tränen geflossen, bei meinen Kindern und auch bei mir.“

Die meisten Kinder wurden schon früh am Morgen gebracht, so gegen 6.30 Uhr. Die Eltern hatten keinerlei Einfluss auf das, was mit den Kindern in der Einrichtung gemacht wurde. Schon 1990 beleuchtete der Psychotherapeut Hans-Joachim Maaz in seinem Buch „Der Gefühlsstau“, was die DDR nicht zuletzt bei den Kindern anrichtete. Er sprach von einer „Entfremdung von der Natürlichkeit“. Die ständige Forderung des Systems, dessen Erwartungen zu erfüllen und nicht auf die eigene Stimme zu hören, habe zu einer systematischen Entfremdung geführt: „Kinder können sich nicht mehr nach ihren eigenen inneren Gesetzen in einer sozial wohlwollenden und förderlichen Atmosphäre entwickeln, sondern sie werden auf vorbestehende Normen und Gebote hin verbogen und angepasst.“ Die Entfremdung sei ein ewiger Unterdrückungsprozess, ganze Arbeit sei geleistet worden, „wenn die Unterdrückung zu einem inneren Prozess geworden ist“.

Ende der neunziger Jahre folgte eine scharfe Debatte, die der Kriminologe Christian Pfeiffer aus Niedersachsen losgetreten hatte: Das „Zwangstopfen“, sagte er, sei als symbolischer Akt des Entindividualisierens eine der Ursachen der rechten Jugendgewalt in der DDR. Mit Zwangstopfen war gemeint, dass es in den Einrichtungen üblich war, die Kinder gleichzeitig auf den Topf zu setzen. „Ich teile Pfeiffers Einschätzung nicht“, sagt Wanka. Aber das Topfen habe sie bei ihren Kindern sehr wohl auch kennengelernt. „Die Kinder in der Einrichtung waren mit einem Jahr alle sauber. Das ist doch krass, das macht doch was mit solchen Kleinen.“

Viele Eltern nutzten sogar Wochenkrippen

Vor drei Jahren erschien eine Studie der Psychoanalytikerin Agathe Israel über „Frühe Fremdbetreuung in der DDR“, in der sie nach der Auswertung einer Reihe von Interviews feststellte, dass „besonders die ehemals ‚jungen‘ Krippenkinder auf die existentielle Neuerfahrung der eigenen Elternschaft mit erheblichen seelischen, psychosomatischen und körperlichen Beschwerden“ reagierten. „Öffentliche Früherziehung“ habe zur Folge gehabt, dass emotionales Lernen erschwert worden sei. Sie sagt aber auch, es habe viele Eltern gegeben, die eigenes Erleben und Autonomie bei ihren Kindern gefördert hätten. So wie es auch Erzieherinnen gegeben habe, die sich über die Normen hinweggesetzt hätten.

1989 lag der Betreuungsgrad fast bei hundert Prozent, mehr als neunzig Prozent der Frauen arbeiteten. Damit war statistisch die „Erwerbsbeteiligung“ der Frauen sogar höher als die der Männer. Keines seiner bevölkerungspolitischen Ziele hat der SED-Staat jedoch erreicht. Statistisch kamen am Ende der DDR auf eine Frau 1,7 Kinder, in den siebziger Jahren waren es immerhin etwas mehr als zwei Kinder. Einer der Gründe war die hohe Scheidungsrate in der DDR, fast die Hälfte aller Ehen wurde wieder geschieden.

Viele Kinder waren nicht in Tagesstätten, sondern sogar in Wochenkrippen untergebracht, also über die gesamte Woche hinweg einschließlich Übernachtung. 1950 existierten 30 Prozent aller vorhandenen Krippenplätze in Wochenkrippen. 1989 waren es noch 1,6 Prozent; in absoluten Zahlen waren das sogar mehr als in den fünfziger Jahren. Der prozentuale Anteil ging nur aufgrund des massiven Ausbaus von Tageskrippen zurück. Wanka: „Von diesen Zahlen habe ich erst viel später gehört. Ich fand das erschütternd.“ Ihr Sohn hat längst eigene Kinder, auch in der Kita. Einmal fragte er seine Mutter, in welchem Alter er eigentlich damals in die Krippe gekommen sei. „Ich sagte es ihm: mit acht Wochen. Er war völlig fassungslos.“

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/soll-ostdeutschland-wirklich-wie-der-westen-werden-16981896.html?premium>

OST- UND WESTDEUTSCHLAND:

Es lebe der Unterschied!

• AKTUALISIERT AM 03.10.2020-19:39



Dresdner Studentinnen und Studenten präsentieren ihre Kunstwerke aufgrund der Corona-Beschränkungen an der frischen Elbluft. Bild: ZB

Die unfruchtbare Diskussion über eine Angleichung des Ostens an den Westen muss beendet werden. Notwendig ist die Besinnung auf föderale Prinzipien und mehr Autonomie der Bundesländer. Ein Gastbeitrag.

Vor dreißig Jahren wurde Deutschland wiedervereinigt. Seither diskutiert das Land darüber, wie lange es noch dauern wird, bis sich der Osten dem Westen angeglichen haben wird. Tatsächlich war die Wiedervereinigung von Anfang an nicht allein von Freude über das Ende der deutschen Teilung, den Untergang einer menschenverachtenden Diktatur und die Beseitigung schwer zu überwindender Mauern und Grenzzäune geprägt. Je nach Standpunkt und Erwartung kam zu dieser Freude stets ein sorgen- oder hoffnungsvoller Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung des Ostens im Vergleich zum Westen hinzu. Und so scheinen sich gerade Jubiläumsjahre wie das gegenwärtige dazu zu eignen, die wirtschaftlichen Erfolge und Misserfolge im Osten seit der Wiedervereinigung nicht nur zu bilanzieren, sondern die Entwicklung auch am Westen als vermeintlich selbstverständlichem Maßstab zu messen.

Genauso wie zu den Jubiläen vor zehn und vor zwanzig Jahren gehen die meisten wirtschaftspolitischen Beiträge zur Wiedervereinigung in diesem Jahr explizit oder implizit von der Zielvorstellung aus, der Osten solle so werden wie der Westen. Selbst Beiträge, die eine Angleichung des Ostens an den Westen für kaum realisierbar halten, rütteln nicht an der Vorstellung, eine solche Angleichung wäre eigentlich wünschenswert. Dass sich der Osten in vielen Merkmalen noch immer vom Westen unterscheidet, wird deshalb von vielen Kommentatoren als Beleg dafür genommen, dass die Wiedervereinigung selbst nach dreißig Jahren noch unvollkommen sei.

Normativ unterlegt wird das Ziel einer mehr oder weniger vollständigen Angleichung des Ostens an den Westen in der Regel mit Verweis auf das Grundgesetz, in dem an einer Stelle von Gleichwertigkeit und an einer anderen von Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet die Rede ist. So heißt es im 2019 erschienenen Bericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit, dass es dreißig Jahre nach der friedlichen Revolution das politische Ziel der Bundesregierung bleibe, gleichwertige Lebensverhältnisse überall im Land anzustreben, bestehende Disparitäten zu verringern und deren Verfestigung zu verhindern.

Wie misst man Gleichwertigkeit?

Die Begriffe Gleichwertigkeit und Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse sind freilich in ihren konkreten Bedeutungsinhalten unbestimmt. Weder gibt es naheliegende Maßstäbe, anhand derer das Ausmaß an Gleichwertigkeit oder Einheitlichkeit gemessen werden kann, noch existieren spezifische oder gar unstrittige

Politiken, mit denen sie sich durchsetzen ließen. In der Staatsrechtsliteratur wird aus dem Gleichwertigkeitsgedanken gelegentlich eine staatliche Verpflichtung zur Herstellung regionaler Chancengerechtigkeit abgeleitet. Zugleich wird darauf verwiesen, dass gleichwertige Lebensverhältnisse nicht gleichbedeutend sind mit einheitlichen Lebensverhältnissen.

Dennoch wird in der öffentlichen Diskussion oft unterstellt, Gleichwertigkeit oder Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse erforderten in ökonomischer Hinsicht eine weitgehende Angleichung zentraler makroökonomischer und fiskalischer Variablen wie dem Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigen oder der Finanzkraft pro Kopf zwischen Ost- und Westdeutschland. Und je nach wirtschaftspolitischer Grundhaltung werden Transfers, Strukturhilfen, Subventionen, Steuervorteile oder industriepolitische Fördermaßnahmen empfohlen, um der ostdeutschen Wirtschaft auf die Sprünge zu helfen.

Seit der Wiedervereinigung sind für den „Aufbau Ost“ im Sinne eines Angleichs West nach Schätzungen mehr als 2 Billionen Euro aufgewendet worden. So wurde in den vergangenen dreißig Jahren die öffentliche Infrastruktur in Ostdeutschland umfassend erneuert und erheblich erweitert. Vielfach ist sie heute besser als in Teilen Westdeutschlands. Zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung heruntergekommene Städte wurden saniert, katastrophale Umweltschäden in ostdeutschen Industrievieren beseitigt. Das ostdeutsche Bildungssystem wurde neu organisiert. Die schulische Bildung in Ostdeutschland gilt vielen heute als vorbildlich. In Leistungsvergleichen schneiden ostdeutsche Schüler oft weit besser ab als Schüler in den meisten westdeutschen Ländern. Insgesamt dürften deshalb die Voraussetzungen für regionale Chancengerechtigkeit gegeben sein.

Geringere Arbeitsproduktivität im Osten

In anderen wichtigen wirtschaftlichen Größen liegt Ostdeutschland noch immer hinter Westdeutschland. Die Arbeitsproduktivität ist in Ostdeutschland seit der Wiedervereinigung deutlich gestiegen. Sie ist aber noch immer rund 20 Prozent geringer als in Westdeutschland, wobei sich an dem Unterschied in den vergangenen beiden Jahrzehnten nur noch wenig verändert hat. Hand in Hand mit der geringeren Arbeitsproduktivität gehen geringere Bruttoerwerbseinkommen in Ostdeutschland. Deshalb werden nach wie vor aus der Wissenschaft wie aus der Politik Forderungen erhoben, weiterhin viel Geld in die Hand zu nehmen, um die Angleichung des Ostens an den Westen voranzutreiben.

Der Kronberger Kreis sieht in dem Ziel einer vollständigen Angleichung des Ostens an den Westen eine Überdehnung der im Grundgesetz geforderten Gleichwertigkeit oder Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet. Weder für die Gesetzgeber in Bund und Ländern noch für deren Regierungen sollte sich damit der wirtschaftspolitische Auftrag verbinden, möglichst alle ökonomischen Unterschiede innerhalb Deutschlands einzuebnen. Nicht zuletzt ergeben sich ökonomische Unterschiede zwischen verschiedenen Regionen und Landesteilen aus bestimmten Voraussetzungen, wie etwa natürlichen Ressourcen oder Agglomerationseffekten. Solche ökonomischen Unterschiede gehen Hand in Hand oder ergeben sich sogar aus anderen regionalen Unterschieden. Das Grundgesetz konstituiert den deutschen Staat ausdrücklich als Föderalstaat, für den unterschiedliche wirtschaftspolitische Antworten geradezu wesensimmanent sind. Wer sich zu einem föderalen System bekennt, sollte Unterschiede bejahen. Sie stellen keine Disparitäten dar – ein Begriff, der in Ost-West-Vergleichen selten fehlt –, die per se zu beseitigen wären.

Das gilt umso mehr, als Unterschiede in der Produktivität oder den Bruttoeinkommen nicht notwendigerweise ein Wohlstandgefälle zwischen Ost- und Westdeutschland bedeuten müssen. Aussagekräftiger sind Kaufkraftvergleiche, die auf Einkommen nach Steuern und Transfers abstellen und zudem regional unterschiedliche Lebenshaltungskosten berücksichtigen. Kaufkraftvergleiche spiegeln Unterschiede in den Konsummöglichkeiten wider und liefern deshalb einen viel besseren Hinweis darauf, wie gut oder schlecht es den Menschen in Ost- und Westdeutschland geht.

Beim Einkommen hat der Osten aufgeholt

Bei den verfügbaren Einkommen ist vor allem in jüngerer Zeit ein Aufholprozess Ostdeutschlands zu beobachten. Die durchschnittlichen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in Westdeutschland lagen 1994 um 23 Prozent über denjenigen im Osten, 2006 immer noch bei 22 Prozent. Die Differenz sank

dann aber bis 2016 auf 16 Prozent. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, dass die Lebenshaltungskosten im Osten im Durchschnitt niedriger sind als im Westen.

Trotz dieses Aufholprozesses bleiben Kaufkraftunterschiede bestehen, aber das sollte nicht als spezifischer Ausdruck der Ost-West-Problematik betrachtet werden. Man findet vergleichbare Unterschiede wie zwischen Ost- und Westdeutschland auch zwischen Schleswig-Holstein und Bayern oder zwischen Orten im Bayerischen Wald und München. Aus guten Gründen werden solche Unterschiede aber nicht als Problem wahrgenommen, sondern als Teil einer gewachsenen regionalen Vielfalt. Niemand erhebt ernsthaft die Forderung, Schleswig-Holstein solle sich in allen Facetten Bayern angleichen oder die Gemeinden im Bayerischen Wald sollen so werden wie München.

Wenn es dagegen um Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland geht, stehen solche Forderungen kontinuierlich auf der Tagesordnung. Dass man da Äpfel mit Birnen vergleicht, scheint nicht weiter zu stören. Mehr noch: Mit Bedauern wird festgestellt, dass Äpfel anders sind als Birnen, und gelegentlich wird die absurde Forderung erhoben, Äpfel sollen doch bitte so werden wie Birnen.

Grundlegendes Unverständnis des Föderalismus

Dabei offenbart die Forderung nach einer mehr oder weniger vollständigen Angleichung des Ostens an den Westen nicht nur ein grundlegendes Unverständnis des Föderalismus. Auch aus historischer Perspektive lässt sie sich nur schwer motivieren. Denn hinter der Forderung nach einer vollständigen Angleichung scheint die Vorstellung zu stehen, dass die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland samt und sonders auf die deutsche Teilung zurückzuführen seien. Nicht nur die grundgesetzlich verankerte Gleichwertigkeit oder Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse wird dann ins Feld geführt, sogar historische Fairness scheint eine Beseitigung der beobachtbaren Unterschiede zu verlangen.

Nach dieser Auffassung waren die Gebiete des heutigen Ost- und Westdeutschlands vor dem Zweiten Weltkrieg einander sehr ähnliche Regionen, denen nach dem Zweiten Weltkrieg die Marktwirtschaft im Westen und der Kommunismus im Osten sehr unterschiedliche Entwicklungen beschert haben, die nach Einführung der Marktwirtschaft in allen Landesteilen wieder ausgeglichen werden müssen. Wenn Marktkräfte allein nicht zu einer Angleichung führen, dann muss mit Steuergeld, gegebenenfalls mit viel Steuergeld, nachgeholfen werden.

Diese Vorstellung ignoriert freilich die Tatsache, dass das Deutsche Reich ein Föderalstaat war mit großen kulturellen, sozialen und – trotz gleichem Wirtschaftssystem – ökonomischen Unterschieden zwischen den einzelnen Regionen. Insbesondere unterschieden sich die Gebiete des heutigen West- und Ostdeutschlands schon vor der Teilung in vielen Größen voneinander, in denen sich heute noch Unterschiede feststellen lassen. So hatte der Osten einen größeren protestantischen Bevölkerungsanteil, die Menschen im Osten gingen seltener in die Kirche, und die Erwerbsbeteiligung von Frauen war höher. Zudem gehörten die Menschen im Gebiet des heutigen Ostdeutschlands eher der Arbeiterklasse an, und sie waren häufiger im Verarbeitenden Gewerbe tätig. Für die noch heute beobachtbaren Unterschiede vielleicht besonders wichtig: Die Menschen waren seltener selbständig und stimmten eher für kommunistische und linke politische Parteien.

Produktivitätsunterschiede schon vor der Teilung

In einer Größe, an der heute die sogenannten Disparitäten zwischen Ost und West besonders häufig festgemacht werden, der Arbeitsproduktivität, unterschieden sich die beiden Landesteile ebenfalls schon in einem ähnlichen Umfang voneinander wie heute. Der Umsatz je Erwerbstätigem betrug im Jahr 1936 im Gebiet des heutigen Ostdeutschlands nur 84 Prozent des Umsatzes je Erwerbstätigem im heutigen Westdeutschland. Produktivitätsunterschiede zwischen Ost und West haben sich also nicht erst nach Einführung zweier unterschiedlicher Wirtschaftssysteme entwickelt. Eher haben sich schon zuvor bestehende Produktivitätsunterschiede nach dem Zweiten Weltkrieg noch einmal deutlich vergrößert. 1991 lag die Produktivität der ostdeutschen Beschäftigten bei etwas mehr als 40 Prozent der westdeutschen Beschäftigten. Seither wurde die Lücke wieder geschlossen, aber nicht vollständig. Heute liegt sie wieder auf einem ähnlichen Niveau wie vor der deutschen Teilung.

In anderen Bereichen dagegen waren die beiden Landesteile einander vor dem Zweiten Weltkrieg sehr viel ähnlicher als zur Zeit der Wiedervereinigung oder sogar gleich. So unterschieden sie sich beispielsweise in der Höhe der Lebenserwartung praktisch gar nicht. Nach der deutschen Teilung jedoch, genauer seit den 1970er Jahren, hat sich die Lebenserwartung dann aber in Westdeutschland erheblich schneller erhöht als in Ostdeutschland. 1970 lag die Lebenserwartung von Neugeborenen in Westdeutschland bei 70,6 Jahren und war in Ostdeutschland mit 71 Jahren sogar etwas höher. Im Jahr der Wiedervereinigung lag die Lebenserwartung in Westdeutschland bei 76 Jahren, in Ostdeutschland dagegen bei nur 72,9 Jahren. Seither hat sich die Lücke in den Lebenserwartungen aber wieder weitgehend geschlossen. Die Lebenserwartung von Frauen ist mit 83,3 Jahren inzwischen in Ost- und Westdeutschland identisch und die von Männern unterscheidet sich mit 77,7 und 78,8 Jahren nur noch um wenig mehr als ein Jahr.

Für die Lebenswirklichkeit der Menschen in Ostdeutschland dürfte die Entwicklung von Konsummöglichkeiten und Lebenserwartungen einen größeren Einfluss auf die Lebenszufriedenheit haben als die Entwicklung der Arbeitsproduktivität. Deshalb ist es als ein großer Erfolg zu werten, dass der Osten in diesen Größen zum Westen aufgeholt hat. Tatsächlich legen Umfragen nahe, dass sich die Lebenszufriedenheit im Osten inzwischen der Lebenszufriedenheit im Westen stark angeglichen hat.

Hier wie dort gleichermaßen zufrieden

Bei Personen bis 35 Jahren gibt es keinen Unterschied mehr in der Lebenszufriedenheit zwischen Ost und West. Nur Personen, die älter als 65 Jahre sind, scheinen in Ostdeutschland deutlich unzufriedener zu sein als in Westdeutschland. Dass die Lebenszufriedenheit trotz aller gemessenen Unterschiede in vielen anderen Feldern für viele Menschen im Osten heute so hoch ist wie im Westen, verdeutlicht, dass eine vollständige Angleichung Ostdeutschlands an Westdeutschland, beispielsweise hinsichtlich der Arbeitsproduktivität, kein sinnvolles Politikziel sein kann. Wenn sich zeigt, dass die Menschen hier wie dort gleichermaßen zufrieden sind, lässt sich eine Politik, die mit viel Steuergeld eine weitere Angleichung auf die Agenda setzt, schwer motivieren.

Es kann nicht Aufgabe der Politik sein, jeden ökonomischen Unterschied zwischen Regionen glattzubügeln, im Föderalstaat schon gar nicht. Aufgabe der Politik sollte es sein, in allen Teilen Deutschlands, im Osten wie im Westen, Voraussetzungen für eine grundständige staatliche Daseinsfürsorge zu schaffen, so dass alle Regionen, wenngleich nicht für jeden, so doch für die Bürger vor Ort gleichermaßen lebenswert erscheinen. Daran gemessen, macht die dreißig Jahre alte deutsche Einheit keine schlechte Figur.

Dreißig Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung wird es deshalb Zeit, die unfruchtbare Diskussion über eine Angleichung des Ostens an den Westen zu beenden und sich stattdessen auf die Prinzipien des Föderalismus zu besinnen. Dazu gehört, Unterschiede zwischen Regionen innerhalb eines Bundesstaates nicht als Missstand zu begreifen, sondern vielmehr als eine Chance. Zum einen bietet regionale Vielfalt Menschen mit unterschiedlichen Präferenzen mehr Möglichkeiten, dort zu leben, wo das Angebot an öffentlichen Gütern und die kulturellen Eigenheiten der Region den eigenen Wünschen am besten entsprechen.

Regionalen Wettbewerb fördern

Zum anderen begünstigen solche Unterschiede regionalen Wettbewerb. Statt Unterschiede einzuebnen, sollte der regionale Wettbewerb gefördert werden. Damit der Wettbewerb seine wohlfördernde Wirkung entfalten kann, sollten die Länder im Osten und im Westen Deutschlands nicht weiter nach zentralen Maßstäben vereinheitlicht werden. Vielmehr sollte ihnen mehr regulatorische Kompetenz gegeben werden, damit sie ihre spezifischen regionalen Standortvorteile stärker zur Geltung bringen können. Die verbreitete Vorstellung, mehr Autonomie in der Wirtschafts- und Steuerpolitik würde die wirtschaftsschwachen Bundesländer benachteiligen, ist unzutreffend.

Wenn es nach der Wiedervereinigung ein Entwicklungshemmnis für Ostdeutschland gegeben hat, dann bestand es darin, dass Ostdeutschland regulatorischen Regeln unterworfen wurde, die sich in Westdeutschland in vierzig Jahren Marktwirtschaft entwickelt hatten. Die Regeln eines modernen, in die internationale Arbeitsteilung integrierten Industriestaates wurden praktisch eins zu eins auf eine marode

Transformationswirtschaft übertragen, die damit in vielen Bereichen überfordert war. Der Wunsch, der Osten möge schleunigst so werden wie der Westen, hat Ostdeutschland eher geschadet als geholfen. Vielmehr gilt, dass Ostdeutschland etwas Besseres verdient hat, als ein schlechter Westen zu sein.

Die ost- und westdeutschen Länder sind Teile eines Föderalstaates mit gemeinsamer und jeweils eigener Geschichte und Entwicklung. Daraus haben sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede ergeben, die weit in die Geschichte zurückreichen. Selbst in der gegenwärtigen Corona-Krise zeigen sich Unterschiede zwischen den östlichen und westlichen Landesteilen, die viel älter sind als die deutsche Teilung. Dem früheren Reichskanzler Bismarck wird das Bonmot zugeschrieben, wenn die Welt untergehe, ziehe er nach Mecklenburg, denn dort geschehe alles erst 50 Jahre später. Die Welt wird wegen Corona nicht untergehen. In Corona-Zeiten ist man aber in Mecklenburg trotzdem ganz gut aufgehoben. Kaum anderswo in Deutschland ist man vor einer Corona-Infektion so gut geschützt wie dort.

Der Kronberger Kreis

Der Kronberger Kreis ist der wissenschaftliche Beirat der Stiftung Marktwirtschaft. Sprecher der sechsköpfigen Gruppe ist der Vorsitzende des Sachverständigenrats Lars Feld. Er lehrt am Freiburger Walter Eucken Institut. Die weiteren Mitglieder sind: Clemens Fuest, Präsident des Münchner Ifo-Instituts; Justus Haucap, Direktor des Düsseldorfer Instituts für Wettbewerbsökonomie an der Heine-Universität; Volker Wieland, Goethe-Universität Frankfurt und Mitglied des Sachverständigenrats; Berthold U. Wigger, Karlsruher Institut für Technologie (KIT); Heike Schweitzer, Juraprofessorin an der Berliner Humboldt-Universität. Der Kronberger Kreis wurde 1982 gegründet auf Initiative des Ökonomen und Publizisten Wolfram Engels und hat das Ziel, eine freiheitliche Wirtschaftsordnung zu fördern. Die mit dem Kreis einst in Kronberg bei Frankfurt entstandene Stiftung Marktwirtschaft sitzt heute in Berlin. Sie versteht sich als unabhängiger Thinktank. [hig](#).

Quelle: F.A.Z.

176,90

<https://www.faz.net/aktuell/30-jahre-deutsche-einheit/ddr-zeitzeuge-beckmann-95-847-mark-fuer-ein-neues-leben-16980001.html?premium>

DDR-ZEITZEUGE BECKMANN:

95.847 Mark für ein neues Leben

- VON JULIA FIETZ
- -AKTUALISIERT AM 03.10.2020-22:41



Michael Beckmann war einer der jüngsten politischen Gefangenen in der DDR. Im Westen machte er Karriere im Bankgeschäft. Die Erfahrungen von einst prägen seinen Weg bis heute.

Bücherregale verraten Lebensgeschichten. Und die von Michael Beckmann ist besonders. Die vollen Regale in seinem Wohnzimmer erzählen davon. Beckmann liebt es, durch Literatur in fremde Welten einzutauchen. Ein Buch über [John F. Kennedy](#) reiht sich hier an Nietzsches Werke, Fotobücher mit Reisereportagen füllen gleich mehrere Regalbretter.

Von allen Welten, die der Mensch erschaffen habe, sei die der Bücher die gewaltigste, schrieb einst [Heinrich Heine](#). Vor 34 Jahren bedeuteten sie für Michael Beckmann Halt und Ankommen in einer neuen Welt. Denn am 3. Dezember 1986 gelangte der damals Zwanzigjährige durch einen Häftlingsfreikauf in die Bundesrepublik. Er war einer der jüngsten politischen Gefangenen in der DDR.

Beckmann ist 1965 unterhalb der Wartburg in Eisenach geboren, aufgewachsen ist er in Ost-Berlin. Dauerhaft leben wollte er nicht in dem politischen System. Mit 18 stellte er seinen ersten Ausreiseantrag. Viele weitere sollten folgen. Schnell rückte er ins Visier der Stasi, wurde immer wieder verhört. Das Studium blieb ihm trotz guter Abiturnoten verwehrt. Seine Mutter war es, die ihm eine Anstellung als Briefträger besorgte. Im Alter von zwanzig Jahren weigerte er sich, seinen Beruf auszuüben und die Zeitung zum Parteitag der [SED](#) auszuteilen. Diese Haltung kostete ihn seine Freiheit. Neun Monate Gefängnis, drei davon in Untersuchungshaft, sechs im Zuchthaus Naumburg.

Aus dem jungen Mann von damals ist ein Weltbürger geworden. Er kann Studienabschlüsse aus der Schweiz, Frankreich und Großbritannien vorweisen. Mit seiner Familie wohnt er heute in Frankfurt. Nach einer Ausbildung zum Bankkaufmann baute sich Beckmann eine Karriere im internationalen Bankgeschäft auf. Dafür habe es Durchhaltewillen gebraucht. Etwas, was er in den neun langen Monaten in Haft gelernt habe. „Das mag vielleicht kitschig klingen“, sagt er, aber er habe sich aus dieser Zeit eine „gewisse Form von Gelassenheit“ bewahrt.

Lust am Diskutieren hat ihn immer wieder anecken lassen

Seit 2014 arbeitet Beckmann als selbständiger Unternehmensberater und lehrt als Hochschuldozent unter anderem an der St. Galler Business School. Die Selbständigkeit bedeutet für ihn eine Form von Freiheit, die er in der DDR nie erleben durfte. Sein eigener Chef sein zu dürfen und für die eigenen Entscheidungen geradezustehen, frei denken zu dürfen – für Beckmann ist das Luxus und keine Selbstverständlichkeit. Seine Lust am Diskutieren habe ihn immer wieder anecken lassen, erzählt Beckmann. Aber nicht nur damals, als

DDR-Bürger. Auch heute. „Mir hat im Westen manchmal der Tiefgang gefehlt, ich mag es, zu diskutieren und auch mal keine Antwort zu haben.“

Im Wohnzimmer des Frankfurters finden sich kaum Spuren seiner ostdeutschen Vergangenheit. Einige wenige Schwarzweißbilder hat er aufbewahrt. Sie zeigen ihn im Alter von drei, sechs und achtzehn Jahren. Ein Kind mit großen braunen Augen und verschmitztem Lächeln, ein schlaksiger Jugendlicher mit Brille und nachdenklichem Blick. Zwischen diesen beiden Fotografien liegt der Entschluss, so bald wie möglich die DDR zu verlassen.



Mit 18 stellte er seinen ersten Ausreiseantrag: Viele weitere sollten folgen. Schnell rückte er ins Visier der Stasi. :Bild: Frank Röth

Denn Kontakt zum „anderen Deutschland“ habe immer bestanden, erzählt Beckmann. Nahezu die gesamte Verwandtschaft habe in der Bundesrepublik gelebt. Im eigenen Elternhaus sei zudem nie Ostfernsehen geschaut oder DDR-Radio gehört worden, erinnert sich der Vierundfünfzigjährige. „Nach außen hin waren meine Eltern stramme Parteianhänger.“ Aber hinter verschlossenen Türen gab es Westliteratur und Aufnäher im Stars-and-Stripes-Muster.

Im Alter von zehn Jahren ist Beckmann erstmals in dem System angeeckt. Die Großmutter hatte damals eine seiner Hosen mit einem Amerika-Aufnäher geflickt. In der Schule flog er dafür aus dem Unterricht. Ein Schock für den Jungen. Er begann, sich Fragen zu stellen. Einige Jahre später, der Onkel aus Wiesbaden war gerade zu Besuch, traf er die Entscheidung, die DDR bei der erstbesten Gelegenheit zu verlassen. Und fast als wolle er diesen Entschluss mit einer Tat besiegeln, gab er seinem Onkel bei diesem Besuch all seine Lieblingsbücher zur Aufbewahrung mit. Ihnen werde er schon bald folgen, schwor er sich.

Beckmann hat das Versprechen eingelöst, hat sich ein neues, ein selbstbestimmtes Leben aufgebaut. Eines, in dem er immer wieder den Austausch mit jungen Menschen sucht. Er will erzählen von dem, was ihm widerfahren ist, will aufklären und die Geschichte begreifbar machen. Wer ihn nach seinem Lebensweg fragt, der bekommt Antworten. Sobald Beckmann, fast zwei Meter groß, positive Ausstrahlung, über seine Vergangenheit zu reden beginnt, kommt eine ruhige und beinahe introvertierte Seite an ihm zum Vorschein. Sachlich geht er durch die Fakten seines Lebens, handelt sich von Ereignis zu Ereignis. Er erzählt routiniert, aber nicht ohne Emotionen.

Auf die stets gleichen Fragen gab er keine Antworten

Beckmann geht als Zeitzeuge in Schulklassen, unterstützt durch seine Arbeit ein Projekt der Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Stiftung Berliner Mauer. Um allerdings mehr über sein Innenleben während der Haft zu erfahren, bedarf es direkter Nachfragen. Im Untersuchungsgefängnis sei er mit einem Stapel Akten und den Worten „Das sind

Sie, und das reicht für 15 Jahre“ empfangen worden, sagt Beckmann. Er weigerte sich, auf die fabrizierten Vorwürfe der Stasi einzugehen, schwieg und gab keine Antworten auf die stets gleichen Fragen. Für seine stoische Haltung, seine stille Form des Widerstands, wurde er hart bestraft.

„Teilweise haben sie einen tagelang gegen die Wand geknallt.“ Trotz Prügeln, Einzelhaft, des Entzugs jeder Würde und eines Anwalts, der ihm zum Geständnis riet, schwieg der damals Zwanzigjährige. Die Verzweiflung übermannte ihn dennoch immer wieder. „Ich habe mehrfach in mein Kissen geheult.“

Halt habe ihm eines der wenigen verfügbaren Bücher gegeben, die Bibel. Außerdem der Kontakt zu seiner Mutter. Nach vier Wochen sah er sie zum ersten Mal wieder. Sie sei tränenüberströmt gewesen, erinnert sich Beckmann. Berühren durften sie sich nicht. Er wirkt bedrückt, wenn er von diesen Begegnungen spricht, der sonst so direkte Blick wandert immer wieder in die Ferne.

Eingesperrt mit bis zu 40 Mann in einer Zelle

Verurteilt zu 14 Monaten Haft, eingesperrt mit bis zu 40 Mann in einer Zelle, sei die Verzweiflung stiller Akzeptanz und extremem Arbeitseifer gewichen. Für einen schwedischen Möbelkonzern mussten die Häftlinge Lenkrollen zusammenbauen. Zehn- bis zwölftausend pro Tag sei die zu erfüllende Norm gewesen. Er habe meist die Fünfzehntausender-Marke gerissen, erzählt Beckmann. „Nur die Besten kommen in Westen.“

Dass sich seine Verwandten im besagten Westen für ihn einsetzen, daran habe er nie gezweifelt, sagt der Vierundfünfzigjährige heute. Jahre später erfuhr er, dass sein Onkel aus Wiesbaden es tatsächlich geschafft hatte, ihn innerhalb kürzester Zeit auf die Listen für den Häftlingsfreikauf durch die Bundesrepublik setzen zu lassen. Zwischen 1962 und 1989 kamen so knapp 34.000 politische Häftlinge in den Westen. Insgesamt verdiente die DDR an diesem Geschäft fast 3,5 Milliarden Mark. 95.847 Mark betrug die sogenannte Kopfpauschale.

Beckmann wusste es nicht sicher, hoffte nur, dass im Hintergrund gearbeitet würde, um ihn aus seiner Lage zu befreien. Er, der gerade einmal Zwanzigjährige, saß mit Schwerverbrechern auf engstem Raum. „Die Häftlinge waren untereinander nicht zimperlich, besonders die Schwerstkriminellen waren unberechenbar.“ Es galt, nicht anzuecken, nicht aufzufallen. Gar nicht so einfach bei zwei Meter Körpergröße. Auch bei vielen Wärtern sei Vorsicht geboten gewesen. „Oberstleutnant Jacobi hat alle zusammengeschlagen, wenn er besoffen war.“

Als Beckmann nach sechs Monaten Naumburg verlassen konnte und ein Transporter ihn in den Westen brachte, kam er bei seinem Onkel in Wiesbaden unter. Die Bücher hatte dieser all die Jahre aufbewahrt. Aus dem Onkel wurde ein Ziehvater, die Beziehung ist bis heute eng. „Er ist immer noch ein sehr wichtiger Anker in meinem Leben.“

Die Angst, etwas verpassen zu können, treibt ihn an

Die Zeit nach der Ankunft war von fast hektischem Tatendrang geprägt. „Ich bin abends immer wieder aufgestanden, ich wollte alles erledigen, alles aufholen“, erzählt Beckmann. Er habe gelesen und gelesen, so viel, wie eben in den Kopf reinging. Daran hat sich bis heute nicht viel geändert. Es ist die Angst, etwas verpassen zu können, die ihn antreibt. Die Neugierde auf das Leben, für die er sich in der DDR in Gefahr gebracht hat, konnte er im Westen endlich voll ausleben. „Ich habe mir selbst fast Vorwürfe gemacht, was ich alles verpasst habe in den drei Jahren.“



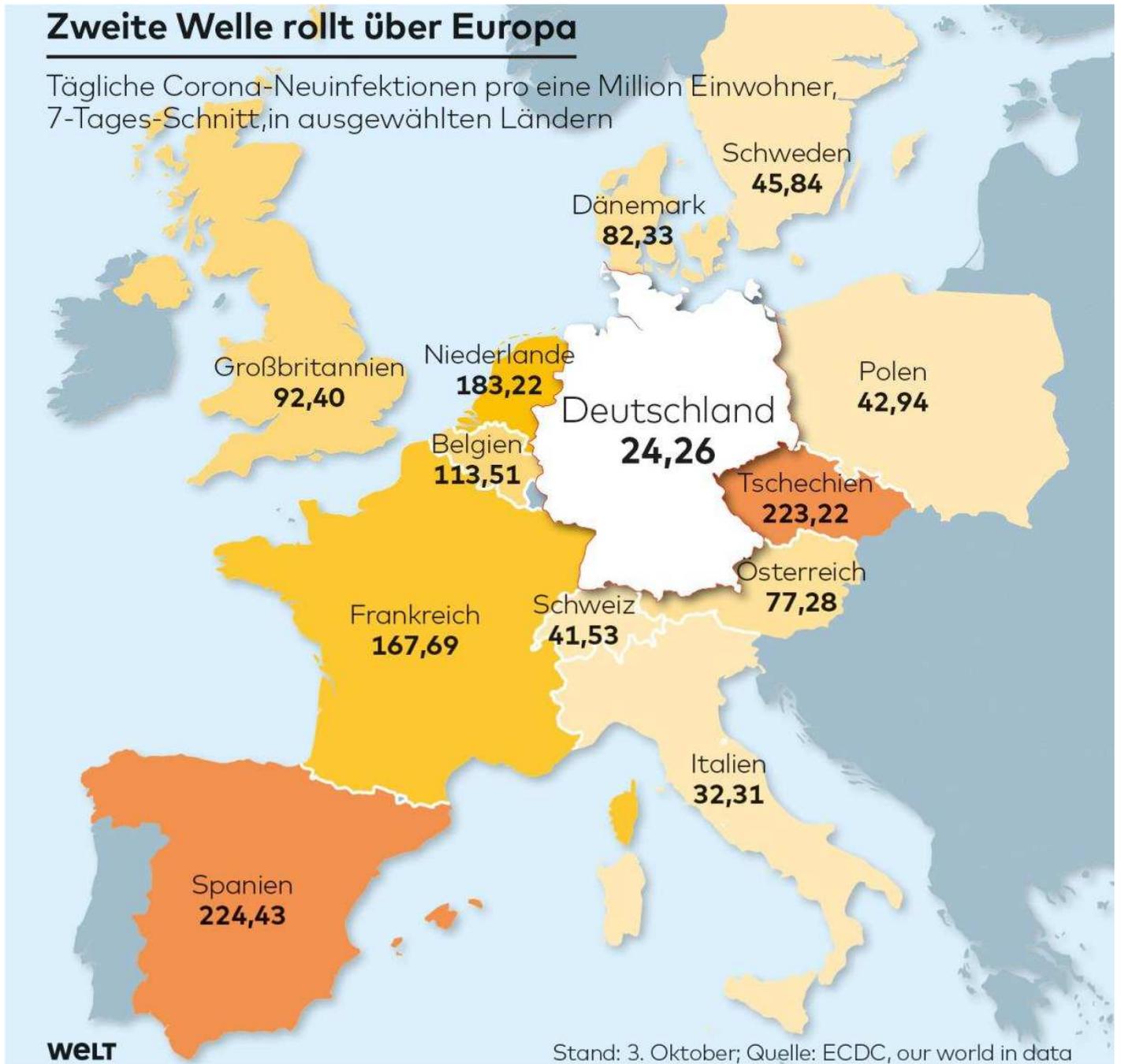
Aufgewachsen in Ost-Berlin: Geboren wurde Michael Beckmann 1965 unterhalb der Wartburg in Eisenach. :Bild: Frank Röth

Diese und ähnliche Gedanken haben ihn lange begleitet. Immer wieder hat er sich im Laufe seines Lebens gefragt, welche Konsequenzen sein Freiheitsdrang auch für seine Familie hatte. Denn unmittelbar nach der Verhaftung haben laut Beckmann nur sehr wenige zu seiner Mutter gehalten. Sie jedoch stand zu ihrem Sohn. Uneingeschränkt. „Es war mir extrem wichtig, dass meine Mutter da war.“ Nach der Ausreise haben Mutter und Sohn sich erst Ende 1989 wiedergesehen. Kurz darauf sei bei ihr Lymphdrüsenkrebs diagnostiziert worden, erzählt er. 1991 ist sie gestorben. Ein harter Schlag. „Im Hinterkopf pocht immer irgendwie die eine Frage – war ich schuld, weil sie wegen mir so leiden musste?“

Eine Antwort darauf hat er nicht. Aber seine Zweifel haben ihn dazu gebracht, eine andere Frage weiterzugeben. Er stellt sie den Schülern immer am Ende seiner Vorträge: „Wie weit würdest du für deine Überzeugungen gehen?“

Zweite Welle rollt über Europa

Tägliche Corona-Neuinfektionen pro eine Million Einwohner, 7-Tages-Schnitt, in ausgewählten Ländern



VOR 100 JAHREN ERSCHIENEN

Warum Ernst Jüngers „In Stahlgewittern“ ein Anti-Kriegsbuch ist

Stand: 04:12 Uhr | Lesedauer: 9 Minuten

Von Helmuth Kiesel



Ernst Jünger noch jünger: 1915 im Krieg

Quelle: Collection LAGARDE/DR/Opale / Bridgeman Images

Ernst Jüngers berühmtes Buch „In Stahlgewittern“ gilt als Kriegsverherrlichung eines kalten Nationalisten. Der Jünger-Experte Helmut Kiesel widerspricht. Er stößt überall auf verdrängten Schmerz und tiefe Trauer.

Von den „Stahlgewittern“ hatte ich viel gehört, bevor ich sie las. Nur nichts Gutes. Während meines Germanistik- und Geschichtsstudiums Anfang der 1970er Jahre wurden sie in Seminaren und Vorlesungen mitunter als eines der Bücher angeführt, die das Aufkommen des Nationalsozialismus begünstigten und die Jugend der Weimarer Republik, die den Ersten Weltkrieg nicht an der Front erlebt hatte, für den Krieg begeisterten.

Der Krieg werde in ihm mit allen Mitteln einer ethisch zu wenig kontrollierten Kunst ästhetisiert und als Bewährungsprobe des Mannes und der Nation verklärt. „Ruchloser Ästhetizismus“ hieß es mit einem Wort von Thomas Mann. Ein paar ausgewählte Sätze über rauschhaftes Stürmen und Feuern oder Frivolitäten wie „Offensivparfüm“ dienten als Beleg. Daß das Buch ein lesenswertes historisches Dokument oder gar ein literarisches Werk von Rang sein könnte, sagte niemand.

Ein Essay Dolf Sternbergers veranlasste mich 1980 dann doch zur Lektüre. An diese erinnere ich mich so genau wie etwa an die Erstlektüre von Thomas Manns *Zauberberg* und Alfred Döblins „Berlin Alexanderplatz“, beides Bücher, die ich mit staunender Aufmerksamkeit las, weil sie in einer jeweils sehr

eindringlichen Diktion in zwei ganz unterschiedliche, aber gleichermaßen abenteuerliche und mir gleichermaßen fremde Welten führten.

Einsatz an der Westfront

Die „Stahlgewitter“ las ich mit angehaltenem Atem Wort für Wort nicht nur einmal, sondern gleich noch ein zweites Mal. Was sich vor mir auftat, überstieg alle meine Erfahrung und alles, was ich für menschenmöglich gehalten hatte. Die Begegnung mit der Literatur über den Vernichtungskrieg im Osten nach 1939 und über den Holocaust stand mir freilich noch bevor.

Die „Stahlgewitter“ basieren auf Tagebuchaufzeichnungen, die Ernst Jünger über die Zeit seines Einsatzes an der Westfront vom 30. Januar 1914 bis zu seiner letzten Verwundung am 25. August 1918 führte. Wie dieses 2010 aus dem Nachlass edierte „Kriegstagebuch“ haben die „Stahlgewitter“ nur einen Gegenstand: den unermüdlichen Einsatz und das unfassbare Leiden der Infanteriesoldaten zunächst im zermürbenden Grabenkrieg, dann in den aufreibenden Materialschlachten zwischen Verdun und Ypern, schließlich in den desperaten Rückzugsgefechten des Sommers 1918. Daneben gibt es so gut wie nichts.



Ernst Jünger hat auch noch am Zweiten Weltkrieg teilgenommen
Quelle: picture alliance / akg-images

Lazarettaufenthalte und amouröse Erlebnisse in den Ruhestellungen werden mit wenigen Sätzen abgetan, Heimaturlaube kaum erwähnt. Politik und Strategie sind keine Themen. Nationale Begeisterung fehlt in der Originalfassung völlig. Jünger fügte die betreffenden Phrasen ein, als die Einheit des „Deutschen Reiches“ (offizieller Name auch der Weimarer Republik) durch die Franzosen gefährdet wurde. Die Einfügung geschah bei der Überarbeitung von 1923, die 1924 erschien.

Unwahrscheinliches Glück

Der Blick auf den Krieg ist der eines Infanteristen, der zwar rasch zum Leutnant aufgestiegen ist, aber im selben Dreck wie seine Kompanie liegt und im dritten Kriegsjahr, das er wundersamer Weise erreicht, als „Methusalem“ gilt: Die Gruppe der Infanterieleutnante kam auf die größte Ausfallquote.

Jünger hatte indessen das unwahrscheinliche Glück, mit vierzehn Verwundungen davonzukommen, und dies ohne Gesichtsentstellung und Gliederverlust. Statt dessen mit dem höchsten preußischen Militärorden, dem

„Pour le mérite“, den Jünger als einer von elf Infanterieoffizieren (neben 70 Jagdfliegern und 480 Generälen) kurz vor Kriegsende verliehen bekam.

Der Unterschied zwischen dem „Kriegstagebuch“ und den „Stahlgewittern“ besteht darin, dass in diesen die täglichen Notizen komprimiert und in Kapitel untergliedert sind, die der nachträglich besser erkennbaren Dramaturgie des Krieges folgen, zudem darin, dass die Schilderung des Lebens und Kämpfens, Tötens und Sterbens an der Front sprachlich mit allen Mitteln der Kunst verdichtet und geschärft wurde.

Walzwerk der Front

Der Ästhetizismus, den man dem Buch vorwirft, ist das Ergebnis des Willens, dem, was der Verfasser und seine Kameraden in dem unablässig stampfenden „Walzwerk der Front“ über vier lange Jahre hinweg auszustehen hatten, den eindringlichsten, präzisesten und anschaulichsten Ausdruck zu geben. In dieser Hinsicht steckt allein schon in der Wahl der Titelmetapher „Stahlgewitter“ eine kaum überbietbare Verdichtungs- und Suggestionsleistung; nicht umsonst wird sie in der internationalen historischen Literatur über den Ersten Weltkrieg zuverlässig angeführt, wenn es gilt, für den Charakter der Materialschlachten den prägnantesten Ausdruck zu bringen.

Immer wieder wird Jüngers Bemühen um eine möglichst plastische Darstellung sichtbar. Im „Kriegstagebuch“ notierte er während der gewaltigen Artilleriebeschießung, mit der die Alliierten zu Beginn der Somme-Schlacht die deutschen Stellungen überzogen, er habe für den Zustand des hilflosen Ausgeliefertseins, in dem er sich tagelang befand, „einen ganz passenden Vergleich“ gefunden: „Es ist als ob man angebunden ist und ein Kerl will einen mit einem Hammer auf den Kopf schlagen, öfters holt er aus und bedroht einen bald mehr bald weniger.“

In der Originalfassung der „Stahlgewitter“ von 1920 ist dieser Vergleich nicht zu finden, wohl aber, um einige Zeilen erweitert, in der Fassung von 1924, und diese nachträgliche Einfügung ist bezeichnend für Jüngers Versuch, die Eindruckskraft seines Berichts zu intensivieren: Die Zahl der verwendeten Vergleiche und Metaphern steigt vom „Kriegstagebuch“ bis zur letzten Fassung der „Stahlgewitter“ (1978) von rund 750 auf rund 1150. Viele wirken nicht nur ästhetisch intensivierend, sondern versuchen, das Unerhörte der Kriegserfahrung durch vergleichende Bezugnahmen auf Unwetter und Naturkatastrophen, aber auch auf menschliche Tätigkeiten wie Jagd, Sport, Musik, Tanz, Handwerk und dergleichen fassbar zu machen und, so problematisch dies ist, in den Begriff von Leben und Geschichte zu integrieren.

Souveränität und Präzision

Manches davon wirkt gesucht oder unangemessen und gab Anlass zu ideologischer Kritik. Viele Vergleiche und Metaphern haben aber eine große natürliche Evidenz. Der Hammer-Vergleich taucht in der internationalen Kriegsliteratur öfter auf, etwa in Henri Barbusses „Le Feu“ (1916) und in Roland Dorgelès’ „Les Croix de Bois“ (1919), aber nirgendwo wird er so eindrucksvoll ausgespielt wie in den „Stahlgewittern“.

Die Wirkung der „Stahlgewitter“ beruht auf einem Paradox. Das Buch berichtet von Tötungsakten und Vernichtungsvorgängen unfassbarer Art, von verlustreichen Sturmangriffen und von der Pulverisierung ganzer Gruppen, vom Wüten der Feuerwalzen und vom Grauen der Leichenfelder. Beschrieben wird dies aber mit einer Souveränität und Präzision, die all dem gewachsen, ja überlegen sein will.

Dies hat die „Stahlgewitter“ in den Ruf gebracht, ein Dokument monströser Empathielosigkeit und Kälte zu sein. Tatsächlich bekennt sich Jünger gelegentlich auch dazu, die tödliche Wirkung von Schüssen und Granaten mit Kälte wahrgenommen zu haben. Vermutlich ist diese Fähigkeit, den Anblick des Schrecklichsten zu ertragen, auf eine vorgegebene psychische Disposition zurückzuführen, vielleicht aber auch auf den naturwissenschaftlichen Blick, den ihm der Vater aneignen hatte, und zudem auf den phänomenologischen Blick, den er von Künstlern, Schriftstellern wie Malern übernommen haben mochte.

Ein glühendes Buch

John Ruskin, einer der Exponenten des Ästhetizismus, beschied den Künstlern, es sei nicht ihre Aufgabe, einem sterbenden Mann oder einer verzweifelnden Frau Linderung zu verschaffen, sondern zu beobachten, wie sich ihr Aussehen und ihr Gebaren veränderten. Jüngers „Kriegstagebuch“ zeigt aber, dass er in Wahrheit half, wo er konnte, und bezeichnenderweise kam zu den vielen Auszeichnungen, die er im Ersten Weltkrieg erhielt, im Zweiten Weltkrieg nur noch eine hinzu: die Rettungsmedaille für die Bergung eines verwundeten Soldaten aus dem feindlichen Schussfeld. Wo nicht mehr zu helfen war, wandte Jünger den Blick allerdings nicht ab, sondern prägte sich ein, was geschah.

Die „Stahlgewitter“ geben dies schonungslos wieder. Die Ausführlichkeit und Genauigkeit, in der dies geschieht, ist aber nicht Ausdruck von Kälte, sondern von höchster und anhaltender Betroffenheit, vielleicht Traumatisierung, die den Verfasser im Bann hält und die sich der Leserschaft mitteilen will.

Die *Stahlgewitter* sind kein kaltes, sondern ein glühendes Buch.

Nachdem ich Jüngers Bericht gelesen hatte, erschien mir der Kriegseinsatz als das Schrecklichste, was man einem Menschen zumuten konnte, und bis heute frage ich mich, wie man die Verantwortung dafür womöglich mit blondem Lächeln übernehmen mag und tragen kann. Trotz der bellizistischen Bekenntnisse des ehemaligen „Kriegsmutwilligen“ wirkte sein Buch auf mich nicht als Werbung für den Krieg, sondern als eine einzige Mahnung zur Kriegsvermeidung.

Pazifistischer Einfluss

Das stand in krassstem Widerspruch zu dem, was mir über die „Stahlgewitter“ gesagt worden war und bis heute oft entgegengehalten wird. Erst sehr viel später, als ich zur Vorbereitung der historisch-kritischen Ausgabe die Rezeptionsgeschichte aufarbeitete, stieß ich auf Dokumente, die ebendiese Wirkungsmöglichkeit bestätigten. Erich Maria Remarque, der sich für seinen Anti-Kriegsroman *Im Westen nichts Neues* an Jüngers Kriegsschriften schulte, sagte 1929 in einem Interview mit der Pariser „Revue d'Allemagne“, die „Stahlgewitter“ übten „einen noch größeren pazifistischen Einfluss als alle anderen Bücher aus“ („une influence encore plus pacifiste que tous les autres“).

Der SPD-Reichtagsabgeordnete Paul Levi, der die „Stahlgewitter“ Anfang 1930 im Rahmen der damaligen Erinnerungsdebatte im Berliner *Tage-Buch* besprach, schrieb dort: „Den Schrecken des ganzen Erlebens hat vielleicht keiner so geschildert, kaum ist eine furchtbarere Anklage gegen den Krieg geschrieben als dieses Buch eines Mannes, der zum Kriege ‚positiv‘ eingestellt ist.“

Und der damals angesehene Schriftsteller Hans Sochaczewer, der die Schriften der jungen Nationalisten für einen Roman über die Nachkriegszeit studiert hatte, schrieb 1931 in einem Artikel über Remarque: „Ich habe gefunden, dass die Werke des begabten Nationalsozialisten (was Jünger bekanntlich nicht war) am meisten pazifistisch wirken. Bei allem Grauen, das aus den Büchern etwa der Remarque, Köppen, Frey den Leser befällt; den Wunsch ‚Nie wieder Krieg!‘ können gerade die Erzählungen des Ernst Jünger und seiner Freunde eingeben.“

Durchaus auch Trauer

Die Sichtung des Materials für die historisch-kritische Ausgabe führte auch zu einem anderen bemerkenswerten Fund. Obwohl es in Jüngers Kriegsbüchern viele Momente des Verlustschmerzes, des Eingedenkens und durchaus auch der Trauer – sogar für getötete englische Angreifer – gibt, findet sich das Wort „Trauer“ in den ersten Fassungen der „Stahlgewitter“ nicht.

Offensichtlich passte es nicht zu dem prinzipiell heroisierenden Gestus, mit dem Jünger in seinem „Gedenkbuch“ über den Krieg sprechen wollte. Aber aus anderen Schriften und Briefen geht hervor, dass er häufig von der Erinnerung an die Gefallenen und an die von ihm selbst Getöteten heimgesucht wurde, und in die sechste Fassung der „Stahlgewitter“, die 1961 entstand, fügte er ein ausdrückliches Bekenntnis zur Trauer ein. Die Stelle handelt von einem jungen Engländer, den Jünger bei einem Sturmangriff in direkter Konfrontation erschossen hatte und beim Rückzug wieder fand. In der ersten Fassung lautet diese Stelle: „ein blutjunges Kerlchen, den mein Schuss quer durch den Schädel getroffen hatte. Ein merkwürdiges Gefühl, einem Menschen ins Auge zu sehen, den man selbst getötet.“

In der Fassung von 1961 lautet sie: „ein blutjunges Kerlchen, dem das Geschoss quer durch den Schädel gefahren war. Ich zwang mich, ihn zu betrachten, ihm ins Auge zu sehen. Nun hieß es nicht mehr: Du oder ich. Oft habe ich später an ihn zurückgedacht, und mit den Jahren häufiger. Der Staat, der uns die Verantwortung abnimmt, kann uns nicht von der Trauer befreien; wir müssen sie austragen. Sie reicht tief in die Träume hinab.“ Das steht in den Stahlgewittern sechs Jahre bevor der ehemalige Jünger-

Verehrer Alexander Mitscherlich und seine Frau Margarete durch ihr wirkungsreiches Buch über die deutsche „Unfähigkeit zu trauern“ Trauer zum Hauptmodus unserer Erinnerungskultur werden ließen.

Helmuth Kiesel, geboren 1947, lehrte bis 2015 Neuere deutsche Literatur in Heidelberg. Er ist Herausgeber der Schriften Ernst Jüngers bei Klett-Cotta. 2017 erschien seine „Geschichte der deutschsprachigen Literatur 1918 bis 1933“ (C.H. Beck)

<https://www.economist.com/leaders/2020/10/03/thirty-years-after-reunification-germany-is-shouldering-more-responsibility>

The sleeping giant wakes up

Thirty years after reunification, Germany is shouldering more responsibility

But it has a lot more to do

[Leaders](#) Oct 3rd 2020 edition



Margaret Thatcher feared and openly opposed the reunification of East and West Germany. François Mitterrand was said to have shared her worries, though he accepted it was inevitable. Giulio Andreotti repeated a popular quip: that he loved Germany so much, he “preferred it when there were two of them”. Yet despite the reservations of the British, French and Italian leaders in 1990, a new country came into being 30 years ago on October 3rd. With 80m people, it was immediately the most populous country and mightiest economy in a Europe that until then had had four roughly equal principals. Ever since, statesmen and scholars have grappled with the problem of how to deal with the reluctant hegemon at the heart of Europe. How should Germany lead without dominating? Indeed, after the enormities of Nazism, can it be trusted to lead at all?

Thirty years on, German reunification has been a resounding success. East Germans were freed from the dull yoke of communism. With just three chancellors in three decades, the new, liberated Germany has been steady and pragmatic. It has championed the expansion of the European Union to the east and the creation of the euro. It has powered solid if unspectacular growth across a continent—at least until covid-19. Europe survived the economic crisis of 2007-08, the euro panic of 2010-12 and the migration surge of 2015-16. Germany has thrown its weight around less than sceptics feared, though indebted southern Europeans are still sore about crisis-era austerity.

Under its next chancellors, Germany needs more ambition. The need is most acute when it comes to security. Military spending is rising in Germany, but remains far below the 2% of gdp that nato members are supposed to contribute. Even within Chancellor Angela Merkel’s Christian Democrats this is a touchy issue; it is even more so for her coalition partners, the Social Democrats, and for the Greens, who may help form the ruling coalition after next year’s election. More important, Germany has been too cautious in its policy towards Russia and China, tending to put commercial interests ahead of geopolitical ones. The construction of Nord Stream 2, a gas pipeline connecting Russia and Germany, is a case in point. It undermines the interests of Ukraine, Poland and the Baltic states, but until now Mrs Merkel has refused to cancel it, despite

the outrageous behaviour of President Vladimir Putin. Nor has she listened much to those in her own party who warn that it is too risky to allow Huawei, a Chinese firm, to supply Germany with 5g telecoms equipment.

Still, there are signs of a shift. This week it emerged that Mrs Merkel had gone to visit the Russian opposition leader Alexei Navalny in hospital in Berlin, where he was recovering from being poisoned (by himself, Mr Putin claims). Huawei is to face steeper bureaucratic hurdles in Germany than previously envisaged, and Mrs Merkel is showing doubts, albeit faint, about Nord Stream 2. She increasingly accepts Emmanuel Macron's argument that America is becoming an uncertain ally, and that Europe will have to do more to help itself no matter who wins November's presidential election. This does not yet add up to a more assertive Germany leading a more assertive Europe, but it is a shift in the right direction.

Likewise, Germany needs to do more on the economic front. The pandemic has accomplished what the euro crisis did not, forcing the eu's richer countries to show more solidarity with the poorer. The agreement over the summer to set up a €750bn (\$880bn) recovery fund to be financed by common debt has been a crucial shift that Germany until recently would not have allowed. More than half of the fund will be given as grants rather than adding yet more debt to the highly indebted. The fund may yet be delayed; but it is a sign that Germany is at long last shouldering its responsibilities. More of this will be needed in the next 30 years if Europe's currency union, and perhaps even the eu itself, are to survive. But the Bundesrepublik is growing up.

The reluctant hegemon

Germany is being forced to take a leadership role it never wanted

But thirty years after reunification, it is finding its stride

[Europe Oct 3rd 2020 edition](#)



In unguarded moments, British and French diplomats 30 years ago might quietly admit that they could happily live with a divided Germany. Its partition, however unjust, contained the problem of a country that, in Henry Kissinger's words, was "too big for Europe, too small for the world". After the Berlin Wall fell in 1989, Margaret Thatcher sought to recruit François Mitterrand, France's president, in a fruitless plot to block, or at least delay, reunification, fearing an enlarged Germany would upset Europe's balance or even threaten its security. Among European leaders only Felipe González, Spain's then prime minister, unequivocally backed a united Germany.

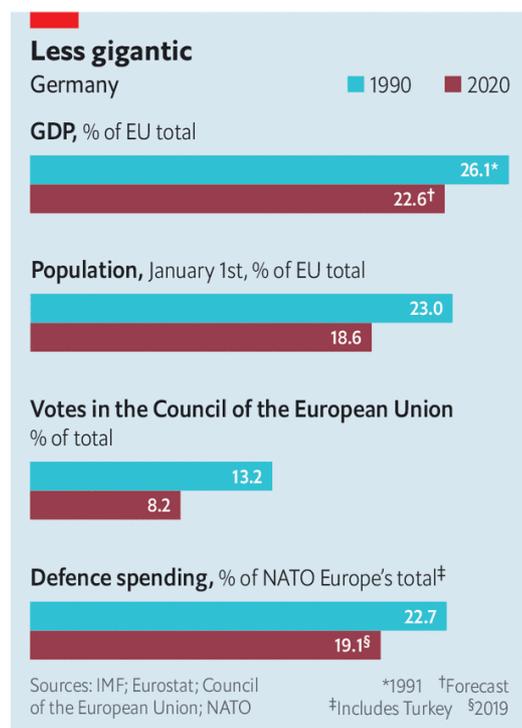
Thirty years on—unified Germany marks its birthday on October 3rd—the darker fears of Germany's European partners have not come to pass. Indeed, as the European Union has battled to hold itself together through a cascade of crises, they have been more often troubled by German inaction than by German assertiveness.

In an essay last year, Thomas Bagger, a German government official, argued that post-reunification Germany adopted a naive reading of Francis Fukuyama's "end of history" thesis. The end of the cold war seemed to vindicate the country's commitment to a world in which national interests were a hangover from a brutish past and foreign policy would be subsumed into multilateral institutions. German ministers took to suggesting that German and European interests were the same.

These views committed Germany to the cause of eu integration, not only expansion to the east but working with France to deepen links among existing members. The goal of a "united Europe" was even inserted into the constitution. A Bundeswehr general said he hoped to see German troops swear oaths of loyalty to a European flag. It was from conviction, not to please the French, that Chancellor Helmut Kohl agreed to ditch his country's cherished Deutschmark for the euro. The currency, however, was built on Teutonic foundations: strict fiscal rules and a (Frankfurt-based) central bank with a single mandate of price stability. The cost of absorbing the clapped-out former communist East Germany, and Germany's sclerotic labour market and high taxes, left the economy gasping for air by the end of the 1990s. But it perked up in the

2000s thanks to labour reforms and growing export markets. When the global credit crunch spawned the euro crisis in 2010, Germany's economic might condemned it to lead Europe's response.

Its answer seemed to be that the currency was being undermined by fiscally incontinent governments. (Critics countered that it had in fact been Germany's huge surpluses and suppressed domestic demand that had stoked the crisis.) Germans started to wonder about the wisdom of the enterprise: a poll in 2010 found that 44% of them wanted the Deutschmark back. Angela Merkel, temperamentally ill-suited to big leaps forward, had little room for manoeuvre. The bail-outs she pushed through the Bundestag were hugely controversial, yet by forcing austerity on debtor countries they compounded the misery, merely delaying a reckoning. The resentment in those southern countries was huge. The single currency, designed to bind Germany to Europe, seemed to be doing the reverse.



The Economist

Germany's reluctance to act assertively in the face of a grave challenge triggered an arcane debate over what sort of "hegemon" it was, or might hope to become. But it was not a discussion the Germans sought themselves. "I was one of the first to use that term," says Dominik Geppert, a historian at the University of Potsdam, "and other Germans told me, 'Don't say it, it will cost us money!'" In 2011, with the euro crisis raging, Radek Sikorski, Poland's foreign minister, said he feared German inactivity more than its power. This extraordinary statement got him into hot water at home but barely rippled in Germany.

In the end the euro-zone fire was quelled not by Germany but the European Central Bank's vow to do "whatever it takes" to hold the currency together: a pledge heralding an activist monetary policy that riled Germans further. Then came other crises, each with Germany at their heart. After Russia's assault on Ukraine in 2014 Mrs Merkel corralled other eu members into backing sanctions and worked with America and France to counter Vladimir Putin. Yet in the migrant crisis of 2015-16 Germany twice irritated its European partners: first by keeping its borders open, and then by unilaterally striking a deal with Turkey to keep them out. If this was leadership, it looked worryingly erratic.

Events chipped away further. Brexit, which was and remains a mystery to most Germans, left the country with more weight inside the eu but, oddly, less influence, as the club's centre of gravity shifted southwards. Some "new" central European states took an authoritarian turn. Most important was the unconcealed disdain of Donald Trump's administration for the eu and the implied threat of the withdrawal of its security guarantee, one of the historical conditions for European reconciliation.

France under President Emmanuel Macron adjusted to this more quickly than Germany. Yet German attitudes may be shifting. Mr Macron's notion of "European sovereignty" would once have inspired smirks

in Berlin, says an official, but today it is rapidly finding adherents, as Germany grapples with American unpredictability, a troubled European neighbourhood and a growing Chinese threat. Mrs Merkel has surprised many by agreeing that the eu should issue €750bn (\$880bn) in common debt and distribute the proceeds, partly through grants, to covid-stricken countries. The contrast with the reluctance of 2010-12 is striking.

Yet European sovereignty without America is a chimera, reckons Timothy Garton Ash, a historian at Oxford University, who fears Germans have lost interest in the transatlantic idea. For optimists, a Joe Biden victory in November could presage a new deal in which Europe repositions itself as a partner to America, especially over China and security, in exchange for a renewed American commitment to multilateral arrangements—such as the Paris climate deal and the Iran nuclear accord—so cherished by Germany. (If Mr Trump wins re-election, all bets are off.)

This will not be easy. “We need the Germans to stop sitting on the fence, but they have a hard time because the world is not as they would like it to be,” says Jim Townsend, a former top official on Europe at the Pentagon. Germany’s defence spending is growing quickly but remains far from the nato target of 2% of gdp, and parts of its armed forces are not fit for purpose. Mr Sikorski, now a member of the European Parliament, says his former criticism now applies to foreign and defence policy, where “Germany always does too little too late”.

Perhaps the hardest illusion for Germany to shed is that trade and economics can be insulated from geopolitics. As many of its allies argue, gas pipelines from Russia and Chinese-built 5g networks are political projects, too. “The rest of Europe won’t become more sovereign if Germany always takes the national way” on such matters, says Franziska Brantner, a Green mp. This will be an uncomfortable debate. But the sands are shifting, and next year’s election, at which Mrs Merkel will stand down, offers a chance to bring it to life.

1,3 Billionen Euro für einen sechswöchigen Klima-Effekt

Stand: 03.10.2020 | Lesedauer: 5 Minuten

Von Björn Lomborg



Europas Klimapläne sind ehrenwert, aber ökonomisch völlig absurd – meint WELT-Gastautor Björn Lomborg

Quelle: DAVID GANNON/AFP via Getty Images

Dem vom Menschen verursachten Klimawandel muss klug begegnet werden. Doch die EU-Pläne, die CO₂-Emissionen drastisch zu senken, besitzen genau diese Cleverness nicht. Sie sind sehr kostspielig und werden wenig erreichen – wie der 0,004-Grad-Effekt zeigt.

Die Europäische Union möchte als weltweit führend im Bereich des Klimaschutzes gesehen werden.

Deshalb hatte sie bereits bei den Pariser Klimaverhandlungen im Jahr 2015 eine stärkere Reduzierung der Schadstoffemissionen versprochen als jedes andere Land.

Aufgrund des ständig zunehmenden Klimaalarms und der Jugendproteste will die EU nun ihr Versprechen, die Emissionen im Vergleich zum Jahr 1990 um 40 Prozent zu senken, auf 55 Prozent bis 2030 erhöhen.

Leider ist das ein enorm kostspieliger Weg, um sehr wenig zu erreichen.

Der Klimawandel ist ein reales, vom Menschen verursachtes Problem, das vernünftig angepackt werden sollte. Oft werden die Auswirkungen jedoch dramatisch übertrieben. Der UN-Klimarat schätzt, dass die negativen Auswirkungen des Klimawandels einer Verringerung des Durchschnittseinkommens um 0,2 bis 2 Prozent in den 2070er-Jahren entsprechen werden. Die UN schätzt, dass bis dahin das weltweite Durchschnittseinkommen um 363 Prozent gestiegen sein wird. Aufgrund des Klimawandels steigen die Einkommen somit um 356 Prozent. Das ist eindeutig ein Problem, aber kein Armageddon.

Oft wird vergessen, dass die Klimapolitik auch Kosten verursacht, da sie die Volkswirtschaften zwingt, teurere und weniger zuverlässige Energie zu verwenden. Der jüngste Bericht des UN-Klimarats zu 128

analysierten Klimastrategien zeigt, dass alle reale Kosten beinhalten, die teilweise mehr als 14 Prozent des Bruttoinlandsprodukts über das Jahrhundert hindurch betragen. Studien zeigen beispielsweise, wie die Klimaversprechen der EU die Großhandelspreise für Strom in nur einem Jahrzehnt vervierfachen werden. Daher sollte bei jeder rationalen Diskussion darüber nachgedacht werden, ob der zusätzliche globale Nutzen für das Klima die zusätzlichen Klimakosten der EU aufwiegt.

Im Laufe der nächsten drei Jahrzehnte wird das neue EU-Ziel, die Emissionen um nunmehr 55 Prozent zu senken, weitere 12,7 Milliarden Tonnen CO₂ oder deren Äquivalente einsparen. Nach einem der UN-Standardklimamodelle berechnet, wird dadurch die globale Temperatur bis zum Ende des Jahrhunderts um kaum messbare 0,004 Grad Celsius gesenkt. Da die Temperatur bis dahin trotzdem steigen wird, ist das Ergebnis der verstärkten Klimapolitik der EU gleichbedeutend mit einer Verschiebung der globalen Erwärmung um sechs Wochen im Jahr 2100. Die Temperatur, die die Welt am 1. Januar 2100 erreicht hätte, wird nun am 11. Februar erreicht.

Darüber hinaus ist ein Großteil der Emissionsreduzierung wahrscheinlich fiktiv, da es etwa zwei Drittel der CO₂-Emissionen wahrscheinlich dennoch geben wird. Diese werden allerdings außerhalb der EU ausgestoßen werden (sogenanntes „Carbon Leakage“). Das bedeutet, dass die reale Temperatursenkung 0,0017 Grad Celsius betragen wird, wodurch sich die globale Erwärmung um etwas mehr als zwei Wochen verschiebt.

Es muss der EU zugute gehalten werden, dass sie stets eigene Kostenschätzungen für ihre Klimapolitik vorgenommen hat. Leider ergaben diese Schätzungen regelmäßig sehr niedrige Werte, was durch die Auswahl der optimistischsten Modelle erreicht wurde.

Akademische Studien zeigen, dass die tatsächlichen Kosten der Klimapolitik im Jahr 2020 viermal so hoch sind wie die optimistische EU-Schätzung, und die tatsächlichen Kosten für die ursprünglich angestrebten 40 Prozent bis 2030 sind dreimal so hoch.

Mit einem weiteren optimistischen Modell schätzt die EU nun, dass die neue 55-prozentige Reduzierung bis 2030 zusätzliche 0,39 Prozent des Bruttoinlandsprodukts kosten wird.

27 Euro pro Tonne CO₂

Geht man davon aus, dass die Kosten mit der zusätzlichen Reduzierung über drei Jahrzehnte steigen werden, wird der hinzukommende wirtschaftliche Verlust für die EU-Volkswirtschaften mindestens 1,3 Billionen Euro betragen.

Wenn die EU die Kosten wie bisher heruntergespielt hat, ist es wahrscheinlicher, dass sich die Gesamtkosten auf etwa vier bis fünf Billionen Euro belaufen werden. Zum Vergleich: Die EU schätzt den Verlust durch Covid-19 für das Jahr 2020 auf 8,3 Prozent der Wirtschaftsleistung oder 1,4 Billionen Euro. Der Konjunkturfonds für die EU beläuft sich auf zusätzliche 750 Milliarden Euro.

Es ist daher wahrscheinlich, dass die Gesamtkosten der Covid-Krise und des Konjunkturpakets geringer sind als die zusätzlichen Kosten der verschärften Klimapolitik der EU.

Berechnet auf der Grundlage von neun Schadensprofilen und den fünf Politikszenerarien der UN beträgt der durchschnittliche Schaden von einer Tonne CO₂, die im Jahr 2030 ausgestoßen wird, 27 Euro. Insgesamt wird die EU somit der Welt einen Klimavorteil von etwa 0,3 Billionen Euro bringen. Das ist großartig. Dafür aber 1,3 bis 5 Billionen Euro auszugeben, macht es zu einem eklatant schlechten Geschäft. Das bedeutet nicht, dass die EU nichts unternehmen sollte. Sie sollte nur cleverer handeln. Das Grundproblem der Klimapolitik ist, dass die Umstellung auf Null-Kohlenstoff derzeit teuer ist. Reiche, wohlmeinende Europäer mögen sich ein wenig leisten können, aber global wird sich wenig ändern. Wir müssen uns stattdessen darauf konzentrieren, drastisch mehr in die Forschung und Entwicklung für kohlenstoffarme Technologien zu investieren.

Wenn wir dafür sorgen können, dass der Preis künftiger grüner Energie unterhalb der Preise für fossile Brennstoffe liegt, werden alle umsteigen, nicht nur in Europa, sondern auch in China, Indien und Afrika. Das würde deutlich weniger kosten und im Laufe des Jahrhunderts dazu beitragen, das Klima viel stärker zu verbessern.

Der Temperaturvorteil der 55-Prozent-Politik der EU wird selbst am Ende des Jahrhunderts kaum messbar sein. Dennoch wird sie die Europäer in den kommenden Jahrzehnten teuer zu stehen kommen. Die verstärkten Klimaziele der EU werden wahrscheinlich mehr wirtschaftliche Härten mit sich bringen als die gesamten Auswirkungen von Covid-19.

Europa muss dringend über seine Klimapolitik reden. Wir sollten nicht als die Generation in Erinnerung bleiben, die die Temperaturen um weniger als ein Hundertstel Grad für Billionen von Euro gesenkt hat. Stattdessen sollte man sich an uns als die Generation erinnern, die eine verschwenderische Klimapolitik beendete und eine intelligentere, günstigere und effektivere grüne Forschung vorantrieb.

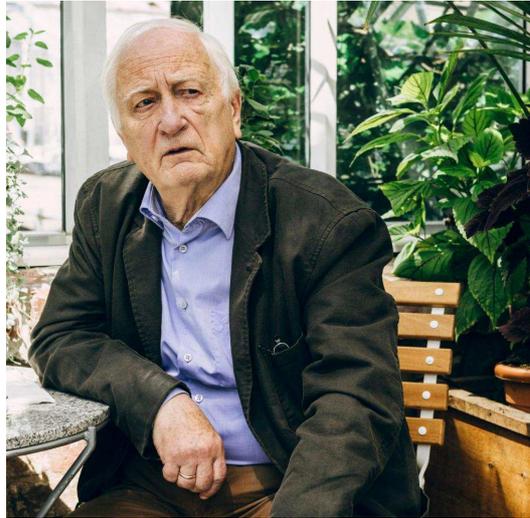
Dr. Björn Lomborg ist Präsident des Copenhagen Consensus Centers und Visiting Fellow an der Hoover Institution, Stanford University. Sein neues Buch ist „False Alarm: How Climate Change Panic Costs Us Trillions, Hurts the Poor, and Fails to Fix the Planet“.

Aus dem Englischen übersetzt von Andrea Böll.

„Angesichts unserer Geschichte tut uns Bescheidenheit gut“

Stand: 09:28 Uhr | Lesedauer: 8 Minuten

Von **Jacques Schuster** Chefkomentator



Professor Heinrich August Winkler wurde 1938 in Königsberg geboren und lehrte Geschichte in Freiburg und Berlin

Am 3. Oktober 1990 hörte Deutschland endgültig auf, ein Problem der europäischen Sicherheit zu sein. Der Historiker Heinrich August Winkler mahnt, selbstkritisch zu bleiben und sich zu fragen, ob die Deutschen wirklich aus der Geschichte gelernt haben.

Welt am Sonntag: Herr Winkler, obwohl sich die Bundesregierungen seit 30 Jahren redlich bemühen, ist der 3. Oktober als Feiertag saft- und kraftlos geblieben. Woran liegt das?

Heinrich August Winkler: Das liegt daran, dass der 3. Oktober 1990 im Schatten des Weltereignisses vom 9. November 1989 steht. Manche Zeitgenossen behaupten sogar, am 3. Oktober seien nur eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen in Kraft getreten. Damit werden sie diesem Ereignis nicht gerecht. Der 3. Oktober 1990 ist der Tag, an dem ein Jahrhundertproblem gelöst wurde, nämlich die deutsche Frage – so wie sie seit dem frühen 19. Jahrhundert bestanden hatte.

Seit dem 3. Oktober steht unwiderruflich fest, wo die Grenzen Deutschlands verlaufen, was dazu gehört und was nicht. Mit der definitiven Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze wurde zugleich ein anderes Jahrhundertproblem gelöst, nämlich die polnische Frage. Am 3. Oktober 1990 wurden endlich Einheit und Freiheit für ganz Deutschland verwirklicht. Gleichzeitig hörte Deutschland auf, ein Problem der europäischen Sicherheit zu sein.

Mit der Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands im transatlantischen Bündnis und der Europäischen Gemeinschaft war klar: Das wiedervereinte Deutschland ist einer der postklassischen Nationalstaaten

Europas, die einige ihrer Hoheitsrechte gemeinsam ausüben und andere auf supranationale Einrichtungen übertragen haben.

Welt am Sonntag: „Deutschland ist ein übelgelauntes Land, aber seine Einwohner sind glücklich und zufrieden“, hat Johannes Gross vor Jahren geschrieben. Gilt das bis heute?

Winkler: Vielleicht ist es heute eher umgekehrt. Wie dem auch sei: Die Zeit der deutschen Teilung wirkt auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung noch in vielerlei Hinsicht nach.

Welt am Sonntag: Inwiefern?

Winkler: Die Entwicklung Deutschlands nach 1945 war geprägt durch eine radikale Ungleichzeitigkeit. Nur dort, wo die Besatzungsmächte selbst Demokratien waren, konnten sich die Deutschen endlich voll der politischen Kultur der westlichen Demokratie öffnen.

In der ersten Demokratie, der Weimarer Republik, galt die westliche Demokratie noch als ein Produkt der Niederlage und als undeutsches System. Nicht zuletzt daran ist die erste Demokratie gescheitert. Es bedurfte der totalen Niederlage 1945, damit sich auch in den Eliten und der Gesellschaft insgesamt das Bewusstsein durchsetzte, dass wir ein westliches Land sind, das sich die politischen Errungenschaften des Westens voll und ganz aneignen sollte.

Die Deutschen in der DDR hatten diese Möglichkeit über vier Jahrzehnte lang nicht. Erst die Friedliche Revolution von 1989 eröffnete ihnen diese Chance. Wenn manche Vorurteile der westlichen Demokratie gegenüber den neuen Bundesländern stärker zu spüren sind als in den alten Bundesländern, hängt das nicht nur an Fehlern im Vereinigungsprozess, sondern auch an der sehr viel später erfolgten Öffnung zur politischen Kultur des Westens.

Welt am Sonntag: Hätte die AfD solche Erfolge, wäre es bei der deutschen Teilung geblieben?

Winkler: Wir würden uns die Sache zu einfach machen, wenn wir die AfD zu einem ostdeutschen Phänomen erklären. Schließlich stammen fast alle führenden Politiker dieser Partei aus Westdeutschland. Richtig aber ist: In den neuen Bundesländern gibt es gewisse altdeutsche Vorbehalte gegen die betont rationale westliche Demokratie, die sich unter dem diktatorischen Dach der DDR länger halten konnten als in der Bundesrepublik. Die Stärke der AfD ist auch eine Folge dieser Vorbehalte.

Welt am Sonntag: Warum gelingt es in Deutschland grundsätzlich nicht, eine Partei zu etablieren, die konservativer als die CDU ist, aber im demokratischen Spektrum angesiedelt ist?

Winkler: Auch hier wirkt die deutsche Geschichte vor 1933 nach. Die Deutschnationalen waren eine illiberale und antidemokratische Partei. Teile dieser Partei waren wie Teile der AfD völkisch eingestellt. Die Deutschnationalen wurden nach 1929 zu Verbündeten der Nationalsozialisten. Damit ist jeder Versuch, an das Erbe der Deutschnationalen Volkspartei anzuknüpfen, in hohem Maße verdächtig. Darin liegt bis heute eine Besonderheit der deutschen Rechten, die es so in den alten westlichen Demokratien nicht gibt.

Welt am Sonntag: Bis 1989 fanden alle Debatten in Deutschland vor dem Hintergrund des Gefühls statt, sich selbst nicht ganz geheuer zu sein. Hat sich das geändert?

Winkler: Aufgrund unserer Geschichte im 20. Jahrhunderts tun wir gut daran, selbstkritisch zu sein und uns zu fragen, ob wir wirklich aus der Geschichte gelernt haben. Was die kritische Aufarbeitung der Vergangenheit angeht, so hat es in der alten Bundesrepublik einen sehr mühsamen Lernprozess gegeben. Erst in den 80er-Jahren ist voll erkannt worden, dass die Vernichtung der europäischen Juden die zentrale Tatsache der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts ist.

In der DDR hat es eine freie Diskussion über die Bewältigung der deutschen Vergangenheit nicht gegeben. Unter der Decke des staatlich verordneten Antifaschismus konnten sich antiliberalen und nationalistischen Denktraditionen länger behaupten als in der Bundesrepublik, wo eine sehr lebhaftere Streitkultur für einen allmählichen Aufklärungsprozess gesorgt hat.

Welt am Sonntag: Während des Prozesses der Wiedervereinigung haben vor allem Intellektuelle wie Günter Grass, aber auch Teile der SPD und der Grünen, immer Auschwitz mit im Kopf gehabt. Inwieweit ist der Holocaust bis heute eine Größe in der politischen Debatte?

Winkler: Der Holocaust ist *das* deutsche Menschheitsverbrechen. Es dient aber nicht der Absicht, aus der Geschichte zu lernen, wenn wir Auschwitz bei jeder sich bietenden Gelegenheit als tagespolitisches Argument einsetzen. Damit instrumentalisieren wir den Holocaust. Vor allem nach der Wiedervereinigung hat diese Tendenz eingesetzt. Teile der westdeutschen Linken haben unter der Berufung auf Auschwitz zuerst jedes militärische Engagement „out of area“ abgelehnt.

Während des Kosovo-Krieges wurde unter der rot-grünen Regierung Auschwitz dann als Argument für das Engagement der Bundeswehr genutzt. Es waren also konträre Anlässe, in denen Auschwitz als politisches Tagesargument herhalten musste. Ich kann vor einer solchen Berufung auf das schrecklichste Ereignis des 20. Jahrhunderts nur warnen.

Welt am Sonntag: Zuletzt schwingt bei der Debatte über die Aufnahme von Menschen aus Moria die deutsche Geschichte auch wieder mit. Leitet sich aus den deutschen Verbrechen ein neuer Größenwahn ab, nach dem Motto: Weil wir die größten Verbrecher waren, wissen wir am besten, was moralisch einwandfrei und was zu tun ist?

Winkler: Diese Gefahr besteht. Die Neigung, sich als so geläutert zu präsentieren, dass wir Europa geradezu als moralische Leitnation den Weg vorgeben, fordert in hohem Maße zum Widerspruch auf. Angesichts unserer Geschichte tut uns vor allem Bescheidenheit gut.

Welt am Sonntag: Was heißt das für unsere Flüchtlingspolitik?

Winkler: Wir dürfen nicht mehr versprechen, als wir zu leisten imstande sind. Es ist verwegen zu glauben, wir könnten die strukturellen Probleme der Dritten Welt hierzulande lösen. Wir müssen klarer als bisher zwischen politisch Verfolgten im Sinne des Asylrechts, schutzbedürftigen Bürgerkriegsflüchtlingen und Menschen unterscheiden, die aus materieller Not auf ein besseres Leben in Europa hoffen. Den Letzteren können wir am ehesten vor Ort, in ihrer Heimat, und manchmal auch durch legale Einwanderung zu helfen versuchen.

Welt am Sonntag: Lässt sich mit den verschiedenen nationalen Interessen in Europa überhaupt eine gemeinsame Flüchtlings- und Asylpolitik betreiben?

Winkler: Der Entwurf einer Reform des europäischen Asylrechts, wie ihn jetzt die EU-Kommission vorgelegt hat, erscheint mir ein realistisches Konzept zu sein. Ich sehe derzeit keine bessere Lösung für die offenkundigen Mängel der Dublin-Regelungen. Die Frage ist gegenwärtig aber völlig offen, ob sich die Staaten der EU auf dieses Konzept festlegen lassen.

Welt am Sonntag: In Ihrem neuen Buch arbeiten Sie heraus, wie sehr der Wiedervereinigungsprozess mit dem europäischen Einigungsprozess verwoben ist, ja, dass der europäische Schub in der Furcht wurzelte, Deutschland werde zu mächtig. Inwieweit haben die Deutschen heute Europa als etwas Richtiges akzeptiert, etwa wenn Sie an die gemeinsame Währung oder die Verselbstständigung der Brüsseler Exekutivgewalt denken?

Winkler: Wir tun gut daran, auch die Mängel des europäischen Einigungsprozesses zu benennen. Helmut Kohl ging nach 1990 davon aus, dass der Währungsunion die politische Union folgen würde. Das ist nicht geschehen. Im Nachhinein muss man sich fragen, ob die Schwierigkeiten, Länder mit unterschiedlichen Haushaltskulturen in einer gemeinsamen Währungsunion zu vereinen, nicht gewaltig unterschätzt wurden. Zu den ernstesten Problemen der EU gehört heute der Verfall der Wertegemeinschaft, vorangetrieben durch den Abbau des Rechtsstaats in Ungarn und Polen. Sorge bereitet mir schließlich die Neigung mancher Politiker, das Problem der demokratischen Kontrolle von Macht auf europäischer Ebene zu unterschätzen oder, schlimmer noch, zu leugnen.

Welt am Sonntag: Was meinen Sie?

Winkler: Das Europäische Parlament geht aus freien, geheimen und direkten Wahlen hervor, aber nicht aus gleichen. Das Wahlrecht ist notgedrungen ungleich: Kleine Staaten werden gegenüber den größeren aus guten Gründen privilegiert, sonst würden sie im europäischen Parlament gar nicht vertreten sein. Die nationalen Parlamente sind demokratisch besser legitimiert.

Hier gilt: Eine Person eine Stimme. Daraus folgt, dass eine demokratische Kontrolle eine verstärkte Mitwirkung der nationalen Parlamente erfordert, flankierend zur Kontrolle durch das Europaparlament. Das müsste dazu führen, dass die Arbeit der nationalen Parlamente in europapolitischen Dingen besser organisiert und synchronisiert wird. Nur auf diese Weise lässt sich der europäische Integrationsprozess hinreichend demokratisch legitimieren.

Welt am Sonntag: Sind wir mit der Wiedervereinigung und dem Maastricht-Europa in eine Phase eingetreten, die wir als inneren Kalten Krieg zwischen den europäischen Staaten bezeichnen können?

Winkler: Das klingt mir zu sehr nach einer Dramatisierung von Differenzen, die sich aus unterschiedlichen nationalen Interessen ergeben. Es war eine altbundesdeutsche Illusion zu meinen, der Nationalstaat sei nach 1945 per se erledigt. Außerhalb der alten Bundesrepublik hat dies kein anderer Staat geglaubt. Eine kritische Neubewertung des Begriffs postnational erscheint mir überfällig.

176,112

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/wie-gefaehrlich-ist-covid-19-kein-vergleich-zur-grippe-16987332.html?premium>

WIE GEFÄHRLICH IST COVID-19?:

Kein Vergleich zur Grippe

- VON JOACHIM MÜLLER-JUNG
- -AKTUALISIERT AM 06.10.2020-13:21

Eine neue und umfassende amerikanische Studie mit Daten aus aller Welt zeigt: Das Sterberisiko bei einer Covid-19-Erkrankung ist nun nicht mehr kleinzureden. Besonders Menschen ab 45 Jahren sind gefährdet.

Wird er es wieder tun? So wie andere es nicht lassen können? Wird der amerikanische Präsident also, wenn er – mutmaßlich dank einer experimentellen, extrem teuren Antikörpertherapie – ins Weißes Haus zurückkehrt, seine Covid-19-Erkrankung wieder mit der „gewöhnlichen Grippe“ vergleichen, die schließlich auch viele Influenza-Infizierte ins Krankenbett zwingt?

Mit den Grippe-Vergleichen hat die systematische Verharmlosung von Covid-19 begonnen, und mit ähnlichen Vergleichen – ob Hitzewellen-Tote oder Verkehrsoffer – werden die Kampagnen gegen Corona-Maßnahmen weiter befeuert. Immer wieder hört man den Euphemismus unverstellt, dann wird über die „harmlose“ Grippe schwadroniert, als wären die Zehntausende Toten, die Influenza-Viren jährlich zum Opfer fallen, notwendige Menschenopfer. Wissenschaftlich aufrechterhalten lassen sich solche Vergleiche nur noch, wenn man wie der Frankfurter Gesundheitsamtschef René Gottschalk einzelne Zahlenkolonnen der Sterbestatistiken nimmt und entscheidende Kontexte unterschlägt. Wie gefährlich das neue Coronavirus ist, lässt sich so jedenfalls nicht beantworten, da gibt es bei sorgfältig arbeitenden Wissenschaftlern keine zwei Meinungen mehr.

Ein mahnendes Beispiel ist der Hype um den amerikanisch-griechischen Epidemiologen John Ioannidis von der Stanford-Universität. Schon im Frühjahr meldete er sich mit Mahnungen vor unbewiesenen Übertreibungen und mit Publikationen zur mutmaßlichen Tödlichkeit von Sars-CoV-2 zu Wort – mit dem unbegründeten Vergleich, die Gefahr durch Covid-19 sei für die meisten Menschen etwa so niedrig, wie morgens auf dem Weg zur Arbeit bei einem Verkehrsunfall zu sterben. Ioannidis ist eine Art Kultfigur. Berühmt geworden ist er als kritischer Metaforscher mit der Analyse „Warum die meiste veröffentlichte Forschung falsch ist“.

Platz 4 der wichtigsten „Anlässe für Massensterben“

Seine Covid-19-Sterblichkeitsstudien, die nur im Preprint vorlagen, fielen bisher indes durch jede Begutachtung, das Urteil der Kollegen war mitleidig bis vernichtend. Methodisch unterliefen Ioannidis die gleichen Fehler, die er jahrelang zu Generalattacken auf das System nutzte. Dazu hat sich die Debattenlage auch bei seinem Publikum geändert: Covid-19 wird schon jetzt mit bisher mehr als zweihunderttausend dokumentierten amerikanischen Todesopfern nach der Spanischen Grippe mit 675.000 Toten, dem Bürgerkrieg mit 618.200 Toten und dem Zweiten Weltkrieg mit 418.500 Opfern auf Platz vier der wichtigsten „Anlässe für Massensterben“ in den Statistiken geführt.

Über die Gefährlichkeit des Coronavirus gibt aber auch diese Rangliste nur unzureichend Auskunft. Vergleichbar gemacht wird das Sterberisiko durch unterschiedliche Indizes. Die Fallsterblichkeit, die anfangs verwendet wurde, als noch wenig über den großen Anteil an symptomlosen und Infizierten mit milden Symptomen bekannt war, ist inzwischen abgelöst von der „Infektionssterberate“, kurz IFR. In ihr werden die dokumentierten Covid-19-Toten zu der Zahl möglichst aller Infizierter ins Verhältnis gesetzt. Weil bis heute die Zahl der wirklich mit Sars-CoV-2-Infizierten im Dunkeln liegt und weil die Sterblichkeit selbstverständlich auch von der sich verbessernden und der landestypisch stark unterschiedlichen medizinischen Versorgung abhängt, kann auch diese Zahl nur näherungsweise ermittelt werden. Die Weltgesundheitsorganisation schätzt, dass sich weltweit etwa zehn Prozent, sprich: 700 Millionen Menschen, angesteckt haben. Offiziell erfasst sind aber nur 35 Millionen positiv Getestete. Ebenso klar ist aber auch,

dass es in vielen Ländern eine unbekannte Zahl an Covid-19-Todesfällen gibt, die in keiner Statistik bisher aufgetaucht sind.

Solche Lücken in wissenschaftlichen Studien klein zu halten, ist extrem schwierig. Der sichere Nachweis von Antikörpern gegen das Coronavirus, der in vielen Ländern inzwischen in repräsentativen Studien vorgenommen worden ist und nun auch in Deutschland angegangen wird, kann die Dunkelziffer-Frage bisher noch am besten lösen. Doch selbst von den bisherigen Antikörper-Studien sind die wenigsten zur Berechnung der IFR brauchbar, wie jetzt in einer der besten und aussagekräftigsten (wenn auch noch nicht offiziell begutachteten) systematischen Auswertungen von amerikanischen Forschern rund um Andrew Levin vom Dartmouth College dargelegt wurde. Von 1145 untersuchten Studien weltweit waren nur zwei Dutzend aus verschiedenen OECD-Ländern übrig geblieben (keine deutsche Studie), die den strengen Auswahlkriterien standhielten.

Sterberisiko steigt stark ab 55 Lebensjahren

Das Ergebnis der Metastudie ist eindeutig: „Das Sterberisiko für Kinder und junge Erwachsene ist gering, gefährlich ist das Virus für Menschen mittleren Alters und extrem gefährlich für ältere Menschen.“ In Zahlen: Bis zum Alter von 44 Jahren liegt das Sterberisiko deutlich unter oder allenfalls so hoch wie bei der saisonalen Grippe, das in Amerika (und etwas höher in Deutschland) bei 0,05 Prozent liegt. Zwischen 45 und 54 Jahren ist das Risiko, an Covid-19 zu sterben, viermal so groß wie bei der Grippe, zwischen 55 und 64 Jahren vierzehnmal, zwischen 65 Jahren und 74 sechszwanzigmal so groß und zwischen 75 und 85 Jahren mit 7,6 Prozent fast hundertfünfzigmal so groß. Von den noch älteren Covid-19-Patienten stirbt im Schnitt der medizinisch hochentwickelten OECD-Länder demnach fast jeder Vierte.

Noch einen Vergleich ließen sich die Wissenschaftler nicht nehmen, um auch die Analyse von Ioannidis endgültig ad absurdum zu führen: Das Risiko eines 55 bis 64 Jahre alten Berufspendlers (in England wohlgemerkt), an Covid-19 zu sterben, sei in diesem Jahr zweihundertmal so groß, wie bei einem Verkehrsunfall tödlich zu verunglücken.

Das letzte Wort ist, das legen die nach wie vor unvollständigen Daten und die Unsicherheiten über den weiteren Pandemieverlauf nahe, noch nicht gesprochen. Klar ist aber auch, dass der Vergleich nicht nur wegen der Sterberisikoangaben hinkt. Covid-19 hinterlässt den bereits jetzt erfassten Spätfolgen-Daten zufolge auch eine deutlich andere, höhere Krankheitslast selbst in wohlhabenden Bevölkerungen.

STREIT ÜBER WAHLALTER:

Sollte man mit 16 schon wählen dürfen?



Sie engagieren sich politisch, sind aber noch zu jung zum Wählen: ein Streitgespräch zwischen Anna Dillmann von der Jungen Union, Eva-Lotta Vogt von der Grünen Jugend und Lina Wolters von den Jungen Liberalen über das richtige Wahlalter.

- VON JUSTUS BENDER
- -AKTUALISIERT AM 06.10.2020-15:38
7 Min.

Anna, Eva-Lotta und Lina, wie selbständig ist man mit 16?

Anna: Mit 16 fängt es an, dass man Verantwortung in der Schule übernimmt, sich auf das Abitur vorbereitet. Man bekommt mehr Rechte, wird unabhängiger, hat mehr Freiheiten zu Hause. Man wird auch weltöffener. Viele gehen ein Jahr ins Ausland. Ab 16 darf man einen Minijob haben. Insgesamt gibt es aber eben doch noch große Unterschiede in meinem Freundeskreis.

Gibt es Freunde, die ihre Eltern noch fragen müssen, wenn sie sich abends mit euch treffen wollen?

Anna: Auf jeden Fall. Viele müssen um zehn Uhr nach Hause. Viele dürfen nicht arbeiten gehen, weil die Eltern meinen, das wäre nicht gut für sie. Viele stehen noch unter einem sehr starken Einfluss der Eltern.

Wie ist das bei euren Freunden, Eva-Lotta und Lina?

Lina: Wir sind in einer super-privilegierten Position, weil wir uns politisch engagieren. Ich bin, seit ich 14 bin, bei den Jungen Liberalen, und ich habe mehr Freiheiten, weil meine Eltern mir vertrauen. Unter meinen Mitschülern bin ich damit eher in der Minderheit. Es gibt aber auch viele, die sich ihre Freiheiten erkämpfen.

Eva-Lotta, bekommt ihr in dem Alter noch Taschengeld oder habt ihr ein eigenes Budget für Anschaffungen?

Eva-Lotta: Mit 16 darf man arbeiten, und darüber haben sich in meinem Freundeskreis ziemlich viele gefreut, weil sie damit finanziell unabhängiger werden von den Eltern. Ich wurde schon immer zur Selbständigkeit erzogen. Meine Eltern haben mir relativ viele Freiheiten gelassen. 16 war noch mal das ausschlaggebende Alter. Da haben mir meine Eltern noch mal mehr Freiheiten gelassen. Ich durfte zum Beispiel länger draußen bleiben und mit meinen Freunden weiter weg fahren.

Was ist eure größte Sehnsucht, wenn ihr volljährig seid? Was könnt ihr dann endlich machen?

Eva-Lotta: Ich werde in einem halben Jahr 18. Für mich ist Ausziehen ein ganz großes Thema. Ich komme aus einer kleineren Stadt und habe das Gefühl, ich kann mich hier nicht so gut verwirklichen. Mein Traum ist, in einer Großstadt zu leben.

Anna: Mit 18 ist man komplett frei und unabhängig vom Elternhaus. Man zieht aus, hat seine eigene Wohnung, gestaltet sein Leben selbst, verlässt die Schule, entscheidet über ein Studium, eine Ausbildung oder ein Freiwilliges Soziales Jahr.

Ihr habt nicht gesagt, dass Wählen der allergrößte Traum ist. Wie wichtig ist euch das?

Lina: Ich komme vom Land, da ist der größte Traum ein eigenes Auto. Für mich wäre Wählen aber ein Riesending. Ich will aktiv die Dinge mitgestalten und alles, für das ich in meiner Partei kämpfe, auf dem Stimmzettel wählen. Ich interessiere mich unfassbar für Kommunalpolitik, es wäre schon ganz cool, wenn Wählen möglich wäre.



Schülerdemonstration von Klimaschützern im Februar 2019 in Frankfurt :Bild: Cornelia Sick

Anna, ist Wählen für dich auch etwas Schönes?

Anna: Wir drei sind politisch engagiert. Da ist der Wunsch umso größer, mitentscheiden zu dürfen. Wenn ich aber meinen Freundeskreis anschau, der politisch nicht so engagiert ist, habe ich Zweifel. Die sagen nicht: Oh, noch zwei Jahre, dann darf ich endlich wählen! Denen geht es eher ums Ausziehen und Arbeiten und um Party.

Eva-Lotta, sind deine Freunde auch so?

Eva-Lotta: Bei denen ist es ziemlich zweigeteilt. Wählen hat nicht die erste Priorität. Das ist nicht das, worauf alle megalange hinfeiern. Aber ich habe auch Freunde, die politisch aktiv sind, und ich kenne das selbst, wie deprimierend es ist, wenn ich mich viel einsetze, bei der Wahl aber gesagt bekomme, ich sei nicht alt genug und nicht reif genug.

Ein Grund, warum wir uns unterhalten, ist, dass Lina dem FDP-Vorsitzenden [Christian Lindner](#) neulich einen offenen Brief geschickt hat. Was stand da drin?

Lina: Ich habe ihn gebeten, mit den Jungen Liberalen dafür zu kämpfen, dass Jugendliche schon mit 16 wählen dürfen.

Aus dem Brief wurde ein Parteitagsantrag der Jungen Liberalen, der vor einer Woche von den FDP-Delegierten angenommen wurde. Seitdem fordert auch die [FDP](#) die Absenkung des Wahlalters, genauso wie SPD, Linke und Grüne. Bloß die CDU ist dagegen. Anna, warum geht deine Partei da nicht mit?

Anna: Es wird immer gesagt, die Jugend sei so politisch, wegen Fridays for Future oder Black Lives Matter. Die Jugend geht bei Trends mit, die auf ein einzelnes Thema bezogen sind. An meiner Schule haben auch viele mitdemonstriert, wussten aber eigentlich gar nicht, wofür sie sich einsetzen. Das wird dann pauschalisiert, es wird gesagt, die Jugend sei insgesamt politisch. Ich glaube, wir müssen differenzieren zwischen dem einen Thema und der gesamten Bandbreite an politischen Themen, die bei einer Bundestagswahl eine Rolle spielen. Wenn ich mit meinen Freunden über Klimapolitik rede, würde ich nicht bezweifeln, dass sich manche ganz gut auskennen, aber nur manche. Wenn ich anfinde, über Wirtschafts- oder Arbeitsmarktpolitik zu reden, dann wüssten sie auf einmal gar nichts mehr. Das sind aber auch wichtige Punkte bei einer Bundestagswahl. Da geht es nicht nur um Klimapolitik. Wenn man sich alle Jugendlichen aus unserer Generation anschaut, ist der Großteil nicht genug politisch informiert - und möchte diese Verantwortung nicht übernehmen, da sie sich oft sehr unsicher in dieser Entscheidung sind.

Eva-Lotta: Ich habe Zweifel, dass ein 18-jähriges Mädchen so viel über Wirtschaftspolitik weiß. Wenn Jugendliche mehr in den politischen Prozess eingebunden werden, rücken auch die Themen in den Fokus, die uns interessieren.

Lina: Ich habe gar keine Ahnung von Finanzpolitik. Das gebe ich offen zu. Und ich bin mir ziemlich sicher, dass unsere Großeltern keine Ahnung von Digitalisierung haben. Und dass viele andere Generationen keine Ahnung von Dingen haben. Wenn ich auf Youtube scrolle und mir die Trends der vergangenen Jahre anschau, was die Millennials alles für einen Quatsch gemacht haben, schüttele ich auch den Kopf. Warum sollte man an eine Generation ganz andere Maßstäbe anlegen als an die Boomer oder noch ältere Generationen? Manche interessieren sich für Politik, manche geben sich richtig Mühe. Und manche gehen gar nicht wählen oder wählen irgendeinen Quatsch. Das ist halt so. Es gibt keine richtige oder falsche Wahlentscheidung.

Die Shell-Jugendstudie hat ergeben, dass 24 Prozent der Jugendlichen zwischen 12 und 25 Jahren letztlich dem Populismus zuneigen. Sie stimmen Aussagen zu wie: „Die Regierung verschweigt der Bevölkerung die Wahrheit.“ Nur 41 Prozent interessieren sich überhaupt für Politik, die anderen gar nicht. Eva-Lotta, gibt dir das zu denken?

Eva-Lotta: Ja, schon. Ich habe mich gefragt, ob ich vielleicht nur denke, dass es so viele informierte und engagierte Jugendliche gibt, weil ich mich in dieser Bubble bewege, wo alle so wahnsinnig engagiert sind. Ich habe viel mit Freunden darüber gesprochen. Es ist rausgekommen, dass die sich alle eine Meinung bilden. Ich finde, ab 16 kann man mit dieser Meinung auch wählen gehen.

Sind eure Freunde mit 16 in ihren politischen Überzeugungen noch stark beeinflusst von den Eltern?

Anna: Das ist sehr unterschiedlich. Bis 18 ist ein Großteil der Jugendlichen insgesamt beeinflusst. Nicht unbedingt von den Eltern, sondern von Freunden, aber vor allem durch Social Media. Es gibt so viele Idole. Ganz schnell werden da Meinungen und Trends übernommen. Wenn man mit 18 von der Schule abgeht und auszieht, verändert einen dieser Schritt. Man hat nicht mehr jeden Tag sein Schulumfeld, seine Lehrer. Man ist eher auf sich selbst gestellt und bildet seine eigene, klare Meinung.

Lina: Ich finde, das sollte nicht so stark an der Zahl 18 gemessen werden. Viele Freunde von mir machen mit 16 schon eine Ausbildung. Die sind von ihren Eltern abgenabelt. Andere Freunde von mir hingegen sind 20 oder 21 und wohnen immer noch zu Hause. Ich glaube, das ist einfach ein fortwährender Prozess, dass man in seinem Leben Meinungen ändert.

Anna: Ich kenne auch Gegenbeispiele. Der Großteil wohnt mit 16 aber noch zu Hause, und der Großteil geht bis 18 noch in die Schule. Am Ende gilt das Bundeswahlgesetz ja für die gesamte Gesellschaft und da muss man schon auf die große Mehrheit schauen. Man genießt mit 18 andere Bürgerrechte, andere Strafrechte, man wird vertragsmündig. Der Großteil der Jugend zahlt mit 16 noch keine Steuern und war vielleicht noch nie arbeiten. Man kann auch nicht die Verantwortung, mit 16 mal ein Wochenende auf den Hund aufzupassen, mit der Verantwortung vergleichen, seine politische Stimme abzugeben, die die Richtung und die Zukunft deines Landes bestimmt.

In manchen Bundesländern darf man mit 16 schon bei [Kommunalwahlen](#) wählen. Habt ihr das mal gemacht?

Lina: Ja, ich.

War es schwer, sich eine Meinung zu bilden?

Lina: Dadurch, dass ich den Wahlkampf der FDP in meinem Ort selbst organisiert habe, wusste ich natürlich ganz genau, womit ich mich beschäftige. Aber vor der Stichwahl zwischen einem CDU-Mann und einem SPD-Mann habe ich mich anderweitig informieren müssen und musste eine Entscheidung treffen. Da habe ich nicht Mama und Papa gefragt: Was wählt ihr denn, was soll ich wählen?

Alle fordern immer nur das aktive [Wahlrecht](#) ab 16. Das passive Wahlrecht, also das Recht, zu kandidieren, soll den Volljährigen vorbehalten bleiben. Warum?

Eva-Lotta: Es ist eine verschwommene Grenze. Warum sollte man mit 16 wählen können, aber hochprozentiger Alkohol und Führerschein sind noch verboten? Ich finde es schwierig, das zu verallgemeinern. An sich finde ich es nicht schlecht, wenn man mit 16 schon kandidieren könnte, aber ich will es nicht verallgemeinern.

Lina: Es gibt doch ganz verschiedene Altersgrenzen. Bürgermeister darf man erst mit 25 werden, Bundespräsident erst mit 40. Es ist eine kluge Sache, das aktive und das passive Wahlrecht zu trennen. Das ist eine ganz andere Debatte.

Könnte ein Druck entstehen, die Volljährigkeit auf 16 zu senken, wenn man mit 16 wählen darf?

Anna: Aus meiner Sicht schon. Wenn ich mir viele Jugendliche mit 16 anschau, würde ich denken: Das ist schwierig. Gerade in dem Alter ist der Reifeprozess so unterschiedlich, dass manche noch sehr zurückhängen. Vor 45 Jahren wurde die Volljährigkeit von 21 auf 18 gesenkt. Wenn wir das jetzt weiter auf 16 senken, stelle ich mir die Frage, ob wir dann in 45 Jahren vor der Frage stehen, auf 14 zu senken. Man muss irgendwann mal bei einer Grenze bleiben, um diese Demokratie zu schützen. Es gibt eben diese Zustimmung zum Populismus unter Jugendlichen.

Lina, hast du diese Sorge auch?

Lina: Ich persönlich bin für eine Volljährigkeit ab 16. Ich glaube, dass man Volljährigkeit nicht an irgendwas bemessen kann. Alkohol ist aber ein anderes Thema. Da geht es um die Gesundheit. Ich finde den Schutz der Demokratie auch wichtig. Bei den Juniorwahlen, bei denen Schulkinder ab der 7. Klasse mitmachen, war das Ergebnis so demokratisch wie in keiner anderen Altersklasse. Linke und AfD schnitten ganz schlecht ab. Anders als bei den normalen Wählern. Auch bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen schnitten die radikalen Parteien bei den ganz Jungen schlecht ab. Der größte Schutz für die Demokratie ist, wenn man die Jugend die Rechten und Linken abstrafen lässt.

[Peter Altmaier](#), der Bundeswirtschaftsminister, hat etwas zu dieser Debatte gesagt. Wissen Leute in eurem Freundeskreis, wer Peter Altmaier ist?

Eva-Lotta: Das würde ich bezweifeln.

Altmaier hat nach der Entscheidung der FDP getwittert: „Ihr seid einfach die besten Wahlhelfer für die Grünen, die man sich denken kann“. Bei den Juniorwahlen bekommen die Grünen im Schnitt nämlich zehn Prozent mehr und die Union im Schnitt zehn Prozent weniger als bei den Wahlen der Erwachsenen. Warum ist das so?

Eva-Lotta: Weil die Grünen und die Linken wirklich die Interessen der Jugendlichen ansprechen.

Anna: Das liegt daran, dass es zum Beispiel mit Fridays for Future aktuell diesen Trend in unserer Generation gibt. Oft ändern sich allerdings nach der Schule die Lebensumstände, man informiert sich über eine größere Bandbreite der Politik und verändert seine politische Meinung.

Lina: Der Spruch von Altmaier war super-eklig. Wie kann man das denn bringen? Ich fand das furchtbar, welches Demokratieverständnis dahinter steht. Insgesamt ist das eine ganz gefährliche Entwicklung, dass die älteren Leute immer rechter werden. Wenn man sich anschaut, was der Bundestag teilweise an unserer Generation verbricht, das Rentenpaket von Olaf Scholz zum Beispiel, was die AfD im Parlament reinruft und wie die Linke Putin verteidigt. Das sind Sachen, da muss die Jugend abstrafen können. Es sind nicht alle links. Man muss den öffentlichen Diskurs und die schweigende Mehrheit trennen.

Eva-Lotta: Wir können das doch nicht davon abhängig machen, was die Jugendlichen wählen. Wir können doch nicht sagen: Wir senken das Wahlalter auf 16, aber nur, wenn nicht alle die Grünen wählen!

Anna: Darum geht es der Union nicht, sondern darum, was sinnvoll für das Land ist.

Anna Dillmann von der Jungen Union und Eva-Lotta Vogt von der Grünen Jugend sind beide 17 Jahre alt, Lina Wolters von den Jungen Liberalen ist 16 Jahre alt.

« La dette, c'est de l'investissement » : comment le gouvernement français se convertit à la dépense

Face à une crise sanitaire, sociale et économique, le ministre des finances, Bruno Le Maire, autrefois tenant de la rigueur budgétaire, a changé de discours.

Par [Claire Gatinois](#) Publié hier à 14h00, mis à jour hier à 20h16



Le ministre de l'économie et des finances, Bruno Le Maire, à l'hôtel Matignon, le 29 septembre. BERTRAND GUAY / AFP

Dans le « monde d'avant », Bruno Le Maire a longtemps eu la réputation d'être un politicien austère, comme on en croise tant dans les couloirs de Bercy. Un homme bien né, toujours tiré à quatre épingles et jamais frondeur. Un politique bien ancré dans sa famille gaulliste et soucieux de la rectitude des comptes publics.

Est-ce d'avoir été confronté de si près au Covid-19 ? D'avoir réchappé de peu à la mort politique, après la primaire désastreuse de la droite en 2016, où il avait déjà tenté de dévergonder son image ? D'être désormais seul pilote à bord du ministère de l'économie et des finances pour « sauver » l'économie française ?

Lors de la présentation du budget pour 2021 et du plan de relance « historique » qui l'accompagne, débattus en commission à partir du mardi 6 octobre à l'Assemblée nationale, celui que Nicolas Sarkozy qualifiait de « bac + 18 » a semblé laisser de côté ses vieux dogmes. La responsabilité budgétaire, la trajectoire de la dette, les réformes structurelles visant à réduire la dépense publique qui étaient ses obsessions sont remises à plus tard.

La dette atteint 114 % du PIB. Autrefois, elle était ce fardeau laissé à nos enfants. « *La dette, c'est de l'investissement* », dit-il aujourd'hui. De l'investissement pour sauver les PME, les restaurateurs, les cafetiers et éviter le chômage de masse. « *La question aujourd'hui c'est de dépenser. Et de dépenser vite* », a-t-il insisté, lors de son intervention au Club de l'économie, organisé par *Le Monde* jeudi 1^{er} octobre.

Etatiste ? Il martèle que « *personne n'est plus efficace que l'Etat pour sauver les entreprises* » et ajoute « *en quinze jours, nous avons mis 300 milliards d'euros sur la table* », évoquant les prêts garantis aux entreprises. Bruno Le Maire, homme de droite, germanophile, serait-il soudain devenu un « keynésien », adepte de la relance budgétaire et de l'intervention de l'Etat ?

Dès le début de la crise, il est un des premiers à avoir entendu et mis en application le message d'Emmanuel Macron appelant, en mars, à sauver le pays « *quoi qu'il en coûte* » : 100 milliards de plan de relance, dont

36 milliards à décaisser en 2021, 45 milliards de réductions d'impôts entre 2018 et 2021, 195,2 milliards de déficit et plus de 450 milliards de dépenses publiques en 2020...

« Vous demandez un milliard ? Vous l'avez »

Certains dirigeants de son ancien parti Les Républicains (LR) s'étranglent. Il n'y a pas si longtemps, Bruno Le Maire était un des leurs, membre du camp des « frugaux ». Ils n'ont pas oublié que, en 2016, candidat à la primaire, il proposait lui aussi de supprimer 500 000 emplois publics. « *Le gouvernement a abandonné ses propres idéaux*, se désole Albéric de Montgolfier, sénateur (LR) d'Eure-et-Loir et rapporteur général de la commission des finances du Sénat jusqu'au 30 septembre. *En arrivant à Bercy, Bruno Le Maire disait textuellement : "La dette est le cancer de la France !" Aujourd'hui, c'est l'explosion générale.* »

A l'Assemblée nationale, Eric Woerth (LR), membre de la commission des finances, s'afflige tout autant : « *Le président a dit qu'on pouvait dépenser sans compter, alors...* » L'ancien ministre du budget ne conteste pas la nécessité de répondre à l'urgence de la crise. « *D'accord, on dépense pour la relance. Mais il doit s'agir de dépenses réversibles. Là on voit aussi des hausses de salaires de fonctionnaires* », note-t-il, jugeant l'attitude des autorités « *un peu démagogique* ».

« *Il n'a jamais été aussi facile d'être ministre. Vous demandez un milliard ? Vous l'avez* », regrette-t-il, attendant toujours les « *grandes réformes promises* » par le chef de l'Etat : « *Chaque jour, le gouvernement annonce une mesure historique, mais où en est le grand mouvement de décentralisation, la réforme de la fiscalité ? J'ai peur qu'on brûle le vaisseau.* »

Dans l'entourage de Bruno Le Maire, la critique agace. « *Parce que la dette est un problème, on va dire, O.K., licenciez tout le monde, l'important c'est les 3 % [limite autrefois fixée par la Commission européenne pour le déficit] ! Pardon, mais il y a une crise !* »

« *Les mêmes qui nous disent "il faut moins d'Etat", on les voit aujourd'hui défiler pour avoir droit au chômage partiel et aux fonds de soutien. Nous, on a une ligne claire et cohérente. On a une crise, la plus grave depuis 1929, alors on protège les Français. L'Etat doit être là pour les plus faibles* », poursuit un des proches du ministre.

« C'est le job de sa vie »

Le ministre de l'économie, lui, s'amuse d'avoir été, il y a quelques mois, décrit comme un « Che Guevara », après avoir demandé aux entreprises d'augmenter les salaires, en janvier, lors de ses vœux aux forces économiques, et d'être aujourd'hui vu comme un keynésien. Il prend garde, toutefois, à soigner sa droite. Ce n'est pas parce que les vannes du budget sont grandes ouvertes que c'est « *open bar* », a-t-il souligné sur France Inter le 29 septembre.

A chacune de ses interventions, le ministre rappelle aussi l'importance de poursuivre les réformes, en particulier, celle des retraites. Quand ? « *Je ne suis pas maître du calendrier* », élude-t-il, alors que l'exécutif espère toujours conclure ce dossier avant la fin du quinquennat. La dette, elle, sera remboursée. Et ceux qui prétendent le contraire sont des « *irresponsables* ». Enfin, pour pallier les critiques sur l'abandon de la doctrine budgétaire, il martèle que son plan de relance vise à restaurer et à moderniser l'offre, à savoir les entreprises et l'appareil productif, et non la demande.

Il n'empêche. Bruno Le Maire a changé. L'ancien diplomate, parfois vu comme froid et distant, « *mouille sa chemise* », observe un proche. En février, c'est en rencontrant des entrepreneurs qu'il prend conscience que le Covid-19 sera un tournant historique, un « *game changer* », selon les termes macronistes. Il multiplie les réunions avec les syndicats professionnels et met en place un plan d'attaque, après s'être assuré qu'à Bruxelles le respect d'un déficit à 3 % ne sera plus un sujet. « *Il a pris un virage mais le pays aussi a pris un virage*, souligne un de ses anciens conseillers. *Bruno est passé pas loin de la mort politique. Aujourd'hui il aime ce qu'il fait. C'est le job de sa vie.* »

« C'est l'Etat protecteur que l'on réclame »

A l'Elysée, on applaudit, soulagé que ce poids lourd du gouvernement n'ait, pour le moment, plus d'ambitions présidentielles. Quant à la ligne économique, elle est assumée. De fait, si l'exécutif ignore encore [comment gérer l'avalanche de plans sociaux](#), son action face à la crise est destinée à rassurer des électeurs plutôt favorables à l'interventionnisme de l'Etat et avides de protection. « *C'est l'Etat protecteur que l'on réclame, celui qui a failli quand il n'y avait pas de masque et qui doit protéger aujourd'hui* », atteste Frédéric Dabi, directeur général adjoint de l'institut de sondage l'IFOP, citant l'enquête No Com du 18 juin indiquant que plus des deux tiers des Français (71 %) veulent donner autant ou plus de place à l'Etat, et que le mot « nationalisation » a désormais une connotation positive pour une majorité de Français.

Si la crise peut, en partie, expliquer ce phénomène, Brice Teinturier, directeur général délégué de l'institut de sondage Ipsos, rappelle que tous les présidents ont cédé à cette demande de protection : Jacques Chirac avec son discours sur la « *fracture sociale* » pendant la campagne présidentielle de 1995, mais aussi Nicolas Sarkozy, qui, après avoir évoqué le « *bouclier fiscal* », parle en 2008 de « *refonder le capitalisme* ».

Quant à la dette, un thème qui n'a, en réalité, jamais passionné l'opinion, ses effets pervers sont, pour l'heure, absents et donc, ignorés. Hormis dans l'immobilier, l'inflation ne dévore ni l'épargne des ménages ni leur pouvoir d'achat. Et grâce à la nouvelle solidarité européenne, aucune attaque spéculative des marchés sur les emprunts d'Etat ne se profile. « *Il y a une anesthésie générale* », constate Albéric de Montgolfier. « *La dette, à part moi, tout le monde s'en fout* », soupire Eric Woerth.

<https://www.zeit.de/wissen/2020-10/christian-drosten-corona-massnahmen-neuinfektionen-herbst-winter-covid-19/komplettansicht>

Christian Drosten:

"Wir haben es selbst in der Hand"

Quarantäne vor Familientreffen, Halskratzen ernst nehmen und mögliche Impfungen nicht überschätzen: Was der Virologe Christian Drosten jetzt für den Corona-Winter rät.



Christian Drosten ist Leiter der Virologie an der Charité in Berlin. Er zählt zu den Mitentdeckern des Sars-Coronavirus, das mit dem aktuellen Pandemieerregere verwandt ist. Sein Team entwickelte den weltweit ersten Test auf Sars-CoV-2. © Jacobia Dahm für ZEIT ONLINE

Interview: [Florian Schumann](#) und [Jakob Simmank](#)

6. Oktober 2020, 13:12 Uhr [720 Kommentare](#)

Die Zahl der Neuinfektionen steigt. Doch Deutschland könne noch gut durch den Corona-Winter kommen, sagt der Virologe Christian Drosten. Bei Kälte drinnen im Restaurant sitzen? Die geplante Party wirklich feiern? Jetzt komme es auf die kleinen Alltagsentscheidungen an. Und darauf, dass alle mitmachen.

ZEIT ONLINE: Obwohl die Situation der Corona-Neuinfektionen angespannter ist als noch im Juni, wirken Sie – nach Ihrer Medienpause im Sommer – entspannter. Täuscht das?

Christian Drosten: Wenn ich den Pandemieverlauf betrachte, bin ich in einem Zustand der gespannten Aufmerksamkeit. Wir befinden uns in einer Phase, in der es vonseiten der Medizin keine größeren Probleme gibt – im Sinne überfüllter Krankenhäuser und Intensivstationen –, in der wir aber aufpassen müssen, dass es dazu auch nicht kommt. Bei diesem Virus muss man früh reagieren. Das sieht man, wenn man Deutschland und England vergleicht, zwei ähnlich strukturierte Länder. Deutschland war im Frühjahr mit Maßnahmen einfach etwas früher dran. Das Resultat ist, dass wir hierzulande bisher weniger Infektionen und Todesfälle hatten.

ZEIT ONLINE: Haben wir die Zügel in der aktuellen Phase noch in der Hand?

Drosten: Absolut. Die Frage ist: Wie viel Puffer haben wir, sollte es wieder mehr schwere Fälle geben, weil sich zunehmend wieder mehr ältere Menschen infizieren? Im Moment gibt es in der klinischen Versorgung noch ganz viel Puffer. Aber anderswo in Europa sehen wir, dass die Stationen schon wieder voll sind, etwa in Südfrankreich oder in Madrid. Das zu vermeiden, haben wir in der Hand.

ZEIT ONLINE: Bund und Länder haben gerade neue Regeln beschlossen und zur strengeren Einhaltung der schon geltenden gemahnt. Wenn die Zahl der gemeldeten Neuinfektionen in einem Landkreis 35 pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner übersteigt, sollen strengere Regeln für

Feiern gelten. Außerdem sollen die Gesundheitsämter weiter gestärkt werden. Reicht all das, um durch Herbst und Winter ohne eine Explosion der Fallzahlen zu kommen?

Drosten: Das kann keiner beurteilen, das müssen wir sehen. Sicherlich ist es sinnvoll, die Gruppengröße für geschlossene Räume zu begrenzen, denn das reduziert die Wahrscheinlichkeit von Superspreading-Ereignissen, bei denen ein Einzelner viele andere ansteckt. Aber man kommt bei solchen Regeln relativ schnell in Unsicherheiten hinein. Da stellen sich Fragen: Wie groß darf so eine Gruppe sein? Und was ist mit der Aufenthaltsdauer oder der Höhe des Raums? Ich war vor Kurzem auf einer Veranstaltung in einer Fabrikhalle. Die war so hoch, das war praktisch draußen.

ZEIT ONLINE: Das heißt, man muss gewisse Werte einfach willkürlich festlegen?

Drosten: Genau, und das ist der Unterschied zwischen Wissenschaft und Politik. Ein Politiker muss pragmatisch sagen: "Da ist jetzt mal die Grenze."

ZEIT ONLINE: Das wichtigste Kriterium, ob strengere Maßnahmen eingeführt werden, ist weiterhin die Zahl der gemeldeten Neuinfektionen. Aber nicht jede davon führt zu einer schweren Erkrankung. Wissenschaftler wie Hendrik Streeck fordern deshalb, stärker auch andere Kriterien mit heranzuziehen, etwa die Zahl der Krankenhauseinweisungen oder die Testpositivenrate, wie es etwa schon in Österreich passiert. Hielten Sie das für sinnvoller als die aktuelle Hotspotstrategie?

Drosten: Es stimmt natürlich: Nicht jeder Covid-19-Fall ist für das Ausbruchsgeschehen oder medizinisch gesehen gleich relevant. Die Fallsterblichkeit unterscheidet sich zwischen den Altersgruppen sehr stark. Alte Menschen sterben im Schnitt viel häufiger an einer Covid-Erkrankung als junge, auf die in den letzten Monaten besonders viele Infektionen entfielen. Ich kann deshalb verstehen, dass man gern einen Zusatzindikator hätte, etwa die Bettenbelegung. Mein Einwand ist, dass die Neuinfektionen selbst schon ein nachlaufender Parameter sind.

ZEIT ONLINE: Was bedeutet das?

Drosten: Die Diagnose hat eine Verzögerung von einer Woche, teilweise durch die Überlastung einiger Labore sogar etwas mehr. Ein Patient, bei dem heute das Coronavirus festgestellt wird, ist also ein Indikator dafür, wie viel an Virus vor einer Woche in der Gesellschaft unterwegs war. Und die Bettenbelegung läuft noch länger nach, weil die Patienten oft erst eine Woche nach der Diagnose ins Krankenhaus müssen. Eine Möglichkeit für ein weiteres Kriterium wäre: Man könnte nicht nur die Infizierten zählen, sondern gesondert auch die Infizierten über 50 Jahre. Anhand dieser Zahl könnte man gut prognostizieren, mit wie viel schweren Verläufen man demnächst rechnen muss.

"Ich bin absolut ersetzbar"

ZEIT ONLINE: Im Sommer haben viele Menschen ihr Sozialleben nach draußen verlagert. Das geht nun langsam nicht mehr so gut. Kanzlerin Angela Merkel hat deshalb noch einmal betont, wie sehr es immer noch auf das Verhalten jedes Einzelnen ankommt. Welche Tipps haben Sie jenseits der AHA-Regeln aus Abstand, Hygiene und Alltagsmasken oder des besseren Lüftens?

Drosten: Wichtig ist, dass wir alle mitdenken und verstehen: Wir haben es selbst in der Hand. Dann handeln wir auch klug, selbst wenn wir unbeobachtet sind. Es geht um viele kleine Alltagsentscheidungen. Wenn man zum Beispiel essen geht und die Frage aufkommt: Sollen wir uns noch reinsetzen, obwohl es drinnen recht voll ist? Geht man rein oder sagt man: "Ja, es ist kalt, aber lasst uns doch noch eine Viertelstunde draußen sitzen und dann nach Hause gehen." Oder die Frage, ob man eine Party, die man geplant hatte, wirklich feiern muss diesen Winter, ob man für sie vielleicht einen luftigen, besonders großen Raum finden kann oder sie auf nächstes Jahr verschiebt. Das sind ja alles Dinge, die sind nicht verboten und die kann und will auch keiner regulieren. Es geht darum, dass wir alle die Lage ernst nehmen, während wir versuchen, einen normalen Alltag zu haben. Wir müssen alle dafür ein Augenmaß entwickeln.

ZEIT ONLINE: Wie machen Sie das? Gehen Sie noch in Restaurants?

Drosten: Ich schaffe es im Moment aus Zeitgründen leider nicht allzu häufig, privat essen zu gehen. Aber ich setze mich gern nach draußen, auch wenn es etwas kälter ist.

ZEIT ONLINE: Wie soll es an Weihnachten werden, wenn ganz Deutschland zur Familie fährt und dann auch mit den Großeltern in Kontakt kommt? Lässt sich das risikoärmer gestalten?

Drosten: Ich halte das Prinzip der Vorquarantäne für eine gute Idee. Also dass Menschen einige Tage, optimalerweise eine Woche, vor dem Familienbesuch mit Oma und Opa soziale Kontakte so gut es geht vermeiden. Natürlich muss jeder im Einzelfall überlegen, wie das im Alltag umsetzbar ist: Wie macht man das mit den Kindern, die in die Kita oder die Schule gehen? Und kann man vor dem Familienbesuch einige Tage lang Besprechungen vermeiden oder ganz im Homeoffice arbeiten, wenn der Beruf es zulässt?

Dann fährt man zu den Verwandten und hat im Hinterkopf, dass man sich in dieser Woche mit weniger Kontakten wahrscheinlich nicht infiziert hat. Wenn überhaupt, dann hat man sich vielleicht eher in der Woche zuvor angesteckt, und dass in diesem Fall alle aus der Familie symptomfrei bleiben, ist eher unwahrscheinlich. Das könnte ein Ansatz sein für die kommende Zeit, jetzt für die Herbstferien und vielleicht auch für Weihnachten. Aber natürlich gilt auch hier: Menschen müssen Risiken in einer Pandemie ein Stück weit selbst abwägen. Es gibt keine totale Sicherheit, es bleiben immer Restrisiken.

ZEIT ONLINE: Umfragen zeigen, dass wieder etwas mehr Menschen in Deutschland glauben, ein hohes Ansteckungsrisiko zu haben. Gleichzeitig geben weniger Leute an, sich an die AHA-Regeln zu halten. Können Sie nachvollziehen, dass manche es schleifen lassen oder ausbrechen wollen?

Drosten: Ja, das ist komplett menschlich. Und so etwas passiert natürlich auch situativ, zum Beispiel unter Alkoholeinfluss. Ich kann auch nachvollziehen, dass Dinge verschleißen und dass man über den Sommer die Lage nicht ernst genommen hat, weil die Krankheit nicht so stark sichtbar war. Aber nun zeigt den Menschen der Blick ins europäische Ausland, dass es auch wieder schwierigere Situationen geben kann. Vielleicht sollten wir auch mehr auf die Südhalbkugel schauen, die den Winter schon hinter sich hat. Argentinien zum Beispiel, ein Land mit ähnlicher Altersstruktur wie Deutschland, hat die Pandemie trotz eines langen Lockdowns nur schwer unter Kontrolle gebracht.

Mein Mantra ist, dass wir die Menschen testen sollten, die Corona-Symptome haben.

ZEIT ONLINE: Neben dem individuellen Verhalten ist auch der sinnvolle Einsatz von Tests wichtig. Aktuell überarbeitet die Politik die nationale Teststrategie. Sind Sie daran beteiligt?

Drosten: Ich werde vielleicht hier und da mal gefragt, was meine Meinung ist. Und wenn nicht, ist das auch nicht schlimm. Ich bin absolut ersetzbar. Ich erwarte, dass ich die Teststrategie das erste Mal sehe, wenn sie veröffentlicht wird.

ZEIT ONLINE: Was sollte in der Teststrategie stehen?

Drosten: Mein Mantra ist, dass wir die Menschen testen sollten, die Corona-Symptome haben. Ich lehne nicht all die Gründe für symptomfreies oder Massentesten ab. Aber wir können nicht alle testen. Wir können nicht damit rechnen, dass wir die Diagnostik mit PCR noch weiter ausbauen können. Es könnte sogar sein, dass die Kapazität schrumpft, weil Materialien fehlen. Das sind nicht nur die Reagenzien, sondern auch Verbrauchsmaterialien, Plastikteile etwa. Deshalb müssen wir die Testung dahin steuern, wo sie mit höherer Wahrscheinlichkeit die Krankheit anzeigt. Das hilft Gesundheitsämtern bei der Kontaktnachverfolgung und den einzelnen Patienten. Und bei einem positiven Test muss ein Hausarzt seine Patienten auf dem Zettel haben, was verhindert, dass Schwerkranke zu spät in die Klinik gebracht werden.

ZEIT ONLINE: Was sollte in der Teststrategie noch vorkommen?

Drosten: Ich halte es für wichtig, einen Schwellenwert zu finden, der unterscheidet zwischen Infektion und Infektiosität. Der also nicht nur zeigt, ob ein Mensch infiziert ist, sondern auch, ob er ansteckend ist. Das ist zum Beispiel für die Gesundheitsämter sehr wichtig und wird in der Teststrategie sicherlich umgesetzt werden.

"Wir testen die Produkte verschiedener Firmen"

ZEIT ONLINE: Und wie genau findet man diesen Schwellenwert?

Drosten: Wir wissen inzwischen ziemlich genau, dass Infizierte ungefähr eine Woche nach den ersten Symptomen ansteckend sind: durch epidemiologische Beobachtungen und weil sich im Labor eine Woche nach Symptombeginn das Virus nur noch bei einem Fünftel aller Proben anzüchten lässt. Ein Expertengremium, das die Studienlage dazu sichtet, könnte sich anhand dieser Daten pragmatisch auf einen Schwellenwert einigen. Unterhalb dieser Schwelle an Viruslast würde ein Mensch nicht als infektiös gelten, oberhalb schon. Wahrscheinlich wird es dazwischen noch einen Korridor geben, einen Graubereich, in dem das nicht so klar ist. "Wahrscheinlich infektiös", "Graubereich" oder "wahrscheinlich nicht infektiös zum Zeitpunkt der Probenentnahme": Das könnte künftig in allen Laborberichten stehen.

ZEIT ONLINE: Und was ist mit Alternativen zum PCR-Test, dem einzigen Laborverfahren, mit dem Abstriche momentan zuverlässig ausgewertet werden können?

Drosten: Viele Alternativen, über die gerade diskutiert wird, etwa LAMP-Tests – also eine besondere Variante des PCR-Verfahrens – oder Massensequenzierungen, sind interessant. Aber nicht mehr für diese Pandemie, nicht mehr in diesem Winter. Der Hauptgrund ist, dass diese Tests alle trotzdem noch im Labor gemacht werden müssen. Es ist keine Testung, die man zum Patienten bringt, wo man an ein und demselben Ort den Test entnimmt und auswertet. Aber genau die bräuchten wir.

ZEIT ONLINE: Hier sind schnelle Antigentests eine große Hoffnung für die Zukunft. Für wie gut halten Sie die Tests, die derzeit auf den Markt kommen?

Drosten: Das ist eine total gute Entwicklung. Diese einfachen Antigentests funktionieren bei Sars-CoV-2 deutlich besser als etwa bei der Influenza, also der Grippe. Wohl auch, weil Infizierte ziemlich viel Virus im Rachen haben. Wir sind hier an meinem Institut gerade wie einige andere Labore in Deutschland damit beschäftigt, die Tests zu validieren. Wir testen die Produkte verschiedener Firmen. Die Qualität schwankt teilweise noch etwas, weil die Produktionsprozesse gerade erst aufgebaut werden. Aber insgesamt funktionieren diese Tests gut. Sie sind zwar nicht so empfindlich wie eine PCR, werden aber in einem Bereich positiv, in dem Menschen wahrscheinlich auch infektiös sind.

ZEIT ONLINE: Das heißt, Antigentests könnten bald dabei helfen, zu unterscheiden, ob jemand ansteckend ist oder nicht?

Drosten: Wenn es gut läuft, dann vielleicht schon. Das wäre natürlich super. Damit könnte man in ganz vielen Situationen arbeiten. Endgültig kann ich das aber noch nicht sagen. Ich bin mir nicht sicher, ob die Validierung der Antigentests aus mehreren Laboren zur neuen Teststrategie bis Mitte Oktober vorliegt. Und wahrscheinlich wird man bis dahin auch nicht mit der Einschätzung fertig sein, bis zu welcher Viruslast jemand ansteckend ist.

ZEIT ONLINE: Wo würden Sie Antigentests sinnvoll einsetzen?

Drosten: Man will damit vor allem eine Akutdiagnose stellen bei Patientinnen und Patienten mit Symptomen. Das ist das Allerwichtigste. Menschen haben, während sie Symptome haben, viel Virus im Rachen, selbst bei milden Beschwerden. In so einem Fall könnte man sagen: Wenn jemand Symptome hat und der Antigentest negativ ist, dann hat diese Person nicht Covid-19. Diese Aussage würde ich mir wahrscheinlich demnächst zutrauen, wenn die Daten noch mal etwas härter sind, als ich sie jetzt schon sehe. Im positiven Fall müsste man das Ergebnis des Antigentests per PCR bestätigen – auch schon allein wegen der Meldung.

ZEIT ONLINE: Es wird aber auch darüber diskutiert, Antigentests an der Tür zu Pflegeheimen einzusetzen, um zu entscheiden, ob jemand seine Angehörigen besuchen darf. Diese Menschen haben in der Regel keine Symptome und trotzdem müsste ein Test zuverlässig erkennen, ob sie infektiös sind.

Drosten: Einerseits wissen wir mittlerweile, dass asymptomatisch Infizierte nicht weniger Virus ausscheiden, höchstens kürzer. Daher gehe ich davon aus, dass ein Antigentest auch bei Infizierten ohne Symptome positiv ausfallen wird. Wenn die Tests einmal validiert sind und sich die Labore ein Bild davon gemacht haben, können solche Tests gerade für Pflegeeinrichtungen ein Gewinn sein, zumal es dort medizinisches Personal gibt, das den Test durchführen kann. Wichtig ist aber, dass in diesem Fall keine Diagnose gestellt wird, sondern nur eine momentane Abschätzung der

Infektiosität gemacht wird. Eine Lösung wäre, festzulegen, dass das negative Testergebnis nur für die Dauer des Besuchs Gültigkeit hat und danach verfällt. Unabhängig davon bleibt es aber weiterhin wichtig, Maske zu tragen, Abstand zu halten und die Hygieneregeln zu beachten.

"Das ziehen wir jetzt alle gemeinsam durch"

ZEIT ONLINE: Bei Kulturveranstaltungen oder vor Clubs und Bars ist das anders. Und auch dass der Normalbürger sich zu Hause testet, ist noch nicht absehbar.

Drosten: Die Corona-Schnelltests müssten zuvor als Heimtests zugelassen werden. Und ich höre von Experten, dass eine solche Validierung noch dauern wird. Probleme gibt es vor allem beim Handling: Wenn die Qualität der Tests stimmt, muss man ja sicherstellen, dass Menschen sie korrekt anwenden, dass sie etwa den Rachenabstrich richtig machen. Das ist so schnell nicht umsetzbar, daher werden wir einen pragmatischen Umgang finden müssen.

ZEIT ONLINE: Ein Problem dürfte auch die Kapazität sein. Wie viele Antigentests werden in Deutschland pro Monat zur Verfügung stehen?

Wir werden uns nicht aus der Pandemie raustesten können.

CHRISTIAN DROSTEN

Drosten: Von dem, was ich höre, bewegt sich das im Millionenbereich, nicht nur drei, aber wohl auch keine 20. Die Frage ist nur, was passiert, wenn andere Länder denselben Bedarf haben? Sind dann ausreichend Tests lieferbar? Solche Probleme gab es ja auch bei der PCR. Sicher ist jedenfalls: Wir werden uns nicht aus der Pandemie raustesten können. Das sind Gedankenexperimente, die akademisch reizvoll sind, aber nicht umsetzbar. Viel wichtiger scheint mir, die Bevölkerung mitzunehmen. Dazu gehört auch, noch einmal zu erklären, dass doch die meisten Infizierten Symptome bekommen und wie die sich anfühlen können. Selbst in Deutschland gibt es noch so viel Unkenntnis darüber, obwohl wir schon extrem viel geschafft haben bei der Informationsvermittlung.

ZEIT ONLINE: Wen sehen Sie da in der Pflicht?

Drosten: Vor allem die Politik. Dass die Bundeskanzlerin vor der Kamera schrittweise eine Verdoppelung der Fallzahlen vorrechnet, finde ich gut. Ich würde mir von Politikern auch wünschen, dass sie sagen: Wahrscheinlich haben 80 Prozent aller Erwachsenen eben doch Symptome, wenn man die laufende Nase und das leichte Halskratzen mitzählt. Achten Sie darauf. Und wenn Sie so etwas haben, bleiben Sie zu Hause. Ein Wort von sehr hoher Stelle hat da einfach eine große Reichweite, und die Botschaften sind simpel. Es ist aber wichtig, dass sie gesendet werden.

ZEIT ONLINE: Müssten nicht auch Hausärztinnen und -ärzte die Menschen hier besser aufklären?

Drosten: Ja, das müssten sie unbedingt. Allerdings wundere ich mich manchmal schon, dass von dieser Seite bei der Aufklärung der Patientenschaft nicht nur Unterstützung kommt, sondern dass einzelne Niedergelassene offenbar Schutzmaßnahmen wie etwa Masken nicht für nötig halten oder in manchen Fällen sogar gezielt untergraben. Gerade Haus- und Kinderärzte haben eine enge Beziehung zu ihren Patienten und sollten daher die Botschaft streuen: Das ziehen wir jetzt alle gemeinsam durch. Zum Wohle vor allem der vulnerablen Patienten informieren wir jetzt die Menschen und erklären ihnen noch einmal die Dinge.

ZEIT ONLINE: Damit meinen Sie etwa ältere Menschen, die noch dazu ihren Hausärzten besonders vertrauen?

Drosten: Ja, die Daten bestätigen, dass die Sterblichkeit an Covid-19 mit dem Alter enorm zunimmt ([MedRxiv: Levin et al., 2020](#)). Es ist ein Virus, das in den letzten zehn Berufsjahren wirklich gefährlich wird – gar kein Vergleich mit der Influenza. Und das dann in den ersten zehn Rentenjahren absolut zu vermeiden ist. Diese Menschen dürfen sich nicht infizieren. Das muss diese Altersgruppe verinnerlichen und das ist noch nicht in ausreichendem Maße passiert, denke ich.

ZEIT ONLINE: Welche Diskussion um das Virus selbst scheint Ihnen im Moment besonders wichtig?

Drosten: Die Idee, dass es sich demnächst abschwächt, unterstütze ich nicht. Es gab eine Mutation, die dem Virus offenbar einen großen Fitnessvorteil gebracht hat. Diese D614G-Mutation aber ist schon in der frühesten Zeit der europäischen Epidemie entstanden und ist jetzt weltweit verbreitet. Die krank machende Wirkung des Virus hat sich nach Datenlage nicht verändert, nur die Verbreitungsfähigkeit, und das minimal. Und so wird es wohl auch in nächster Zukunft bleiben. Wenn sich ein Virus zufällig abschwächt, also irgendein Gen verliert, dann gibt es in der Nachbarschaft immer gleich ein konkurrierendes Virus, das über kurze Zeit in der Gesellschaft Überhand nehmen wird. Eine abgeschwächte Variante des Erregers wird sich also nicht so bald durchsetzen.

ZEIT ONLINE: Andere pandemische Coronaviren haben sich wohl im Laufe der Zeit abgeschwächt, inzwischen verursachen sie meist nur noch leichte Erkältungen. Wird das auch mit Sars-CoV-2 geschehen?

Drosten: Gut möglich, aber wenn, dann erst lange nach der Pandemie, wenn in vielen Ländern der Erde Populationsnischen entstanden sind, das Virus sich also nur noch lokal verbreitet. In diesen Nischen kann sich ein abgeschwächtes Virus bilden, das sich gut verbreiten kann, aber nicht mehr so krank machend ist. Das ist bei den anderen Coronaviren auch passiert, aber es dauerte Jahrzehnte. Die Stabilität von Sars-CoV-2 hat aber auch eine gute Seite: Wir müssen nicht befürchten, dass sich das Virus demnächst so stark verändert, dass ein Impfstoff seine Wirkung verliert.

ZEIT ONLINE: Sie sprechen den Impfstoff an. Gehen Sie nach wie vor davon aus, dass im Laufe des nächsten Jahres einer oder mehrere davon auf den Markt kommen werden?

Drosten: Ja, aber zwischen "zugelassen" und "auf den Markt kommen" muss man unterscheiden. Zugelassen werden die ersten Impfstoffe vielleicht sogar schon Ende des Jahres. Die Frage ist nur: Wie viel kann man verimpfen? Erst einmal wird das nicht so viel sein. Deshalb wird man wahrscheinlich diejenigen mit hohem Risiko für einen schweren Verlauf, aber auch Gesundheitspersonal, zuerst impfen.

ZEIT ONLINE: Viele Expertinnen und Experten gehen davon aus, dass die Impfstoffe der ersten Generation wahrscheinlich nicht davor schützen werden, dass man sich ansteckt. Stimmen Sie zu?

"Ich werde auf der Straße ständig erkannt"

Drosten: Die Wahrscheinlichkeit besteht, dass sie eher vor einem schweren Verlauf schützen als vor der Infektion an sich. Daten aus Versuchen mit Primaten deuten aber auch darauf hin, dass eine Impfung die Viruslast im Rachen verringert (zum Beispiel: New England Journal of Medicine: Corbett et al., 2020). Daher glaube ich nicht daran, dass sich das Virus unter der Decke des Impfschutzes ungehindert weiterverbreiten wird. Ich erwarte, dass auch die nicht so guten Impfstoffe der ersten Generation ihren Teil zur Kontrolle der Pandemie beitragen werden. Wenn man denn genug davon hat.

ZEIT ONLINE: Anfangs wird das nicht der Fall sein. Wie muss man sich diese Übergangszeit vorstellen?

Drosten: Es wird im nächsten Jahr ein Nebeneinander geben: Wir werden verschiedene Impfstoffe haben, die vielleicht sogar unterschiedlich wirksam sind und mit denen sich Teile der Bevölkerung impfen lassen können. Gleichzeitig werden aber Kontaktbeschränkungen und AHA-Regeln weiter wichtig bleiben.

ZEIT ONLINE: Haben Sie das Gefühl, diese Informationen wurden schon ausreichend vermittelt?

Drosten: Nein, diese Vermittlung hat nach meinem Gefühl noch nicht eingesetzt. Dazu gehört auch, zu sagen, dass die Impfstoffe möglicherweise nicht perfekt sind. Es kann sein, dass sich zeigt, dass sie nicht genügend schützen oder dass es Nebenwirkungen gibt, die einer Empfehlung für Jüngere im Wege stehen, die nicht so schwer erkranken. Die Bürger auf eine Impfung

vorzubereiten, die möglicherweise nicht perfekt ist: Ich finde, das muss man jetzt angehen. Dafür ist nun der richtige Zeitpunkt gekommen. Vorher wäre das aber auch verfrüht gewesen, denn die Phase-III-Studien gehen ja gerade erst los.

ZEIT ONLINE: Stützt sich unsere Strategie zu sehr auf einen Impfstoff?

Drosten: Sie stützt sich darauf, aber mehr auch nicht. Sie hängt nicht davon ab. Auch wenn wir sehen würden, dass aus einem völlig unerfindlichen Grund die Entwicklung eines Impfstoffs nicht gelingt, würde man auf Maßnahmen wie Kontaktbeschränkungen setzen. Das Virus würde andernfalls wieder harte Gegenmaßnahmen erzwingen, einfach weil es nicht tragbar ist, in einer Gesellschaft mit unserem Altersprofil diese Krankheit durchlaufen zu lassen. Die vergangenen und derzeitigen Maßnahmen stehen daher nicht infrage.

ZEIT ONLINE: Sie haben während der Pandemie viel mit Politikerinnen und Politikern zu tun gehabt. Wie hat sich dadurch Ihr Blick auf die Dinge verändert?

Drosten: Ich habe einen Einblick gewonnen, wie lange es manchmal dauern kann, bis etwas entschieden ist, und welche regulativen Hürden es dann noch gibt. Es mag einen überraschen, dass die Dinge selbst in einer Pandemiesituation so lange dauern. Schneller geht es allerdings bei notwendiger Beachtung aller demokratischen Spielregeln nicht.

ZEIT ONLINE: Was hat sich für Sie persönlich am meisten verändert?

Drosten: Ich werde auf der Straße ständig erkannt und hoffe, dass das dann irgendwann wieder vorbei ist. Ich habe aber weiterhin das Gefühl, dass es eine richtige Entscheidung war, so an die Öffentlichkeit zu gehen, weil man doch viel erreicht, indem man aufklärt. Aber ich bin niemand, der das danach weiterführen will. Ich will das nicht als Sprungbrett nutzen, um demnächst so richtig im Fernsehen durchzustarten. Im Gegenteil: Ich wünsche mir, dass diese Pandemie so schnell wie möglich vorbei ist und ich mich dann wieder auf die normale Arbeit konzentrieren kann. Und ich wünsche mir, dass die Leute mich dann auch wieder vergessen. Dass in ein paar Jahren in der Zeitung steht: "Was macht eigentlich Christian Drosten?"

ZEIT ONLINE: Sie haben auch von Drohungen gegen Ihre Person berichtet. Wie gehen Sie damit um?

Drosten: Das ist ganz unterschiedlich. Bei manchen Mails denkt man sich: Der ist verrückt. Es gibt welche, da tut mir der Autor leid, auch wenn er mich mit Aggressionen überschüttet. Und es gibt die wenigen wirklich perfiden, psychisch manipulativen Zuschriften. Das ist zum Glück ganz selten.

ZEIT ONLINE: Auf der anderen Seite steht ein Großteil der Deutschen hinter den momentanen Maßnahmen, an denen Sie Ihren Anteil haben. Und Sie haben das Bundesverdienstkreuz bekommen. Was bedeutet Ihnen das?

Drosten: Das Wichtigste für mich ist wirklich, dass die meisten Menschen den Maßnahmen zustimmen – auch wenn es immer noch mehr sein könnten. Aber natürlich: dass der Bundespräsident mir und anderen wie dem Pianisten Igor Levit und der Wissenschaftsjournalistin Mai Thi Nguyen-Kim das Bundesverdienstkreuz verleiht, ist noch einmal ein deutliches Zeichen. Dafür, dass es richtig gefunden wird, was wir machen. Das beruhigt mich in den Momenten, in denen ich angegriffen werde. Es macht mir immer wieder klar: Es ist schon richtig, was ich tue.

ZEIT ONLINE: Trotzdem gibt es auch Menschen, die Sie als Mahner wahrnehmen. Verbreiten Sie genug Hoffnung?

Drosten: Ja, sicher! Ich bin gar kein mahnender Wissenschaftler, das ist nur eine Zuschreibung. Das ist nur das, was in manchen Verkürzungen übrig gelassen wird, aber es ist nicht die Realität. Wir haben in Deutschland eine realistische Chance, besser durch Herbst und Winter zu kommen als viele andere Länder. Aber was Frau Merkel in der letzten Zeit gemacht hat, ist absolut richtig: immer wieder darauf hinzuweisen, dass jetzt die Chance ist, die Situation zu kontrollieren, das Virus kleinzuhalten. Man darf es nicht laufen lassen, um erst später, vielleicht zu spät einzuschreiten.

Argumente gegen das Gendern, die Sie anderswo nie lesen

Stand: 07.10.2020 | Lesedauer: 10 Minuten

Von Marcus Lorenz



Beim Plural „Piloten“ denken die meisten an Männer

Quelle: pa/dpa/Laurent Gillieron

Über die „geschlechtergerechte Sprache“ wird gestritten. Ihre Befürworter verweisen gern auf Studien, die aber methodisch anfechtbar sind. Und es gibt noch mehr wissenschaftliche Einwände gegen das Gendern – auch von Frauen.

Es ist schon etwas her, da stand in einer Frankfurter Zeitung der folgende Satz: „60,5 Millionen Bürger sind zur Bundestagswahl aufgerufen.“ Befürwortern des Genderns sind solche Formulierungen ein Graus. Denn das Wort *Bürger* – so meinen sie zu wissen – löse die Assoziation „Männer“ aus. Psychologische Studien hätten dies belegt.

Die Insistenz, mit der auf solche Studien verwiesen wird – in Leitfäden von Hochschulen für eine „geschlechtergerechte Sprache“, in Zeitungsartikeln, in den Einlassungen einiger moralisierender Linguisten –, diese Insistenz kann man nur erstaunlich finden. Denn jene Studien sind äußerst dürftig. Und die These, die sie angeblich belegen, ist schon vom Standpunkt des gesunden Menschenverstandes aus kaum glaubwürdig.

Denn zunächst einmal widerspricht es jeder Erfahrung, dass Sätze mit Personenbezeichnungen grundsätzlich, wie ja behauptet wird, „Bilder im Kopf“ erzeugen. Tatsächlich stehen in vielen Fällen

abstrakte Informationen im Vordergrund. So auch im zitierten Satz mit den 60,5 Millionen, die zur Bundestagswahl aufgerufen sind. Schon gar nicht ist wissenschaftlich belegt, dass wir bei Personenbezeichnungen immer konkrete Merkmale assoziieren, etwa das Geschlecht der Personen. Und dies erscheint auch höchst unwahrscheinlich.

Lesen wir einen Satz wie „Die Zuschauer klatschten“, so denken die meisten von uns wohl eher an eine bunte Menge. Das gilt mit Sicherheit auch bei: „Die Demonstranten hatten sich vor dem Reichstag versammelt.“ Bei alltäglichen Wendungen dürfen wir zweifellos dasselbe annehmen: Wer seinem Chef sagt, er müsse „dringend zum Arzt“, erzeugt im Normalfall alle möglichen Gedanken, aber wohl kaum die Vorstellung des Doktors. Und wer schreibt, „Wir treffen uns beim Italiener“, denkt mit Sicherheit eher an Pasta und Wein als an eine männliche Person.

Gehen wir zur Italiener*in

Befürworter der Gendersprache werden einwenden, dass niemand ernsthaft behauptet, wir würden bei Wörtern wie *Bürger, Lehrer, Demonstranten, Italiener* immer an Männer denken. Es sei aber erwiesen, dass wir es viel eher täten. Deshalb müsse man *Bürgerinnen und Bürger* sagen und *Bürger*innen* schreiben. Doch auch die Annahme einer mehr oder minder starken Tendenz zur einer solchen männlichen Interpretation ist alles andere als zweifelsfrei belegt. Es gibt eine Reihe gewichtiger und ziemlich aufschlussreicher Gründe, dies zurückzuweisen. Und nicht wenige Linguisten haben es getan.

Es wäre gewiss falsch zu behaupten, generische Maskulina würden nie, in keinem Fall auch eher an Männer denken lassen. Nur sehr oft passiert das wahrscheinlich nicht. Wie groß die Tendenz zu männlichen Lesart ist, hängt, wie die Forschung gezeigt hat, von einer ganzen Reihe sprachlicher und außersprachlicher Faktoren ab. Und damit kommen wir zu einem der wissenschaftlichen Hauptkritikpunkte an den psychologischen Experimenten: Diese maßgeblichen Einflussfaktoren werden in den Untersuchungen meistens nicht berücksichtigt.

Kontext, Wortart, Numerus (Plural oder Singular), Syntax, relative Häufigkeit von Maskulina und Worten auf „-in“, Stereotype und Weltwissen – das sind laut Forschung nur einige der Faktoren, die mitbestimmen, ob wir die Wörter *Bürger, Forscher, Patienten, Demonstranten* geschlechtsneutral verstehen oder eher männlich. Der Einfluss des Plurals etwa ist wohl beträchtlich. Eine Studie, die das eindrücklich zeigt, wurde 2012 mit niederländischen und deutschen Muttersprachlern durchgeführt.

Ein Ergebnis der Untersuchung war: Pluralformen generischer Maskulina wurden von den Probanden im Deutschen zu 97 Prozent korrekt verstanden, also geschlechtsneutral. Bei Rollenbezeichnungen wie *Schüler*, *Zuschauer* oder *Bewohner* waren es sogar 99 Prozent. Und die besonders umstrittenen Berufsbezeichnungen wie *Ärzte*, *Politiker*, *Schauspieler* verstanden die Versuchsteilnehmer zu 94 Prozent als neutral. Mit anderen Worten: Niemand denkt wirklich bei einem Satz wie „60,5 Millionen Bürger sind zur Bundestagswahl aufgerufen“ nur an Männer.

Auf den Kontext kommt es an

Besonders stark ist nach Auffassung von Sprachwissenschaftlern auch der Einfluss des Kontexts. Es liegt auf der Hand: Was uns beim Lesen, Hören, Schreiben durch den Kopf geht, wie wir Wörter interpretieren, hängt maßgeblich von dem Kontext ab, in dem sie stehen: „Israelische Forscher haben eine künstliche Hand entwickelt“ löst andere Assoziationen aus als „Anna und Jan sind Forscher“.

Doch die einschlägigen Studien berücksichtigen das nicht. Denn in der Regel untersuchen sie nur einen oder sehr wenige Kontexte. Manche Tests verwenden die Wörter noch nicht einmal in alltagstypischen Sätzen. Für die Linguistin Gisela Zifonun steht nach der Analyse einiger oft zitierter Studien daher fest: „Tests dieser Art sagen nichts aus über eine generell mit dem generischen Maskulinum assoziierte mentale Sexus-Zuweisung“. Will sagen: Die Aussagekraft solcher Experimente ist im Grunde gleich Null.

Die Linguistin Ewa Trutkowski schlägt in dieselbe Kerbe. Es gebe, bemängelt sie, keine Studien, die die unterschiedlichen Assoziationen prüfen, die ein Wort in verschiedenen Sätzen auslösen kann. Dies zeige „auf welch dünnem Eis“ sich viele Befürworter des Genders bewegen, wenn sie auf die existierenden Experimente verweisen.

Und mit Blick auf die Studienlage hat der Linguist Franz Rainer kürzlich festgestellt: Die Tendenz zur männlichen Lesart des generischen Maskulinums (der „male bias“) sei oftmals ohnehin nicht sehr groß. Gebe man noch den Kontext dazu, bleibe „von dem ‚bias‘ meistens nicht mehr allzu viel übrig“.

Wenn nur Frauen und Studenten gefragt werden

Ein weiterer gewichtiger Faktor sind laut Forschung auch Stereotype und Rollenbilder. Doch auch ihr Einfluss wird in den meisten Experimenten nicht berücksichtigt, bemängelt etwa der Philosoph Philipp Hübl. Er zweifelt die Aussagekraft der Studien daher stark an.

Doch die Kritik beschränkt sich längst nicht auf die Vernachlässigung maßgeblicher Einflussfaktoren. Der Germanist Tomas Kubelik bemängelt unter anderem, dass das biologische Geschlecht in einer Studie durch die Fragestellung erst ins Bewusstsein der Probanden gehoben werde. Gisela Zifonun kritisiert an anderen Tests, dass hier eine männliche Interpretation der Wörter naheliege.

Den allermeisten Studien gemein ist ein statistisches Manko: Sie wurden nur mit Studenten durchgeführt, teils mit kaum mehr als 15 oder 30 Probanden. Oft stimmt nicht einmal das Geschlechterverhältnis. Bei einigen Tests lag der Frauenanteil bei über 70 oder mehr als 80 Prozent, in einem Fall, einem Experiment von 2012, belief er sich sogar auf 100 Prozent. Ergebnisse aus solchen Studien sind nicht repräsentativ, die Stichproben statistisch ohne Aussagekraft. Auf andere, nicht-studentische Bevölkerungsgruppen lassen sich die Resultate nicht übertragen.

Man kann bei dieser Menge an Unzulänglichkeiten schon mit Tomas Kubelik zu dem Eindruck gelangen, dass hier nicht immer ganz unvoreingenommen geforscht wird. Der Germanist hält den Autoren der Studien vor, Beweise erbringen zu wollen, statt objektiv zu forschen.

Bemerkenswert ist die Beharrlichkeit, mit der Anhänger des Genderns auf diese Studien verweisen noch aus einem anderen Grund. Denn in vielen Untersuchungen, auf die sie sich berufen, sind die Effekte des Genderns äußerst bescheiden. In einem der oft zitierten Experimente beispielsweise sollten die Probanden spontan zwölf Berühmtheiten nennen – je drei Sportler, Sänger, Politiker und Moderatoren. Wurden in der Aufgabenstellung generische Maskulina verwendet, nannten die Testpersonen im Mittel 2,4 Frauen. Doch bei der Doppelnennungen lag dieser Werte gerade mal 0,3 Punkte höher, bei 2,7 Frauen. Und in der Variante mit Binnen-I waren es auch bloß 4,7 Frauen von 12 Prominenten.

In einer anderen Untersuchung stieg der Anteil der Versuchspersonen, die die Assoziation „Frau“ hatten bei der Beidnennung um äußerst bescheidene 10 Prozentpunkte (von 20 auf 30 Prozent). In einem weiteren Test – diesmal mit Schulkindern – hatten Doppelnennungen mal überhaupt keinen Effekt, mal einen äußerst geringen (0,07 und 0,14 auf einer Skala von 1 bis 5). Und in wieder einer anderen Untersuchung stieg durch die Paarform der Männeranteil teilweise sogar an.

Woran Türken beim Wort „Piloten“ denken

Es gibt Studien, die einen stärkeren „male bias“ festgestellt haben. So wie es Wörter gibt, die derzeit wohl auch in vielen Kontexten männliche Vorstellungen hervorrufen. *Piloten, Soldaten, Terroristen* dürften zu diesen Nomen zählen. Dass das grammatische Geschlecht nicht der Grund ist, ist leicht einzusehen. Denn

auch die Türken, Ungarn und Japaner denken sich Piloten, Soldaten und Terroristen vor allem als Männer – obwohl ihre Sprachen weder Maskulinum noch Femininum kennen. Gesellschaftliche Realitäten, Weltwissen und Stereotype prägen diese Vorstellungen.

Doch Realitäten verändern sich. Und die „Bilder im Kopf“ ändern sich dann eben manchmal auch überraschend schnell. Nach dem 11. September 2001 war in Deutschland – wie in der übrigen westlichen Welt – die primäre Vorstellung beim Wort *Terroristen* in etwa die: Männer, aus dem Nahen Osten. Machen wir noch einen Zeitsprung von 25, 30 Jahren: Woran dachten die Bürger der BRD in den 1970ern und 80ern wohl beim Wort *Terroristen*? Man darf annehmen, an Andreas Baader, Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Irmgard Möller, Klaus Jünschke, Elisabeth von Dyck. Sie dachten an Männer und Frauen.

Je mehr Frauen in ein Cockpit steigen, je öfter weibliche Piloten in Film und Fernsehserien als Helden der Lüfte zu bewundern sind, desto eher wird sich auch der Vorstellungsinhalt beim Wort *Piloten* dieser neuen Realität und den neuen Medienbildern anpassen. Falls der weibliche Teil der Bevölkerung weiterhin lieber andere Berufe ergreift, ist die Assoziation „Männer“ beim Wort Piloten vielleicht auch nicht unbedingt ganz ungerecht.

Als Begründung für das Gendern taugen alle Studien nicht. Wer auf sie verweist, ignoriert, dass schon die Grundthese, Sprache erzeuge „Bilder im Kopf“, für viele Fälle offenbar nicht stimmt; er übergeht die eklatanten Mängel vieler Experimente; und er übersieht die Tatsache, dass wir das generische Maskulinum in Zeitungen, TV-Nachrichten und im täglichen Dialog geschlechtsneutral verstehen und eben nicht „eher an Männer“ denken.

Doch vor allem schreibt er der Sprache eine Macht zu, die sie nicht besitzt. Dass Doppelnennungen bei jungen Frauen den Wunsch wecken könnten, eine Piloten-Laufbahn einzuschlagen oder Ingenieurin zu werden, ist eine Illusion. Es gibt keinen Fall, in dem Sprachregulierungen je einen Bewusstseinswandel ausgelöst hätten. Noch nie haben Sprachveränderungen Ressentiments verringert, zur Emanzipation beigetragen oder gar soziale Missstände geheilt.

Die Sprache bestimmt nicht das Bewusstsein

Umgekehrt ist die Frauen-Emanzipation, bei allen Defiziten, die es gewiss noch gibt, weit vorangekommen – mit dem generischem Maskulinum. Viel weiter, als in so einigen Ländern, die keine Maskulina in ihren Sprachen führen.

Um es mit den Worten des Linguisten Hans-Martin Gauger zu sagen: „Die feministische Sprachkritik überschätzt gewaltig die bewusstseinsbildende Macht einer Sprache.“ Wer die Wirklichkeit ändern will, muss die Wirklichkeit ändern. Nicht die Sprache. Das generische Maskulinum ist nicht das, was man ihm mit schwachen Studien andichten will. Die These „Sprache prägt das Bewusstsein“ ist und bleibt der Grundirrtum der Gendersprache.

Néoféminisme, décolonialisme:**«Arrêtons de nous excuser», la contre-attaque de Pascal Bruckner**

EXCLUSIF - Dans son nouvel essai, *Un coupable presque parfait* (Grasset), Pascal Bruckner dénonce la montée en puissance d'une nouvelle idéologie raciste et sexiste. Elle prend pour bouc émissaire, selon lui, «*le mâle blanc hétérosexuel*» .

C'était il y a environ un an. L'idée de son nouvel essai est née alors qu'il écoutait la matinale de France Culture. «*Vieux mâle occidental blanc*»: en entendant ces mots, prononcés par un chroniqueur comme une injure à son égard, le flegmatique Pascal Bruckner a manqué de s'étouffer avec son café. Le philosophe avait pris l'habitude de s'entendre qualifier de «*réac*» , s'en faisant même «*un titre de fierté*», la preuve d'une certaine indépendance d'esprit. Mais pour ce dandy aux cheveux longs et à l'éternelle silhouette de jeune homme, se voir rappeler qu'il n'avait plus 20 ans était particulièrement déplaisant. Plus sérieusement, jamais il n'aurait imaginé qu'en France, au XXI^e siècle, il verrait resurgir ainsi des préjugés liés au sexe et à l'épiderme. Qui plus est sur une antenne du service public!

Récidiviste

Que lui était-il reproché exactement? Ses critiques à l'encontre de l' «*adolescente star*» , Greta Thunberg, dans *Le Figaro*. «*Mais quel rapport entre la militante du climat et la couleur de peau?* se demandait-il. *Aucun! Si un intellectuel africain critiquait la jeune Suédoise, le traiterai-on de vieux mâle noir?* » D'autres à sa place, mus par un certain conformisme ou effrayés à l'idée d'être envoyés à l'Ehpad par le système médiatique, se seraient sentis disqualifiés, auraient cédé à l'air du temps et demandé pardon. Bruckner, lui, refuse d'être un «*bouc émissaire*». Pour l'auteur de *La Tyrannie de la pénitence* , il n'est pas question de s'excuser d'avoir 71 ans ou de se repentir d'être un homme. Encore moins d'expié en raison de sa couleur de peau. Ce serait aussi absurde que de s'excuser d'être noir, arabe ou juif. Le philosophe qui, derrière une apparente nonchalance, n'aime rien tant que se nourrir des critiques de ses adversaires, y voit, au contraire, une occasion de porter la plume dans la plaie. Au «*sanglot de l'homme blanc*» doit succéder son sursaut. D'autant qu'au-delà de son propre cas, Bruckner l'a déjà constaté, le discours racialisé, que l'on croyait banni à tout jamais, fait son retour et se banalise.

L'effacement des lumières

Quelques semaines plus tard, la cérémonie des César, marquée par les polémiques autour des récompenses attribuées au réalisateur Roman Polanski, condamné en 1977 pour rapports sexuels illégaux avec une mineure, ainsi que par les propos de l'actrice Aïssa Maïga, expliquant qu'elle «*n e (pouvait) pas (s')empêcher de compter le nombre de Noirs dans la salle* », lui en apporte la confirmation et achève de le convaincre de se lancer dans un nouveau projet d'écriture. «*Polanski est d'abord le nom d'une haine de l'homme "blanc, vieux, hétérosexuel, androcentré"* », écrit-il alors dans *Le Point*, reprenant les mots de l'actrice «*féministe*» Adèle Haenel dans une interview au *New York Times*.

Avec *Un coupable presque parfait. La construction du bouc émissaire blanc* (Grasset), Bruckner s'attend à être traité de tous les noms d'oiseaux. D'aucuns y verront sans doute le pamphlet rageur d'un «*dominant*» . D'autres la plainte d'un intellectuel vieillissant cédant à la compétition victimaire qu'il entend dénoncer. Ce serait ne rien comprendre à cet essai aussi dense que percutant, exempt d'amertume mais expression d'une angoisse profonde qui traverse son œuvre depuis plusieurs décennies: celle de l'effacement de l'Occident et de son projet universaliste issu des Lumières au profit d'une société tribalisée en proie à la lutte des «*genres*» , des «*racés*» et des «*communautés*» . S'il avait pu choisir son époque, Bruckner se serait probablement téléporté au XVIII^e siècle. À son modèle inavoué, Voltaire, dont il partage le goût de la vie en société et du voyage, il tente d'emprunter le style faussement désinvolte, la rapidité d'esprit et les traits d'ironie. Le paradoxe est qu'il n'a cessé de se battre, non contre le retour du conservatisme, mais contre les dérives d'un certain progressisme et contre ceux qui se présentent comme les héritiers des Lumières. Un scénario qu'il ne pouvait imaginer lorsque à 20 ans, en mai 68, il pensait défier l'autorité et l'ordre moral.

Les vieux démons ressurgissent

Dès 1983 et la publication du *Sanglot de l'homme blanc*, Bruckner a rompu cependant avec une certaine gauche occidentale. Il s'en prend alors à l'idéologie tiers-mondiste qu'il juge manichéenne, opposant un Sud radieux et idéalisé à un Nord rapace et oppresseur, et, à ses yeux, reposant derrière une solidarité affichée, sur la haine de soi. En 2006, dans *La Tyrannie de la pénitence*, il poursuit son exploration du malaise occidental. En ressassant les crimes du passé - esclavage, guerres, fascisme -, les nations européennes se complaisent, selon lui, dans une autculpabilisation à bon compte, et se condamnent au déclin et à la dépression. *Un coupable presque parfait* conclut en quelque sorte sa trilogie sur le «masochisme occidental» et marque le franchissement inquiétant d'une nouvelle étape. Car, explique Bruckner, tout se passe comme si, en voulant combattre les vieux démons de l'Occident, la gauche les avait ressuscités. Sous couvert de progressisme, c'est l'obscurantisme qui fait son retour et l'homme blanc, autrefois persécuteur, pourrait en être la principale victime: le «*bouc émissaire*». Ce retournement paradoxal passe, selon Bruckner, par le dévoiement de trois causes nobles défendue par l'Occident: le féminisme, l'antiracisme et l'anticolonialisme.

Pour commencer, «*le féminisme de progrès*» est trop souvent devenu «*un féminisme de procès*», analyse-t-il. Si le féminisme traditionnel était universaliste et entendait instaurer une égalité aussi bien économique que symbolique entre hommes et femmes, le néoféminisme est ouvertement séparatiste, voire suprématiste et dresse les sexes l'un contre l'autre. La militante féministe et LGBT, élue au Conseil de Paris, Alice Coffin, a ainsi récemment créé la polémique en écrivant dans son livre, *Le Génie lesbien*, «*il faut éliminer les hommes de nos esprits : ne plus lire leurs livres, ne plus regarder leurs films, ne plus écouter leurs musiques*». Simple provocation isolée ou symptôme d'une véritable tendance? Bruckner pointe les excès du mouvement #MeToo et «*la jouissance iconoclaste à démolir certaines figures masculines connues*», quand bien même la justice les aurait innocentés (Philippe Gaubère, Luc Besson, Woody Allen). Par nature, le deuxième sexe serait innocent tandis que par essence, le sexe masculin serait criminel. Le philosophe regrette que beaucoup de féministes nord-américaines, mais aussi françaises, présentent désormais tout homme comme un «*prédateur*» aliéné par «*la culture du viol*». Mais si pour la militante Caroline De Haas, «*un homme sur deux ou trois est un agresseur*», les agresseurs sont toujours blancs. Ce qui explique son silence, comme la majorité des féministes, après les viols de Cologne par des migrants lors de la nuit du Nouvel An 2016.

Le néoféminisme va de pair avec un néo-antiracisme tout aussi manichéen, analyse Bruckner. L'antiracisme d'autrefois défendait l'idée d'une humanité commune au-delà de la diversité des origines et des cultures. Le nouvel antiracisme exacerbe les identités, se focalise sur la couleur de peau et va même jusqu'à ressusciter le concept de race que l'on croyait aboli, créant ainsi les conditions d'un nouvel apartheid. «*On se contente, dans un stupéfiant mimétisme, d'inverser la rhétorique de la ségrégation qui exaltait les seuls Blancs au détriment des Noirs*, observe le philosophe. *Ici, c'est le contraire: on dénigre "les faces de craie" pour célébrer les autres couleurs de peau en leur attribuant toutes les vertus.*»

L'antiracisme se double d'un anticolonialisme d'autant plus délirant et virulent que le colonialisme n'existe plus. Mais pour la gauche identitaire, il faut désormais décoloniser les pays occidentaux de l'intérieur, les débarrasser de leurs préjugés historiques et culturels, lesquels enfermeraient à tout jamais les enfants de l'immigration ou les descendants d'esclaves dans un statut d'infériorité. C'est ce que l'on appelle «la culture de l'effacement», autrement dit l'effacement de la culture et de l'histoire occidentale au nom de l'utopie multiculturelle. Pour ne pas heurter la «sensibilité» des «minorités intersectionnelles», on débaptisera des rues, on déboulonnera des statues et on réécrira des classiques de la littérature.

Visionnaire?

Cette folie «*progressiste*», qui conduit aujourd'hui les États-Unis au bord de la guerre civile, pouvait encore, il y a peu, sembler exotique et lointaine pour les Européens. Si bien que lorsque Pascal Bruckner entame l'écriture de son livre, il y a un an, on peut se demander s'il n'accorde pas trop d'importance à un mouvement qui apparaît encore comme ultraminoritaire. Par la suite, le déclenchement de la crise du coronavirus laisse penser que les questions économiques et sociales vont davantage occuper le devant de la scène que les questions identitaires. Dans l'entourage du philosophe, le seul à y croire depuis le début n'est autre que le PDG des Éditions Grasset, Olivier Nora. «*Nous sentions monter ces problématiques. Même si cela était moins clair qu'aujourd'hui, nous anticipions que cela allait devenir un enjeu majeur de l'époque*», explique-t-il.

L'ombre de la French Theory

Au lendemain du confinement, le 6 juin 2020, la manifestation antiraciste en hommage à George Floyd et contre les violences policières, qui rassemble plus de 20.000 personnes à Paris, leur donne raison. Organisée, entre autres, par le collectif La Vérité pour Adama, elle est émaillée par quelques slogans délétères: «Sibeth traîtresse à sa race», «*Mort aux Blancs*» ... «*Ces manif ont été un contresens total. Tout à coup, nous sommes tous devenus américains: George Floyd/Adama Traoré, même combat*,

constate Pascal Bruckner. *Or, les États-Unis et la France ne sont pas comparables et les rapports d'experts ont jusqu'ici établi que la mort d'Adama Traoré était accidentelle.* » Ironiquement, l'idéologie de la race et du genre, désormais hégémonique sur les campus américains, a été inspirée par les thèses de la French theory, popularisées dans les années 1970 outre-Atlantique par des philosophes français tels que Foucault ou Derrida. Métabolisées et dévoyées par la gauche identitaire américaine, elles sont finalement réimportées aujourd'hui. Le cauchemar américain va-t-il ainsi se déporter sur le Vieux Continent?

L'Europe et singulièrement la France, berceau des Lumières, ont les anticorps nécessaires pour se prémunir contre ce virus, espère Bruckner. Le philosophe rappelle les mots de la chanteuse américaine naturalisée française, Joséphine Baker: « *À Paris, personne ne me disait noire. Personne ne me disait négresse, mot qui me blessait terriblement.* » Ou ceux de l'écrivain James Baldwin, réfugié en France en 1948: « *Les Français m'ont sauvé la vie car ils ne me voyaient pas. Ils m'ont débarrassé des béquilles de la race* », expliquait-il, précisant que dans la patrie de Victor Hugo, pas une fois on ne l'avait importuné pour sa couleur de peau ou son orientation sexuelle (il aimait les hommes). Plus largement, Bruckner souligne que ce sont les nations européennes qui en premier ont aboli l'esclavage. Que l'Occident, et lui seul, a fait l'effort de surmonter sa barbarie pour la penser et s'en affranchir.

À le lire, on comprend que non seulement il n'y a pas lieu de s'excuser, ni de se sentir coupable, mais il y a aussi quelques motifs d'être fier. Fier d'être français. Fier d'être européen. « *Nous avons toutes les raisons de vouloir défendre l'Europe* », conclut-il, *l'une des plus grandes civilisations de l'Histoire.* »

Voyage au cœur du malaise occidental

Les outrances du phénomène #MeeToo, le déni des viols de Cologne, la censure dans les universités ou encore le tabou de la traite négrière orientale sont autant de sujets brûlants abordés dans «Un coupable presque parfait». Voici, en exclusivité, des extraits de ce livre événement.

Contrairement aux espérances de 1989, ce ne sont pas la raison et encore moins la modération qui l'ont emporté après la chute du Mur. Une autre idéologie a remplacé les promesses de salut portées par le socialisme réel pour recommencer la bataille sur de nouvelles bases : la race, le genre, l'identité. Pour trois discours, néoféministe, antiraciste, décolonial, le coupable désormais est l'homme blanc, réduit à sa couleur de peau. C'est lui le pelé, le galeux, responsable de tous les maux. Rien a priori ne rapproche ces trois rhétoriques sinon la figure du Maudit, le mâle blanc hétérosexuel qui fédère des aversions identiques. Une vaste entreprise de rééducation est en marche, à l'université, dans les médias, qui demande à ceux qu'on appelle «*les Blancs* » de se renier. La dernière fois que l'on avait subi la propagande de la race, c'était avec le fascisme dans les années 1930 : la disqualification a priori d'une partie de la population. On était vaccinés, merci. Cela nous revient d'outre-Atlantique déguisé en son contraire, l'antiracisme, avec de nouveaux protagonistes.

Les professeurs de honte, néoféministes, décoloniaux, indigénistes, voudraient absolument nous prouver que notre mode de vie est fondé sur une exploitation effroyable des peuples et que nous devons nous repentir. Soudain toute une partie du monde occidental se découvre abominable, sous le regard de certaines minorités. Pour nous, exister, c'est d'abord expier. Se met en place, du moins dans le discours de nos croisés, une nouvelle humanité qui installe une autre hiérarchie : tout en bas les parias, la lie de la terre, le mâle blanc hétérosexuel occidental. Au sommet la femme noire ou arabe ou indienne, lesbienne ou queer, nouvelle reine de l'univers. Entre elle au pinacle et lui dans la poussière, toute la gamme des nuances, du blanc au beige, du beige au brun, du brun au foncé. Selon ces nouveaux préjugés, mieux vaudrait être foncé que pâle, homosexuel ou transgenre qu'hétérosexuel, femme plutôt qu'homme, musulman que juif ou chrétien, africain, asiatique, indigène qu'occidental. Il y aurait, comme le montrent les publicités et les plates-formes, l'ancien peuple, monochrome, servile, bêtement hétérosexuel. Et le nouveau, multicolore, composé de minorités dynamiques, talentueuses, aux mille érotismes contrastés. Dès 1983, j'alertais sur l'irruption possible d'un racisme anti-Blancs, d'une croisade contre les visages pâles. Il a pu y avoir au cours de la décolonisation, notamment en Afrique, un contre-racisme des peuples en voie de libération, notamment dans le Congo de Patrice Lumumba durant l'été 1960. Ce qui est absolument nouveau, c'est que ce sont des «*Blancs* » en Europe et aux États-Unis, en général appartenant aux classes aisées, qui se maudissent, dénoncent «*l'insupportable blancheur de notre culture* » et arguent de leur couleur de peau pour prouver leur infamie. La haine du Blanc est d'abord une haine de soi de la part du Blanc fortuné.

Les ambiguïtés de #MeToo

C'est le problème avec la mouvance #MeToo : certaines activistes se croient hypermodernes, elles sont souvent terriblement archaïques dans leur confusion entre la justice et le lynchage. Elles se moquent de la vérité, elles ne veulent que la simplicité d'un monde coupé en deux : l'homme, blanc de préférence, toujours coupable, et la femme toujours affligée. Elles relisent le passé proche à la seule lumière du Bien et du Mal, ne concèdent aucun écart, ne connaissent que l'anathème et l'excommunication.

#MeToo a mis fin, dit-on, à des décennies d'impunité. C'est un progrès, sans nul doute. Mais il n'est pas interdit d'en voir aussi les limites ou les dangers. En France, par exemple, 114 avocates pénalistes et féministes ont dû publier une longue tribune dans *Le Monde* (7-8 mars 2020) pour rappeler qu'une *«inquiétante présomption de culpabilité s'invite trop souvent en matière d'infractions sexuelles»* . Faut-il croire les victimes sur parole? À cette affirmation, les signataires rétorquaient : *«Présumer de la bonne foi de toute femme se déclarant victime de violence sexuelle reviendrait à sacraliser arbitrairement sa parole, en aucun cas à la "libérer" (...) En un clic et dans un mouvement de surenchère assez malsain, des femmes n'hésitent plus à s'autoproclamer victimes pour accéder à un statut qui induit l'existence de bourreaux tout désignés.»*

Alors que la justice démocratique oscille entre deux écueils, laisser un crime impuni ou punir un innocent, la justice digitale, elle, s'exerce dans l'instant. Elle veut frapper le coupable supposé, quitte à détruire des vies et des carrières : tout se mélange, des propos de table, des propositions maladroites, des gestes déplacés, des caresses impudiques. Une simple remarque et vous voilà embarqué à jamais dans la grande foule des porcs. Internet est à cet égard un lasso impitoyable qui vous rattrape où que vous soyez, même un demi-siècle après. L'oubli y est impossible et si le code pénal autorise la prescription, les tribunaux de l'opinion publique se l'interdisent. Le moindre manquement est allégué, signalé et conservé pour l'éternité. Si vous êtes dans la liste des présumés coupables, si en plus vous êtes célèbre, votre compte est bon. Un innocent n'est jamais qu'un coupable avec de bons avocats et des complicités haut placées. Une simple allégation vous marque à vie. La guillotine médiatique tourne à plein régime et, comme l'autre, elle a soif de nouvelles têtes à couper.

Culpabilité à géométrie variable

Mais les hommes ne se valent pas dans l'opprobre : seuls les Blancs sont vraiment à blâmer. Si à Paris, des migrants africains ou originaires du Proche-Orient harcèlent des passantes, il ne faut pas punir les premiers mais élargir les trottoirs, demande Caroline De Haas le 22 mai 2017, et améliorer l'éclairage. La lutte contre le viol ou l'agression s'arrête à la couleur de peau. Un violeur issu d'un pays du Sud n'est pas vraiment un violeur car il a des circonstances atténuantes. Ainsi l'essayiste Thierry Pech explique-t-il les agressions de Cologne comme celles du quartier La Chapelle-Pajol à Paris par une sorte d'habitus culturel oriental : *«Les agresseurs de Cologne ont toujours connu chômage et misère sexuelle ; c'est pour cela qu'il ne faut pas les juger hâtivement.»* Relativisons la portée des actes dès lors qu'il s'agit de non-Blancs, c'est-à-dire de dominés. On admirera le paternalisme de ce raisonnement qui applique la culture de l'excuse à une catégorie de l'humanité jugée irresponsable par nature.

«Nous ne sommes pas des corps disponibles à la consommation masculine blanche» , dit clairement l'islamiste Houria Bouteldja, comme s'ils l'étaient pour d'autres couleurs de peau. *«Si une femme noire est violée par un Noir, c'est compréhensible qu'elle ne porte pas plainte pour protéger la communauté noire»* , renchérit-elle. Bref, tout viol est insupportable mais tous ne se valent pas et l'on ne peut mettre sur le même plan l'agression d'un *«Blanc»* dominant et d'une personne *«en situation de subalternité»* .

Se focaliser sur les agressions de Cologne ou sur la personne de Tariq Ramadan, c'est faire preuve de racisme et stigmatiser une catégorie particulière de personnes, les musulmans et les demandeurs d'asile, pour ne pas les nommer, alors que *«toutes les foules masculines matinales des transports en commun français sont déjà un danger pour les femmes, et les foules avinées davantage»* , explique Valérie Rey-Robert, avide d'inculper le genre masculin tout entier pour mieux disculper une catégorie précise. Quant à Tariq Ramadan, pourquoi rapporter à l'islam les accusations dont il fait l'objet alors qu' *«il y a des millions de viols chaque jour dans le monde»* ? En dénonçant *«la construction raciste des violeurs»* , l'auteure semble oublier que le prêcheur Tariq Ramadan se réclamait du Coran pour prôner une moralité musulmane supérieure à celle de toutes les autres confessions. Qu'importe : il faut savoir que pour les plus ardentes dénonciatrices de l'espèce masculine, il y a des viols plus admissibles que d'autres s'ils sont commis par des musulmans ou des migrants. Les considérations de genre le cèdent devant celles de la race. Tous les hommes sont coupables mais certains le sont plus que d'autres.

Épuration artistique

Il ne suffit pas d'imposer silence à ceux qui pensent mal ; il faut aussi procéder à un nettoyage rétrospectif de la Grande Culture. Il faut censurer Gauguin, explique une certaine miss Adele Gavi sur le site du quotidien *The Guardian* , au moment de l'exposition de la National Gallery consacrée à cet artiste. Elle suggère aux organisateurs de s'intéresser aux *«milliers d'artistes formidables»* et parfois méconnus plutôt qu'à ce *«pervers pédophile»* . Et de conclure : *«Nous sommes en 2020 et nous n'avons plus à promouvoir les agresseurs sexuels.»* Gauguin détient ce privilège de cocher toutes les cases de l'abomination : il est à la fois un malfaiteur sexuel, un pédophile, un raciste et un colonialiste. Bref, la grandeur ou la beauté d'une œuvre, désormais, n'est plus sa complexité ou son invention formelle mais sa conformité au credo moral du temps.

Désormais, nous ne sommes plus des amateurs de cinéma ou de littérature mais des juges qui considérons les livres, les films, les peintures sous un angle exclusivement éthique. Il n'y a plus de chefs-d'œuvre, seulement les œuvres des chefs de la propagande occidentale, d'affreux doctrinaires, colonialistes, machistes et racistes, de Cervantès à Faulkner, ces DWEM (Dead White European Males, ces mâles européens blancs et morts). La littérature n'est plus création, mise en scène ou déchiffrement d'une époque : elle n'est qu'expression de la domination des puissants ou rébellion des minorités.

Naguère, un professeur, homme ou femme, vous incitait à aimer les œuvres, poésie, théâtre, peinture ou littérature, à en explorer les richesses. Désormais c'est un directeur de conscience qui vous explique pourquoi vous devez vous méfier des classiques, voire les écarter. C'est toute la querelle du canon à l'université : puisqu'il faut faire droit aux exigences des minorités, il n'est plus tolérable de laisser au programme sans examen Shakespeare, Chaucer, Cervantès, Balzac, Molière ou Goethe, témoins et propagateurs de mœurs oppressives. Au début de l'année 2020, l'université Yale, par la voix de Tim Barringer, directeur du département d'histoire de l'art, décide de ne plus enseigner cette histoire qu'à partir des «*questions de genre, de classe et de race* ». Barringer justifie cette décision par le malaise de nombreux étudiants face à un canon idéalisé, «*produit d'artistes blancs, européens, hétérosexuels et masculins* ». Il est à craindre dans cette démarche qu'il s'agisse surtout d'humilier l'art européen depuis la Renaissance, parce qu'il n'est pas conforme aux clichés en cours, queers, racisés, féministes. Cette mesure, prise encore une fois au nom des bons sentiments, ressemble furieusement aux enseignements de Jdanov, compagnon de route de Staline, qui, des années 1930 jusqu'en 1948 (date de sa mort), définissait l'art socialiste comme celui qui participait à l'éducation idéologique des masses. Faudra-t-il réécrire toutes les tragédies classiques, celles des Grecs, de Shakespeare ou de Racine, parce qu'elles incitent au meurtre des femmes ou accordent un rôle négatif à une personne non blanche, par exemple le Maure Othello dans la pièce du même nom qui met par ailleurs en scène une impitoyable guerre des sexes? Ami(e) s censeurs et censeuses (en langue inclusive), au travail, la tâche est gigantesque! D'ores et déjà, dans la plupart des maisons d'édition anglo-saxonnes, s'installent des sensitivity readers, des contrôleurs de sensibilité, qui décident si tel passage d'un manuscrit ne va pas offenser telle ou telle minorité. Les maisons d'édition payent des «*relecteurs* », pour ne pas heurter les éventuels lecteurs par des stéréotypes blessants. Le phénomène arrive en France où des «*démineurs éditoriaux* » relisent et conseillent les auteurs sur les termes ou expressions choquantes.

Relecture historique

Dire aujourd'hui qu'il y eut trois traites, l'orientale qui commença dès le VIIe siècle, l'africaine et l'atlantique, relève encore du tabou ou du moins de l'inconvenance. On se souvient qu'en 2005, l'historien des traites négrières Olivier Pétré-Grenouilleau avait été l'objet d'une campagne calomnieuse de la part d'un collectif d'Antillais, Guyanais et Réunionnais, soutenu par Christiane Taubira et défendu par Me Gilbert Collard. Il faudra le livre choc de l'historien franco-sénégalais Tidiane N'Diaye, *Le Génocide voilé*, paru en 2008, pour que les mentalités évoluent peu à peu. La thèse qu'il y défend est simple : si la traite transatlantique, qui a duré quatre siècles, est qualifiée à juste titre de crime contre l'humanité, la traite des Noirs d'Afrique par le monde arabo-musulman, commencée dès le VIIe siècle et terminée officiellement au XXe, peut s'assimiler à une extermination de masse : on estime qu'elle fit près de 17 millions de victimes, tuées ou castrées. Alors que 70 millions de descendants ou de métis d'Africains peuplent les Amériques, des États-Unis au Brésil en passant par les Caraïbes, seule une minorité de Noirs ont réussi à survivre en terre d'islam. Dès 652, l'émir et général Abdallah Ben Saïd impose aux Nubiens et aux Soudanais un accord leur demandant la livraison de centaines d'esclaves. La traite orientale emprunte deux routes, la transsaharienne et la maritime. La première est celle des caravanes qui vont d'oasis en oasis, traînant avec elles des milliers de captifs enchaînés qui meurent de faim, de soif, d'épuisement. Les pistes sont parsemées de squelettes. L'autre route était celle du Nil et de la mer Rouge, avec l'importance prise par l'île de Zanzibar, possession du sultanat d'Oman. Le «*Nègre* » y était inscrit dans le tarif des douanes telle une marchandise parmi d'autres. Les captifs étaient castrés par des moines coptes en Égypte et en Éthiopie - l'islam interdisant cette pratique. Ils effectuaient l'ablation sur des jeunes garçons de 8 à 12 ans dans des conditions d'asepsie épouvantables. Près de 80 % des patients mouraient des suites de l'opération. Le fantasme des Noirs surpuissants risquant de déshonorer les dames des harems conduisit à cette fabrication massive d'eunuques. Quant aux femmes, elles étaient recherchées comme concubines pour leur réputation de sensualité. Mais les enfants nés de ces unions étaient tués ou châtrés à leur tour, si bien que ces liaisons forcées ne produisirent aucune descendance. Mulâtres et métis étaient rarissimes. «*En castrant la plupart de ces millions de malheureux, l'entreprise ne fut ni plus ni moins qu'un véritable génocide, programmé pour la disparition totale des Noirs du monde arabo-musulman, après qu'ils furent usés, utilisés, assassinés.* » À en croire Tidiane N'Diaye, la traite arabe fut donc bien la pire : «*Bien qu'il n'existe pas de degrés dans l'horreur ni de monopole de la cruauté, on peut soutenir sans risque de se tromper que le commerce négrier et les expéditions guerrières menées par les Arabo-musulmans furent, pour l'Afrique noire et tout au long des siècles, bien plus dévastateurs que la traite transatlantique.* » Marc Ferro écrivait déjà en 1992 : «*La main tremble dès qu'il s'agit d'évoquer les crimes commis par les Arabes alors que l'inventaire des crimes commis par les Européens occupe, pour sa part, à juste titre, des pages entières.* » Il ne s'agit pas d'exonérer l'Occident de ses crimes mais de répartir équitablement la charge...

Le Figaro (site web)

vendredi 9 octobre 2020 - 07:30 UTC +02:00 2763 mots Hofstein, Cyril

Le grand retour du loup

ENQUÊTE - Depuis la réapparition de l'animal en France au début des années 1990, le pastoralisme a changé radicalement de visage. Dans les Alpes, éleveurs, défenseurs du loup et autorités tentent de trouver un équilibre entre la prédation du grand carnivore et le maintien des troupeaux dans les alpages et les estives.

Le soleil fait encore scintiller quelques instants une boule à facettes oubliée sous la terrasse de la Cabane, l'un des restaurants d'altitude de l'Alpe-d'Huez (Isère). Puis, il disparaît derrière les sommets du massif des Grandes-Rousses, au-dessus de l'Oisans. Dans la station de sport d'hiver, déserte en ce début d'automne, les rares ouvriers et artisans qui profitent de l'intersaison pour travailler sur leurs chantiers ont pris le chemin du retour. Dans les rues vides, la plupart des commerces, des hôtels et des restaurants sont fermés et seul résonne au loin le tintement des clochettes des brebis et des chèvres de la bergerie de Brandes qu'Angelo, le berger, vient de rassembler derrière un filet de protection au-dessus de l'altiport, à environ un kilomètre de Pierre Ronde. C'est là que ses bêtes passeront la nuit.

Car, depuis la réapparition du loup en France au début des années 1990, via l'Italie et les Alpes du Sud, tout a changé dans les estives et les alpages. À présent, plus aucune brebis ne passe la nuit en dehors d'une étable, quand il y en a une, ou d'un filet mobile électrifié et déployé spécialement chaque soir. En plus des traditionnels chiens de conduite, souvent joyeux et sociables, d'ombrageux chiens de protection, principalement des patous et des bergers d'Anatolie, veillent désormais sur les troupeaux. Au risque parfois de provoquer des conflits avec les autres usagers de la montagne, qui ne comprennent pas toujours que les choses ont changé. En août dernier, un randonneur a ainsi été gravement blessé dans le massif de la Chartreuse (Isère) par un patou qui l'a mordu au mollet, au cou et à une cuisse. *« C'est absolument regrettable, reconnaît Angélique, à la fois éleveuse de patous et de brebis. Les chiens sont là pour protéger les bêtes des attaques. C'est leur métier. Au début, c'est vrai, beaucoup n'ont pas toujours été socialisés correctement et leurs propriétaires ont sans doute manqué de formation. Aujourd'hui, c'est de moins en moins le cas et je pense sincèrement que le nombre d'incidents va baisser rapidement. »*

« Chacun doit comprendre qu'il a désormais un rôle actif à jouer pour que le pastoralisme puisse se poursuivre, assure Angelo. Celui du randonneur ou du vététiste est de rester sur les chemins et de respecter les règles. Celui du chien est de surveiller et de menacer pour nous mettre en garde en cas de danger. Et nous, les bergers, nous luttons pour continuer à faire notre métier. Nous n'avons pas d'autre choix. Nous devons partager l'espace. C'est pour nous une question de survie dans ce monde où le loup est dans les montagnes. »

Rares pourtant sont ceux qui l'ont vu de leurs yeux. Furtif, le loup chasse plutôt la nuit, seul ou en meute. Si son régime alimentaire est généralement composé à 76 % d'animaux sauvages (mouflons, chamois, cervidés et sangliers), selon l'Office français de la biodiversité (OFB), le *Canis lupus lupus* est sans conteste le principal prédateur des troupeaux ovins, caprins et bovins dans notre pays. C'est en été et pendant l'émancipation des jeunes, à l'automne, que ses attaques sont les plus nombreuses et, parfois, pris de frénésie, il tue et blesse davantage de brebis qu'il ne peut en manger. Un comportement préoccupant attesté par l'OFB, qui le nomme *« surplus killing »*.

« La population de loups en France est aujourd'hui estimée à environ 580 adultes, contre 530 l'année dernière. Environ 84 meutes ont été recensées sur 100 zones de présence permanente », précise Nicolas Jean, directeur adjoint à la Direction nationale des grands prédateurs terrestres à l'OFB. Si la plupart des individus se concentrent dans les Alpes, le Sud-Est et l'Est, certains loups solitaires ont pu cependant être observés dans d'autres départements, comme cet été en Seine-Maritime, dans les villages ruraux du pays de Bray, au sud de Dieppe. Aujourd'hui, la meute "cantonnée" localisée la plus à l'ouest du territoire français se situe actuellement dans la Drôme et un animal est installé depuis deux ans en haute vallée du Béarn dans les Pyrénées-Atlantiques. » L'année dernière, et pour la première fois depuis près d'un siècle, un loup a même été aperçu près d'Angoulême (Charente).

12.500 animaux d'élevage tués chaque année par les loups

Une bonne nouvelle pour les uns, une catastrophe pour les autres. Car la présence de ce grand prédateur a un prix. En 2019, selon la Fédération nationale ovine, « le coût financier du loup a atteint plus de 30 millions d'euros, soit 3.070.000 € pour l'indemnisation des pertes, 26.840.000 € pour la mise en place des moyens de protection, 110.000 € de crédits d'urgence et 2.000.000 € au moins pour rémunérer les agents de l'État affecté à plein temps au dossier ». Depuis 2017, en moyenne, environ 12.500 animaux, dont une majorité écrasante d'ovins, sont tués chaque année par des loups et plus de 3600 constats officiels donnant droit à indemnisation aux éleveurs sont dressés, selon la préfecture d'Auvergne-Rhône-Alpes, chargée de la gestion du loup sur le plan national.

« Mais il faudrait aussi ajouter toutes les attaques qui ne peuvent pas faire l'objet d'un constat, parce qu'elles n'ont pas fait de victimes directes », fait remarquer Claude, un éleveur établi de longue date dans le vallon de la Rama, près du col du Festre, dans le Dévoluy, qui a déjà perdu des dizaines de brebis. Très souvent, des bêtes ne sont pas retrouvées et celles qui ont été blessées finissent pratiquement toutes par mourir de leurs blessures. Et quand j'entends des gens dire que les éleveurs s'en fichent de perdre des agneaux ou des brebis puisqu'ils sont remboursés, je suis écœuré. Comment peut-on prétendre des choses pareilles! Lorsque j'ai découvert une de mes bêtes égorgée et éventrée mais toujours vivante, j'ai été marqué à vie. Pourquoi ne parle-t-on pas de bien-être animal dans ce cas-là? Au départ, le retour du loup, moi je n'étais pas contre. Mais là, c'est devenu n'importe quoi. Si cette folie se poursuit, bientôt il n'y aura plus ni troupeau ni berger dans la montagne et il ne faudra pas venir pleurer. » Une inquiétude d'autant plus grande qu'une dizaine de loups originaires du Canada, d'Alaska et d'Europe centrale viennent de s'échapper d'un parc zoologique après les terribles inondations qui ont frappé les Alpes-Maritimes.

Apprendre à vivre avec un grand prédateur naturel

De fait, malgré les nombreuses mesures de protection imposées aux éleveurs, le loup parvient presque toujours à prélever sa dîme. Comme la nuit dernière où un troupeau voisin de celui d'Angelo a été une nouvelle fois victime d'une attaque. Bilan: deux brebis tuées, une dizaine manquantes et trois blessées qui devront être euthanasiées le lendemain par le jeune gardien du troupeau. Face à cela et dans le cadre du « plan national loup », les autorités françaises permettent depuis plusieurs années le tir d'un certain nombre d'individus jugés trop menaçants. Une position vigoureusement combattue par certains défenseurs du loup, persuadés que les éleveurs doivent apprendre à vivre avec ce « prédateur naturel » dont chaque représentant doit être « sanctuarisé. »

« Le loup demeure une espèce strictement protégée en France. Et seuls peuvent être effectués des tirs dérogatoires dans le cadre du plan national d'actions sur le loup et les activités d'élevage. Ce dispositif est encadré par arrêté interministériel et chaque opération est autorisée par un arrêté préfectoral. Rien, absolument rien n'est laissé au hasard, insiste Nicolas Jean. La gestion du loup dans notre pays est tout sauf irrationnelle. Elle répond à un objectif de coexistence avec une réponse pragmatique en cas de dommages importants. » Dans cette logique, cette nuit-là, une dizaine de lieutenants de louveterie - des bénévoles auxiliaires de l'État nommés par le préfet -, dont l'institution a été créée par Charlemagne, se préparent à faire un affût autour du troupeau d'Angelo dans le cadre juridique très strict des « tirs de défense renforcés ».

« Le tir d'un loup est presque toujours une forme de constat d'échec, expliquent ensemble Philippe et Hugues, deux louvetiers de l'Isère dont l'expertise et l'expérience sont reconnues dans le département. Le loup est un animal fascinant. Intelligent, opportuniste et d'une vraie beauté sauvage. Dans les faits, nous intervenons quand aucune autre solution n'a pu être trouvée. Quand ni la protection passive du troupeau, ni le « tir d'effarouchement », ni le « tir de défense simple » n'ont eu de résultat et que seul un « tir de défense renforcée » doit être envisagé, exactement comme ici ce soir. »

Mais aucun des lieutenants de louveterie mobilisés pour l'opération n'apercevra la bête cette nuit. Ni eux ni aucun membre de la brigade d'intervention contre les grands prédateurs de l'OFB, dite « brigade loup » - chargée également de protéger les troupeaux, mais aussi d'opérer un suivi scientifique du prédateur -, qui, surveillaient un autre troupeau, à une cinquantaine de kilomètres de l'Alpe- d'Huez. Ils ont bien eu un doute quand une longue silhouette furtive est apparue dans leurs jumelles à vision nocturne... Mais personne n'a eu le temps de l'identifier formellement. « C'est souvent comme cela », reconnaît Angelo. Mais pour une fois, j'ai pu dormir sans craindre pour mes brebis et sans me réveiller toutes les cinq minutes. Les louvetiers l'ont fait pour moi et je les en remercie! »

Aussi rusé soit-il, le loup ne gagne pas toujours la partie. En 2019, 98 d'entre eux ont été abattus légalement, contre 51 en 2018. En 2020, 84 loups sur un quota maximal autorisé de 90 ont déjà été prélevés, dont un individu particulièrement agressif, dans la nuit du 22 au 23 septembre dernier, dans les Vosges, sur la commune du Val-d'Ajol. Capable de s'en prendre à des bovins et même d'entrer directement dans des bâtiments d'élevage, l'animal était responsable de plus de 20 attaques mortelles. « Malgré l'organisation des éleveurs pour défendre leurs troupeaux et l'intervention des lieutenants de louveterie sur des tirs d'effarouchement, les attaques se sont poursuivies », assure la préfecture. Nous n'avons donc pas d'autre choix. »

Au printemps dernier, à Saint-Paul-de-Varces, au sud de Grenoble, deux troupeaux d'ovins ont été attaqués à deux reprises en plein milieu du village et à quelques mètres de l'école communale. « *Pour nous, qui ne sommes ni en montagne ni vraiment totalement à la campagne, ce fut un choc* », explique David Richard, le maire de la commune. *J'aurais cru que le loup viendrait aussi près des maisons. Si on a l'habitude de penser qu'il s'agit d'un animal de montagne ou évoluant dans des zones très isolées, c'est une erreur: le loup peut vivre dans des milieux très variés et sa présence est avérée dans des zones périurbaines.* »

«C'est le pastoralisme qui est en danger d'extinction!»

C'est à Presles, dans le Vercors, que l'exaspération de certains éleveurs a sans doute atteint son paroxysme cette année. « *Plus de 260 bêtes ont été tuées par le loup et indemnisées aux éleveurs en 2020* », s'emporte Annette Jouvent, la secrétaire de l'Association des éleveurs et bergers du Vercors Drôme-Isère. *Nous sommes à bout. Cette année, les attaques se sont multipliées et nous avons l'impression d'être lâchés par l'État et assiégés par des associations de défense qui ne veulent pas comprendre ce qui se passe vraiment. Aujourd'hui, c'est le pastoralisme qui est en danger d'extinction, pas le loup!* »

De fait, la présence de ce carnassier divise profondément. Et si la louve italienne est toujours la mère de Rome dans l'imaginaire italien, en France, elle demeure pour beaucoup «la bête du Gévaudan». Victoire éclatante du monde sauvage sur la civilisation moderne pour les uns, fléau pour l'élevage et danger potentiel pour la vie rurale pour les autres, le loup cristallise les passions. On est souvent pour ou contre, et la tiédeur est rarement de mise. À celui qui pose des questions, éleveurs au bord de la crise de nerfs et protecteurs ultras d'Isengrin demandent d'abord s'il est pour ou contre le loup. Et parfois, faute d'une réponse claire et tranchée de sa part, les visages se ferment et la conversation s'arrête.

Par voie de presse, ou sur les réseaux sociaux, on dénonce la partialité et la cruauté de ceux qui n'en veulent pas ou qui veulent moins de loups dans la nature. Tout comme on accuse d'angélisme ceux qui se plaisent à observer son comportement ou qui se passionnent pour lui. On se jette mutuellement des chiffres contradictoires à la figure, prouvant que les loups sont en danger ou qu'ils sont en fait bien plus nombreux qu'on le dit. Certains naturalistes plus médiatiques que d'autres utilisent la prédation du loup pour dénoncer le rôle des chasseurs comme régulateurs de la faune sauvage et des animateurs de télévision, toujours à la recherche d'un scoop environnemental, relancent un débat qui, vu des villes, a rarement le même sens que dans les montagnes.

Au début du mois de juillet, à Monétier-les-Bains, dans les Hautes-Alpes, des louvetiers ont ainsi été violemment pris à partie après le prélèvement légal d'un animal pour lequel ils étaient missionnés par arrêté préfectoral. Après avoir fait l'objet « *d'insultes diverses et de menaces de mort* » par des membres d'un petit groupe de défenseurs du loup qui ont filmé et diffusé le tir sur les réseaux sociaux, provoquant la colère des défenseurs des animaux, les deux bénévoles assermentés ont porté plainte auprès du procureur de la République de Gap, qui a ordonné l'ouverture d'une enquête pour « *outrages et menaces de mort sur personne chargée de mission de service public* ». La pression médiatique a été si forte que la préfète des Hautes-Alpes, Martine Clavel, a dû rappeler à plusieurs reprises que tout avait été fait « *dans le plus strict respect des lois et réglementations destinées à préserver le meilleur équilibre possible entre la protection du loup et la sauvegarde du pastoralisme* ».

Des extrémistes de plus en plus marginalisés

« *Le loup est un sujet passionnant, aussi clivant que rassembleur, si je puis le dire ainsi* », explique Jean-Paul Celet, le préfet référent national sur la politique du loup (en appui au préfet coordonnateur du «plan loup» Pascal Mailhos). *Toutefois, je constate une évolution positive dans sa gestion globale. On arrive enfin à se parler. Éleveurs et associations de défense de l'environnement sont en train de dépasser les postures et chacun s'accorde sur des choses pratiques. On sait désormais que le loup a atteint dans notre pays son seuil de viabilité. C'est une bonne nouvelle pour cet animal qui a toute sa place en France. Il n'a jamais été question de l'éradiquer comme cela a été fait par le passé. Mais il est aussi indispensable de faire baisser sa prédation sur les animaux d'élevage. En clair, nous protégeons l'espèce et maintenons sa population, tout en luttant contre les loups qui attaquent. C'est pourquoi*, poursuit le haut fonctionnaire, *des protocoles de tir, à proximité des troupeaux et dans des conditions d'attaques, ont été négociés avec l'interprofession de l'élevage et les associations de protection de la nature. Enfin, d'un côté comme de l'autre, il me semble que les extrémistes sont de plus en plus marginalisés. Ils s'expriment hors des canaux officiels et ne sont plus autant relayés qu'auparavant. Et c'est aussi une bonne nouvelle pour le loup.* » Le temps de la raison serait-il enfin arrivé?

À lire: *Loup. Une vie en meute dans les écrins*, de Corentin Esmieu, Mokka éditions, 192 p., 39 €.

<https://www.ledauphine.com/sante/2020/10/09/isere-sante-coronavirus-en-direct-covid-19-grenoble-en-alerte-maximale-le-prefet-de-l-isere-detaille-les-nouvelles-mesures>

9/10

Le point presse débute par quelques chiffres sur l'épidémie dans le département et dans la Métropole de Grenoble.

Le taux de positivité en Isère est de 14,7%. Le taux de positivité dans la métropole grenobloise de 18,1%.

Le taux d'incidence en Isère est de 188/100000 habitants, celui de la métropole grenobloise de 291/100000 habitants.

Chez les 20/24 ans en Isère, il est de 541/100000 habitants et de 136/100000 habitants pour les plus de 65 ans dans la métropole de Grenoble, contre 118 il y a quelques jours selon le préfet.

Warum Zweifel an Rassismus-Studien durchaus begründet sind

Stand: 12:25 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten

Von Rainer Zitelmann



Rainer Zitelmann ist Historiker, Soziologe und Autor zahlreicher Bücher, unter anderem zur Zeit des Nationalsozialismus und zur Vorurteilsforschung

Quelle: picture alliance / Markus C. Hurek

Wer anders denkt, ist ein Menschenfeind? Erfahrungen mit Studien zu Rassismus und Rechtsextremismus zeigen, dass Zweifel an der Wissenschaftlichkeit der Methoden durchaus begründet sind. Unser Gastautor findet das gefährlich.

Seit Monaten wird darüber diskutiert, ob es eine wissenschaftliche Studie zum Thema „Rassismus in der Polizei“ geben sollte. Kann man überhaupt gegen eine wissenschaftliche Studie sein? Vor einigen Tagen wurde eine Befragung veröffentlicht, wonach die Mehrheit der Deutschen eine Studie über Rassismus in der Polizei befürwortet.

Wer sich in der Debatte gegen eine solche Studie aussprach, setzte sich leicht dem Verdacht aus, er sei wissenschaftsfeindlich oder wolle gar nicht so genau wissen, wie verbreitet Rassismus und Rechtsextremismus in der Polizei seien. Angesichts der Berichte über Vorfälle in der Polizei schien eine solche Haltung unverständlich. Nachdem sich Bundesinnenminister Horst Seehofer zunächst gegen eine solche Studie gewehrt hatte, kündigte er unter dem Druck der öffentlichen Diskussion eine Untersuchung an, die sich generell mit dem Thema Rassismus in der Gesellschaft befassen soll.

Doch die Vorbehalte gegenüber solchen Studien – gleichgültig, ob sie sich nur auf die Polizei oder auf die gesamte Gesellschaft beziehen – sind berechtigt. Nur wurden die Gründe für die Skepsis leider selten ausgesprochen. Der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Herbert Reul, brachte es auf den Punkt, als er die Befürchtung aussprach, dass diejenigen, die eine solche Studie durchführten, schon vorher wüssten, was herauskommen sollte.

Bisherige Erfahrungen mit Studien zu Rassismus und Rechtsextremismus zeigen, dass Zweifel an der Wissenschaftlichkeit der Methoden keineswegs unbegründet sind. Die bekannteste Studie ist die sogenannte Mitte-Studie der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung, die seit 2006 regelmäßig erhoben wird. Sie wird bis heute häufig als Beleg dafür angeführt, dass die Mehrheit der Deutschen Vorurteile über Asylbewerber habe und „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ weitverbreitet sei.

Laut der Mitte-Studie aus dem vergangenen Jahr werteten in der Tat 54 Prozent der Deutschen Asylsuchende ab. Doch wie kam dieses Ergebnis zustande? Man musste nur eine Aussage in der Befragung ablehnen und einer zustimmen, um sich den Vorwurf gefallen zu lassen, Asylsuchende „abzuwerten“ und damit „menschenfeindlich“ zu sein.

„Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat großzügig sein“ – wer diese Aussage ablehnte, hatte bereits einen negativen Punkt gesammelt. Und wer zusätzlich auch noch der Aussage „Die meisten Asylbewerber werden in ihrem Heimatland gar nicht verfolgt“ zustimmte, der wurde zwar noch nicht generell als Rechtsextremist eingestuft, aber ihm wurde bereits eine „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ mit Blick auf Asylsuchende unterstellt.

Neben vielen Berichten, die die Ergebnisse der Studie unkritisch wiedergaben, gab es jedoch durchaus auch Kritik. So wurde zu Recht darauf hingewiesen, dass man keineswegs fremdenfeindlich sein muss, um zu fordern, dass Asylanträge nicht mit besonderem Wohlwollen bearbeitet werden sollen, sondern nach geltendem Recht.

Und da in der Tat die meisten Asylanträge abgelehnt werden, ist auch die Zustimmung zu der Aussage, die meisten Asylbewerber würden in ihrem Heimatland nicht verfolgt, eher eine statistische Feststellung als Indiz für Fremdenfeindlichkeit.

Die Ersteller solcher Studien müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, durch die weite Ausdehnung von Begriffen wie „Menschenfeindlichkeit“ tatsächlichen Rassismus und Rechtsextremismus zu verharmlosen. Die Inflationierung des Begriffes „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ zeigte sich auch bei anderen Fragestellungen der genannten Untersuchung.

Wer beispielsweise die Meinung vertritt, Frauen sollten sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen und eher ihrem Mann bei der Karriere helfen, als selbst Karriere zu machen, der gilt laut der Studie schon als „Sexist“ – ein weiteres Merkmal „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“. Man kann solche Meinungen über Frauen mit gutem Grund ablehnen. Aber jemanden nur deshalb als „Menschenfeind“ zu bezeichnen, weil er oder sie sich dafür ausspricht, es solle einer Frau wichtiger sein, ihrem Mann bei der Karriere zu helfen als selbst Karriere zu machen – das ist starker Tobak.

Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung ist nur ein Beispiel. Vielfach sind Untersuchungen zu Vorurteilen so angelegt, dass die Absicht klar ist, möglichst vielen Befragten Vorurteile zu unterstellen. Die Studien dienen damit eher der Bestätigung der Vorurteile jener, die sie erstellen. Dies ist nicht nur in deutschen, sondern auch in vielen amerikanischen Studien der Fall.

Beliebt sind in solchen Studien Begriffe wie etwa „subtile Vorurteile“, mit denen eine Inflationierung des Begriffes einhergeht. Wer in einer Befragung Zustimmung für die Forderung signalisiert, „Ausländer abzuschieben, wenn sie schwere Verbrechen begangen oder keinen gültigen Aufenthaltsstatus haben“, wird von diesen Vorurteilsforschern als Träger subtiler Vorurteile betrachtet. Als „symbolischer Rassismus“ (dieser Begriff ist ähnlich dem des „subtilen Vorurteils“) wird beispielsweise folgende Einstellung bewertet: „eine Zurückhaltung gegenüber der besonderen Förderung von Schwarzen in Beruf, Bildung, Wohlfahrt etc.“

Damit wird jeder, der gegen eine „positive Diskriminierung“ („affirmative action“) ist, als Träger von Vorurteilen gegen Schwarze bezeichnet. Man kann zwar davon ausgehen, dass jeder, der Vorurteile gegen Schwarze hat, auch gegen „positive Diskriminierung“ ist. Aber keineswegs erscheint es gerechtfertigt, jeden, der gegen „positive Diskriminierung“ ist, als Person einzuordnen, die Vorurteile gegen Schwarze hegt.

In einer Forschungsarbeit über islamfeindliche Stereotype werden auf einer Stufe offenkundige Ressentiments wie „Muslime sind Lügner und Heuchler“ oder „Der Islam ist kulturlos sowie dem Westen unterlegen“ mit Meinungen aufgeführt, die sicherlich nicht nur Islamfeinde teilen, zum Beispiel „Der Islam ist homosexuellenfeindlich“ oder „Der Islam stellt einen Antipoden der Moderne dar.“

Letztlich gelten aus Sicht vieler Vorurteilsforscher nur Personen als nicht vorurteilsbehaftet, die einer extrem egalitären Weltanschauung anhängen und die für eine bestimmte Art der Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik, wie sie etwa in Deutschland von den Grünen gefordert wird, eintreten. Damit wird der Begriff Vorurteil zu einem Kampfbegriff gegen politisch Andersdenkende.

Die Befürchtung, dass „Rassismus“- und „Rechtsextremismus“-Studien nur die Vorurteile von linken Forschern belegen sollen, ist begründet, zumal die meisten Sozialwissenschaftler, die sich mit dem Rechtsextremismus auseinandersetzen, politisch dezidiert links stehen. Wer den Begriff des Rassismus inflationär ausweitet und tendenziell jeden, der nicht „Antirassist“ ist, zum Rassisten macht, wird mit Sicherheit die eigenen Vorurteile durch eine entsprechende Studie belegt finden.

176,147

<https://www.lefigaro.fr/vox/societe/emmanuel-sapin-allonger-le-delai-d-ivg-de-12-a-14-semaines-souleve-de-graves-questions-ethiques-20201009>

Le Figaro, no. 23685

Le Figaro, samedi 10 octobre 2020 1080 mots, p. 16

Débats

Allonger le délai d'IVG de 12 à 14 semaines soulève de graves questions éthiques

Sapin, Emmanuel

Une proposition de loi LREM, adoptée en première lecture à l'Assemblée le 8 octobre, porte de 12 à 14 semaines le délai de recours à l'IVG. Le professeur de médecine, chef du service de chirurgie pédiatrique et néonatale au CHU de Dijon et spécialiste de chirurgie foetale*, critique

la décision des députés de la majorité. Viennent d'être votées à l'Assemblée nationale plusieurs propositions de loi pour autoriser l'allongement du délai de recours à l'IVG de 12 à 14 semaines, former des sages-femmes à la pratique de l'IVG chirurgicale et supprimer la double clause de conscience des praticiens (une clause de conscience spécifique à l'IVG). L'été dernier, en outre, l'Assemblée a adopté un amendement autorisant une IMG jusqu'à 9 mois pour un motif de « détresse psychosociale ». Ces textes sont désormais soumis à l'examen du Sénat.

S'agissant du délai de recours à l'IVG, certains voudraient faire abstraction de la réflexion sur le stade de développement de l'embryon, qui, à 12 semaines, est déjà un fœtus. Pourtant, l'honnêteté, avant de prendre la décision d'allonger le délai de recours à l'IVG, nécessite de savoir ce qu'est un fœtus à 12 semaines : regarder une image de ce petit être dont le cœur bat et qui, déjà, ressemble bigrement au bébé qu'il pourra être. Que l'IVG soit, en pareil cas, l'arrêt d'une vie est une réalité scientifique.

On comprend que les médecins qui consacrent leur temps à soigner, conscients de la gravité de l'IVG, soient réticents à participer à cet acte contraire à leur vocation. Leur clause de conscience correspond, non en un état d'âme, comme l'avance le Dr Faucher, mais à une volonté de respecter l'être humain dans sa dépendance, en refusant d'évacuer d'un revers de main la vie autonome anténatale. Il ne s'agit pas de dénier la souffrance que peuvent éprouver des femmes qui demandent une IVG. Néanmoins, compatir à leur souffrance, comprendre leur motivation ne signifie pas ipso facto que soit toujours acceptée et effectuée une IVG qui ne concerne pas que la femme mais aussi, et avant cela, compte tenu des conséquences, l'enfant qu'elle porte.

Même si de gros efforts sont faits pour tenter de faire croire qu'une IVG est un geste banal, qui relève de la gestion de sa sexualité, et qui ne concerne que la femme, celle-ci demeure en son for intérieur bien consciente qu'une autre vie habitait en elle. Et ce geste, quoiqu'en disent certains psychologues trop souvent conduits par un prisme idéologique qui, sous l'habit compassionnel, veulent gommer la réalité d'un acte terrible, laissera une cicatrice psychoaffective qui fragilise l'estime de soi avec un fond de dépression psychologique plus ou moins latent.

Il est anormal que les députés qui se sont exprimés lors du vote à l'Assemblée nationale ne soient pas informés de la réalité, de la gravité, de ce qui est proposé : au-delà d'un certain seuil de développement, le fœtus est devenu plus grand et un recours au morcellement à l'aide d'une pince est nécessaire pour le détruire et l'extraire de l'utérus maternel. Les techniques d'IVG chimiques et d'aspiration utilisées pour supprimer un embryon ne sont pas adaptées pour des fœtus dont la croissance s'est poursuivie. Car il s'agit bien d'un être vivant en développement qui a poursuivi sa croissance et sa morphogenèse (son aspect).

De façon plus générale, comment accepter la situation dramatique que 45 ans après la promulgation de la loi sur l'IVG, la France compte encore 230 000 IVG par an ? Un des arguments avancés pour convaincre de l'urgence de cette prolongation de délai d'IVG est la situation de crise sanitaire qui ne permettrait plus aux femmes de se rendre à l'étranger pour recourir à une IVG tardive, la loi française ne permettant pas l'IVG après 12 semaines. Cet argument avait déjà été avancé, dans le passé, pour décider la prolongation du délai de 10 semaines à 12 semaines.

Lors du confinement du printemps dernier, nous avons dû, médecins et chirurgiens, reporter les hospitalisations et annuler tous nos programmes opératoires pour n'assurer que les urgences. Toutes les personnes souffrant de pathologies jugées non urgentes voyaient leur hospitalisation, leur opération reportée malgré la persistance de leur état de santé, de leur souffrance, de leur handicap qu'un traitement adapté fait à temps aurait pu soulager. Sans compter l'inquiétude que cela a généré pour beaucoup de patients, leur état de santé ne s'est pas amélioré pendant ce temps, s'est parfois dégradé et les symptômes ont persisté. Or, pour la structure mère-enfant, une seule salle d'opération était ouverte pour les urgences gynéco-obstétricales et une seule salle pour les urgences chirurgicales pédiatriques, mais la salle réservée aux IVG a continué à fonctionner. C'était choquant lorsque l'on voyait toutes les souffrances physiques et psychologiques de tant de patients délaissés.

Alors aujourd'hui, nous dire que, dans les préoccupations de la crise que nous traversons, avec de graves perspectives économiques et sociales prochaines, pour lesquelles toute notre énergie politique doit être concentrée, il faut légiférer sur une prolongation de délai soulevant des questions éthiques vertigineuses, voilà qui est incompréhensible. Les Français accepteraient mal de savoir qu'au lieu de chercher des solutions pour sortir de la crise en limitant ses conséquences sociales, c'est sur d'autres sujets que se concentrent les élus du Parlement.

Allonger le délai d'IVG de 12 à 14 semaines n'apportera pas la solution au problème posé mais sera un pas supplémentaire sur le chemin d'une surenchère ; il n'est pas nécessaire d'être grand clerc pour prévoir que cette loi serait, si elle est acceptée, suivie d'une demande pour aller plus loin dans le terme.

Cette dérive ne résoudra pas le problème tant que la question de fond ne sera pas abordée en amont. La dérive logique, il faut en être conscients, dès lors que le Parlement entend élargir la possibilité d'une IMG jusqu'à 9 mois au motif de « détresse psychosociale » ne se fera pas longtemps attendre : certains demanderont de permettre une IVG si le sexe du fœtus perturbe les espoirs anténatals. Je n'exagère pas : c'est déjà une réalité dans certains pays. Alors, faut-il que la France se laisse entraîner par un courant à la dérive ? Doit-elle suivre la surenchère d'autres pays plus laxistes en ce domaine et suivre une évolution sociétale sans réflexion ? Ce ne peut être une question de mode.

* Coauteur de la première chirurgie foetale réalisée en Europe.

Zahlen für Deutschland:

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/232/umfrage/anzahl-der-schwangerschaftsabbrueche-in-deutschland/>

Opinions

Dire non à la peine de mort sociale

Bock-Côté, Mathieu

Depuis quelques mois on s'inquiète beaucoup de la « cancel culture ». Elle désigne ces tentatives de lynchage contre ceux qui sont livrés à la vindicte publique par les nouveaux activistes numériques s'agitant sur les réseaux sociaux. Ils se jettent en meute sur le dérapeur du jour, condamné à la peine de mort sociale. Le phénomène n'est pas exclusif au monde anglo-saxon, comme en témoigne David Doucet dans son dernier livre, *La Haine en ligne* (Albin Michel). Cet ouvrage qui ne manque pas d'intérêt a pour origine l'exécution médiatique de l'auteur suite à l'étrange affaire de la « Ligue du Lol » en 2019, lorsqu'il fut la cible d'une cabale pour des sottises « tweeteriennes » commises six ans auparavant. En quelques heures, celui qui appartenait à la jeune garde bobocratique parisienne et qui traquait les mal pensants dans la « fachosphère » s'est vu transformé - à son tour - en infréquentable, lâché par ses patrons, banni professionnellement et voyant sa vie s'effondrer de manière insensée. À travers l'exploration d'autres cas que le sien, il étudie cette violence inédite.

Ces exécutions sont devenues monnaie courante en Amérique du Nord. Elles méritent qu'on élargisse la réflexion. Elles sont au cœur du nouvel espace public apparu avec les réseaux sociaux, où la foule lyncheuse s'est substituée au peuple démocratique et procède à son lynchage quotidien. Elle s'alimente de propos tronqués, d'extraits d'émissions décontextualisées, de citations anciennes ou nouvelles rarement comprises, et bien souvent, de propos décrétés scandaleux et nauséabonds par les nouvelles autorités morales - propos qui tournent en boucle sur les réseaux sociaux et rameutent une foule numérique excitée par des progressistes qui rêvent au nettoyage éthique de l'espace public, pour en bannir à jamais les « propos haineux » sous le signe d'une purge rédemptrice.

L'exécution est fréquemment suivie d'un rituel pénitentiel, où le pécheur s'excuse d'avoir offensé les minorités vexables et promet d'aller à leur rencontre pour s'éduquer et devenir leur repentant allié. Il n'en perdra pas moins son travail plus souvent qu'on ne le croit, son employeur expliquant ne pas vouloir cautionner les valeurs du dérapeur. Le condamné dira comprendre ceux qui le piétinent, dans un esprit rappelant *Le Zéro et l'Infini* de Koestler.

Et pourtant, de temps en temps, on trouve un homme qui ne s'effondre pas. C'est le cas de Gilles Freyer, cancérologue et professeur de cancérologie au CHU de Lyon, qui a raconté son histoire dans *Dénoncer et bannir* (Jacques André Éditeur, 2019), un livre remarquable (et remarquablement écrit) paru fin 2019, hélas passé sous le radar, et qui décrit de l'intérieur une tentative d'exécution à laquelle il a su résister, avec un courage assez rare pour qu'on le souligne.

Freyer, pour assurer la formation générale des futurs médecins, assurait un cours d'introduction aux sciences sociales à ses étudiants (par souci de transparence, je précise qu'il y accordait une place à mes travaux). Mais une journaliste à vocation de commissaire politique travaillant pour un journal local infiltrée dans son cours pour d'obscurs motifs a cherché à ruiner sa réputation en le transformant dans un article en ogre raciste et sexiste, en plus d'être le sournois promoteur de l'industrie pharmaceutique. Car le salaud de notre temps, note Freyer, doit être « *intégral* ». Il doit cocher toutes les cases de l'abjection. La ministre de l'Enseignement supérieur, Frédérique Vidal, s'en mêle en demandant à l'Inspection générale de l'administration de l'Éducation nationale et de la Recherche de mener une enquête sur lui. Et quelques collègues lui conseillent de capituler. Sous le feu de l'ennemi, certains préfèrent lécher le plancher.

La campagne menée contre Freyer révèle, explique-t-il, les « *techniques totalitaires dans l'université française* ». Notre auteur décrypte l'idéologie derrière cette tentative d'exécution. Surtout, je l'ai dit,

il a décidé de se défendre. On pourrait parler d'une saine résistance à la diabolisation, de la part d'un homme qui n'a pas perdu sa colonne vertébrale. Il ne se couche pas. Il ne s'excuse pas de ce qu'il n'a pas fait. Il ne s'use pas les genoux. Il n'accepte pas d'être le coupable parfait. Et dans un rapport paru quelques mois plus tard, l'Inspection du ministère a lavé son honneur en le dédouanant complètement des accusations lancées contre lui. On en retient l'essentiel : la dissidence repose sur le courage d'un homme à la fois.

La censure est passée à l'Ouest et s'exerce désormais de bas en haut, de manière insidieuse, mais indéniablement toxique, avec des moyens de surveillance qui donnent un pouvoir démesuré aux tyranneaux des réseaux sociaux et leurs amis qui travaillent dans certains journaux. C'est un nouveau chapitre de l'histoire de la dissidence qui s'ouvre dans les démocraties occidentales.